

MONATSBERICHT

**JULI
2004**

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

56. Jahrgang
Nr. 7

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-1
Durchwahlnummer 069 9566-
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telex Inland 41 227, Ausland 4 14 431
Telefax 069 5601071

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006

Abgeschlossen am 16. Juli 2004.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird auf Grund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.

Inhalt

Kurzberichte	5
--------------	---

Konjunkturlage	5
Öffentliche Finanzen	8
Wertpapiermärkte	10
Zahlungsbilanz	12

Finanzielle Entwicklung und Perspektiven der gesetzlichen Krankenversicherung	15
--	-----------

<i>Der Risikostrukturausgleich in der gesetzlichen Krankenversicherung</i>	20
<i>Wichtige finanzwirksame Neu- regelungen im Bereich der gesetz- lichen Krankenversicherung seit 1995</i>	24

Zur Regulierung der europäischen Wertpapiermärkte	33
--	-----------

<i>Integrationsgrad des Marktes für Staatsanleihen im Euro-Währungs- gebiet</i>	37
---	----

Erste Erfahrungen mit dem neuen geldpolitischen Handlungsrahmen und der Beitrag der Bundesbank zur Liquiditätssteuerung des Eurosystems	51
--	-----------

Statistischer Teil	1*
---------------------------	-----------

Wichtige Wirtschaftsdaten für die EWU	6*
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der EWU	8*
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems Banken	16*
	20*

Mindestreserven	42*
Zinssätze	43*
Kapitalmarkt	48*
Öffentliche Finanzen in Deutschland	52*
Konjunkturlage	60*
Außenwirtschaft	67*

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank	77*
---	-----

Kurzberichte

Konjunkturlage

Industrie

Die konjunkturelle Belegung in der Industrie hat sich auch im Mai fortgesetzt. Auftrags-
eingang und Produktion sind erneut kräftig
gestiegen. Insbesondere die Bestellungen aus
dem Ausland haben – die jahreszeitlich übli-
chen Schwankungen und Unterschiede in der
Zahl der Arbeitstage ausgeschaltet – noch-
mals zugenommen und das bereits hohe
Niveau des Vormonats deutlich übertroffen.
Dabei waren auch Großaufträge im Spiel. Für
die Monate April und Mai ergab sich gegen-
über dem durchschnittlichen Stand des ersten
Quartals 2004 ein preisbereinigtes Plus von
etwas über 5%. Das vergleichbare Vorjahrs-
ergebnis überschritten die Auslandsaufträge
um 14¼%. Viele Branchen profitierten von
der guten Nachfrage. Auftragszuwächse von
saisonbereinigt rund einem Zehntel verzeich-
neten neben den Automobilherstellern die
Produzenten von Geräten zur Elektrizitätser-
zeugung und -verteilung.

*Auftrags-
eingang*

Die Auftragseingänge aus dem Inland sind
saisonbereinigt im Mai nicht höher als zuvor
gewesen. Im April und Mai zusammen ge-
nommen übertrafen sie das erste Quartal
2004 aber um rund ¾%. Über den niedrigen
Stand des Vorjahres gingen sie um 5%
hinaus. Während im Konsumgüterbereich
und bei den Vorleistungsproduzenten noch
Zuwächse gegenüber dem Jahresanfangs-
quartal erzielt wurden, sind die Bestellungen
bei den Herstellern von Investitionsgütern, zu
denen auch die Automobilindustrie zählt,
leicht rückläufig gewesen.

Zur Wirtschaftslage in Deutschland *)

saisonbereinigt

Zeit	Auftragseingang (Volumen); 2000 = 100			
	Industrie 1)			Bau- haupt- gewerbe
	insgesamt	davon:		
		Inland	Ausland	
2003 3. Vj.	97,2	92,3	103,4	80,6
4. Vj.	100,5	95,8	106,5	79,6
2004 1. Vj.	101,1	95,8	107,7	78,7
März	101,2	96,3	107,3	73,8
April	103,1	96,9	110,9	75,1
Mai	104,8	96,3	115,5	...
Produktion; 2000 = 100				
Industrie 2)				
darunter:				
Zeit	insgesamt	Vorlei- stungs- güter- produ- zenten	Investi- tions- güter- produ- zenten 3)	Bau- haupt- gewerbe
2003 3. Vj.	98,7	98,8	100,7	84,8
4. Vj.	101,0	101,0	104,2	85,7
2004 1. Vj.	101,4	102,6	103,7	82,1
März	101,0	101,6	104,4	76,5
April	102,6	103,0	105,8	77,2
Mai	103,8	103,1	109,1	76,9
Arbeitsmarkt				
Erwerbs- tätige 4) Offene Stellen Arbeits- lose Arbeits- losen- quote in % 5)				
Anzahl in 1 000				
2003 4. Vj.	38 203	325	4 371	10,5
2004 1. Vj.	38 152	305	4 306	10,3
2. Vj.	...	287	4 363	10,5
April	38 094	286	4 363	10,5
Mai	...	288	4 370	10,5
Juni	...	284	4 369	10,5
Erzeuger- preise gewerb- licher Pro- dukte 6) Bau- preise 7) Ver- braucher- preise				
2000 = 100				
2003 4. Vj.	95,5	104,3	100,3	104,8
2004 1. Vj.	95,6	104,3	100,5	105,4
2. Vj.	101,4	106,1
April	96,5	105,0	.	106,0
Mai	97,3	105,6	.	106,2
Juni	106,1

* Angaben vielfach vorläufig. — 1 Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes, insbesondere ohne Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung und Mineralölverarbeitung. — 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Hauptgruppe Energie zugeordnet, sowie Erzbau, Gewinnung von Steinen und Erden. — 3 Einschl. Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen-
teilen. — 4 Inlandskonzept. — 5 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. — 6 Im Inlandsabsatz. — 7 Eigene Berechnung; nicht saisonbereinigt. Stand zur Quartalsmitte.

Deutsche Bundesbank

Der insgesamt vergrößerte Auftragsfluss hat dazu beigetragen, dass die Produktion der Industrie im Mai nochmals kräftig ausgeweitet wurde. Mit saisonbereinigt + 1¼ % war der Anstieg nur wenig geringer als im Vormonat. April und Mai zusammen übertrafen den Stand des ersten Quartals um 1¾ %. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich die Erzeugung um 4¼ %, nach 1¾ % in den ersten drei Monaten des Jahres. Getragen wurde das Produktionswachstum speziell von den Herstellern von Investitionsgütern. An der Spitze lagen der Straßenfahrzeug- und der Maschinenbau. Nur leichte Zuwächse verzeichneten dagegen sowohl die Vorleistungserzeugnisse als auch der Konsumgütersektor.

Erzeugung

Bauhauptgewerbe

Die Entwicklung in der Bauwirtschaft blieb auch zu Frühjahrsbeginn ungünstig. Die Auftragseingänge waren saisonbereinigt im April zwar etwas höher als im Vormonat, das Niveau des ersten Quartals wurde aber deutlich unterschritten. Damit hat sich die schon seit mehreren Jahren negative Grundtendenz bis zuletzt fortgesetzt. Dies gilt sowohl für den gewerblichen als auch für den öffentlichen Bau. Im Wohnungsbau ist der Anstieg der Aufträge, der im Zusammenhang mit der Einschränkung der Förderung Ende vergangenen Jahres zu verzeichnen gewesen war, wieder abgeklungen.

Auftragseingang

Der Nachfrage folgend, waren die Bauleistungen auch im April und Mai sehr niedrig. Das Vergleichsniveau des Vorjahres wurde nach dem gegenwärtigen Datenstand nochmals um fast ein Zehntel unterschritten. Selbst

Produktion

wenn man von einer positiven Korrektur im Rahmen der diesjährigen Totalerhebung ausgeht, verbleibt ein kräftiges Minus.

Handel und Dienstleistungen

*Entwicklung
der Umsätze*

Im Handel hat sich die zeitweise Besserung der Lage zuletzt nicht fortgesetzt. Dies gilt gleichermaßen für den produktionsverbindenden Großhandel wie auch für den von der geringen Anschaffungsneigung der privaten Haushalte betroffenen Einzelhandel. Im Einklang mit einer ungünstigen Umsatzentwicklung berichtet auch das ifo Institut in seinen Umfragen von einer eher eingetrübten Einschätzung der aktuellen Lage und zurückhaltenden Erwartungen. Unter den Dienstleistern sehen zwar die unternehmensnahen IT-Branchen eine Wende zum Besseren. In anderen Bereichen wird aber über das Ausbleiben von der Außenwirtschaft überspringender positiver Impulse geklagt.

Gesamtwirtschaftliche Produktion

*Bruttoinlands-
produkt
im zweiten
Quartal 2004*

Die Entwicklung der einzelnen Wirtschaftssektoren blieb somit im zweiten Quartal sehr unterschiedlich. Auf der einen Seite deutet die anhaltend lebhaftere Auslandsnachfrage in Verbindung mit der kräftigen Produktion in der Industrie darauf hin, dass auch im Frühjahr starke Wachstumsanstöße von der Außenwirtschaft ausgegangen sind. Auf der anderen Seite ist die Zunahme der inländischen Nachfrage weiterhin nur moderat gewesen. Bei den Investitionen stand einer leichten Aufhellung im Bereich der Ausrüstungsgüter die nach wie vor ungünstige Lage im Bausektor gegenüber. Die privaten

Haushalte waren mit ihren Käufen beim Einzelhandel unverändert zurückhaltend. Angetrieben von den starken Exporten dürfte das Bruttoinlandsprodukt – Saison-, Kalender- und Preiseinflüsse ausgeschaltet – im zweiten Jahresviertel aber weiter deutlich gestiegen sein. Manches spricht dafür, dass die Zuwachsraten sogar etwas höher als in den ersten drei Monaten des Jahres gewesen ist.

Arbeitsmarkt

Die Belebung der Konjunktur in den vergangenen Monaten hat für den Arbeitsmarkt bisher keine entscheidende Besserung gebracht. So ist die Beschäftigung bis zuletzt gesunken. Im April belief sich die Zahl der Erwerbstätigen nach einer ersten Schätzung des Statistischen Bundesamtes saisonbereinigt auf 38,09 Millionen. Das bedeutet im Vergleich zum Vormonat einen weiteren Rückgang um fast 30 000 und gegenüber dem Vorjahr um rund 170 000 oder 0,4 %.

*Erwerbs-
tätigkeit*

Die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Arbeitslosen belief sich saisonbereinigt im Juni auf 4,37 Millionen. Das waren ebenso viele wie im Mai, aber knapp 100 000 mehr als zu Anfang dieses Jahres. Im Vergleich zum Vorjahr beträgt die Zunahme – Personen in Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen herausgerechnet – rund 62 000. Die Arbeitslosenquote in der Abgrenzung der Bundesagentur verharrte saisonbereinigt bei 10,5 %, in der standardisierten Rechnung waren es 9,8 %.

Arbeitslosigkeit

Die Politik hat insbesondere mit Überbrückungsgeldern und Existenzgründungs-

zuschüssen, die speziell den ICh-AGs gewährt werden, die Arbeitslosigkeit entlastet. Auch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind wieder etwas ausgeweitet worden. Dagegen wurden die berufliche Weiterbildung und die Gewährung von Eingliederungszuschüssen nochmals leicht eingeschränkt.

Preise

*Verbraucher-
preise*

Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich im Juni beruhigt. Saisonbereinigt ist das Preisniveau leicht gesunken. Die Vorjahrsrate, die im Mai mit 2,0% den höchsten Stand seit Anfang 2002 erreicht hatte, ging auf 1,7% zurück. Maßgeblich hierfür war, dass sich Mineralölerzeugnisse nach dem vorangegangenen spürbaren Anstieg wieder etwas verbilligten. Aber auch die Preise für gewerbliche Waren sind nicht gestiegen. In den Gütergruppen Bekleidung sowie Haushaltsgeräte waren sogar leichte Preisrückgänge zu verzeichnen. Darüber hinaus hielten sich die Preisbewegungen bei Nahrungsmitteln nach wie vor in engen Grenzen. Bei den Dienstleistungen ist es demgegenüber zu einer weiteren Verteuerung gekommen und die Wohnungsmieten haben sich erneut moderat erhöht.

Ölpreise

Die Preissenkungen bei Mineralölerzeugnissen hingen mit einem zeitweiligen Rückgang der internationalen Ölpreise zusammen. In den letzten Tagen jedoch haben aufkeimende Versorgungängste die Notierungen an den Spotmärkten erneut in die Höhe getrieben. Für ein Barrel Brent-Öl, das sich Ende Juni bis auf 33 1/2 US-\$ verbilligt hatte, mussten wieder rund 37 US-\$ bezahlt werden. Aus euro-

päischer Sicht fiel die Verteuerung nicht ganz so stark aus, da der Euro etwas gegenüber der amerikanischen Währung aufwertete.

Die Energiepreise waren auch maßgeblich für den verstärkten Anstieg der industriellen Erzeugerpreise. Im Mai erhöhte sich die Vorjahrsrate auf 1,6%, nachdem sie im ersten Quartal 2004 noch 0,2% betragen hatte. Hinzu kamen spürbare Verteuerungen bei Stahl und Stahlerzeugnissen, die sich weltweit einer starken Nachfrage gegenübersehen. Höhere Materialkosten waren auch der Grund dafür, dass die Baupreise erstmals seit drei Jahren wieder nach oben in Bewegung kamen.

*Industrielle
Erzeuger- und
Baupreise*

Öffentliche Finanzen

Verschuldung der Gebietskörperschaften

Die Neuverschuldung der Gebietskörperschaften belief sich im Mai auf insgesamt 5,9 Mrd €. Ausschlaggebend für die gegenüber dem Vormonat beschleunigte Zunahme war die Entwicklung beim Bund, der sich per saldo 5,5 Mrd € Fremdmittel beschaffte. Dem stand allerdings auch eine Zunahme der Einlagen am Geldmarkt um 3,3 Mrd € gegenüber. Die ausstehenden Geldmarktkredite wurden um 1,3 Mrd € zurückgeführt. Am Kapitalmarkt nahm der Bund dagegen netto 6,8 Mrd € auf. Der Umlauf von Anleihen und Bundesobligationen wuchs durch eine Neuemission beziehungsweise eine Aufstockung nach Abzug der Tilgung fälliger Papiere um jeweils 2,8 Mrd €. Auch das ausstehende Volumen von Bubills nahm um 1,1 Mrd € zu, da

Mai

neben der monatlichen Emission und Tilgung eines Papiers noch 2 Mrd € über Marktpflegetransaktionen erlöst wurden. Auf diesem Weg nahm auch der Umlauf von Bundesschatzanweisungen um 0,4 Mrd € zu. Per saldo getilgt wurden dagegen erneut Bundesschatzbriefe (– 0,2 Mrd €).

Die Verschuldung der Länder blieb im Mai praktisch unverändert, wobei die Entwicklung im Einzelnen recht unterschiedlich ausfiel. Kassenkredite wurden um insgesamt 1,7 Mrd € zurückgeführt. Dagegen stiegen die Verbindlichkeiten in Form von Schuldscheindarlehen um 0,9 Mrd €. Über die Ausgabe von Schatzanweisungen erzielten die Länder Netto-Erlöse von 0,8 Mrd €. Das Brutto-Emissionsvolumen lag hier bei 1,9 Mrd €. Davon entfiel 1 Mrd € allein auf das Land Berlin, das unter anderem eine vierjährige variabel verzinsliche Anleihe im Umfang von 0,4 Mrd € begab. Die Verbindlichkeiten der Sondervermögen verharrten auf dem Niveau des Vormonats. Dagegen dürfte die Verschuldung der Gemeinden weiter leicht zugenommen haben.

Kreditaufnahme des Bundes

Im Juni...

Im „großen Steuermonat“ Juni verringerte der Bund seine Verschuldung um 0,6 Mrd €. Zwar stiegen die Schulden am Geldmarkt um 3,2 Mrd €, doch wurden die Verbindlichkeiten am Kapitalmarkt um 3,8 Mrd € zurückgeführt. Die Bruttokreditaufnahme war freilich mit 14,2 Mrd € recht hoch. Den größten Beitrag hierzu leistete die Emission einer neuen zweijährigen Bundesschatzanweisung mit einem Zuteilungsvolumen von 8,5 Mrd €.

Marktmäßige Nettokreditaufnahme

Mrd €

Kreditnehmer	2003		2004	
	insgesamt (ts)	darunter: Jan./Mai	Jan./Mai (ts)	Mai (ts)
Bund 1)	+ 42,4	+ 23,8	+ 36,5	+ 5,5
Länder	+ 31,5	+ 20,4	+ 13,3	– 0,0
Gemeinden 2) (ts)	+ 6,5	+ 2,2	+ 2,0	+ 0,4
ERP-Sondervermögen	– 0,1	– 0,0	– 0,7	–
Fonds „Deutsche Einheit“	– 0,3	– 0,3	– 0,4	–
Gebietskörperschaften, insgesamt	+ 79,9	+ 46,1	+ 50,7	+ 5,9

1 Einschl. der hier nicht ausgewiesenen Sondervermögen. —
2 Einschl. Zweckverbände.

Deutsche Bundesbank

Gegenüber dem zuletzt im April aufgestockten Papier wurde der Kupon um drei Viertel Prozentpunkte auf 2,75 % angehoben. Ein Vergleich mit dem im Juni fällig gewordenen Titel zeigt aber noch immer eine deutliche Verringerung der Zinskosten um 1,25 Prozentpunkte. Nach Gegenrechnung der hohen Tilgungen und der Marktpflegetransaktionen nahm der Umlauf von Bundesschatzanweisungen um 3,8 Mrd € ab. Die zweite große Emission im Juni war die monatliche Begebung von sechsmonatigen Bubills, bei der 5,3 Mrd € zugeteilt wurden. Die Rendite der Papiere stieg gegenüber der Mai-Emission weiter um knapp 0,1 Prozentpunkt auf gut 2,1 %. Das Tilgungsvolumen von 5,9 Mrd € sowie der Rückkauf von Papieren führten insgesamt zu einem Rückgang des ausstehenden Volumens um 1 Mrd €. Dagegen wurden

Marktmäßige Kreditaufnahme des Bundes

Mrd €; 2004

Position	Juni		Januar/Juni	
	Brutto	Netto	Brutto	Netto
Veränderung der Geldmarktverschuldung	3,2	3,2	7,3	7,3
Veränderung der Kapitalmarktverschuldung insgesamt ¹⁾	14,2	-3,8	112,3	28,7
Unverzinsliche Schatzanweisungen	4,9	-1,0	36,1	0,5
Finanzierungsschätze	0,0	-0,0	0,4	-0,2
Schatzanweisungen	8,1	-3,8	28,5	4,6
Bundesobligationen	-0,1	-0,1	18,1	9,3
Bundesschatzbriefe	0,0	0,0	0,3	-2,2
Anleihen	1,0	1,0	25,4	17,2
Bankkredite	0,2	0,0	3,5	-1,7
Darlehen von Nichtbanken	-	-	-	1,1
Sonstige Schulden	-	-	-	-0,0
Kreditaufnahme insgesamt	17,4	-0,6	119,6	35,9

1 Nachrichtlich: Kreditaufnahme gemäß Planungen des Bundes im Gesamtjahr 2004: brutto 215,4 Mrd €, netto 29,3 Mrd €. — 2 Einschl. Aufnahme für FDE: 25,6 Mrd €.

Deutsche Bundesbank

über Marktpflegetransaktionen bei Anleihen 1 Mrd € vereinnahmt.

... und im ersten
Halbjahr

Im ersten Halbjahr 2004 ist die Verschuldung des Bundes mit insgesamt 35,9 Mrd € sehr kräftig gestiegen. Zwar kann dieser Zuwachs wegen der unregelmäßigen Nettokreditaufnahme im Jahresverlauf nicht auf das ganze Jahr hochgerechnet werden, doch zeigt sich damit, dass der im Haushaltsplan 2004 veranschlagte Betrag von 29,3 Mrd € (nach tatsächlich 38,6 Mrd € im Jahr 2003) erheblich überschritten werden wird. So wurde auch schon der Emissionskalender des Bundes für das dritte Quartal gegenüber der Jahresvorschau um die zusätzliche Aufstockung einer dreißigjährigen Anleihe im Volumen von 5 Mrd € ergänzt. Ein Nachtragshaushalt, der eine fühlbare Ausweitung der Kreditermäch-

tigungen vorsehen dürfte, wird für den Herbst erwartet.

Bei der Neuverschuldung des Bundes im ersten Halbjahr kam den Anleihen mit einer Bestandszunahme von 17,2 Mrd € das größte Gewicht zu. Dennoch ist der Anteil dieser Papiere an der Gesamtverschuldung des Bundes zurückgegangen. Etwas zugenommen hat dagegen das Gewicht der Bundesobligationen, deren Volumen um insgesamt 9,3 Mrd € wuchs. Der Umlauf der Schatzanweisungen wurde um 4,6 Mrd € ausgeweitet. Mit 0,5 Mrd € nahmen die ausstehenden Bubills nur leicht zu. Dagegen hat sich der rückläufige Trend bei den Bundesschatzbriefen (-2,2 Mrd €) fortgesetzt.

Wertpapiermärkte

Rentenmarkt

Die Emissionstätigkeit am deutschen Rentenmarkt hat im Mai leicht zugenommen. Der Kurswert der von inländischen Schuldner begebenen Schuldverschreibungen lag mit 97,7 Mrd € über dem Absatz im April (94,8 Mrd €). Nach Abzug der Tilgungen und Eigenbestandsveränderungen erhöhte sich auch der Netto-Absatz geringfügig auf 21,9 Mrd €. Ausländische Rentenwerte wurden in Deutschland per saldo für 7,3 Mrd € abgesetzt.

Absatz von
Rentenwerten

Zwei Drittel des Mittelaufkommens entfielen im Mai auf die Kreditinstitute. Dabei war deren Refinanzierung über den Rentenmarkt mit einem Kurswert von 13,8 Mrd € im Ver-

Bankschuldver-
schreibungen

gleich zum Vormonat (14,7 Mrd €) leicht rückläufig. Sonstige Bankschuldverschreibungen (7,9 Mrd €) und Titel von Spezialkreditinstituten (3,0 Mrd €) standen erneut im Vordergrund. Im Gegensatz zum Vormonat wurden auch wieder Öffentliche Pfandbriefe und Hypothekenpfandbriefe im Umfang von netto 1,9 Mrd € beziehungsweise 0,9 Mrd € begeben.

Anleihen der öffentlichen Hand

Die öffentliche Hand hat ihre Neuverschuldung auf dem Rentenmarkt mit 7,9 Mrd € gegenüber dem Vormonat (3,8 Mrd €) mehr als verdoppelt. 11,1 Mrd € flossen dabei dem Bund zu, der vor allem zehnjährige Anleihen und fünfjährige Obligationen in Höhe von 8,3 Mrd € beziehungsweise 3,5 Mrd € emittierte. Bei den zweijährigen Schatzanweisungen verringerte sich die Mittelaufnahme auf 0,4 Mrd €, gegenüber 6,8 Mrd € im April. Der Umlauf von Bundesschatzbriefen reduzierte sich um 0,2 Mrd €. ¹⁾ Die Mittelaufnahme der Länder nahm seit Februar kontinuierlich auf nunmehr 0,8 Mrd € ab. Der Bund tilgte eine Anleihe der ehemaligen Treuhandanstalt in Höhe von 4,1 Mrd €. ²⁾

Unternehmensanleihen

Die Unternehmen nahmen am inländischen Kapitalmarkt im Mai Mittel über längerlaufende Industrieobligationen im Umfang von 1,6 Mrd € auf. Das ausstehende Volumen von Commercial Paper fiel hingegen um 1,3 Mrd €, so dass die inländischen nichtfinanziellen Unternehmen den Anleihemarkt mit insgesamt 0,3 Mrd € in Anspruch nahmen.

Erwerb von Schuldverschreibungen

Auf der Erwerberseite des Kapitalmarkts standen im Mai die inländischen Investoren im Vordergrund. Die Kreditinstitute stockten ihre

Absatz und Erwerb von Rentenwerten

Mrd €	2004		2003
	April	Mai	Mai
Absatz inländischer Rentenwerte ¹⁾	21,2	21,9	11,8
darunter:			
Bankschuldverschreibungen	14,7	13,8	4,4
Anleihen der öffentlichen Hand	3,8	7,9	3,2
Ausländische Rentenwerte ²⁾	9,8	7,3	8,1
Erwerb			
Inländer	12,4	23,0	6,4
Kreditinstitute ³⁾	11,1	18,5	5,6
Nichtbanken ⁴⁾	1,3	4,5	0,8
darunter:			
inländische Rentenwerte	- 3,0	3,9	- 6,6
Ausländer ²⁾	18,7	6,1	13,6
Absatz bzw. Erwerb insgesamt	31,1	29,2	20,0

¹ Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. — ² Transaktionswerte. — ³ Buchwerte, statistisch bereinigt. — ⁴ Als Rest errechnet.

Deutsche Bundesbank

Portefeuilles um 18,5 Mrd € auf (Vormonat: 11,1 Mrd €). Davon entfiel ein gutes Drittel (6,7 Mrd €) auf ausländische Rentenwerte. Die Nichtbanken erhöhten ihre Anleiheportefeuilles im Mai um 4,5 Mrd €. Im Gegensatz zum Vormonat fragten sie vor allem Schuldverschreibungen inländischer Emittenten nach.

Aktienmarkt

Die Emissionstätigkeit am deutschen Aktienmarkt fiel im Mai trotz der ersten beiden Börsengänge seit beinahe zwei Jahren mit lediglich 0,3 Mrd € wieder auf das niedrige Niveau

Aktienabsatz und -erwerb

¹ Die Unterpositionen für den Bund werden als Nominalwerte gemeldet und stimmen in der Summe daher nicht mit dem Gesamt-Nettoabsatz zu Kurswerten überein.

² Die Schulden der Treuhandanstalt wurden 1995 in den Erblastentilgungsfonds überführt. 1999 kam es zu einer Mitübernahme durch den Bund.

zu Jahresbeginn, nachdem im April junge Aktien im Kurswert von 3,4 Mrd € platziert worden waren. Dabei waren allerdings allein 3,0 Mrd € auf die Kapitalerhöhung einer großen deutschen Bank zurückzuführen gewesen. Im Gegensatz dazu erhöhte sich der Umlauf ausländischer Dividentitel zuletzt um 4,4 Mrd €, der im April um 3,8 Mrd € abgenommen hatte. Während sich inländische Nichtbanken mit 11,9 Mrd € in deutschen Aktien engagierten, verringerten Kreditinstitute und Ausländer ihre entsprechenden Aktienbestände um 5,7 Mrd € beziehungsweise 5,9 Mrd €.

Investmentzertifikate

*Absatz von
Investment-
zertifikaten*

Inländische Fondsgesellschaften mussten im Mai Zertifikate im Wert von 2,2 Mrd € (netto) zurücknehmen. Der Großteil entfiel auf die institutionellen Investoren vorbehaltenen Spezialfonds mit Abflüssen in Höhe von 1,6 Mrd €. Besonders betroffen waren dabei die Rentenfonds mit 1,0 Mrd € und die Gemischten Fonds mit 0,8 Mrd €. Letztere konnten im April noch Mittelzuflüsse von 1,7 Mrd € verbuchen. Die Aktienfonds verloren 0,3 Mrd €, die Geldmarktfonds konnten hingegen Zertifikate für 0,4 Mrd € platzieren. Der Umlauf an Zertifikaten von Publikumsfonds verringerte sich um 0,7 Mrd €. So flossen bei Rentenfonds Mittel in Höhe von 0,5 Mrd € ab. Bei Aktien- und Geldmarktfonds lagen die Rückflüsse mit 0,3 Mrd € beziehungsweise 0,1 Mrd € auf dem gleichen Niveau wie im Vormonat. Gemischte Fonds und Offene Immobilienfonds konnten jedoch Zertifikate für jeweils 0,1 Mrd € absetzen. Der Umlauf aus-

ländischer Fondsanteile erhöhte sich um 0,4 Mrd €.

Inländische Nichtbanken gaben Anteilscheine inländischer Investmentgesellschaften im Wert von 2,2 Mrd € zurück, nachdem sie im Vormonat noch als Käufer aufgetreten waren (1,2 Mrd €). Auch ausländische Titel erwarben sie nur noch in Höhe von 0,2 Mrd €, nach 1,7 Mrd € im Vormonat. Kreditinstitute stockten ihre Bestände inländischer und ausländischer Investmentzertifikate per saldo um je 0,1 Mrd € auf. Ausländische Anleger gaben inländische Zertifikate für 0,1 Mrd € zurück.

*Erwerb von
Investment-
zertifikaten*

Zahlungsbilanz

Die deutsche Leistungsbilanz wies im Mai 2004 einen Überschuss von 8,8 Mrd € auf, der damit um 1,0 Mrd € unter dem Vormonatswert lag. Hinter diesem Rückgang stand ein größerer Minussaldo im Bereich der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen, die Dienstleistungen, Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie laufende Übertragungen umfassen. Auch der Überschuss in der Handelsbilanz war etwas niedriger als im Vormonat.

Leistungsbilanz

Das Plus im Außenhandel verringerte sich im Mai nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 0,1 Mrd € auf 14,2 Mrd €. In saisonbereinigter Rechnung stieg der Überschuss hingegen um 1 Mrd € auf 15½ Mrd €. Dahinter steht eine etwas stärkere Expansion der Warenausfuhren als der Wareneinfuhren. Während die Exporte im Mai saisonbereinigt um 4 % zunahmen, er-

Außenhandel

höhten sich die Importe nur um 3 ½ %. Im Dreimonatsvergleich (März bis Mai 2004 zusammen genommen gegenüber Dezember 2003 bis Februar 2004) fiel der Anstieg der Lieferungen an das Ausland mit 4 ½ % noch kräftiger aus. Bei den Einfuhren belief sich die Zunahme auf 2 %; sie war allerdings überwiegend preisbedingt.

„Unsichtbare“
Leistungs-
transaktionen

Das Defizit bei den „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen erhöhte sich im Mai um 0,5 Mrd € gegenüber dem Vormonat auf 4,5 Mrd €. Der Zuwachs ging vor allem auf den Anstieg der Netto-Ausgaben bei den grenzüberschreitenden Faktorentgelten zurück. Infolgedessen lief im Mai in der Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen ein Passivsaldo von 0,1 Mrd € auf, während im Vormonat noch ein Aktivsaldo von 0,8 Mrd € verzeichnet worden war. Zugleich nahmen die Netto-Ausgaben bei den laufenden Übertragungen um 0,5 Mrd € auf 2,3 Mrd € zu. Demgegenüber verringerte sich das Defizit in der Dienstleistungsbilanz um 0,9 Mrd € auf 2,2 Mrd €.

Wertpapier-
verkehr

Der Wertpapierverkehr verzeichnete auch im Mai Netto-Kapitalexporte, und zwar in Höhe von 10,9 Mrd €, nachdem es bereits im April zu Mittelabflüssen (netto 12,6 Mrd €) gekommen war. Inländische Investoren erwarben dabei für 11,1 Mrd € Wertpapiere ausländischer Emittenten. Sie fragten in erster Linie ausländische Rentenwerte nach (6,6 Mrd €), wobei sich ihr Interesse – wie bereits im Vormonat – auf in Euro denominateden Schuldverschreibungen konzentrierte. Ferner investierten sie 3,5 Mrd € in ausländische Aktien. Ausländische Anleger schichteten hingegen ihr

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €	2004		
	2003	April 1)	Mai
I. Leistungsbilanz			
1. Außenhandel 1)			
Ausfuhr (fob)	54,4	61,7	60,8
Einfuhr (cif)	44,0	47,5	46,7
Saldo	+ 10,4	+ 14,3	+ 14,2
nachrichtlich:			
Saisonbereinigte			
Werte			
Ausfuhr (fob)	55,1	61,1	63,5
Einfuhr (cif)	44,2	46,6	48,2
2. Ergänzungen zum Warenverkehr 2)	- 0,5	- 0,5	- 0,9
3. Dienstleistungen			
Einnahmen	8,1	8,9	9,0
Ausgaben	10,8	12,0	11,2
Saldo	- 2,8	- 3,1	- 2,2
4. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	- 1,4	+ 0,8	- 0,1
5. Laufende Übertragungen			
Fremde Leistungen	1,3	1,3	1,5
Eigene Leistungen	3,8	3,0	3,7
Saldo	- 2,5	- 1,7	- 2,3
Saldo der Leistungsbilanz	+ 3,2	+ 9,7	+ 8,8
II. Vermögensübertragungen (Saldo) 3)	+ 0,2	+ 0,1	- 0,0
III. Kapitalbilanz			
(Netto-Kapitalexport: -)			
Direktinvestitionen	+ 6,4	- 3,9	- 2,5
Deutsche Anlagen im Ausland	+ 5,9	- 0,9	- 0,4
Ausländische Anlagen im Inland	+ 0,5	- 3,1	- 2,1
Wertpapiere	- 0,6	- 12,6	- 10,9
Deutsche Anlagen im Ausland	- 11,7	- 7,4	- 11,1
darunter:			
Aktien	- 3,2	+ 4,1	- 3,5
Rentenwerte	- 7,6	- 8,9	- 6,6
Ausländische Anlagen im Inland	+ 11,1	- 5,2	+ 0,2
darunter:			
Aktien	- 2,3	- 23,7	- 5,8
Rentenwerte	+ 8,7	+ 20,1	+ 8,0
Finanzderivate	- 0,3	+ 0,8	+ 1,1
Kreditverkehr	- 12,8	- 21,5	- 4,2
Monetäre Finanzinstitute 4)	- 33,5	- 23,6	- 17,9
darunter kurzfristig	- 30,6	- 19,7	- 25,2
Unternehmen und Privatpersonen	- 2,0	+ 0,7	+ 3,0
Staat	- 0,9	+ 0,4	+ 1,3
Bundesbank	+ 23,5	+ 0,9	+ 9,4
Sonstige Kapitalanlagen	- 0,1	- 0,2	- 0,1
Saldo der gesamten Kapitalbilanz	- 7,4	- 37,5	- 16,6
IV. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -) 5)	- 0,9	- 0,6	+ 0,6
V. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen (Restposten)	+ 4,9	+ 28,3	+ 7,3

1 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). — 2 Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren. — 3 Einschl. Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern. — 4 Ohne Bundesbank. — 5 Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.

Deutsche Bundesbank

Portfolio um: Sie kauften heimische Rentenwerte (8,0 Mrd €) – insbesondere private Anleihen – und trennten sich im Gegenzug von hiesigen Aktien (5,8 Mrd €) und Geldmarktpapieren (1,8 Mrd €).

*Direkt-
investitionen*

Auch im Bereich der Direktinvestitionen kam es zu Mittelabflüssen, die mit netto 2,5 Mrd € allerdings recht gering ausfielen. In erster Linie zogen ausländische Firmen Investitionsmittel aus Deutschland ab (2,1 Mrd €). Dabei trennten sie sich zum einen von Beteiligungen im Inland. Zum anderen tilgten hiesige Niederlassungen Kredite bei ihren ausländischen Muttergesellschaften. Deutsche Unternehmen ließen hingegen ihr Auslandsengagement nahezu unverändert (– 0,4 Mrd €): Einer Erhöhung des Beteiligungskapitals standen per saldo Zuflüsse aus konzerninternen Kreditströmen entgegen.

Im unverbrieften Kreditverkehr der Nichtbanken kamen im Mai Mittel in Höhe von netto 4,3 Mrd € in Deutschland auf. Dabei entfielen 3,0 Mrd € auf Unternehmen und Privatpersonen und 1,3 Mrd € auf den Staat. Zugleich sind aus dem inländischen Bankensystem Mittel in das Ausland abgeflossen (netto 8,5 Mrd €). Während die Netto-Kapitalexporte der monetären Finanzinstitute (ohne Bundesbank) einen Umfang von 17,9 Mrd € erreichten, verzeichnete die Bundesbank 9,4 Mrd € an Mittelzuflüssen, und dies in erster Linie durch Forderungsrückgänge im Zahlungsverkehrssystem TARGET.

Kreditverkehr

Die Währungsreserven der Bundesbank sind im Mai – zu Transaktionswerten gerechnet – um 0,6 Mrd € gesunken.

*Währungs-
reserven*

Finanzielle Entwicklung und Perspektiven der gesetzlichen Krankenversicherung

Das Gesundheitswesen stellt einen wichtigen – und wachstumsträchtigen – Teilbereich der deutschen Volkswirtschaft dar. Das Angebot an Gesundheitsleistungen wird zum größten Teil über die gesetzliche Krankenversicherung durch lohnbezogene Beiträge der Versicherten finanziert. Von der finanziellen Entwicklung der Krankenversicherung und den daraus resultierenden Veränderungen der Beitragssätze gehen erhebliche Einflüsse auf die Gesamtwirtschaft aus.

Die gesetzliche Krankenversicherung hatte in den vergangenen Jahren trotz eines deutlichen Anstiegs des durchschnittlichen Beitragssatzes erhebliche Defizite zu verzeichnen. Diese Entwicklung hat den Anlass zur jüngsten Gesundheitsreform gegeben, mit deren Hilfe die aufgelaufenen Schulden abgebaut und die Beitragssätze in den kommenden Jahren deutlich gesenkt werden sollen. Gleichwohl kann diese Reform vor allem mit Blick auf die demographischen Veränderungen und die kostensteigernden Auswirkungen des medizinisch-technischen Fortschritts längerfristig einen weiteren Anstieg der Beitragssätze nicht verhindern. Bei den deshalb erforderlichen weiteren Reformüberlegungen erscheint es vordringlich, die Abgabenlast des Faktors Arbeit zu begrenzen, Umverteilungs- und Äquivalenzelemente zu trennen und den Wettbewerb zu intensivieren.

Zur aktuellen Situation der gesetzlichen Krankenversicherung

*Defizitäre
Entwicklung
trotz steigender
Beitragssätze*

In den Jahren 2001 bis 2003 hatte die gesetzliche Krankenversicherung anhaltende Defizite in einer Größenordnung von jeweils 3 Mrd € bis 3 ½ Mrd € zu verzeichnen, obwohl der durchschnittliche Beitragssatz von 13,6 % auf 14,3 % gestiegen ist. Auf Grund der akuten Finanzprobleme und der drohenden weiteren Zunahme der Beitragssätze wurden bereits unmittelbar nach der Bundestagswahl 2002 gesetzliche Maßnahmen zur kurzfristigen Verbesserung der Finanzlage ergriffen. Im Verlauf des Jahres 2003 verständigten sich die Regierungskoalition und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dann auf das „GKV-Modernisierungsgesetz“, das zum 1. Januar 2004 in Kraft getreten ist. Neben einnahmenverbessernden Maßnahmen sind hiermit vor allem Ausgabenbegrenzungen (einschl. Zuzahlungserhöhungen), aber auch Ausgliederungen einzelner Leistungsbereiche beschlossen worden. Auf eine umfassende Neuregelung des Wettbewerbs unter den Krankenkassen und unter den Leistungserbringern ist hingegen ebenso verzichtet worden wie auf eine grundlegende Umgestaltung des Finanzierungssystems.

*Zweitgrößter
Sozialversiche-
rungszweig*

Mit einem Ausgabenvolumen von 145 Mrd € oder fast 7 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2003 bildet die gesetzliche Krankenversicherung hinter der gesetzlichen Rentenversicherung den zweitgrößten Sozialversicherungszweig in Deutschland. Der Beitragssatz beträgt derzeit durchschnittlich 14,2 % im Vergleich zu 19,5 % in der gesetzlichen Rentenversicherung, 6,5 % zur Bundesagen-

tur für Arbeit und 1,7 % in der sozialen Pflegeversicherung.

Die gesetzliche Krankenversicherung (ebenso wie die soziale Pflegeversicherung) unterscheidet sich deutlich von den übrigen Sozialversicherungszweigen. Mit der umfassenden Bereitstellung von Gesundheitsleistungen wird ein gesamtwirtschaftlich wichtiger Teilbereich weitgehend reguliert. Während in der gesetzlichen Renten- und der Arbeitslosenversicherung dem Äquivalenzprinzip große Bedeutung zukommt, trifft dies für die Krankenversicherung nicht zu. Zwar werden die Beiträge wie in den anderen Zweigen proportional zum Arbeitsentgelt bis zur Beitragsbemessungsgrenze erhoben, die Leistungen sind jedoch mit Ausnahme des Krankengeldes einkommensunabhängig. Die damit einhergehende interpersonelle Einkommensumverteilung wird allerdings durch die wesentlich niedrigere Beitragsbemessungsgrenze und die Austrittsmöglichkeit für Bezieher höherer Einkommen begrenzt.¹⁾ Darüber hinaus ist die gesetzliche Krankenversicherung durch eine Vielzahl von Kassen²⁾ mit unterschiedlichen Beitragssätzen und weitgehend identischen Leistungen charakterisiert, deren Wettbewerb vor allem durch einen Risikostrukturausgleich beeinflusst wird, um Anreize zur Risikoselektion zu minimieren.

*Besonderheiten
der gesetzlichen
Kranken-
versicherung*

¹ Im Jahr 2004 beträgt die Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Kranken- und der sozialen Pflegeversicherung 3 487,50 € pro Monat (in West- und Ostdeutschland). Sie beläuft sich in der Renten- und Arbeitslosenversicherung auf monatlich 5 150 € im Westen und 4 350 € im Osten. Die Versicherungspflichtgrenze in der Kranken- und der Pflegeversicherung beträgt 3 862,50 €. ² Zum Jahresende 2003 waren 322 Krankenkassen registriert. Die Anzahl ist auf Grund von Fusionen rückläufig.

Verpflichtung
zum
ausgeglichenen
Haushalt

Jede Krankenkasse ist verpflichtet, ihren Beitragssatz für das Haushaltsjahr so festzulegen, dass die voraussichtlichen Einnahmen ausreichen, um die erwarteten Ausgaben zu decken und – soweit erforderlich – die Rücklagen³⁾ aufzufüllen. Wird im Haushaltsvollzug deutlich, dass die Einnahmen nicht ausreichen werden, ist der Beitragssatz auch unterjährig zu erhöhen. Eine Kreditfinanzierung ist nicht vorgesehen.

Weitere
Finanzierungs-
quellen für
Gesundheits-
leistungen

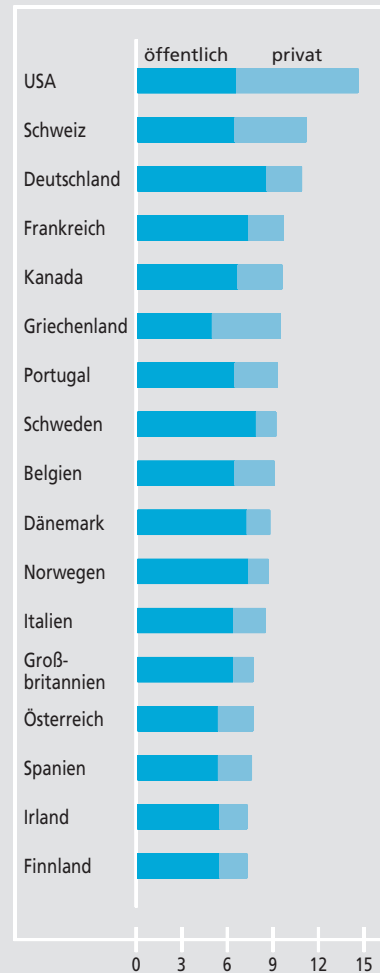
Gesundheitsleistungen werden neben der gesetzlichen Krankenversicherung auch aus anderen Quellen finanziert. Hierzu zählen die privaten Krankenkassen mit etwa 8,1 Millionen voll Versicherten im Vergleich zu 70,5 Millionen in der gesetzlichen Krankenversicherung. Weiterhin spielen Zuzahlungen von Patienten, Leistungen der Beihilfe für Beamte, aber auch die ausschließlich private Bezahlung von Gesundheitsleistungen eine nicht zu vernachlässigende Rolle.

Gesamt-
wirtschaftliche
Bedeutung des
Gesundheits-
wesens

Das Gesundheitswesen in Deutschland hat eine beachtliche gesamtwirtschaftliche Bedeutung. Im Jahr 2002 bestanden hier knapp 4,2 Millionen Beschäftigungsverhältnisse, dies entsprach einem Anteil an der gesamten Beschäftigung von 10,6%.⁴⁾ In Deutschland wurden im Jahr 2002 fast 11% des BIP für Gesundheitsleistungen (einschl. Pflegeversicherung) ausgegeben. Im internationalen Vergleich waren lediglich die Aufwendungen in den USA (14½%) und der Schweiz (gut 11%) höher (vgl. nebenstehendes Schaubild). Betrachtet man nur die Ausgaben des Staates für Gesundheits- und Pflegeleistungen, so ist die Ausgabenquote in Deutschland

Gesundheitsausgaben^{*)} in ausgewählten Ländern

in % des BIP, Stand 2002



Quelle: OECD Health Data 2004. — * Aufwendungen für Gesundheits- und Pflegeleistungen.

Deutsche Bundesbank

mit 8½% am höchsten, gefolgt von Schweden (knapp 8%) und Frankreich (7½%).

³ Die Rücklagen einer Kasse müssen mindestens ein Viertel und dürfen höchstens eine durchschnittliche Monatsausgabe betragen (§ 261 SGB V).

⁴ Vgl.: J. Weinmann und N. Zifonun, Gesundheitsausgaben und Gesundheitspersonal 2002, in: Wirtschaft und Statistik 4/2004, S. 456.

Kennzahlen zur Finanzentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung

Position	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	in Mrd DM				in Mrd €				
Beitragseinnahmen 1)	226,6	234,7	239,4	243,1	127,5	130,1	131,9	136,2	138,4
Sonstige Einnahmen	8,8	8,6	7,4	6,8	3,7	3,8	3,9	3,5	3,3
Einnahmen insgesamt 2)	235,4	243,2	246,7	249,9	131,2	133,8	135,8	139,7	141,7
Leistungsausgaben zusammen	228,8	236,4	231,3	234,9	123,2	125,9	130,6	134,3	136,2
darunter:									
Krankenhausbehandlung	79,7	80,9	82,8	85,2	43,7	44,5	45,0	46,3	46,8
Ärztliche Behandlung 3)	38,5	39,3	40,1	40,6	21,2	21,5	21,9	22,3	22,9
Zahnärztliche Behandlung	21,2	23,0	23,3	21,2	11,0	11,2	11,6	11,5	11,8
Arzneimittel 4)	32,0	34,2	32,9	34,7	19,2	20,1	22,3	23,4	24,2
Heil- und Hilfsmittel 5)	16,2	17,7	16,8	18,5	9,2	9,4	9,8	10,4	10,9
Rehabilitation	5,1	5,3	4,3	4,8	2,6	2,7	2,7	2,7	2,6
Fahrkosten	3,8	4,0	4,1	4,3	2,4	2,5	2,6	2,8	2,9
Krankengeld	18,4	18,2	14,4	13,8	7,1	7,1	7,7	7,6	7,0
Sterbegeld	1,6	1,6	1,6	1,6	0,8	0,8	0,8	0,8	0,4
Verwaltungsausgaben	12,0	12,8	12,6	13,3	7,2	7,3	7,6	8,0	8,2
Sonstige Ausgaben	1,7	1,0	1,1	1,0	0,5	0,6	0,5	0,7	0,7
Ausgaben insgesamt 2)	242,5	250,2	245,1	249,3	130,9	133,8	138,8	143,0	145,1
Saldo von Einnahmen und Ausgaben	- 7,2	- 6,9	1,7	0,5	0,3	0,0	- 3,1	- 3,3	- 3,4
Risikostrukturausgleich 6)									
Einnahmen	20,5	22,6	22,3	24,5	13,1	14,0	15,2	15,8	16,6
Ausgaben 7)	20,3	22,4	22,9	23,9	13,5	13,9	14,9	15,9	16,8
Nachrichtlich:									
Grundlohnsumme 8)	1 714,4	1 739,0	1 751,7	1 769,1	923,9	943,0	955,8	960,4	954,7
	in Millionen								
Mitglieder	50,7	50,8	50,8	50,7	50,9	51,0	51,0	51,0	50,8
Versicherte	71,7	72,0	71,7	71,3	71,4	71,3	71,0	70,8	70,5
	Jahresdurchschnitt in %								
Beitragssatz	13,2	13,5	13,6	13,6	13,6	13,6	13,6	14,0	14,3
alte Bundesländer 9)	13,2	13,5	13,5	13,6	13,5	13,5	13,6	14,0	14,4
neue Bundesländer	12,8	13,5	13,9	13,9	13,9	13,8	13,7	14,0	14,1
	Veränderung gegenüber Vorjahr in % 10)								
Beitragseinnahmen	0,9	3,6	2,0	1,5	2,6	2,0	1,4	3,3	1,6
Einnahmen insgesamt	1,3	3,3	1,4	1,3	2,7	2,0	1,5	2,9	1,4
Leistungsausgaben zusammen	5,3	3,3	- 2,1	1,5	2,6	2,2	3,7	2,8	1,4
darunter:									
Krankenhausbehandlung	4,2	1,5	2,4	2,9	0,4	1,8	1,0	2,9	1,1
Ärztliche Behandlung	4,2	2,2	1,9	1,4	2,0	1,5	1,8	1,9	2,5
Zahnärztliche Behandlung	2,9	8,6	1,2	- 9,0	1,1	2,4	3,3	- 0,9	2,8
Arzneimittel	9,8	6,6	- 3,7	5,4	8,4	4,8	11,0	5,0	3,3
Heil- und Hilfsmittel	5,8	9,4	- 5,4	10,5	- 3,4	3,0	3,5	6,6	4,3
Rehabilitation	18,3	3,6	- 18,4	11,2	7,9	2,2	- 0,8	- 0,6	- 3,5
Fahrkosten	9,9	5,1	1,7	5,1	7,7	3,8	5,1	6,9	3,4
Krankengeld	15,6	- 1,1	- 20,6	- 4,6	1,4	- 1,2	9,3	- 2,0	- 7,8
Sterbegeld	- 1,0	1,6	- 2,8	- 1,3	- 0,6	- 2,0	- 1,8	- 0,8	- 44,8
Verwaltungsausgaben	2,3	6,7	- 1,4	5,6	5,2	1,7	4,7	4,9	2,3
Ausgaben insgesamt	5,6	3,2	- 2,1	1,7	2,7	2,2	3,7	3,0	1,4
Nachrichtlich:									
Grundlohnsumme	.	1,4	0,7	1,0	2,1	2,1	1,4	0,5	- 0,6
Mitglieder	0,2	0,2	0,0	- 0,3	0,5	0,2	- 0,1	0,0	- 0,4
Versicherte	0,2	0,4	- 0,4	- 0,5	0,0	- 0,1	- 0,4	- 0,3	- 0,5

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, GKV-Statistiken KJ1 und KM1 sowie eigene Berechnungen. — 1 Beitragseinnahmen im Jahr 2003 einschl. Beiträge für Mini-Jobs in Höhe von schätzungsweise 0,9 Mrd €. — 2 Ohne Zahlungen im Rahmen des Risikostrukturausgleichs. — 3 Ohne Dialyse-Sachkosten. — 4 Arznei- und Verbandmittel aus Apotheken und von

Sonstigen. — 5 Einschl. Dialyse-Sachkosten, ohne Arznei- und Verbandmittel von Sonstigen. — 6 Ab 2001 einschl. Einnahmen und Ausgaben für den Risikopool. — 7 Im Jahr 2003 ohne Beiträge für Mini-Jobs. — 8 Einschl. beitragspflichtige Einnahmen der Rentner. — 9 Einschl. Berlin-Ost. — 10 Werte bis 1998 umgerechnet mit dem unwiderprüflichen Euro-Umrechnungskurs von 1,95583 DM.

Grundtendenzen der Finanzentwicklung seit 1995

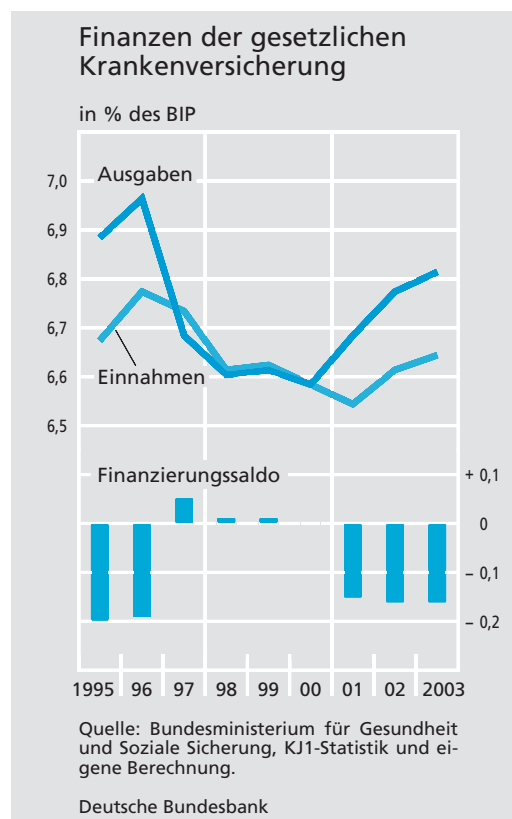
*Defizite
führten zur
Verschuldung*

Die Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung unterlagen seit Mitte der neunziger Jahre erheblichen Schwankungen (vgl. nebenstehendes Schaubild).⁵⁾ Nach Defiziten von rund 3 ½ Mrd € in den Jahren 1995 und 1996 ergaben sich in den folgenden vier Jahren leichte Überschüsse. Seit dem Jahr 2001 kam es jedoch wieder zu Defiziten zwischen 3 Mrd € und 3 ½ Mrd €. Da die Rücklagen nach den Defiziten Mitte der neunziger Jahre bereits das gesetzliche Minimum von einer viertel Monatsausgabe kaum noch übertrafen, konnten die neuerlichen Deckungslücken vielfach nur durch Kreditaufnahmen finanziert werden, was einen Schuldenstand von (netto) 6 Mrd € Ende 2003 zur Folge hatte.⁶⁾

Bereits in den Jahren 1996 bis 1998 hatten Kassen in den neuen Bundesländern Zuflucht zu gesetzlich nicht vorgesehenen Kreditaufnahmen gesucht. Mit dem „GKV-Finanzstärkungsgesetz“ von 1998 wurde daraufhin zunächst für die Jahre 1999 bis 2001 der Risikostrukturausgleich auf Gesamtdeutschland ausgedehnt. Mit dem Anfang 1999 in Kraft getretenen „GKV-Solidaritätsstärkungsgesetz“ wurde dieser unbefristet weitergeführt. Die daraus resultierenden West-Ost-Transfers sollten es den ostdeutschen Kassen ermöglichen, ihre Verschuldung wieder abzubauen (vgl. hierzu und zum Risikostrukturausgleich im Allgemeinen die Übersicht auf S. 20).

*Einnahmenschwäche
dominiert*

Die insgesamt negative Finanzentwicklung seit Mitte der neunziger Jahre ist in erster Linie auf die schwache Entwicklung der bei-



tragspflichtigen Einkommen (Grundlöhne) zurückzuführen. Diese wuchsen seit 1995 nur um 1,1 % pro Jahr. Dadurch sank ihr Anteil am BIP von 48,7 % auf 44,8 %. Nur durch eine Anhebung der Beitragssätze von 13,2 % auf 14,4 % in den alten und von 12,8 % auf 14,1 % in den neuen Bundesländern konnte die Relation der Einnahmen zum BIP bei etwa 6,7 % gehalten werden.

Die Einnahmenschwäche resultierte zum einen aus dem relativ niedrigen Anstieg der gesamten Bruttolöhne und -gehälter. Hinzu kam freilich, dass die beitragspflichtigen Ein-

*Abkopplung
der Beitrags-
bemessungs-
grundlage von
der Lohn-
entwicklung*

⁵⁾ Zur Entwicklung in früheren Jahren vgl.: Deutsche Bundesbank, Neuere Finanzentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung, Monatsbericht, Januar 1991, S. 26 ff.

⁶⁾ Brutto, d. h. ohne Verrechnung mit positiven Rücklagen einzelner Kassen, belief sich der Schuldenstand Ende 2003 auf 8,3 Mrd €.

Der Risikostrukturausgleich in der gesetzlichen Krankenversicherung

Mit dem „Gesundheitsstrukturgesetz 1992“ sollte auch der Wettbewerb unter den Kassen intensiviert werden. So wurde ab 1996 das Recht zur freien Kassenwahl auf alle Versicherten ausgedehnt. Obgleich die Krankenkassen einem Kontrahierungszwang unterliegen, wurde doch eine Selektion in gute und schlechte Risiken befürchtet. Um dies zu vermeiden, wurde 1994 ein Risikostrukturausgleich eingeführt, der die Komponenten beitragspflichtige Einnahmen der Mitglieder, Alter, Geschlecht und Invalidität der Versicherten umfasst.

Bis 1998 war der Risikostrukturausgleich strikt in die zwei Rechnungskreise West und Ost getrennt. Mit dem „GKV-Finanzstärkungsgesetz“ von 1998 wurde erstmals eine Ausweitung auf einen gesamtdeutschen Finanzausgleich eingeleitet. Dieser sollte ursprünglich bis Ende 2001 befristet sein und vor allem dazu dienen, die Verschuldung der Ost-Kassen wieder zu beseitigen. Außerdem wurde hiermit lediglich ein Ausgleich der Finanzkraft, nicht jedoch des Beitragsbedarfs zwischen Ost und West angestrebt.

Der Beitragsbedarf einer Kasse entspricht der Summe der „standardisierten Leistungsausgaben“ je Versicherten. Die standardisierten Leistungsausgaben je Versicherten unterscheiden sich dabei nach Alter, Geschlecht, Krankengeldanspruch und gegebenenfalls Bezug einer Erwerbsminderungsrente. Rechnerisch ergibt sich der Beitragsbedarf der Kasse i (BB_i) als Summe der standardisierten Leistungsausgaben je Risikoklasse j (sLA_j) multipliziert mit den kassenspezifischen Besetzungszahlen (n_j^i):

$$BB_i = \sum_j sLA_j \cdot n_j^i$$

Die Finanzkraft einer Kasse ergibt sich, indem der „Ausgleichsbedarfssatz“ (ABS) als Quotient aus Beitragsbedarfssumme aller Kassen und Summe der beitragspflichtigen Einnahmen aller GKV-Mitglieder quasi als „standardisierter Beitragssatz“ mit der Summe der beitragspflichtigen Einnahmen der betrachteten Kasse (bpE_i) multipliziert wird:

$$FK_i = bpE_i \cdot ABS, \text{ mit } ABS = \frac{\sum_i BB_i}{\sum_i bpE_i}$$

Mit dem Risikostrukturausgleich wird ein Ausgleich von Beitragsbedarf und Finanzkraft herbeigeführt. Ob eine Kasse Nettozahler oder -empfänger ist, hängt davon ab, ob ihre Finanzkraft größer oder kleiner ist als ihr Beitragsbedarf.

Das „GKV-Finanzstärkungsgesetz“ sah lediglich einen einheitlichen gesamtdeutschen Ausgleichsbedarfssatz vor, nicht jedoch eine Vereinheitlichung der standardi-

sierten Leistungsausgaben. Da die absoluten Pro-Kopf-Ausgaben im Osten zwar unter denen des Westens liegen, das Verhältnis zwischen Ausgaben und beitragspflichtigen Einnahmen im Osten jedoch ungünstiger ist, fällt der bundesweite Ausgleichsbedarfssatz niedriger als der ausschließlich für den Osten und größer als der ausschließlich für den Westen ermittelte Wert aus. Hierdurch wird dem Westen eine höhere, dem Osten hingegen eine niedrigere Finanzkraft zugewiesen. Die so ermittelte Finanzkraft der ostdeutschen Kassen liegt damit praktisch durchweg unter ihrem isoliert ermittelten Beitragsbedarf. Mit dem Finanzausgleich werden die Unterschiede in den durchschnittlichen beitragspflichtigen Entgelten in den alten und neuen Bundesländern ausgeglichen.

Mit dem „GKV-Solidaritätsstärkungsgesetz“ von 1998 wurde die Befristung aufgehoben und mit dem „Gesetz zur Rechtsangleichung in der GKV“ von 1999 ein stufenweiser Übergang zu einem gesamtdeutschen Risikostrukturausgleich bis zum Jahr 2007 geregelt. Damit ist der Ausgleich auch der Beitragsbedarfe zwischen Ost und West eingeleitet. Die gesamtdeutschen standardisierten Leistungsausgaben dürften geringer ausfallen als im Westen und höher als im Osten. Damit wird der Beitragsbedarf im Osten erhöht und im Westen verringert, was zusätzliche West-Ost-Transfers zur Folge haben wird.

Mit dem allmählichen Übergang zu einem vollständigen gesamtdeutschen Risikostrukturausgleich kommt es zu einer Vereinheitlichung der „standardisierten Beitragssätze“. Da aber nicht alle Ausgabenkategorien (z. B. Verwaltungsausgaben, Kuren) in den Ausgleich einbezogen sind, verbleibt den Kassen auf diesen Gebieten volle Wettbewerbsfreiheit. Der Risikostrukturausgleich bewirkt ein (beabsichtigtes) Desinteresse der Kassen an der Selektion ihrer Versicherten im Hinblick auf gute beziehungsweise schlechte Risiken. Ein Anreiz, die gegebenen Risiken möglichst kostengünstig zu versorgen, bleibt jedoch erhalten.

Mit dem „Gesetz zur Reform des Risikostrukturausgleichs“ von 2001 wurde der Risikostrukturausgleich um einen Risikopool erweitert. Sofern die auf einen Versicherten entfallenden jährlichen Aufwendungen für bestimmte Leistungen einen Schwellenwert übersteigen, wird der darüber hinausgehende Betrag zu 60% von allen Kassen getragen. Gleichzeitig erhalten jene Kassen einen Zuschuss, die Disease-Management-Programme für bestimmte chronische Krankheiten auflegen. Außerdem soll ab dem Jahr 2007 die Morbidität einer Versichertengemeinschaft nicht mehr indirekt über Hilfsgrößen wie Geschlecht oder Alter bestimmt werden, sondern direkt durch die statistische Erfassung von Morbiditätsunterschieden.

nahmen der Versicherten im Durchschnitt noch um 0,4 Prozentpunkte langsamer wuchsen als diese Größe (vgl. nebenstehendes Schaubild). Hierzu hat der Wechsel gutverdienender Mitglieder zur privaten Krankenversicherung beigetragen.⁷⁾ Außerdem wirkten sich insbesondere Kürzungen der GKV-Beiträge für Arbeitslosenhilfebezieher sowie die seit 2002 mögliche sozialabgabenfreie Entgeltumwandlung im Rahmen der betrieblichen Altersvorsorge aus.

Ausgabenquote relativ stabil

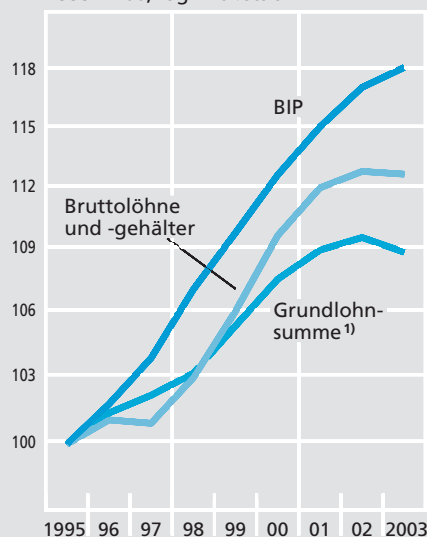
Die Ausgaben sind seit 1995 mit jahresdurchschnittlich 2,0% nicht stärker gestiegen als das nominale BIP, so dass die Quote mit 6,8% nahezu unverändert blieb. In den einzelnen Jahren war die Entwicklung freilich unterschiedlich, wobei gesetzliche Eingriffe eine wichtige Rolle spielten (vgl. die Übersicht auf S. 24 f.). Während die Aufwendungen für die Gesundheitsleistungen um 1,9% wuchsen, nahmen die Verwaltungsausgaben (die im vergangenen Jahr 5,7% der gesamten Ausgaben stellten) jahresdurchschnittlich um 3,7% zu.

Starker Zuwachs bei Arzneimitteln

Unter den bedeutenden Ausgabenkategorien sind die Aufwendungen für Arzneimittel seit Mitte der neunziger Jahre mit 5,0% pro Jahr weitaus am stärksten gestiegen, obwohl in diesem Bereich immer wieder kurzfristig wirkende Maßnahmen zur Kostendämpfung ergriffen wurden (höhere Zuzahlungen der Versicherten, zusätzliche Rabatte von Herstellern, Großhändlern und Apothekern, Erweiterung der einer Festbetragsregelung unterliegenden Arzneimittelpalette, direkte Zahlungen der Pharmaindustrie). Zu dem starken Zuwachs hat beigetragen, dass zunehmend

Bruttoinlandsprodukt, Bruttolöhne und -gehälter und Grundlohnsumme im Vergleich

1995 = 100, log. Maßstab



¹⁾ Beitragspflichtige Einkommen der gesetzlich Krankenversicherten.

Deutsche Bundesbank

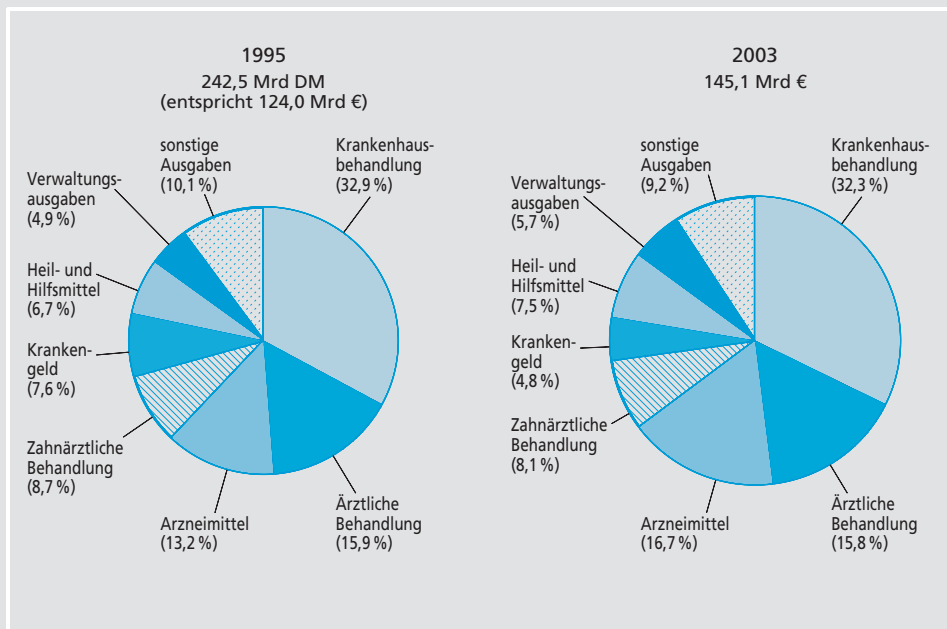
teurere Medikamente verschrieben wurden, die auf Grund ihres Patentschutzes nicht unter die Festbetragsregelung fallen. Mit 3,4% pro Jahr sind auch die – allerdings weniger ins Gewicht fallenden – Aufwendungen für Heil- und Hilfsmittel überproportional gewachsen.

Die anderen großen Ausgabenblöcke wuchsen deutlich schwächer. So nahmen die Aufwendungen für die ambulante ärztliche Versorgung um 1,9% pro Jahr zu. Die Budgetierung in diesem Bereich schreibt zum Zweck der Beitragssatzstabilisierung zwar grundsätzlich eine Orientierung an der Entwicklung der

Wesentlich schwächerer Zuwachs oder Rückgang bei den übrigen bedeutenden Aufwendungen

⁷⁾ Während die Anzahl der GKV-Mitglieder sich zwischen 1995 (50,7 Millionen) und 2003 (50,8 Millionen) kaum veränderte, stieg die Zahl der privat Krankenversicherten im gleichen Zeitraum von 6,9 Millionen auf 8,1 Millionen.

Struktur der Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung



Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, KJ1-Statistik.

Deutsche Bundesbank

Grundlöhne vor, über den gesamten Zeitraum hinweg wuchsen diese Ausgaben jedoch schneller. Die Aufwendungen für die stationäre Behandlung erhöhten sich um 1,7 % pro Jahr. Kostendämpfend wirkte sich hier neben den Budgetierungen vor allem eine deutliche Verkürzung der Behandlungsdauer aus. Trotz insgesamt steigender Fallzahlen ging deshalb die Summe der Behandlungstage im Krankenhaus zurück. Sehr moderat entwickelten sich seit 1995 die Ausgaben für die zahnärztliche Behandlung (einschl. Zahnersatz), die zwischen 1995 und 2003 um durchschnittlich 1,1 % pro Jahr wuchsen. Im Unterschied zu den übrigen Ausgabenkategorien sanken die Aufwendungen für das Krankengeld zwischen 1995 und 2003 um jahresdurchschnittlich 3,7 %. Hierfür waren vor allem dessen Kürzung von 80 % auf 70 % des Bruttolohns

ab 1997, aber auch die deutliche Verringerung des Krankenstandes von 5,1 % auf 3,6 %⁸⁾ ausschlaggebend.

Die Verwaltungskosten der Krankenkassen wuchsen mit 3,7 % pro Jahr wesentlich schneller als die Leistungsausgaben. Hierzu trug allerdings auch bei, dass immer weniger Arbeitgeber bereit sind, die Verwaltungskosten ihrer Betriebskrankenkassen unmittelbar zu tragen. Wären die Verwaltungskosten je Mitglied in den Betriebskrankenkassen nicht stärker gestiegen als in den übrigen Kassen, hätte sich freilich immer noch ein deutlich über den Leistungsausgaben liegender jahresdurchschnittlicher Zuwachs von 2,7 % ergeben. Dabei dürfte auch von Bedeutung sein,

Verwaltungskosten

⁸ Arbeitsunfähig kranke Pflichtmitglieder in Prozent der Pflichtmitglieder ohne Rentner.

dass die von Abwanderungen betroffenen Kassen ihre Verwaltungskapazitäten nicht hinreichend schnell anpassen konnten.

Die unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Leistungsarten erlaubt allerdings keinen eindeutigen Rückschluss auf Fehlentwicklungen. So stehen die Leistungsbereiche zum Teil in einem Substitutionsverhältnis. Wird beispielsweise die stationäre durch die ambulante Behandlung ersetzt, müssen sich auch die Ausgabenanteile verschieben (zur Ausgabenstruktur vgl. das Schaubild auf S. 22).

Gesundheitsreform 2004

Finanzielles Entlastungs- volumen

Mit der jüngsten Gesundheitsreform („GKV-Modernisierungsgesetz“) wurde erneut der Versuch unternommen, der ungünstigen Finanzentwicklung und dem Druck steigender Beitragssätze entgegenzuwirken (vgl. zu den Maßnahmen die Übersicht auf S. 24 f.). Im Gesetzentwurf war allein für das laufende Jahr eine finanzielle Entlastung der Krankenkassen in Höhe von fast 10 Mrd € beziehungsweise einem Beitragssatzprozentpunkt veranschlagt worden. Die zusätzliche Ausgliederung der Zahnersatzleistungen und die erste Erhöhungsstufe des neuen Bundeszuschusses sollen den Entlastungseffekt im Jahr 2005 auf gut 15 Mrd € steigen lassen. Im Jahr 2006 wird der Bundeszuschuss noch einmal um 1,7 Mrd € erhöht. Außerdem wird ab dem Jahr 2006 ein Sonderbeitrag der Mitglieder von 0,5 % eingeführt, der eine Umverteilung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bewirkt.

Im Jahr 2004 sollte als Folge der gesetzlichen Maßnahmen der durchschnittliche Beitragssatz von 14,3 % auf 13,6 % sinken. Aus heutiger Sicht dürfte dieser Wert freilich bei weitem nicht erreicht werden. Das Defizit des Jahres 2003 von 3,4 Mrd € zeigt, dass auch der Beitragssatz von 14,3 % nicht ausgaben-deckend war. Wären die Schulden vollständig in diesem Jahr zu tilgen und außerdem die Rücklagen wieder auf ihr gesetzliches Minimum aufzufüllen gewesen, hätte dies ohne Reform einen Satz von gut 15 ½ % erfordert. Die erwartete Entlastung durch das „GKV-Modernisierungsgesetz“ und die hier ebenfalls geregelte Streckung des Schuldenabbaus auf vier Jahre reduzieren den Beitragsbedarf zwar um 1 ½ Prozentpunkte. Ein Beitragssatz von unter 14 % im Jahresdurchschnitt erscheint dennoch im laufenden Jahr kaum erreichbar. Dies schließt freilich nicht aus, dass bis zum Jahresende ein Rückgang unter 14 % erfolgen kann.

Im ersten Vierteljahr 2004 erzielten die gesetzlichen Krankenkassen einen Überschuss von 1,1 Mrd €⁹ im Vergleich zu einem Defizit von 0,6 Mrd € ein Jahr zuvor. Die Einnahmen wuchsen um 1,5 %. Dabei erhöhten sich die Beitragseinnahmen mit 2,0 % etwas stärker, was vor allem auf die erweiterte Beitragspflicht für Betriebsrenten zurückzuführen sein dürfte. Die Ausgaben blieben um 3,6 % unter ihrem Vorjahrsniveau. Besonders stark war der Rückgang bei den Arzneimitteln, den

*Potenzial zur
Senkung der
Beitragssätze*

*Finanz-
entwicklung im
ersten Quartal
2004...*

⁹ In diesem Saldo sind (auf der Basis der Angaben aus dem Risikostrukturausgleich) geschätzte Beitragseinnahmen für „Mini-Jobs“ in Höhe von 0,4 Mrd € berücksichtigt. Diese Beiträge werden in den Finanzstatistiken der gesetzlichen Krankenversicherung nicht als „Beiträge“, sondern als Einnahmen im Rahmen des Risikostrukturausgleichs gebucht.

Wichtige finanzwirksame Neuregelungen im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung seit 1995

Beitragsentlastungsgesetz (1996)

Festschreibung des Beitragssatzes bis Ende 1996, Beitragssatzsenkung zum 1. Januar 1997 um 0,4 Prozentpunkte.

Höhere Zuzahlungen für Arzneimittel.

Kürzungen bei Kuren (grundsätzlich nur noch drei statt vier Wochen, in Abständen von vier statt drei Jahren).

Senkung des Krankengeldes von 80 % auf 70 % des zuvor bezogenen Bruttoarbeitsentgelts (max. 90 % des vorherigen Nettoarbeitsentgelts).

Kein Zuschuss zum Zahnersatz für nach 1978 Geborene.

1. und 2. GKV-Neuordnungsgesetz (1997)

Höhere Selbstbeteiligung und außerordentliches Kündigungsrecht im Fall von Beitragssatzerhöhungen.

Großzügigere Härtefallregelung für chronisch Kranke, Senkung der Belastungsgrenze von 2 % auf 1 % ihrer Bruttoeinkommen.

Generelle Anhebung der Zuzahlungen.

Umstellung beim Zahnersatz von prozentualen Zuschüssen auf Festzuschüsse.

Option zur Kostenerstattung auch für Pflichtversicherte.

„Krankenhausnotopfer“ in Höhe von 20 DM je Mitglied für die Jahre 1997 bis 1999.

Lockerung der Budgetierung im Krankenhausbereich sowie für die ärztliche und zahnärztliche Behandlung.

GKV-Finanzstärkungsgesetz (1998)

Nachträgliche, bis Ende 1998 befristete Legalisierung der Schuldenaufnahme der ostdeutschen Kassen.

Auf den Finanzkraftausgleich begrenzte Ausweitung des Risikostrukturausgleichs auf Gesamtdeutschland für die Jahre 1999 bis 2001, um ostdeutschen Kassen die Entschuldung zu erleichtern.

GKV-Solidaritätsstärkungsgesetz (1998)

Aufhebung des Kopplungsmechanismus von höheren Beitragssätzen und höheren Zuzahlungen.

Kürzung von Zuzahlungen.

Erstattung von Zahnersatzleistungen auch an nach 1978 Geborene, (Rück-)Umstellung von Festzuschüssen auf prozentuale Zuschüsse.

Option zur Kostenerstattung nur noch für freiwillig Versicherte.

Abschaffung des „Krankenhausnotopfers“.

Striktere Budgetierung für Krankenhäuser sowie die ärztliche und zahnärztliche Behandlung.

„Entfristung“ des gesamtdeutschen Risikostrukturausgleichs.

Gesetz zur Rechtsangleichung in der GKV (1999)

Schrittweiser Übergang zum vollständigen gesamtdeutschen Risikostrukturausgleich (Ausgleich von Finanzkraft und Beitragsbedarf) durch allmähliche Annäherung der standardisierten Leistungsausgaben in den neuen Bundesländern an das Westniveau.

Vereinheitlichung der Beitragsbemessungsgrenze in West- und Ostdeutschland ab 2001.

Deutsche Bundesbank

GKV-Gesundheitsreformgesetz 2000 (1999)

Vereinbarungen über Leistungsvergütungen sollen sich grundsätzlich an der Veränderung der beitragspflichtigen Einnahmen orientieren.

Beschränkung der Rückkehrmöglichkeiten für privat Krankenversicherte in die gesetzliche Krankenversicherung.

Gesetz zur Neuregelung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse (1999)

Einführung von Renten- (12 %) und Krankenversicherungsbeiträgen (10 %) für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse.

Einmalzahlungs-Neuregelungsgesetz (2000)

Senkung der Beitragsbemessungsgrundlage für Arbeitslosenhilfebezieher von 80 % ihres vorherigen Bruttoentgelts auf 58 % ab 1. Januar 2001.

Arzneimittelbudget-Ablösungsgesetz (2001)

Abschaffung des Kollektivregresses auf die Ärzte im Fall von Budgetüberschreitungen. Sanktionierung bleibt Selbstverwaltung überlassen.

Festbetrags-Anpassungsgesetz (2001)

Vorübergehende Ermächtigung des Bundesgesundheitsministeriums zur Bestimmung der Arzneimittel-Festbeträge (bis 2003).

Gesetz zur Neuregelung der Kassenwahlrechte (2001)

Vereinheitlichung des Kassenwahlrechts freiwillig Versicherter und Pflichtversicherter ab dem 1. Januar 2002. Für alle Versicherten ist der Kassenwechsel zum Ende des übernächsten Kalendermonats mit anschließender 18-monatiger Bindung an die Krankenkasse möglich. Sonderkündigungsrecht im Fall von Beitragssatzerhöhungen bleibt bestehen.

Gesetz zur Reform des Risikostrukturausgleichs (2001)

Förderung von Disease-Management-Programmen für ausgewählte chronische Krankheiten im Rahmen des Risikostrukturausgleichs (ab 2002).

Einrichtung eines Risikopools zur teilweisen Deckung von außergewöhnlich hohen Aufwendungen einzelner Krankenkassen für bestimmte Versicherte (ab 2002).

Umstieg auf einen morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich bis 2007.

Gesetz zur Einführung des Wohnortprinzips bei Honorarverhandlungen für Ärzte und Zahnärzte (2001)

Übergang zum einheitlichen Wohnortprinzip, das heißt, die Kassen treffen die Vereinbarungen über die Gesamtvergütung mit den Kassenärztlichen Vereinigungen, in deren Zuständigkeitsbereich die Mitglieder wohnen.

Arzneimittelausgaben-Begrenzungsgesetz (2002)

Aut-idem-Regelung, das heißt, die Apotheker sind – sofern der verordnende Arzt nicht ausdrücklich ein bestimmtes Medikament vorschreibt – zur Abgabe eines preisgünstigeren wirkstoffgleichen Medikaments verpflichtet.

Die ursprünglich vorgesehene zeitlich befristete Senkung der Arzneimittelpreise wurde zu Gunsten einer pauschalen Abschlagszahlung der pharmazeutischen Industrie aufgegeben.

Anhebung des Apothekenrabatts von 5 % auf 6 %.

Fallpauschalengesetz (2002)

Einbindung der Fallpauschalen in die Finanzierung der Krankenhäuser für eine Übergangsphase bis 2006. Seit 2003 können Krankenhäuser auf der Basis von Fallpauschalen abrechnen, ab 2004 ist dieses Vergütungssystem für alle Krankenhäuser verbindlich.

Beitragssatzsicherungsgesetz (2002)

Zusätzliche Rabatte der Apotheker, Großhändler und der pharmazeutischen Industrie.

Anhebung der Versicherungspflichtgrenze.

Halbierung des Sterbegeldes.

Vorgabe einer Nullrunde im Jahr 2003 für die Krankenhausbehandlung sowie die ärztliche und zahnärztliche Behandlung. Ausnahme: Krankenhäuser, die nach Fallpauschalen abrechnen.

Kürzung der Preise für zahntechnische Leistungen um 5 %.

Grundsätzliche Festschreibung der Beitragssätze für das Jahr 2003.

12. SGB V-Änderungsgesetz (2002)

Grundsätzliche Einbeziehung von patentgeschützten Arzneimitteln in die Festbetragsregelung.

Deckelung der Verwaltungskosten im Jahr 2003 auf dem Niveau des Jahres 2002.

Erstes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (2002)

Senkung der Beitragsbemessungsgrundlage für Arbeitslosenhilfebezieher von 58 % ihres vorherigen Bruttoentgelts auf die Höhe der gezahlten Arbeitslosenhilfe ab 1. Januar 2003.

Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (2002)

Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse („Mini-Jobs“) und der darauf beruhenden Beitragspflicht zur gesetzlichen Krankenversicherung (11 %).

GKV-Modernisierungsgesetz (2003)

Ausgrenzung bestimmter Leistungen

- Vollständige Abschaffung des Sterbegeldes und des Entbindungsgeldes.
- Grundsätzlich keine Erstattung von nicht verschreibungspflichtigen Medikamenten mehr.
- Grundsätzlich keine Beteiligung an den Kosten für Sehhilfen mehr.
- Kürzungen bei der künstlichen Befruchtung.
- Kosten für Sterilisation sind grundsätzlich vom Versicherten zu tragen.
- Grundsätzlich keine Übernahme der Fahrkosten zur ambulanten Behandlung mehr.

Zuzahlungsanhebungen

- Grundsätzlich zehnpromtente Zuzahlung auf alle Leistungen bis zu 10 € je Leistung. Die Mindestzuzahlung beträgt 5 €.
- Praxisgebühr von 10 € pro Quartal beim Arzt oder Zahnarzt.
- Zuzahlung bei Krankenhausbehandlung und Anschlussheilbehandlung von 10 € pro Tag für maximal 28 Tage im Jahr.

Auf Versorgungsbezüge, insbesondere Betriebsrenten, ist ab 2004 statt dem halben der volle Beitrag zu entrichten. Einmalzahlungen werden – auf zehn Jahre verteilt – beitragspflichtig.

Auf das Jahr 2004 befristete Anhebung des Herstellerrabatts für verschreibungspflichtige, nicht dem Festbetrag unterliegende Arzneimittel von 6 % auf 16 %.

Einbeziehung patentgeschützter Arzneimittel ohne therapeutischen Zusatznutzen in die Festbetragsregelung.

Grundsätzliche Begrenzung des Anstiegs der Verwaltungskosten je Versicherten auf die Veränderung der beitragspflichtigen Einnahmen (Grundlohn) bis 2007.

Ausgliederung des Zahnersatzes: Zahnersatzleistungen werden ab 2005 aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen gestrichen. Diese müssen eine Zusatzversicherung anbieten, deren einkommensunabhängiger Beitrag allein von den Mitgliedern zu zahlen ist. Die Zusatzversicherung kann auch bei einer privaten Krankenversicherung abgeschlossen werden.

Ab 2006 wird ein Sonderbeitrag von 0,5 % erhoben, der ausschließlich von den Mitgliedern zu zahlen ist.

Bundeszuschuss zur pauschalen Abgeltung versicherungsfremder Leistungen in Höhe von 1 Mrd € im Jahr 2004, 2,5 Mrd € im Jahr 2005 und 4,2 Mrd € ab dem Jahr 2006.

Neuregelung der ärztlichen Vergütung: Ab 2007 soll die Budgetierung für ärztliche Leistungen durch arzt spezifische Regelleistungsvolumina ersetzt werden. Innerhalb dieser Regelleistungsvolumina wird ein fester Punktwert gezahlt. Bei Überschreiten erfolgt eine degressive Staffelung.

Neuregelungen im Apothekenbereich

- Umgestaltung der Arzneimittelpreisverordnung. Die Apotheken erhalten künftig einen geringeren prozentualen Aufschlag und statt dessen einen höheren absoluten Betrag pro Packung.
- Zulassung des Versandhandels mit Arzneimitteln.
- Begrenzte Aufhebung des Mehrbesitzverbotes von Apotheken (maximal drei Filialen).

Option zur Kostenerstattung auch für Pflichtversicherte.

Alle Sozialhilfeempfänger werden künftig wie GKV-Versicherte behandelt. Die Krankenkassen übernehmen die Behandlungskosten. Die Sozialhilfeträger erstatten ihnen diese Kosten zuzüglich einer Verwaltungskostenpauschale von 5 %.

Die verschuldeten Kassen müssen ihre Verbindlichkeiten in den Jahren 2004 bis 2007 zu jeweils mindestens einem Viertel abbauen.

Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (2003)

Regelung der Beitragsbemessungsgrundlage für Bezieher von „Arbeitslosengeld II“ ab 2005 (36,2 % der monatlichen Bezugsgröße).

Heil- und Hilfsmitteln, dem Krankengeld sowie den Fahrkosten. Außerdem entfällt das Sterbegeld ab diesem Jahr vollständig. Zuwächse waren hingegen bei der ärztlichen Behandlung, dem Zahnersatz und der Krankenhausbehandlung zu verzeichnen.

... und im
Gesamtjahr

Diese Ergebnisse deuten bereits darauf hin, dass die Gesundheitsreform beachtliche Entlastungseffekte zur Folge hat. Allerdings wurde die Verbesserung im ersten Quartal 2004 dadurch überzeichnet, dass es insbesondere bei den Arzneimitteln sowie den Heil- und Hilfsmitteln zum Jahresende 2003 zu erheblichen Vorzieheffekten gekommen war. Andererseits fließen im weiteren Jahresverlauf noch die zusätzlichen Bundesmittel in Höhe von 1,0 Mrd € an die Krankenkassen. Insgesamt ist im laufenden Jahr mit einem Überschuss zu rechnen.

Herausforderungen und Reformoptionen

Weitere Schritte
erforderlich

Mit dem „GKV-Modernisierungsgesetz“ wurden wichtige Schritte zur Stärkung der Eigenverantwortung der Versicherten gemacht. Die Stabilisierung der Beitragssätze wird nicht nur durch Rationierung von Leistungen und administrative Preissetzungen zu erreichen versucht, sondern insbesondere über Eigenbeteiligungen auch mit Anreizen verbunden, die das Kostenbewusstsein stärken und über eine engere Verknüpfung von Preis und Leistung eine effizientere Verwendung der Ressourcen des Gesundheitswesens erwarten lassen. Weitgehend beibehalten wurde jedoch die enge Anbindung der Beitragsfinanzierung an die Arbeitseinkommen. Auch

wurde der Wettbewerb zwischen den Krankenkassen sowie den Leistungserbringern nur wenig intensiviert. Probleme zeichnen sich schließlich mit Blick auf die absehbaren demographischen Veränderungen ab.

Die Gesundheitsreformen der Vergangenheit dienten vor allem dazu, den Anstieg der Beitragssätze zu begrenzen. Dem stehen jedoch die zunehmende Nachfrage nach Gesundheitsleistungen infolge des wachsenden Wohlstands und des gesellschaftlichen Alterungsprozesses sowie Kostensteigerungen auf Grund des medizinisch-technischen Fortschritts gegenüber. Kostendämpfungsmaßnahmen sind daher – nach Ausschöpfung noch vorhandener Rationalisierungsreserven – mit Leistungseinschränkungen der gesetzlichen Krankenkassen verbunden. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht stellt sich vor allem die Frage, wie die der gesetzlichen Krankenversicherung zugewiesenen Aufgaben so organisiert und finanziert werden können, dass – unter Wahrung verteilungspolitischer Aspekte – Allokationsverzerrungen möglichst vermieden werden.

*Kosten-
dämpfungs-
maßnahmen
auf Dauer
unzureichend*

Die hohen lohnbezogenen Beiträge und die fehlende Äquivalenz von Beiträgen und Leistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung führen zu erheblichen Verzerrungen auf dem Arbeitsmarkt. So verringern sich die Anreize zur Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung. Auch sinkt die Bereitschaft der Arbeitgeber, diese anzubieten – wenn die Belastungen nicht unmittelbar und vollständig auf den Arbeitnehmer überwälzt werden können. Eine Verteuerung des inländischen Faktors Arbeit hat Substitutions-

*Verzerrungen
auf dem
Arbeitsmarkt*

effekte zu Gunsten des Faktors Kapital in Form von Rationalisierungen oder zu Gunsten des ausländischen Faktors Arbeit in Form von Produktionsverlagerungen zur Folge. Zudem kommt es im Inland zu Verzerrungen zum Vorteil nicht versicherungspflichtiger Tätigkeiten.

GKV-Modernisierungsgesetz verringert negative Beschäftigungsanreize

Mit der Gesundheitsreform 2004 wird die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung etwas beschäftigungsfreundlicher ausgestaltet. So wird die Zahnersatzversicherung künftig separat über einkommensunabhängige Prämien finanziert. Die Verlagerung der bislang paritätischen Finanzierung zu Lasten der Arbeitnehmer durch den Sonderbeitrag ab dem Jahr 2006 könnte ebenfalls beschäftigungsfördernd wirken, wenn das Arbeitsangebot weniger stark auf die Erhöhung des Arbeitnehmeranteils reagiert als die Arbeitsnachfrage auf die Senkung des Arbeitgeberanteils und diese Gewichtsverlagerung in den kommenden Lohnrunden nicht wieder ausgeglichen wird. Auch der steuerfinanzierte Bundeszuschuss reduziert die Beitragslast. Allerdings erfordert seine Finanzierung Steuererhöhungen an anderer Stelle. Im konkreten Fall wurden zu diesem Zweck die Tabaksteuertarife deutlich angehoben, was freilich nicht das zunächst erhoffte Mehraufkommen erbringen wird.

Vorschläge für weiterreichende Reformansätze

Weiter gehende Vorschläge zur Neuordnung der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung reichen von der Ausweitung der Beitragsbemessungsgrundlage auch auf andere Einkunftsarten und der Einbeziehung zusätzlicher Personen in die Versicherungspflicht bis zur Umstellung auf einkommens-

unabhängige Versicherungsprämien in Verbindung mit einer Steuerfinanzierung der gewünschten Umverteilungselemente.

Von einer Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze von gegenwärtig 3 487,50 € pro Monat beispielsweise auf das Niveau in der gesetzlichen Rentenversicherung (5 150 €) wären jährliche Mehreinnahmen von rund 4 Mrd € zu erwarten, womit der Beitragssatz um 0,4 Prozentpunkte gesenkt werden könnte. Dieser allgemeinen Entlastung stünde dann freilich eine deutliche Mehrbelastung der Bezieher höherer Arbeitseinkommen von bis zu 230 € pro Monat (einschl. Arbeitgeberanteil) gegenüber. Entlastet würden hingegen untere Einkommensklassen. Hinsichtlich der möglichen Beschäftigungseffekte ist zu berücksichtigen, dass auch die große Gruppe der Rentner profitieren würde, die dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen.

Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze

Die Einbeziehung weiterer Einkunftsarten in die Beitragspflicht zielt vor allem auf Kapital- und Mieteinkünfte ab. Auch in diesem Fall kommt es zu Einkommensumverteilungseffekten. In dem Maße, wie die Beitragsbemessungsgrundlage tatsächlich ausgeweitet werden kann, bestünde ein Potenzial für Beitragssatzsenkungen. Geschmälert würden freilich die Anreize zur privaten Altersvorsorge, die vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung erforderlich sind und beispielsweise im Rahmen der „Riester-Rente“ auch mit erheblichen öffentlichen Mitteln gefördert werden. Auch würden die Bestrebungen im Rahmen der „Steueramnestie“ geschwächt, dem Fiskus entzogene Kapi-

Einbeziehung weiterer Einkunftsarten in die Beitragspflicht

talanlagen zu repatriieren. Angesichts der hohen Mobilität des Faktors Kapital dürfte dessen zusätzlicher Besteuerung letztlich auch nur ein beschränkter Erfolg beschieden sein. Hinzu käme ein erheblicher administrativer Aufwand, der mit der zusätzlichen Erfassung dieser Erträge im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung verbunden wäre.

Einbeziehung weiterer Personenkreise in die Versicherungspflicht

Die Einbeziehung von bislang privat Versicherten¹⁰⁾ führt nicht nur zu einer Ausweitung der Bemessungsgrundlage, sondern hat auch zusätzliche Ausgaben für diese Personengruppen zur Folge. Ein Beitragssatzsenkungspotenzial ergibt sich nur insoweit, als die neu hinzukommenden Personen in der gesetzlichen Krankenversicherung Nettzahler wären. Auf Grund rechtlicher Erwägungen käme die neue Versicherungspflicht möglicherweise nur für Berufseinsteiger in Betracht, womit spürbare Beitragssatzeffekte allenfalls in fernerer Zukunft zu erwarten wären.

Beitragssatzeffekte einer „Bürgerversicherung“

Die Ansätze zur Ausweitung der Beitragsbemessungsgrundlage werden unter dem Oberbegriff „Bürgerversicherung“ subsumiert. Allerdings sind hier vielfältige weitere Gestaltungsmöglichkeiten denkbar, so dass der Begriff keineswegs eindeutig ist. Berechnungen weisen bei Einbeziehung aller bisher privat Versicherten ein Potenzial für Beitragssatzsenkungen der „Bürgerversicherung“ (ohne Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze) von insgesamt 1,3 Prozentpunkten aus.¹¹⁾ Die Einbeziehung der besser verdienenden Arbeitnehmer, der Selbständigen und der Beamten würde hierzu jeweils 0,2 Prozentpunkte beitragen. Die Ausweitung auf

andere Einkünfte ließe eine Beitragssatzsenkung um 0,8 Prozentpunkte zu. Dagegen erforderte die Mehrbelastung durch die Einbeziehung der bislang privat versicherten Rentner einen um 0,1 Prozentpunkte höheren Beitragssatz. Diese Effekte sind vor dem Hintergrund zu sehen, dass es im Rahmen dieses Ansatzes nicht um eine Senkung der Beitragssatzlast, sondern um deren Umverteilung geht. Spürbare Beschäftigungsgewinne lassen sich daraus – auch mit Blick auf die von den Erwerbstätigen zu finanzierende Entlastung der Rentner – kaum ableiten.

Einen Vorschlag zur vollständigen Abkopplung der GKV-Beiträge von den Lohneinkommen stellt das Konzept einer pauschalen „Gesundheitsprämie“ dar. Danach müsste jeder Versicherte eine pauschale monatliche Prämie entrichten – unabhängig von seinem individuellen Einkommen. Der bisherige Arbeitgeberbeitrag würde als Einkommensbestandteil an den Arbeitnehmer ausgezahlt. Zumeist wird eine beitragsfreie Familienmitversicherung für Kinder vorgeschlagen; dagegen hätten beide Ehepartner eine Prämie zu zahlen. Zur Vermeidung übermäßiger Belastungen für untere Einkommensgruppen ist ein sozialer Ausgleich vorgesehen, zum Beispiel in der Form, dass die Belastung mit Beiträgen zur Krankenversicherung einen bestimmten Prozentsatz des Einkommens nicht überschreitet. Die

„Gesundheitsprämie“ führt zur Abkopplung der GKV-Finanzierung vom Lohneinkommen

¹⁰ Abhängig Beschäftigte mit einem Einkommen oberhalb der Versicherungspflichtgrenze von gegenwärtig 3 862,50 € pro Monat, Selbständige und Beamte können eine substitutive private Krankenversicherung abschließen.

¹¹ Vgl.: S. Sehlen, W.F. Schröder und G. Schiffhorst, Bürgerversicherung Gesundheit – Grünes Modell – Simulationsrechnungen zu Gestaltungsmöglichkeiten, IGES-Papier Nr. 04-06, 10. Mai 2004.

Finanzierung des sozialen Ausgleichs könnte zum großen Teil durch die Besteuerung des bisherigen Arbeitgeberanteils erfolgen, was höhere Einkommensklassen stärker belasten würde. Allerdings wären darüber hinaus noch weitere Finanzierungsmittel erforderlich. Die Wohlstands- und Verteilungseffekte hängen dann von der genauen Ausgestaltung dieser Finanzierung ab. Insgesamt würde jedoch an die Stelle einer gesonderten Lohnbesteuerung, wie sie die gegenwärtige GKV-Finanzierung darstellt, ein verzerrungsfreier „Krankenversicherungspreis“ treten. Der gewünschte Solidarausgleich würde sachgerechter als bisher aus dem Steueraufkommen finanziert. Dies rief zwar neue Verzerrungen hervor. Die damit verbundene Umverteilung wäre aber transparenter, könnte zielgerichteter erfolgen und vermutlich enger begrenzt werden, so dass die Verzerrungen geringer ausfallen würden.

*Aktueller
Reform-
vorschlag*

Ein am 15. Juli 2004 vorgestelltes Gutachten enthält Vorschläge für eine konkrete Umstellung auf ein Gesundheitsprämien-Modell und stellt Finanzierungsalternativen für den interpersonellen Solidarausgleich zur Diskussion.¹²⁾ Dabei wird davon ausgegangen, dass der Leistungsumfang auf die Pflichtleistungen konzentriert und die Versicherung des Krankengeldes ausgegliedert wird. Unter diesen Voraussetzungen wäre für jeden erwachsenen GKV-Versicherten im Durchschnitt aller Kassen eine Gesundheitsprämie von 169 € pro Monat erforderlich. Hinzu käme eine steuerfinanzierte Kinderpauschale von 78 €. Diese könnte durch die Steuermehreinnahmen infolge der Auszahlung und Versteuerung des Arbeitgeberbeitrags finanziert wer-

den. Der soziale Ausgleich sieht eine Belastungsobergrenze von 12,5 % der Bruttoeinnahmen der Versicherten vor. Zur Finanzierung der Prämienzuschüsse wären danach zusätzliche Steuermittel in Höhe von 22,5 Mrd € erforderlich. Dazu müsste beispielsweise der Solidaritätszuschlag um 11,9 Prozentpunkte erhöht und damit mehr als verdreifacht oder der Umsatzsteuer-Regelsatz um 2,5 Prozentpunkte angehoben werden. Sofern eine „kasseninterne“ Finanzierung vorgezogen wird, käme neben der Pauschalprämie ein zusätzlicher einkommensabhängiger GKV-Beitrag von 2,9 % in Betracht. Mit diesen Reformvorschlägen wird das hohe Umverteilungsvolumen innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung offen gelegt. Dessen Finanzierung allein aus Steuermitteln wäre mit gesamtwirtschaftlichen Problemen verbunden.

Im Hinblick auf die demographischen Veränderungen wird oftmals auch eine verstärkte Kapitaldeckung in der Krankenversicherung vorgeschlagen. Damit wird in der privaten Krankenversicherung versucht, die Prämien trotz des mit zunehmendem Alter steigenden individuellen Ausgabenbedarfs stabil zu halten. In einem umlagefinanzierten Sozialversicherungssystem mit alterskonzentrierten Ausgaben ist eine Umstellung auf Kapitaldeckung freilich mit einer Zweifachbelastung der Übergangsgeneration verbunden, weil diese sowohl eigene Rücklagen aufbauen als auch die Ausgaben derjenigen zu weiten Teilen finanzieren muss, die selbst noch keine ausreichenden eigenen Rücklagen gebildet

*Möglichkeiten
einer Kapital-
deckung*

¹² Vgl.: B. Rürup und E. Wille, Finanzierungsreform in der Krankenversicherung, Juli 2004.

haben. Diese Zusatzlast ist einer möglichen höheren Rendite bei Kapitaldeckung gegenüberzustellen.¹³⁾ Gegen eine kollektive Rücklagenbildung spricht, dass in der Vergangenheit für bestimmte Zwecke gebildete Rücklagen oftmals vorzeitig aufgelöst wurden.

Eine kapitalgedeckte Vorsorge kann dazu beitragen, die demographisch bedingten Mehrbelastungen in der Zukunft zum Teil in die Gegenwart zu verlagern. Dazu wäre jedoch keine Kapitaldeckung innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung erforderlich. So könnte eine zusätzliche private Altersvorsorge in Form einer kapitalgedeckten Rentenversicherung erfolgen, mit der künftig höhere Versicherungsprämien für ältere Versicherte abgedeckt werden könnten. Damit wäre auch die Krankenversicherung besser auf die demographischen Belastungen vorbereitet.

Eine grundlegende Reform der gesetzlichen Krankenversicherung kann sich freilich nicht nur auf die (in diesem Bericht im Vordergrund stehende) Neugestaltung des Finanzierungssystems konzentrieren. Bei einer solchen Beschränkung auf die Einnahmenseite könnte der Druck zur Ausnutzung von Effizienzpotenzialen vermindert werden. Eine Reform der Einnahmenseite darf nicht dazu führen, dass notwendige Maßnahmen auf der Leistungsseite hinausgeschoben werden.

Es herrscht weithin Übereinstimmung, dass auf der Leistungsseite Wirtschaftlichkeitsreserven vorhanden sind, deren Erschließung vor allem durch eine Intensivierung des Wettbewerbs sowohl unter den Krankenkassen als auch zwischen den Leistungsanbietern zu

einer Dämpfung des Ausgabenanstiegs beitragen könnte. Dazu zählt auch, den Kassen mehr Freiheiten bei der Gestaltung weiterer Wettbewerbsparameter, zum Beispiel des Umfangs des angebotenen Versicherungsschutzes, einzuräumen. Ein weiterer Ausbau der Zuzahlungsregelungen wäre geeignet, in das Verhältnis zwischen Leistungserbringern und Patienten wirtschaftliche Überlegungen stärker einfließen zu lassen. Die Gestaltung der Vertragsverhältnisse zwischen Kassen und Leistungserbringern könnte etwa durch das Recht der Kassen, mit einzelnen Ärzten oder Ärzteguppen Verträge abzuschließen, liberalisiert werden. Als weitere wichtige Maßnahmen zur Stärkung des Wettbewerbs und zur Kostendämpfung gelten die weiter gehende Einführung von Vergütungssystemen auf der Basis von Fallpauschalen, die zunehmende Öffnung der Krankenhäuser für ambulante Behandlungen sowie die Liberalisierung des Arzneimittelhandels. Zudem könnte die Transparenz der Leistungserstellung für den Versicherten durch einen Wechsel vom Sachleistungs- zum Kostenerstattungsprinzip gefördert werden.

Schlussfolgerungen

Mit der jüngsten Gesundheitsreform dürften die Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung für einen begrenzten Zeitraum stabilisiert worden sein. Auf eine dauerhaft trag-

Demographische Entwicklung wird Finanzierungsprobleme verschärfen

¹³ Ein eindeutiger Effizienzgewinn ist allein aus der Umstellung des Finanzierungsverfahrens nicht abzuleiten. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Möglichkeiten und Grenzen einer verstärkten Kapitaldeckung der gesetzlichen Altersversicherung in Deutschland, Monatsbericht, Dezember 1999, S. 22.

fähige Grundlage sind sie jedoch noch nicht gestellt worden. Die Alterung der Gesellschaft und der wünschenswerte, aber kostentreibende medizinisch-technische Fortschritt werden im gegebenen System den Druck zu Beitragssatzerhöhungen schon bald wieder zunehmen lassen. Derzeit decken die Beiträge der Rentner im Durchschnitt nur knapp die Hälfte der auf sie entfallenden Aufwendungen der gesetzlichen Krankenversicherung. Die aktiven Mitglieder zahlen dagegen das Anderthalbfache dessen, was sie im Durchschnitt an Kosten verursachen. Eine Verschiebung der Bevölkerungsrelation von Aktiven zu Ruheständlern wird daher einen höheren Beitragssatz erfordern.

*Grundlegende
Fragen zur
Gestaltung der
Gesundheits-
versorgung
weiter offen*

Wie bereits bei der aktuellen Gesundheitsreform wird es auch in Zukunft neben der Nutzung noch vorhandener Effizienzreserven vor allem durch die Stärkung des Wettbewerbs um die Fragen gehen, welche Leistungen von der gesetzlichen Krankenversicherung abgedeckt und wie die damit verbundenen Finanzierungslasten verteilt werden sollen. Die im gegenwärtigen Versicherungssystem unzureichende Möglichkeit, das Angebot an Gesundheitsleistungen über den Preismechanismus stärker mit den Wünschen der Nachfrager in Übereinstimmung zu bringen, sowie das jeder Versicherung innewohnende Problem übermäßiger Inanspruchnahme legen es nahe, die Eigenverantwortung über Zuzahlungen weiter zu stärken. Grundsätzlich könnte auch daran gedacht werden, den Leistungsumfang eher auf größere Risiken zu konzentrieren.

Die Verteilung der Finanzierungslast hat sowohl interpersonelle als auch intergenerative Aspekte. Die der gesetzlichen Krankenversicherung immanenten interpersonellen Verteilungseffekte, die über die Risikoteilung zwischen Gesunden und Kranken hinausgehen, betreffen nicht nur die Umverteilung zwischen Beziehern höherer und niedriger Einkommen, sondern auch die zwischen Alleinstehenden und Familien, zwischen Männern und Frauen und schließlich auch die zwischen Jungen und Alten. In diese Verteilungsmechanismen sind nur die Einkommen der GKV-Mitglieder bis zur Beitragsbemessungsgrenze einbezogen. Insgesamt sind die Verteilungseffekte kaum durchschaubar. Die Transparenz könnte hier wesentlich vergrößert werden, wenn die Aufgabe der Versicherung von der interpersonellen Umverteilung getrennt würde, was eine – auch unter sozialen Gesichtspunkten – sachgerechtere Finanzierung des Solidarausgleichs ermöglichen würde.

Die intergenerativen Verteilungsprobleme der umlagefinanzierten Krankenversicherung beruhen in erster Linie auf der demographischen Entwicklung. Hier droht eine erhebliche Zusatzlast für die künftigen Generationen. Mit Hilfe einer verstärkten individuellen Kapitaldeckung könnten höhere Beiträge in der Zukunft eher verkraftet werden – freilich auf Kosten des heutigen Konsums.

Eine große Bedeutung für die Zukunft der gesetzlichen Krankenversicherung wie auch der sozialen Sicherung insgesamt wird die Entwicklung der Gesamtwirtschaft und hier insbesondere des Arbeitsmarktes haben. Das Ziel, die Arbeitslosigkeit zu verringern und die

*Verteilung der
Finanzierungs-
lasten*

*Bedeutung
für die
Beschäftigungs-
entwicklung*

Erwerbsbeteiligung zu steigern, könnte durch eine möglichst weit gehende Abkopplung der GKV-Finanzierung vom Arbeitsverhältnis unterstützt werden. Andernfalls würde der ab-

sehbare Anstieg der Beitragssätze die Lohnzusatzkosten unmittelbar weiter steigern und den Einsatz des Faktors Arbeit noch erschweren.

Zur Regulierung der europäischen Wertpapiermärkte

Der Financial Services Action Plan (FSAP) und dessen Umsetzung prägten die Diskussion um den europäischen Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen seit seiner Verabschiedung im Mai 1999. Mit einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen stellt dieser Aktionsplan der Europäischen Union die bislang ehrgeizigste Initiative zur Integration der Kapitalmärkte und zur Verwirklichung des Binnenmarkts für Finanzdienstleistungen in der EU dar. Der Diskurs war dabei breit angelegt und umfasste – angestoßen durch den Bericht des „Ausschusses der Weisen“ – auch gesetzgebungstechnische und institutionelle Aspekte. Während auf Richtlinien- und Mitteilungsebene fast alle der zuletzt 42 Punkte des FSAP abgearbeitet sind, steht in weiten Bereichen die Umsetzung in die nationalen Rechtsordnungen noch aus. Dies gibt Anlass, sich aus Sicht der Notenbank mit der Regulierung der europäischen Wertpapiermärkte zu befassen und dabei drei Schwerpunktbereiche des FSAP anzusprechen: die neue Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente, die Richtlinie über Finanzsicherheiten und die Mitteilung der Kommission zu Clearing und Abrechnung. In einem gesonderten Abschnitt wird schließlich die mit dem FSAP verbundene Akzentverschiebung zu Gunsten einer stärkeren Kapitalmarktorientierung in ihren Auswirkungen auf die Unternehmensfinanzierung und die Geldpolitik beleuchtet.

Notenbank und finanzwirtschaftliche Infrastruktur

Neben der im Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung stehenden Geldpolitik zählen seit jeher das Engagement bei der Bereitstellung der finanzwirtschaftlichen Infrastruktur ebenso wie die Gewährleistung der Stabilität des Finanzsystems zu den wichtigen – wenn auch öffentlich weniger bemerkten – Aufgaben von Notenbanken. Ihre stabilitätspolitische Verantwortung hat also zugleich eine makroökonomische, das heißt geld- und währungspolitische, wie auch eine mikrostrukturelle, eben eine finanzwirtschaftliche Dimension. Aus einer derartigen funktionalen Perspektive liegt es deshalb nahe, dass sich Notenbanken intensiv mit Fragen der Finanzmarktentwicklung befassen. Dabei richtet sich ihr Augenmerk neben der Beaufsichtigung und Regulierung der Finanzmärkte auch auf die finanzwirtschaftliche Infrastruktur. Das Engagement der Notenbank in diesem Bereich liegt darin begründet, dass strukturelle Veränderungen innerhalb des Finanzsystems auch unmittelbar die Durchwirkung von monetären Impulsen beeinflussen.

Die nachfolgende Einschätzung der durch den FSAP angestrebten intensiveren Integration des europäischen Finanzmarkts geschieht in diesem Lichte. Auf eine gewisse Weise das gesamte Projekt illustrierend und zugleich aber auch ihrer substanziellen Bedeutung entsprechend stehen dabei drei Schwerpunktbereiche des FSAP im Mittelpunkt: die neue Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente, die Richtlinie über Finanzsicherheiten und die Mitteilung der Kommission zu Clearing und Abrechnung.

Als Grundorientierung des Aktionsplanes ist eine Steigerung der Effizienz in der Zusammenführung zwischen finanzielle Vermögenswerte akkumulierenden Sparern und Investoren in Realkapital erkennbar. Davon werden risikobereinigt höhere Erträge für die Anleger, ein erleichterter Zugang der Unternehmen zu den Finanzierungsquellen und insgesamt eine effizientere Zuteilung der finanziellen Ressourcen erwartet. Im Ergebnis soll es zu mehr Wachstum und Beschäftigung kommen – deshalb zählt der FSAP zu den Grundpfeilern des von der EU Anfang 2000 gestarteten Lissabonner Prozesses.

Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen

Zum wirtschaftlichen Zusammenwachsen Europas gehört ein Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen. Finanzmarktintegration ist gekennzeichnet durch gegenseitige Öffnung der nationalen Finanzmärkte und freie Kapitalmobilität, im Zuge derer es auch zu einer Angleichung der Struktur der nationalen Finanzbranchen, aber wohl kaum zu einer vollkommenen Homogenität kommen kann. Eine derart weit gehende strukturelle Kongruenz ist aber auch keine Bedingung für eine gelungene Integration.¹⁾

Ein wesentliches Kennzeichen integrierter Finanzmärkte ist, dass sich die Preise (Zinsen, Gebühren usw.) gleichartiger Finanzprodukte über den Marktmechanismus einander annähern, wenn die Wirtschaftssubjekte ihre

*EU-
Finanzmarkt-
integration...*

*...bringt
Wohlfahrts-
gewinne...*

¹ Europäische Zentralbank, Measuring financial integration in the euro area, ECB Occasional Paper No. 14, Mai 2004, S. 6 f.

Entscheidungen ohne eine qua Finanzmarktregulierung vorgegebene Beschränkung auf ihr Heimatland treffen können. Dies führt zu einer verbesserten Marktliquidität und Kapitalallokation im gesamten Wirtschaftsraum, was niedrigere Kapitalbeschaffungskosten für Unternehmen und attraktivere Anlageoptionen für Haushalte mit sich bringen kann.

...auch auf nicht vollkommen integrierten Märkten

Vollkommen integrierte Märkte setzen voraus, dass alle Marktteilnehmer über die gleichen Informationen verfügen und die Preisfindung ausschließlich von der Ausgestaltung des Finanzinstruments – und nicht beispielsweise vom Emissionsort oder der Verwahrung – abhängt. In der Realität wird auf Finanzmärkten wohl kaum eine derartige vollständige Integration vorher segmentierter Märkte vorzufinden sein, weil neben Informationsunvollkommenheiten auch immer „weiche“ Faktoren für die Anlage- und Finanzierungsdispositionen von Bedeutung sind, die eine gewisse Vorliebe der Wirtschaftssubjekte für heimische Instrumente begründen, wie etwa Nationalität, Tradition und Sprache.

Einheitliche Strukturen und harmonisierte rechtliche Grundlagen ...

Wesentliche Entwicklungsvoraussetzungen für integrierte Finanzmärkte in Europa sind die gemeinsame Währung, grenzüberschreitend funktionierende Zahlungsverkehrs- und Wertpapierabwicklungsinfrastrukturen sowie eine Angleichung von Rechts- und Steuervorschriften. Dennoch wird es weiterhin Preisdispersion geben. Ein Grund dafür ist etwa die von vielen Anlegern geteilte Einschätzung, dass man Informationen in einem engeren regionalen Radius besser würdigen kann. Diese Position führt dazu, dass man eine Übergewichtung regionaler Werte in Vermögen feststel-

len kann – einen „regional bias“ also. Hinzu kommen die Unterschiede zwischen ex ante erwarteten und de facto realisierten Risiken, die ebenfalls eine Abweichung vom Gesetz des einheitlichen Preises – auch in einer regionalen Dimension – bewirken können.

Für die rechtliche Integration des Finanzbinnenmarkts hat der Europäische Rat von Lissabon sich das Jahr 2005 als Termin gesetzt, der Rat von Stockholm hat im März 2001 für das Wertpapierrecht diesen Termin auf Ende 2003 vorverlegt. Was die Beseitigung steuerlicher Hindernisse und Verzerrungen betrifft, so stellt die angestrebte Anwendung der Richtlinie im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen²⁾ ab 1. Juli 2005 einen ersten Schritt auf dem Weg zur steuerlichen EU-Finanzmarktintegration dar.

...auch im steuerlichen Bereich

Finanzmärkte, insbesondere Wertpapiermärkte, bedürfen überdies eines stabilen Ordnungsrahmens hinsichtlich Regulierung und Beaufsichtigung von Märkten und deren Teilnehmern. So verstanden, dient auch Anleger- und Verbraucherschutz dem Ziel effizienter Kapitalallokation.

Regulierung der Wertpapiermärkte

Angesichts des gewachsenen hohen Grades der nationalen Wertpapierregulierung ist die rechtliche und regulatorische Integration der EU-Wertpapiermärkte relativ schwierig. Das Prinzip der Mindestharmonisierung mit gegenseitiger Anerkennung („Europa-Pass“, Herkunftslandprinzip) trägt dem Rechnung und vermeidet Doppelregulierung und -aufsicht.

Mindestharmonisierung ...

2 2003/48/EG.

Internationale Mischung der Wertpapierdepots inländischer Privatpersonen *)

Angaben in %

Position	Insgesamt	Direktanlagen (Aktien, Anleihen)	Inländische Publikumsfonds 1)
Ende 2002			
Wertpapiere inländischer Emittenten	63	81	34
Wertpapiere ausländischer Emittenten	37	19	66
Ende 1987			
Wertpapiere inländischer Emittenten	79	81	61
Wertpapiere ausländischer Emittenten	21	19	39

* Bei inländischen Kreditinstituten geführte Depots, Kurswerte. — 1 Zusammensetzung des Vermögens inländischer Publikumsfonds.

Deutsche Bundesbank

... gegenüber
Vollharmonisierung

Auf der anderen Seite bedeutet Mindestharmonisierung aber, dass sich grenzüberschreitend tätige Finanzmarktteilnehmer mit unterschiedlichen Regulierungen auseinander setzen müssen. Deshalb drängen sie vermehrt darauf, vom Prinzip der Mindestharmonisierung auf das der Vollharmonisierung überzugehen. Bei letzterer hätte der nationale Gesetzgeber (auch des Herkunftslandes) keinen Spielraum mehr, über die EU-Vorgaben hinaus Vorschriften zu erlassen. Da sich die meisten Mitgliedstaaten diese Flexibilität erhalten wollen, wird weiterhin meist das Prinzip der Mindestharmonisierung angewandt, allerdings nähern sich detaillierte Richtlinien mit weit reichenden Komitologievorbehalten³⁾ schon sehr einer Vollharmonisierung an.

Am weitesten fortgeschritten ist die Finanzmarktintegration in der EU wegen der einheitlichen Geldpolitik des Eurosystems im Bereich des unbesicherten Geldmarkts.⁴⁾ Hier liegen die Satzmeldungen der Banken für den EONIA⁵⁾ in der Regel nur wenige Basispunkte auseinander. Beim besicherten Geldmarkt, der inzwischen bedeutender ist als der unbesicherte, gibt es allerdings noch Integrationsdivergenzen: Dafür sind vor allem Unterschiede bei den Sicherheiten und bei der Besicherungspraxis sowie Probleme mit der Übertragung der Papiere und steuerliche Aspekte verantwortlich. Letztere zwei Punkte gelten auch für den verbrieften Geldmarkt.

Integrationsfortschritte im Geldmarkt ...

Auf den Anleihemärkten hat die Gleichartigkeit der Portfoliozusammensetzung sowie, damit verbunden, der Gleichlauf der Renditen zugenommen. Einen Beleg dafür liefern insbesondere die Staatsanleihen im Euro-Währungsgebiet.⁶⁾ Die Einführung des Euro hat die grenzüberschreitende Diversifikation nachhaltig gefördert.⁷⁾ Die nebenstehende Tabelle fasst zur Darstellung des gewachsenen Anteils an Auslandstiteln in den Depots Privater die Anleihen mit Aktien und Publikumsfonds zusammen.

... an den Anleihemärkten...

Auf den Aktienmärkten zeigt sich besonders deutlich, dass die Inlandsorientierung zu Gunsten einer paneuropäischen Anlageperspektive nachgelassen hat, und zwar mit

... und an den Aktienmärkten

3 Vgl.: Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (FIMD) 2004/39/EG.

4 Vgl.: Europäische Zentralbank, Euro Money Market Study 2002, November 2003.

5 EONIA: Euro Over Night Index Average.

6 Siehe Erläuterungen auf S. 37.

7 Vgl.: Europäische Zentralbank, The Euro Bond Market, Juli 2001.

Schwerpunkt bei den institutionellen Anlegern.⁸⁾ Diese Entwicklung war schon im Vorfeld der Einführung der gemeinsamen Währung zu beobachten. In den Depots inländischer Privatpersonen liegt der Anteil an Wertpapieren aus EU-Ländern allerdings immer noch unter dem Wert, der sich auf Grund der Marktkapitalisierung deutscher im Vergleich zu europäischen Aktien ergeben würde. Eine vollkommene Annäherung an das europäische Marktportfolio ist allerdings aus den bereits erwähnten Informationskostengründen nicht zu erwarten.

Der Financial Services Action Plan

Regulierung der Wertpapiermärkte

Schon vor dem FSAP gab es auf europäischer Ebene Vorschriften zur Regulierung der Wertpapiermärkte. Zu Beginn der Harmonisierungsbestrebungen im Finanzbinnenmarkt lag die Betonung im klassischen (Universal-) Bankengeschäft und dessen Beaufsichtigung,⁹⁾ daneben finden sich aber bereits frühzeitig börsenspezifische Richtlinien.¹⁰⁾ Parallel zu der Mitte der achtziger Jahre einsetzenden Deregulierung und Liberalisierung der Wertpapiermärkte¹¹⁾ wurde die Insiderrichtlinie¹²⁾ erlassen, die auf „fair play“ bei der Emission und beim Handel von verbrieften Zahlungsansprüchen abstellt. Es lässt sich

8 Vgl.: Europäische Zentralbank, The Euro Equity Markets, August 2001.

9 Vgl.: Erste und Zweite Bankrechtskoordinierungsrichtlinien 77/780/EWG und 89/646/EWG.

10 Vgl.: Börsenzulassungsrichtlinie 79/279/EWG und Börsenprospektrichtlinie 80/390/EWG.

11 erinnert sei beispielhaft an den „Big Bang“ der Londoner Börse (1986), die Lösung des Problems des Differenzeinwands bei Termingeschäften nach deutschem Recht (1989) und an die Erklärung der Bundesbank zu DM-Emissionen (1992).

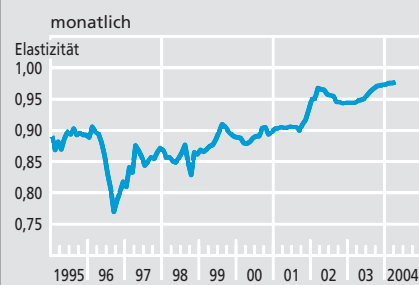
12 89/592/EWG.

Integrationsgrad des Marktes für Staatsanleihen im Euro-Währungsgebiet

Der Integrationsgrad von Finanzmärkten lässt sich an den Marktpreisen beobachten. Je weiter sich die Marktpreise für vergleichbare Finanzinstrumente einander annähern beziehungsweise je stärker Marktpreise korreliert sind, als desto stärker integriert gelten Finanzmärkte. Der Einfluss gesamtmarktrelevanter Faktoren sollte sich demnach in gleicher Weise auf ähnliche Finanzinstrumente auswirken, auch wenn individuelle bewertungsrelevante Faktoren, wie unterschiedliche Bonitäten, die Preisniveaus sich nicht immer völlig angleichen lassen.

Inwieweit die Märkte für Staatsanleihen im Euro-Währungsgebiet bereits integriert sind, soll anhand der Reaktion europäischer Staatsanleihen auf Preisschwankungen ausgewählter Benchmark-Anleihen verdeutlicht werden. Die nachstehende Abbildung zeigt die durchschnittlichen Regressionskoeffizienten, die die Reaktion von Staatsanleihen europäischer Emittenten auf eine einprozentige Kursveränderung deutscher Staatsanleihen messen. Die Schätzungen beziehen sich auf nationale Kursindizes europäischer Staatsanleihen mit einer Laufzeit von sieben bis zehn Jahren. Die Regressionskoeffizienten resultieren aus Schätzungen mit wöchentlichen Daten und einem gleitenden Zweijahresfenster und können auf Grund der Formulierung des Schätzansatzes direkt als Elastizität interpretiert werden.

Durchschnittliche Elastizität europäischer Staatsanleihen in Bezug auf Kursänderungen deutscher Staatsanleihen



Quelle: Bloomberg, eigene Berechnungen.

Je näher der Koeffizient bei 1 liegt, desto stärker vollziehen die europäischen Staatsanleihen Preisänderungen der deutschen Benchmark-Anleihen nach. Die Elastizität europäischer Staatsanleihen in Bezug auf Kursänderungen der deutschen Benchmark-Anleihen liegt aktuell bei 0,98. Von der Preisseite betrachtet hat die Integration des Marktes für Staatsanleihen im Euro-Währungsgebiet demnach seit Beginn der Währungsunion deutlich zugenommen.

Deutsche Bundesbank

nachweisen, dass auf Märkten mit wirksamem Insiderrecht die Kosten der Eigenkapitalbeschaffung über den Aktienmarkt geringer sind.¹³⁾

Noch wichtiger für die Gestaltung der nationalen Wertpapiergesetze waren die Wertpapierdienstleistungsrichtlinie von 1993¹⁴⁾, die Wertpapierfirmen über eine gemeinschaftsweit gültige Zulassung den „Europa-Pass“ brachte, und die CAD¹⁵⁾. Diese sollte aus Sicht der Länder mit vorherrschendem Universalbankensystem vor allem dazu dienen, gleiche Spielregeln zu schaffen, also auch die britischen Investmenthäuser (und die amerikanischen mit Europasitz in London) für ihr Geschäft einer den Kreditbanken vergleichbaren Kapitalvorhaltungspflicht zu unterwerfen.

Im Mai 1999 wurde – nach einem Konsultationsverfahren der Kommission und unter Beteiligung der Regierungen der Mitgliedstaaten – der FSAP vorgestellt, der sich in vier Teilbereiche gliederte: professionelle Anleger, Privatanleger, Stärkung der Überwachungsstrukturen sowie allgemeine, insbesondere steuerliche Voraussetzungen für eine Integration der Finanzmärkte.¹⁶⁾ Durch nachträgliche Ergänzungen ergaben sich schließlich 42 Vorhaben. Zur Erreichung der Finanzmarktintegration stehen in Bezug auf die Regulierung der Wertpapiermärkte beim FSAP drei Grundprinzipien im Vordergrund. Den Anbietern aus der EU sollen, erstens, gleiche Zugangsmöglichkeiten zu allen EU-Wertpapiermärkten eingeräumt werden. Dazu erkennen die Mitgliedstaaten, zweitens, die Regeln und die Aufsicht der jeweils anderen an (Herkunftslandkontrolle). Schließlich soll, drittens, für

einen effektiven Qualitäts- und Kostenvergleich der Nutzer größtmögliche Transparenz hergestellt werden.

Da das umfangreiche FSAP-Programm rasch umgesetzt werden sollte, suchte die Kommission nach Wegen, den Gesetzgebungsweg zu beschleunigen und gleichzeitig auf die Ressourcen in den Behörden der Mitgliedstaaten zurückzugreifen. Unter Leitung von Baron Lamfalussy wurde ein „Ausschuss der Weisen“ eingerichtet, der geeignete Vorschläge ausarbeiten sollte.¹⁷⁾ Da durch das Lamfalussy-Verfahren potenziell die Rechte des Europäischen Parlaments (EP) beschnitten wurden, stimmte es dem Verfahren erst zu, als die Kommission zusagte, grundsätzliche Bedenken des EP im Komitologieverfahren zu berücksichtigen. Ob das seit 2001 bei bislang vier Richtlinien angewendete Lamfalussy-Ver-

*Lamfalussy-
Verfahren*

*Grund-
prinzipien
des FSAP*

13 U. Bhattacharya und H. Daouk, *The World Price of Insider Trading*, *Journal of Finance*, Februar 2002, S. 75 ff.
14 93/22/EG.

15 Richtlinie über die angemessene Eigenkapitalausstattung von Wertpapierfirmen und Kreditinstituten 93/06/EG.

16 Mitteilung der Kommission, KOM (1999) 232 vom 11. Mai 1999.

17 Die Stufen eins und zwei des Lamfalussy-Verfahrens umfassen den eigentlichen Rechtsetzungsprozess. Auf der ersten Stufe verabschieden – auf Vorschlag der EU-Kommission – Rat und Europäisches Parlament Rahmenrichtlinien beziehungsweise -verordnungen, die teilweise noch der Konkretisierung bedürfen. Auf der zweiten Stufe erlässt die EU-Kommission im sog. Komitologieverfahren detaillierte technische Durchführungsbestimmungen, wobei sie von zwei Ausschüssen unterstützt wird: dem Europäischen Wertpapierausschuss (European Securities Committee: ESC) in seiner Komitologiefunktion, der die Auffassungen der Mitgliedstaaten bündelt, und dem Ausschuss der Europäischen Wertpapieraufsichtsbehörden (Committee of European Securities Regulators: CESR), der die Kommission bei der Ausarbeitung der Durchführungsbestimmungen berät. Die dritte Stufe umfasst die einheitliche Umsetzung und Anwendung in den Mitgliedstaaten vor allem durch Abstimmung in CESR. Auf der vierten Stufe ist die Einhaltung des EU-Rechts zu kontrollieren und konsequent durchzusetzen. Vor und während des gesamten Prozesses sollen intensive Konsultationen mit den Marktteilnehmern stattfinden.

fahren den Rechtsetzungsprozess verbessert hat und eine einheitliche und konsequente Umsetzung und Durchsetzung sicherstellt, kann noch nicht abschließend beurteilt werden. Es ist allerdings zu betonen, dass die sachliche Angemessenheit von Richtlinien und Verordnungen Priorität vor der Geschwindigkeit der Einführung hat. Inzwischen hat das EP am 31. März 2004 einem Richtlinienvorschlag zugestimmt, der das Lamfalussy-Verfahren auch auf die Bereiche Banken, Versicherungen und Investmentfonds ausdehnt.

Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente

Wertpapierdienstleistungsrichtlinie und Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente

Schon die Wertpapierdienstleistungsrichtlinie aus dem Jahr 1993 verwendete den Begriff des „geregelten Marktes“ und enthielt Transparenzvorschriften. In die Strukturen der nationalen Wertpapiermärkte griff sie aber kaum ein. Ihre Nachfolgerin, die kürzlich verabschiedete „Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente“¹⁸⁾ (Financial Instruments Markets Directive: FIMD) schafft nun auch ein europäisches Börsenrecht mit dem Ziel, faire Wettbewerbsbedingungen zwischen geregelten Märkten, das heißt Börsen, multilateralen Handelsplattformen (MTF) und bankinternen Handelssystemen herzustellen. Das bedeutet vor allem, dass der so genannte absolute Börsenzwang in einigen nationalen Rechtsordnungen aufgehoben werden muss. Stattdessen können die Börsengesetze künftig eine Regelung vorsehen, wonach Banken Kundenaufträge außerhalb einer Börse oder eines

MTF hausintern nur nach dessen Zustimmung ausführen können.

Funktionen des Wertpapierhandels sind die Preisbildung für Wertpapiere und Transformationsleistungen hinsichtlich der Losgröße, Fristen, Risiken und Liquidität von Wertpapieren. Für die Preisaggregation ist die Mikrostruktur der Märkte ausschlaggebend. Die Gewährleistung von Tiefe, Breite und Robustheit – also von engen Spreads, einem ausreichenden Ordervolumen und Preiskontinuität – erfordert eine Marktorganisation, die Liquidität und Transparenz begünstigt. Die (Auktions-)Börse war dafür der tradierte Marktplatz. Sie kann diese Aufgaben umso besser erfüllen, je mehr Teilnehmer ihre Aufträge an die Börse leiten.¹⁹⁾

*Funktionsfähige
Börse*

In der Diskussion um die Neufassung der Wertpapierdienstleistungsrichtlinie wurde argumentiert, die gesetzliche Bevorzugung von Börsen gegenüber multilateralen Handelssystemen oder bankinternen Handelssystemen sei aufzuheben, da alle drei Systeme gewinnorientiert arbeiteten.

Diese Sichtweise ist allerdings insofern zu relativieren, als Börsen Leichtigkeit und Breite des Zugangs, Liquidität, Anlegerschutz und Vertrauen in die Preisfindung auf eine direk-

¹⁸ 2004/39/EG, Amtsblatt der EU vom 30. April 2004, L 145/1 ff. Die neue Bezeichnung wurde im Gemeinsamen Standpunkt des Rates gewählt. Der Kommissionsvorschlag trug noch die Bezeichnung „Richtlinie über Wertpapierdienstleistungen und geregelte Märkte“, was auch dem Inhalt der Richtlinie eher entsprach.

¹⁹ Vgl. zum Problem der Internalisierung (= hausinterne Ausführung von Kundenaufträgen gegen den Eigenbestand oder gegen gegenläufige Kundenaufträge) auch: E. Theissen, Internalisierung und Marktqualität: Was bringt Xetra Best? in: Kredit und Kapital, 4/2002, S. 550 ff.

tere Weise als konkurrierende Handelssysteme sicherstellen. Es ist zwar richtig, dass der Wunsch nach mehr Wettbewerb oder der Berücksichtigung spezieller Kundenwünsche (z. B. sofortige Auftragsausführung, Späthandel) gegen die Erhaltung von Börsenmonopolen spricht. Die mit ihrer gesetzlichen Aufwertung zu erwartende Bedeutungszunahme außerbörslicher Handelsplattformen könnte aber eine gewisse Liquiditätszersplitterung mit entsprechenden Auswirkungen auf die Preisfindung für Wertpapiere und auf die Allokationsfunktion des Kapitalmarkts zur Folge haben.

*Internalisierung,
Vorhandels-
transparenz
und Kontrahie-
rungszwang*

Moderne Technologien haben seit einer Reihe von Jahren weitere Wege des Zusammenbringens von Angebot und Nachfrage nach Wertpapieren attraktiv gemacht. Das Problem, vor dem die europäischen Institutionen standen, betraf deshalb die Organisation des Wettbewerbs zwischen den diversen Anbietern von Transaktionsleistungen sowie die daraus erwachsenden Folgen für die Effizienz sowie die Stabilität der Finanzmärkte. Besonders umstritten waren seit der Veröffentlichung des Richtlinienvorschlags im November 2002 die Vorschriften zur Internalisierung. Inzwischen haben Parlament und Rat zu Vorhandelstransparenz und Kontrahierungszwang einen Kompromiss gefunden,²⁰⁾ der den Preiswettbewerb und den Anlegerschutz verbessert.

Die Richtlinie über Finanzsicherheiten

Die Richtlinie über Finanzsicherheiten²¹⁾ hatte – in Anknüpfung an die 1998 ergangene Fina-

litätsrichtlinie – zum Ziel, erstmals materielle Rechtsunterschiede im Bereich des Zivil- und Insolvenzrechts zu beseitigen, die grenzüberschreitende Wertpapiergeschäfte erschweren.

Musterbeispiele hierfür sind die in einigen Rechtsordnungen bestehenden komplexen Formerfordernisse für die Bestellung dinglicher Sicherheiten. Ein ähnliches Bild bietet die Verwertung, bei der gerichtliche Genehmigungen, Wartefristen und so weiter einzuhalten sind, die einer zeitgerechten Realisierung einer Wertpapiersicherheit zum Tageskurs entgegenstehen.

*Rechts-
unterschiede
bei Bestellung
und
Verwertung*

Die Nutzung der Vollrechtsübertragung zu Sicherungszwecken ist in Deutschland seit langem in der Praxis anerkannt, konnte sich in den Rechtsordnungen unserer Nachbarstaaten jedoch kaum durchsetzen.²²⁾

²⁰ Danach werden systematische Internalisierer in börsennotierten, liquiden Aktien zur Veröffentlichung von verbindlichen Preisen (Geld und/oder Brief) verpflichtet. Bei illiquiden Aktien müssen Preise gegenüber den Kunden nur auf Anfrage offen gelegt werden. Diese Verpflichtungen gelten für Abschlüsse bis zur Standardmarktgröße, die sich nach der Umsatzgrößenklasse der jeweiligen Aktie richtet. Gegenüber Kleinanlegern darf der genannte Preis nicht nachgebessert werden, wohl aber gegenüber Großanlegern, wenn die betreffende Order größer ist als die eines Kleinanlegers. Auf Basis ihrer Geschäftspolitik dürfen systematische Internalisierer darüber entscheiden, welchen Investoren sie Zugang zu ihren Preisen geben. Als geschäftspolitische Kriterien werden beispielhaft genannt: Kreditwürdigkeit, Gegenparteiisiko und Abwicklungsgesichtspunkte. Außerdem kann der Internalisierer die Zahl der Abschlüsse sowohl in Bezug auf einen Anleger als auch insgesamt beschränken. Hieraus ergibt sich, dass Internalisierer im Prinzip also auch mit Nichtkunden abschließen müssen, zu denen auch Großinvestoren oder Mitbewerber gehören (abgemilderter Kontrahierungszwang).

²¹ EG 2002/47, EG-Abl. L. 168, vom 27. Juni 2002, S. 43 ff.

²² Vgl. etwa die belgische Rechtssache Sart/Tilman aus 1996. Belgien und Luxemburg haben hierauf mittlerweile mit Sondergesetzen reagiert.

Ebenso erschweren die Insolvenzrechte mancher Mitgliedstaaten die Sicherheitenverwertung, indem sie weder die Insolvenzaufrechnung noch das Recht auf abgesonderte Befriedigung kennen. So ist etwa den Ländern des „napoleonischen“ Rechtskreises eine autonome Befriedigung nach Verfahrenseröffnung im Allgemeinen wesensfremd.²³⁾ Im deutschen Insolvenzrecht sind hingegen sowohl die Insolvenzaufrechnung als auch die abgesonderte Befriedigung seit Ende des 19. Jahrhunderts allgemein anerkannt und haben auch die Einführung der neuen einheitlichen Insolvenzordnung per 1. Januar 1999 weitgehend unbeeinträchtigt überstanden.²⁴⁾

*Übereignung
für Sicherungs-
zwecke EU-weit
eingeführt*

Die Finanzsicherheitenrichtlinie hat vor diesem Hintergrund erstmals eine Übereignung für Sicherungszwecke EU-weit eingeführt. Ferner hat sie den Grundsatz der formlosen Bestellung und der (staatsfreien) Selbsthilfe bei der Verwertung von Pfandsicherheiten für alle Mitgliedstaaten begründet. Schließlich wurde die Insolvenzaufrechnung sowie ein Recht auf abgesonderte Befriedigung in der gesamten EU eingeführt.

Insgesamt erscheint die Finanzsicherheitenrichtlinie (wenngleich nur beschränkt auf ihren engen Anwendungsbereich in Gestalt von Finanzinstrumenten und Barguthaben) als eine „kleine Revolution“, nachdem Versuche einer materiellen Harmonisierung der Sicherheiten- und Insolvenzrechte im Gemeinschaftsrecht bislang erfolglos geblieben waren.

In Deutschland wurde die Richtlinie durch das Gesetz vom 8. April 2004²⁵⁾ umgesetzt, dessen Verabschiedung eine ausführliche Diskussion in der Fach- und Tagespresse vorausgegangen war. Kernpunkt war die Frage des – in der Richtlinie teilweise den Mitgliedstaaten überlassenen – persönlichen Anwendungsbereichs.

Während die Bundesregierung die Richtlinie ausdrücklich auch für Bank-Nichtbank-Beziehungen umsetzen wollte, hatte sich hiergegen politischer Widerstand im Bundestag formiert. Der gefundene Kompromiss lautete, dass für Bank-Nichtbank-Beziehungen die Wertpapiersicherheit nur im Rahmen von Pensionsgeschäften, Wertpapierdarlehen und kurzfristigen (geldmarktnahen) Geldkrediten dem Regime der Richtlinie unterstellt wird, es für längerfristige Geldkredite hingegen beim geltenden Recht verbleibt.²⁶⁾

Das politische Signal, längerfristigen Kreditbeziehungen hier die Vorzüge der Richtlinie zu verweigern, mag auf den ersten Blick Anlass zu Bedenken geben. Gleichwohl ist zu berücksichtigen, dass – unabhängig von der Richtlinie – schon das geltende deutsche Recht die im Wertpapiergeschäft übliche Verpfändung oder Übereignung (verbunden mit der Lieferung im Effektingiro) im Insolvenzfall weitgehend schützt. Nachteile für längerfris-

23 Siehe beispielhaft frz. code de commerce, Art. 621-24 und 621-25.

24 Siehe §§ 50, 51 bzw. 94–96 der Insolvenzordnung; Einschränkungen ergeben sich lediglich für besitzlose Sicherheiten, die im Zusammenhang mit Wertpapieren fast keine Rolle spielen.

25 BGBl. I, 502 ff.

26 § 1 Abs. 17 KWG in der Fassung von Art. 5 des Umsetzungsgesetzes vom 8. April 2004.

tige Kreditbeziehungen deutscher Banken zu ihren Kunden sind daher kaum zu befürchten.

Mitteilung der Kommission zu Clearing und Settlement

Am 28. April 2004 hat die EU-Kommission ihre zweite Mitteilung zu Clearing und Settlement vorgelegt²⁷⁾ und die betroffenen Kreise zur Stellungnahme aufgefordert. Die Mitteilung zielt darauf ab, mit der Schaffung eines effizienten und sicheren grenzüberschreitenden Marktes für Clearing und Settlement einen wichtigen Beitrag zur EU-Finanzmarktintegration zu schaffen.

*Komplexe
grenzüberschreitende
Abwicklung*

Während die Wertpapierabwicklung auf nationaler Ebene einen hohen Effizienzgrad erreicht hat, ist die Marktinfrastruktur im Bereich der grenzüberschreitenden Abwicklung komplex. Marktmäßige und technische Unterschiede wie Marktusancen, Betriebszeiten von Systemen sowie nationales Zivil- und Steuerrecht wirken als Barrieren, die bereits in den beiden Giovannini-Berichten²⁸⁾ beschrieben wurden. Sie führen zu langen Prozessketten sowie höheren Transaktionskosten und Abwicklungsrisiken. Ferner weist die Kommission darauf hin, dass für Wertpapierabwicklungsanbieter keine gleichen Wettbewerbsbedingungen und kein einheitlicher Aufsichtsrahmen vorliegen. Sie beabsichtigt daher, durch Erlass einer Rahmenrichtlinie einen harmonisierten Rechtsrahmen für Clearing und Settlement zu schaffen. Drei weitere Initiativen zielen darauf ab, die Aktivitäten bei der Beseitigung von Barrieren durch Zusam-

menarbeit von privatem und öffentlichem Sektor zu koordinieren, rechtliche und steuerliche Fragen durch Einsatz einer Experten-Gruppe zu klären sowie das wettbewerbliche Instrumentarium (Art. 81, 82 und 86 EGV) bei der vorbeugenden Fusionskontrolle und der Missbrauchsaufsicht einzusetzen.

Die nachstehend aufgeführten Kernpunkte der vorgeschlagenen Rahmenrichtlinie, die alle auf eine Stärkung des Wettbewerbs unter den Clearing- und Settlement-Systemen abzielen, sollen im Komitologieverfahren konkretisiert werden. Die von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe des ESZB (unter Beteiligung der Bundesbank) und des CESR erarbeiteten Standards für Wertpapierabwicklungssysteme, die als Entwurf bereits vorliegen, könnten hierfür als Basis dienen:

*Rahmenrichtlinie für
Clearing und
Settlement*

- Banken und Wertpapierfirmen, Börsen und multilateralen Handelssystemen sowie Clearing- und Settlement-Systemen sollen umfassende Rechte auf diskriminierungsfreien Zugang zu Clearing- und Settlement-Systemen in anderen Mitgliedstaaten eingeräumt werden. Damit wird eine weit gehende Vernetzung der Systeme gefördert und den Kunden dieser Systeme

²⁷ Mitteilung der Kommission, KOM (2004) 312 vom 28. April 2004 „Clearing und Abrechnung in der Europäischen Union – Künftige Maßnahmen“. Im Folgenden wird unter „Clearing“ der Eintritt einer zentralen Gegenpartei (Central Counterparty) in ein Geschäft zwischen zwei Geschäftspartnern verstanden, wobei die bilateralen Geschäftspartnerrisiken zentralisiert werden. Unter „Settlement“ wird die Übertragung von Eigentumsrechten an Wertpapieren, z. B. durch Buchung auf Depotkonten, verstanden. Diese Funktion wird sowohl von Wertpapierabwicklungssystemen (Securities Settlement System, manchmal auch Central Securities Depository, Zentralverwahrer oder Wertpapiersammelbank genannt) als auch von Geschäftsbanken wahrgenommen.

²⁸ November 2001 und April 2003.

die freie Auswahl unter den Clearing- und Settlement-Einrichtungen ermöglicht.

- Ein einheitlicher Regulierungs- und Aufsichtsrahmen soll gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Systembetreiber sowie die gegenseitige Anerkennung der Abwicklungssysteme durch die jeweiligen nationalen Aufsichtsbehörden sicherstellen. Die Kommission beabsichtigt hierbei, einen funktionalen Ansatz zu verfolgen, das heißt, unabhängig von der Art der Institution würden gleiche Tätigkeiten auf gleiche Weise reguliert. Ferner denkt die Kommission über Kapitaladäquanzregelungen für die Anbieter von Abwicklungsdienstleistungen nach, wobei nicht ausgeschlossen wird, dass über die bestehenden bankenaufsichtlichen Regelungen hinausgegangen wird. Der einheitliche Regulierungsrahmen soll durch eine Zusammenarbeit der nationalen Aufsichtsbehörden ergänzt werden. Damit wäre die Grundlage für einen „Europa-Pass“ für alle auf dem Gebiet der Wertpapierabwicklung tätigen Institutionen geschaffen, der es diesen erlauben würde, Clearing und Settlement europaweit anzubieten.
- Im Bereich der Governance für Abwicklungssysteme beabsichtigt die Kommission weit reichende Transparenzanforderungen aufzustellen. Sie spricht sich für eine Trennung der Rechnungslegung nach Kern- und ergänzenden Geschäftsfeldern aus. Damit würde eine eventuelle Quersubventionierung durch Erträge aus dem Kerngeschäft transparent. Ferner sollen Kunden die Möglichkeit haben, nur Teile

eines Leistungsbündels von einem Zentralverwahrer zu beziehen und sich selektiv Leistungen bei anderen Anbietern einzukaufen.

Insgesamt gesehen geht die Kommission mit den von ihr vorgeschlagenen Schritten in die richtige Richtung. Sie beabsichtigt, durch die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen und die Vernetzung der Systeme Marktkräfte freizusetzen, die zu einem Anstieg des grenzüberschreitenden Wertpapierhandels bei verbesserter Risikodiversifizierung und niedrigeren Transaktionskosten für die Investoren sowie geringeren Kapitalkosten für die Emittenten führen sollen. Sie überlässt die weitere Konsolidierung den Marktteilnehmern und den Eigentümern der verschiedenen Anbieter von Clearing- und Settlement-Dienstleistungen. Die Kommission beabsichtigt ausdrücklich nicht, in die Diskussion über die Governance-Modelle „user owned/user governed“ (gemeinwirtschaftlich) oder gewinnorientiert einzutreten. Sie verhält sich ferner neutral in Bezug auf die Diskussion über horizontale und vertikale Integration von Abwicklungsdienstleistungen und über die gewünschte Anzahl von Anbietern am Ende eines weiteren europäischen Konsolidierungsprozesses.

Im Rahmen der beabsichtigten Richtlinie zu Clearing und Settlement ist es deshalb umso wichtiger, dass alle von der Kommission beabsichtigten Maßnahmen wettbewerblich neutral ausfallen. Der konsequenten und sachgerechten Anwendung des funktionalen Ansatzes bei der geplanten Richtlinie kommt hierbei überragende Bedeutung zu. Dieser

*Sicherstellung
eines freien
Wettbewerbs...*

*...setzt wett-
bewerblich
neutrale Rege-
lungen voraus*

Ansatz ist aber gleichermaßen eine große Herausforderung, wie sich bereits bei den noch nicht abgeschlossenen Diskussionen über die ESZB-CESR-Standards gezeigt hat, denn Geschäftsbanken und Zentralverwahrer sind auf sich teilweise überlappenden Geschäftsfeldern tätig. Eine Richtlinie könnte bei einer unscharfen Definition von Teilfunktionen, zum Beispiel bei der Regulierung des Kreditgeschäfts für die geldseitige Abwicklung von Geschäften, zu unerwünschten Wettbewerbsverzerrungen zwischen Zentralverwahrern einerseits und großen Geschäftsbanken andererseits führen. Außerdem ist fraglich, ob über die bestehenden bankenaufsichtlichen Regelungen hinaus weitere Regeln für die Behandlung von Risiken im Zusammenhang mit kurzfristigen Krediten für die Geschäftsabwicklung nötig sind. Die Ausführungen der Kommission zu spezifischen Governance-Regeln für das Wertpapierabwicklungsgeschäft sind sehr weit reichend, da sie verbindliche Regelungen für Clearing und Settlement vorsieht, während für die meisten Finanzdienstleistungen und die übrigen Wirtschaftszweige nur Governance-Regelungen mit Empfehlungscharakter gelten. Ferner ist kritisch zu hinterfragen, dass diese Regeln nicht umfassend, sondern allein auf Zentralverwahrer und zentrale Kontrahenten angewandt werden sollen.

Kapitalmarktorientierung und Unternehmensfinanzierung

Der mit dem FSAP verbundene neue Regulierungsansatz strebt als zentrales Ziel – wie vorstehend ausgeführt – mittels einer Harmoni-

sierung der Regelwerke eine stärkere Integration der Finanzmärkte an. Im Kern geht es darum, am Wertpapiermarkt eine Erhöhung der Marktliquidität zu ermöglichen. Dabei wird auf den positiven Gleichlauf von Handelskosten und Nutzungskosten des Kapitals gesetzt. Verringerte Transaktionskosten, die einen Gegenposten in rückläufigen Intermediationsmargen finden, sollen zudem eine verbesserte Risikoallokation erlauben. Der durch eine Reihe von technologischen Faktoren angelegte Trend zu einer Finanzvermittlung jenseits der Bankbilanzen wird insofern auch regulatorisch gefördert. Die damit verbundene potenzielle Betonung der Ausrichtung am Kapitalmarkt bedeutet neue Chancen, aber auch Herausforderungen für die Unternehmensfinanzierung und folglich, recht unmittelbar, auch für die Geldpolitik.

Es sind insbesondere die kontinentaleuropäischen, stark durch die Universalbankausrichtung gekennzeichneten Finanzierungsstrukturen, die sich Änderungserfordernissen stellen müssen.²⁹⁾ Dies gilt gerade auch für den deutschen Unternehmenssektor, der – als unmittelbarer Ausdruck der institutionellen (z. B. Regelungen zur betrieblichen Altersvorsorge) und nicht zuletzt steuerlichen Rahmenbedingungen – durch niedrige Eigenkapitalquoten sowie eine Fremdfinanzierung vorwiegend über Bankkredite gekennzeichnet ist. Zwar hatte die Finanzierung über den Aktienmarkt gegen Ende der neunziger Jahre – kursnieveaubedingt – erheblich an Attraktivität gewonnen. Als es aber seit dem Frühjahr 2000

*Eigenkapital
und
Fremdkapital*

²⁹ Siehe hierzu für einen umfänglichen Überblick: J. P. Krahen und R. H. Schmidt (Hrsg., 2004), *The German Financial System*, Oxford University Press.

zu einer scharfen Marktkorrektur kam, verlor die Aktie als Finanzierungsinstrument spürbar an Bedeutung. Es ist zwar festzustellen, dass in der Hochphase – relativ zum Umfang an Bruttoinvestitionen – die Finanzierung der Kapitalaufwendungen durch die Begebung von Anteilsrechten angestiegen ist; über die Zeit betrachtet war sie jedoch starken Schwankungen ausgesetzt. So beliefen sich die Aktienemissionen in Relation zu den Bruttoinvestitionen im Jahr 2003 auf – 3,8 %, was nichts anderes heißt, als dass netto über Aktienrückkäufe mehr Anteilsrechte aus dem Markt genommen wurden als dort durch Emissionen neu begeben wurden.

*Bankkredite
und Unternehmensanleihen*

Angesichts der Alternative bei der Fremdfinanzierung von Unternehmen – Bankkredite oder Emission von Anleihen – können die Finanzsysteme grob danach unterschieden werden, ob sie eher „bankbasiert“ oder stärker „kapitalmarktorientiert“ sind. Die nebenstehende Tabelle zeigt Anleihen sowie ausstehende Unternehmenskredite³⁰⁾ in Relation zum Bruttoinlandsprodukt für die USA, Deutschland und das Euro-Währungsgebiet.

In dieser Betrachtung der jüngsten Entwicklung deutet sich auch in Deutschland ein leichter Bedeutungsgewinn der Unternehmensanleihen gegenüber den Unternehmenskrediten an. Allerdings spiegelt die Kreditentwicklung in Europa und den USA nicht zuletzt auch die schwache Konjunktur der letzten Jahre wider. Die Finanzierung deutscher Unternehmen über Anleihen dürfte tatsächlich höher sein, da auf Grund der gewerbesteuerlichen Belastung von Dauerschuldzinsen viele Unternehmen langfristige Anlei-

Unternehmensfinanzierung, Anleihen und Buchkredite von MFIs, zu Nominalwerten

in % des BIP (Jahresendwerte)

Land/Jahr	Anleihen	Kredite
USA		
1998	25,3	10,6
2000	26,4	10,9
2003	26,5	7,9
Deutschland		
1998	0,2	41,3
2000	0,5	39,9
2003	2,3	38,2
EWU		
1998	4,3	39,5
2000	5,3	41,6
2003	7,0	41,9

Quellen: Bloomberg, BIZ, Bundesbank, EZB, eigene Berechnungen.

Deutsche Bundesbank

hen über ausländische Töchter begeben und in kurzfristige Kredite umwandeln.

Die Gründe, weswegen die Unternehmensfinanzierung über Bankkredite in Deutschland, aber auch in vielen anderen kontinentaleuropäischen Finanzsystemen bisher eine so große Bedeutung hat, sind vielfältig. Dabei vermögen Hindernisse, wie die frühere Emissionsgenehmigungspflicht oder die Börsenumsatzsteuer, für die verschwindend geringe Rolle, die Industrieanleihen bis Ende der neunziger Jahre in Deutschland gespielt haben, nur einen geringen Erklärungsbeitrag zu leisten. Schließlich blieb die Dominanz der Bankkre-

*Bankbasiertes
System*

³⁰ Für Deutschland und EWU: Kredite inländischer MFIs an nichtfinanzielle Unternehmen; für die USA: Kredite von US Commercial Banks an nichtfinanzielle US-Unternehmen (commercial und industrial loans). Die Unternehmensanleihen schließen Commercial Paper ein.

ditfinanzierung auch nach deren Beseitigung erhalten.³¹⁾ Neben dem Problem der gewerbesteuerlichen Belastung von Dauerschuldzinsen müssen es also tiefer liegende Gründe sein, die dieses Finanzierungsverhalten der deutschen Unternehmen erklären.

Zuerst ist hier an die Größen- und Rechtsformstruktur zu denken. Prägend für die deutsche Wirtschaft sind mittelständische Unternehmen. Diese verfügen zumeist über gewachsene Bindungen an eine Hausbank. Eine direkte Kapitalmarktfinanzierung kommt für viele dieser Unternehmen bereits aus Kostengründen kaum in Frage. Die durchschnittlichen Aufwendungen etwa für eine Anleiheemission (z.B. Provisionen, Beratungs- und Börseneinführungsgebühren) können bei einer kleineren Emission mehrere Prozentpunkte ausmachen. Hinzu kommen später die Ausgaben für die Unternehmenspublizität.³²⁾ Die Finanzierung über Anleiheemissionen wird deshalb vorwiegend von börsennotierten Aktiengesellschaften genutzt, die ohnehin schon umfangreichen Publizitätsanforderungen genügen müssen. Diese Veröffentlichungserfordernisse leisten zugleich einen Beitrag zum Abbau der bei Finanzierungsbeziehungen generell bestehenden Informationsasymmetrien, die in Banken durch die vor dem Eingehen eines Kontrakts angestellten Kreditwürdigkeitsprüfungen und während dessen Laufzeit durch die anhaltende Kreditüberwachung („Monitoring“) abgebaut werden.³³⁾ Die Effizienz langjähriger Hausbankbeziehungen findet folglich vor allem in den damit verbundenen Kostenverringerungen ihre Rechtfertigung.

Bankkredite können für Unternehmen den Vorteil haben, dass die kreditgebenden Banken Veränderungen in ihren Refinanzierungsbedingungen in der Regel nur schrittweise an ihre Schuldner weitergeben, so dass sich ein Zinsglättungseffekt ergibt.³⁴⁾ Hierbei spielen sowohl die für beide Seiten attraktive enge Kundenbindung als auch Wettbewerbsgesichtspunkte eine Rolle. Bankkredite ermöglichen im Übrigen eine wesentlich größere Flexibilität bei einer gegebenenfalls notwendig werdenden nachträglichen Anpassung von Zahlungsverpflichtungen, als dies bei Anleihen der Fall ist.³⁵⁾ Gerät ein Unternehmen in wirtschaftliche Schwierigkeiten, so wird eine kreditgewährende Bank zumeist bereit sein, Zahlungserleichterungen zu gewähren, sofern ihr das Unternehmen überlebensfähig erscheint. Bei Anleiheemissionen erweisen sich dagegen Umschuldungsverhandlungen auf Grund der Vielzahl von in der Regel anonymen Anleihegläubigern als oft sehr schwierig oder gelegentlich auch unmöglich.

Es lässt sich zwar argumentieren (Modigliani-Miller-Theorem), dass die Art der Finanzierung in einem perfekten Kapitalmarkt irrelevant ist, empirisch robustere Ansätze zeigen

*Bankkredit und
Hausbank-
bindung*

*Art der
Finanzierung
von großer
Bedeutung*

³¹ Siehe hierzu auch: Deutsche Bundesbank, Die Beziehung zwischen Bankkrediten und Anleihemarkt in Deutschland, Monatsbericht, Januar 2000, S. 33–48.

³² Es ist allerdings plausibel, dass die Kapitalmarktfinanzierung für kleinere und mittlere Unternehmen auf vermittelte Art eine stärkere Relevanz bekommen wird – durch die Nutzung von Kreditforderungen als Sicherheiten für die Emission von Wertpapieren, also im Wege von „asset-backed securities“.

³³ Vgl. hierzu: A. Hackethal (2000), Banken, Unternehmensfinanzierung und Finanzsysteme, S. 52 ff.

³⁴ Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank, Zum Zusammenhang zwischen Kreditzinsen deutscher Banken und Marktzinsen, Monatsbericht, März 2002, S. 54 ff.

³⁵ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Neuere Entwicklungen am Markt für Unternehmensanleihen, Monatsbericht, April 2004, S. 18 ff.

aber die Bedeutung verschiedener Finanzierungsmöglichkeiten für die Entwicklung eines Unternehmens.³⁶⁾ Insbesondere jungen und innovativen und deshalb aus Informationsgesichtspunkten noch nicht sehr durchschaubaren Unternehmen steht der Kapitalmarkt von daher in der Regel noch nicht offen, dies gilt zumeist auch aus Gründen der Größe. Eigenkapital kann zwar über Private Equity eingeworben werden, für die Fremdfinanzierung sind die jungen Unternehmen aber in besonderer Weise auf die Kreditgewährung durch Banken angewiesen.

Unternehmensanleihen

Etwa seit Ende der neunziger Jahre hat die Emission von Unternehmensanleihen (einschl. der kurzfristigen Mittelaufnahme im Wege von Commercial Paper) in Europa an Dynamik gewonnen, wenngleich die Bedeutung marktfähigen Fremdkapitals für die Unternehmensfinanzierung in Deutschland nach wie vor untergeordnet ist. Ein Grund für diese Entwicklung war die Einführung des Euro, die zum Zusammenwachsen der bislang nationalen Anleihemärkte und zur Entstehung eines breiten und tiefen Euro-Kapitalmarkts beigetragen hat. Daneben waren hohe Investitionsvolumina im Zuge des Technologiebooms sowie für Fusionen und Übernahmen nur über den Kapitalmarkt zu finanzieren. Dementsprechend konzentrierte sich die Emission von Unternehmensanleihen auf wenige Branchen, wie etwa die Automobil- und Luftfahrtbranche sowie Telekommunikations- und IT-Unternehmen. Auch von der Nachfrageseite sind Impulse für die Belebung des Marktes für Unternehmensanleihen ausgegangen. So haben institutionelle Anleger weltweit an Bedeutung gewonnen. Diese Investoren suchen

verstärkt nach Anlagealternativen zu den bislang dominierenden Staatsanleihen und Bankschuldverschreibungen. Der Rückgang der Renditen am Markt für Staatsanleihen hat diese Tendenz noch verstärkt.³⁷⁾ Für institutionelle Anleger ist es von besonderer Bedeutung, dass sie die Möglichkeit haben, in einem breiten und tiefen Markt zu investieren.

Eine stärkere Kapitalmarktorientierung bei der Unternehmensfinanzierung wirft die Frage auf, wie sich dies auf die Stabilität der Unternehmen und des Finanzsystems auswirkt. Zusätzliche Finanzierungsalternativen führen grundsätzlich zu einer Diversifizierung der Finanzierungsmöglichkeiten und somit zu einer gesteigerten Markteffizienz und prinzipiell auch zu einer größeren Robustheit. Andererseits zeigen etwa die im Nachgang zu den Marktkorrekturen deutlich rückläufigen Commercial-Paper-Programme, dass der Marktzugang bisweilen auch schwierig sein kann. Da eine geringere Bereitschaft zum Eingehen von Risiken tendenziell ein Phänomen sein dürfte, das zeitgleich sowohl im Kreditmarkt als auch im Anleihemarkt auftritt, ist dieser Effekt des wechselseitigen Austausches der Finanzierungsquellen empirisch wohl eher unplausibel. Einen Hinweis auf einen derartigen Zusammenhang geben die Volatilitäten der Finanzierungsströme der beiden Fremdfinanzierungsarten relativ zur Fremdfinanzie-

Zur Stabilität der Unternehmensfinanzierung

³⁶ Vgl. etwa: R. G. Hubbard (1998), Capital Market Imperfections and Investment, in: Journal of Economic Literature, Bd. 36, Nr. 1, S. 193–225.

³⁷ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Neuere Entwicklungen am Markt für Unternehmensanleihen, Monatsbericht, April 2004, S. 16ff.

rung insgesamt sowie die Korrelationen der Finanzierungsströme.³⁸⁾

Höhere Volatilität der Kapitalmarktfinanzierung ...

Vergleicht man die Finanzierungsströme bei der Anleihe- und Kreditfinanzierung im Euro-Währungsgebiet vom ersten Quartal 1998 bis zum dritten Quartal 2003, so ergibt sich für die Kreditfinanzierung ein Variationskoeffizient von 0,57, für die Anleihefinanzierung ein Variationskoeffizient von 0,77.³⁹⁾ Die Finanzierungsströme bei der Anleihefinanzierung sind also tendenziell volatiler als bei der Kreditfinanzierung. Da Unternehmen aus Gründen der Planungssicherheit an stabilen Finanzierungsströmen interessiert sind, werden diese bei ihren Dispositionen die höhere Volatilität bei der Anleihefinanzierung in Rechnung stellen, auch wenn sich aus dem Vergleich der Variationskoeffizienten nicht ableiten lässt, ob die stärkere Streuung nachfrage- oder angebotsseitig bedingt ist.

... aber trotzdem ein Mehrwert

Weiteren Aufschluss über den Grad der Austauschbarkeit zwischen den beiden Fremdfinanzierungsarten gibt die Korrelation zwischen den Finanzierungsströmen. Ist diese negativ, so wäre das ein Indiz dafür, dass sich die Finanzierungsquellen tendenziell gegenläufig entwickeln, insofern also sich situationsabhängig wechselseitig ergänzen würden. Für den oben genannten Zeitraum ergibt sich eine schwach positive Korrelation von 0,17, die darauf hindeutet, dass sich beide Finanzierungsquellen relativ unabhängig voneinander entwickeln. Eine zurückgehende Kreditfinanzierung wird demnach nicht automatisch durch eine höhere direkte Kapitalmarktfinanzierung kompensiert. Die Entstehung eines größeren Marktes für Unternehmensanleihen

erweitert jedoch das Finanzierungsspektrum für Unternehmen.

Die verstärkte Integration der EU-Finanzmärkte verändert auch deren Mikrostruktur. Die Tendenz zu einer intensiveren Ausrichtung am Kapitalmarkt bei der Erschließung von externen Finanzierungsquellen dürfte sich fortsetzen. Hinsichtlich der Wirkungen integrierter Kapitalmärkte, welche sich in einem positiven Marktumfeld durch eine erhöhte Liquidität und eine effiziente Kapital- und Risikoallokation auszeichnen, lassen sich jedoch auch Marktzutrittsbeschränkungen nicht ausschließen. Insbesondere in rezessiven Phasen ist der Zugang zu externen Mitteln in kapitalmarktdominierten Systemen bisweilen spürbar erschwert. Eine Akzentuierung von Finanzzyklen ist dann eine fast zwangsläufige Konsequenz.⁴⁰⁾

Integration der EU-Finanzmärkte verändert die Marktstruktur

Hausbankorientierte Systeme reagierten jedenfalls in der Vergangenheit bei der Kreditvergabe in Rezessionen weniger volatil. Sie trugen damit zur gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung bei.⁴¹⁾ Der Bedeutungszuwachs der Finanzmärkte, der durch die Bemühungen um die Integration des europäischen

Bankorientierte Systeme und Kapitalmarktorientierung: sinnvolle Ergänzung

³⁸ Vgl. hierzu auch: Europäische Zentralbank, Monatsbericht, Oktober 2003, S. 16–18.

³⁹ Als Volatilitätsmaß wird hier der Variationskoeffizient, das Verhältnis der Standardabweichung zum arithmetischen Mittel, verwendet. Diese Messgröße ermöglicht eine bessere Vergleichbarkeit von Datenreihen unterschiedlicher Größenordnung.

⁴⁰ Vgl.: P. Artus, Rating, cycle économique, cycle financier, in: CDC IXIS Flash 2001-221; siehe auch Banque de France, Le cycle financier: facteurs amplificateurs et réponses envisageables par les autorités monétaires et financières, in: Bulletin de la Banque de France, November 2001, Nr. 95, S. 41–65.

⁴¹ Vgl.: M. Kueppers, Curtailing the Black Box: German banking groups in the transmission of monetary policy, in: European Economic Review 45, 2001, S. 1907–1930.

Kapitalmarkts akzentuiert wird, dürfte die Robustheit erhöhen. Insbesondere die Möglichkeiten zu einem verbesserten Risikomanagement – und damit einem höheren Wachstumspotenzial – werden auf der unternehmensindividuellen Ebene ausgeweitet. Für die Anleger sollte die Finanzmarktintegration das Erreichen einer höheren Effizienzgrenze – also einer besseren Kombination von erwarteten Erträgen und Risiken – erlauben.⁴²⁾

Ein robustes Finanzsystem ist unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Geldpolitik. Es gibt insofern einen weit gehenden

Gleichklang zwischen der zentralen Aufgabe einer Notenbank, den Geldwert zu sichern und ihrem Bemühen, Finanzstabilität zu gewährleisten. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass die Geldpolitik bei einer intensivierten Kapitalmarktorientierung ihre operativen Maßnahmen auf mögliche Finanzmarktauswirkungen überprüfen muss. Denn bei einer stärkeren Integration der Finanzmärkte funktioniert die Verarbeitung monetärer Impulse vor einer veränderten Kulisse.

*Integrierte
Finanzmärkte
haben Auswirkungen auf die
Geldpolitik*

⁴² Siehe: A. Brender und F. Pisani (2001), *Les marchés et la croissance*, Paris: Economica.

Erste Erfahrungen mit dem neuen geldpolitischen Handlungsrahmen und der Beitrag der Bundesbank zur Liquiditätssteuerung des Eurosystems

Im Jahr 2002 hat das Eurosystem sein geldpolitisches Instrumentarium einer gründlichen Effizienzanalyse unterzogen und in einem öffentlichen Konsultationsverfahren verschiedene operational-technische Verbesserungsvorschläge zur Diskussion gestellt. Diese zielten insbesondere darauf ab, geldpolitisch unerwünschte Unterbietungen in den Haupttendergeschäften zu vermeiden. Auf Basis der Analyseergebnisse und unter Berücksichtigung der Hinweise der Marktteilnehmer hat der EZB-Rat im Januar 2003 beschlossen, die Mindestreserveperiode zu flexibilisieren und die Laufzeit der Hauptrefinanzierungsgeschäfte von zwei Wochen auf eine Woche zu verkürzen. Im März 2004 wurde das geldpolitische Instrumentarium auf das neue Mindestreserve- und Tender-Regime umgestellt. Die Erfahrungen mit dem geänderten Handlungsrahmen aus nunmehr vier Mindestreserveperioden werden im Folgenden dargestellt und analysiert. Die Umstellung verlief problemlos; die in die Flexibilisierung der Mindestreserveperiode und die Verkürzung der Haupttender-Laufzeit gesetzten Erwartungen wurden im Untersuchungszeitraum erfüllt. Des Weiteren wird der Beitrag der Bundesbank zur Liquiditätssteuerung des Eurosystems und die erweiterte Publikation von Liquiditätsdaten bei der Durchführung von Hauptrefinanzierungsoperationen im neuen geldpolitischen Handlungsrahmen beschrieben.

Änderungen am geldpolitischen Instrumentarium im Überblick¹⁾

Liquiditätssteuerung als operative Umsetzung der Leitzinsentscheidungen des EZB-Rats

Die Liquiditätssteuerung des Eurosystems hat die Aufgabe, den Bedarf des Bankensystems im Euro-Währungsgebiet an Zentralbankguthaben vorausschauend möglichst genau zu erfassen und über Offenmarktgeschäfte zu decken. Ziel der Liquiditätssteuerung ist es dabei, das Zinsniveau für Tagesgeld am Interbankenmarkt nahe am Hauptrefinanzierungssatz zu halten. Insofern setzt die Liquiditätssteuerung die Zinsbeschlüsse des EZB-Rats operativ am Geldmarkt um und ist das erste Glied in der Wirkungskette des geldpolitischen Transmissionsmechanismus. Darüber hinaus stellt die Liquiditätssteuerung sicher, dass den Kreditinstituten eine reibungslose Erfüllung ihrer Mindestreserveverpflichtungen ermöglicht wird.

Synchronisierung von Reserveperiode und Haupttender-Laufzeit mit Sitzungsterminkalender des EZB-Rats

Von Beginn der Währungsunion bis Anfang 2004 reichte die Mindestreserveperiode – unabhängig vom Sitzungskalender des EZB-Rats – jeweils vom 24. Kalendertag eines Monats bis zum 23. Kalendertag des Folgemonats. Änderungen der Leitzinsen wurden innerhalb der Reserveperiode und während der Laufzeit der zweiwöchigen Hauptrefinanzierungsgeschäfte wirksam, das heißt Zinsänderungen bei den ständigen Fazilitäten unmittelbar am Tag nach der Beschlussfassung, Änderungen der Konditionen bei den Haupttendern bei dem nächstfolgenden Geschäft. Entsprechend war das Bietungsverhalten der Geschäftspartner des Eurosystems auch abhängig von deren Leitzinserwartungen. Nachdem das Eurosystem im Juni 2000 vor allem wegen der Überbietungsproblematik beim Fest-

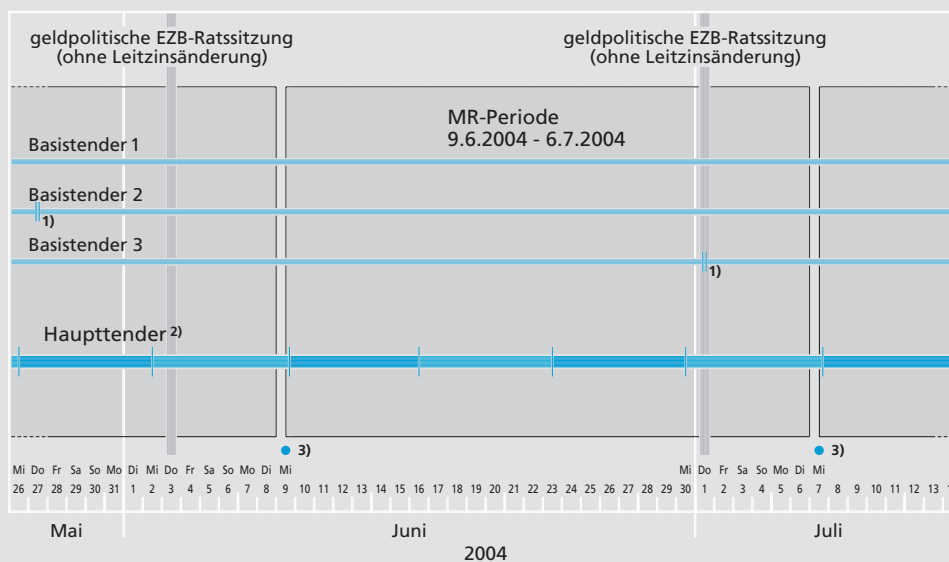
zinstender (Mengentender) auf den Tender mit variablem Zins (Zinstender) übergegangen war,²⁾ kam es – in einem Umfeld von Zinssenkungserwartungen – häufig zu starken Unterbietungen, was die Liquiditätssteuerung des Eurosystems beeinträchtigte.³⁾ Seit Anfang März 2004 ist deshalb die Lage der Erfüllungsperiode mit der monatlichen geldpolitischen Sitzung des EZB-Rats zeitlich synchronisiert. Sie beginnt jetzt immer am Gutschriftstag des Hauptrefinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, für die die monatliche Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. Dies ist in der Regel die erste Sitzung eines Monats (geldpolitische EZB-Ratsitzung). Änderungen des Zinssatzes für Hauptrefinanzierungsgeschäfte (Mindestbietungssatz beim Zinstender bzw. – derzeit nicht angewandt – Festzinssatz bei Mengentendern) sowie der ständigen Fazilitäten werden seit der Umstellung der Reserveperiode erst mit dem Beginn der neuen Erfüllungsperiode wirksam. Eine Anpassung der Notenbankzinsen innerhalb der Erfüllungsperiode ist nun ausgeschlossen; der EZB-Rat kann er-

¹ Für eine ausführliche Darstellung zur Effizienz des geldpolitischen Handlungsrahmens, dem öffentlichen Konsultationsverfahren im Herbst 2002 und den Beschlüssen des EZB-Rats im Januar 2003 siehe: Deutsche Bundesbank, Der geldpolitische Handlungsrahmen des Eurosystems – Erfahrungen und Maßnahmen zur Verbesserung seiner Effizienz, Monatsbericht, März 2003, S. 15 ff. Dokumentiert sind die Änderungen in der aktuellen Fassung der EZB-Veröffentlichung „Durchführung der Geldpolitik im Euro-Währungsgebiet: Allgemeine Regelungen für die geldpolitischen Instrumente und Verfahren des Eurosystems“, erschienen Februar 2004, in Kraft getreten am 8. März 2004.

² Vgl.: Europäische Zentralbank, Die Umstellung auf Zinstender bei den Hauptrefinanzierungsgeschäften, Monatsbericht, Juli 2000, S. 39 ff.

³ Vor diesem Hintergrund entschied der EZB-Rat bereits im November 2001, über den geldpolitischen Kurs normalerweise nur noch auf seiner ersten Sitzung im Monat zu beschließen. Bereits hierdurch wurden die Gelegenheiten für zinsspekulativ bedingte Unterbietungen erheblich reduziert.

Geldpolitische EZB-Ratssitzung, Lage der Reserveperiode und Tendergeschäfte



1 Abwicklung Basistender (Laufzeit drei Monate). — 2 Laufzeit eine Woche. — 3 Gutschrift des ersten Haupttenders nach geldpolitischer EZB-Ratssitzung; gleichzeitig Beginn der Mindestreserve-Periode. Anpassung des Mindestbietungssatzes bzw. Zinsanpassung der ständigen Fazilitäten falls vom EZB-Rat beschlossen.

Deutsche Bundesbank

forderlichenfalls aber von dieser Regel abweichen. Die zusätzlich vorgenommene Verkürzung der Hauptrefinanzierungsgeschäfte auf eine Woche führt dazu, dass die Laufzeit von Hauptrefinanzierungsoperationen nicht in die folgende Mindestreserveperiode überhängt. Von Leitzinsänderungserwartungen sollte daher kein Einfluss mehr auf das Bietungsverhalten der Geschäftspartner bei Hauptrefinanzierungsgeschäften ausgehen.

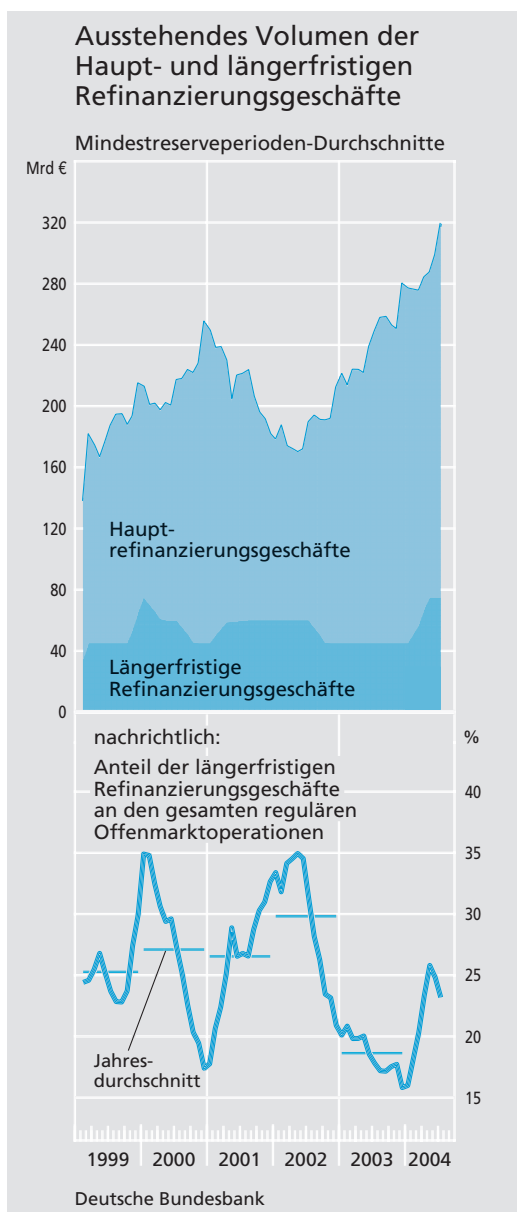
Beginn und Ende der Reserveperiode an TARGET-Geschäftstagen

Durch die zeitliche Änderung der Erfüllungsperiode wird außerdem sichergestellt, dass die Mindestreserveperiode immer an einem TARGET-Geschäftstag beginnt und somit Inanspruchnahmen der ständigen Fazilitäten, die sich auf den Reserveultimo konzentrieren, nicht länger in die neue Mindestreserveperiode überhängen. Die Erfüllungsperiode

endet darüber hinaus in der Regel an einem TARGET-Geschäftstag, was den Kreditinstituten die abschließende Feinadjustierung am Ende der Erfüllungsperiode erleichtert. Da die Kreditinstitute aus Sicherheitsüberlegungen und zur Vermeidung einer Untererfüllung dazu neigen, am Reserveultimo höhere als die unbedingt notwendigen Guthaben bei der Notenbank zu halten, wurden, im Falle dass der letzte Tag der Erfüllungsperiode auf ein Wochenende oder auf einem TARGET-Feiertag fiel, tendenziell höhere, generell unverzinsten Überschussreserven gehalten.

Die neue zeitliche Lage der Mindestreserveperiode führt zudem zu einer Entzerrung zwischen dem „italienischen Steuertermin“ und dem Reserveultimo. Der Steuertermin bringt typischerweise eine hohe Volatilität der auto-

Zuteilungspolitik erleichtert und transparenter



nomen Faktoren mit sich, erschwerte daher in der Vergangenheit eine passgenaue Zuteilungspolitik in der Endphase der Erfüllungsperiode und belastete tendenziell den liquiditätsmäßigen Einstieg in die neue Reserveperiode. Als zusätzliche Information für die Bieter bei Haupttendern und um den Marktteilnehmern eine bessere Einschätzung der Zuteilungspolitik der EZB zu ermöglichen, veröffentlicht die EZB seit dem Wechsel auf ein-

wöchige Hauptrefinanzierungsgeschäfte jeweils am Ausschreibungs- und Zuteilungstag eines Hauptrefinanzierungsgeschäfts die so genannte Benchmark-Zuteilung.⁴⁾ Dies ist der Zuteilungsbetrag, der den Geschäftspartnern eine problemlose Erfüllung ihrer Mindestreservepflicht erlaubt.

Schließlich wurde vor dem Hintergrund eines insgesamt ansteigenden Refinanzierungsbedarfs das Volumen der drei ausstehenden längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte Anfang 2004 um jeweils 10 Mrd € auf 25 Mrd € aufgestockt, so dass sich die über diese Basisstender bereitgestellte Liquidität derzeit auf 75 Mrd € beläuft. Die Zuteilung der längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte erfolgt nun in der Regel am letzten Mittwoch eines jeden Kalendermonats mit Abwicklung am folgenden Tag. Die Aufstockung steht darüber hinaus im Einklang mit dem im öffentlichen Konsultationsverfahren von den Kreditinstituten geäußerten Wunsch, der – mit der Verkürzung der Haupttenderlaufzeit einhergehenden – Verringerung der durchschnittlichen Laufzeit der Refinanzierung entgegenzuwirken und die höheren operativen und dispositiven Risiken auf Grund der nur noch einwöchigen, sich nicht mehr überlappenden Haupttender abzumildern.

Aufstockung der längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte

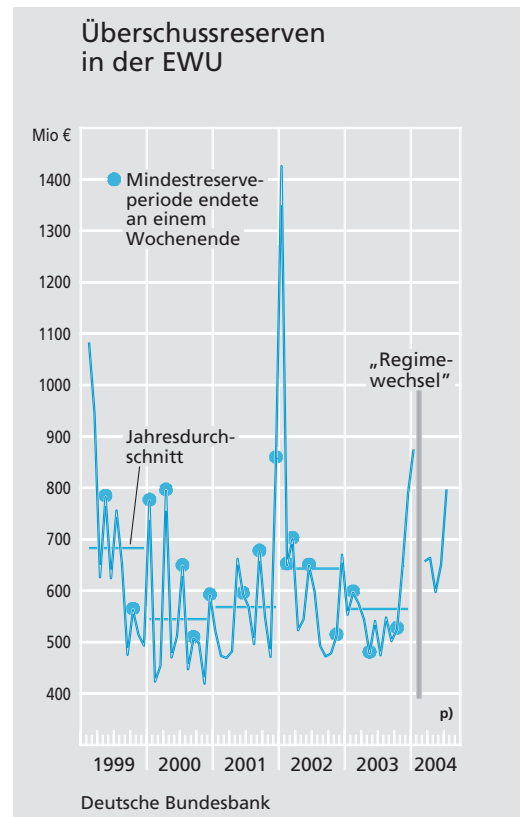
⁴ Zur Kalkulation der Benchmark siehe: Europäische Zentralbank, Veröffentlichung der Benchmark-Zuteilung bei den Hauptrefinanzierungsgeschäften, Monatsbericht, April 2004, S. 20 ff.

Erfahrungen mit der variablen Mindestreserveperiode

*Reibungsloser
Verlauf der
Übergangs-
Mindestreserve-
periode...*

Zum Übergang ins neue Reserve-Erfüllungsperioden-Regime hatte das Eurosystem eine überlange Mindestreserveperiode festgelegt, die sich vom 24. Januar 2004 bis zum 9. März 2004 erstreckte. Im Gegensatz zu der Alternative einer sehr kurzen Übergangsperiode (24. Januar bis 10. Februar) bot die auf gut sechs Wochen verlängerte Reserveperiode den mindestreservepflichtigen Instituten den Vorteil, die Flexibilität der Durchschnittserfüllung auch in der Übergangsphase ins neue Mindestreserveperioden-Regime effizient zu nutzen. Zudem lag diese Lösung nahe, da sich auch unter dem neuen, nach dem Sitzungskalender des EZB-Rats getakteten Reserveperioden-Regime gelegentlich „lange“ Erfüllungsperioden ergeben. Die Übergangsperiode und die ersten vier mit der geldpolitischen EZB-Ratssitzung synchronisierten Reserveperioden verliefen reibungslos. Die notwendigen IT-Anpassungen zur buchungstechnischen Bewältigung der nunmehr variablen Periodenlänge wurden von den deutschen Kreditinstituten rechtzeitig vorgenommen, so dass es weder in der Übergangsperiode noch in den bisher abgeschlossenen Reserveperioden unter dem neuen Regime zu vermehrten Verstößen gegen die Mindestreservepflicht kam. Seit Einführung ihres neuen Kontoführungssystems im Januar 2004 stellt die Bundesbank zudem jedem mindestreservepflichtigen deutschen Kreditinstitut geschäftstäglich eine Mindestreserveübersicht zur Verfügung, in der unter anderem aufgeführt ist, wie hoch die verbleibende, bis zum Periodenende noch zu erfüllende Mindestre-

... und der ersten regulären Reserveperioden unter dem neuen Regime



servepflicht ist. Diese Neuerung hat dazu beigetragen, dass sich seit Frühjahr 2004 die Anzahl der bei der Bundesbank verzeichneten Verstöße gegen die Mindestreservepflicht – trotz der neuen, variablen Periodenlänge – auf dem gewohnt sehr niedrigen Niveau hielt.

Hinsichtlich der Schwankungsbreite der Überschussreserven sollte das neue Regime eine etwas stabilere und damit das Liquiditätsmanagement des Eurosystems erleichternde Entwicklung begünstigen. Auf Grund der sehr wenigen Beobachtungswerte sind hierzu bislang jedoch noch keine Tendenzaussagen möglich. Die seit Jahresbeginn 2004 eurosystemweit leicht veränderte Abgrenzung für die Ermittlung der Überschussreserven hat dazu geführt, dass diese seither – strukturell

*Entwicklung
der Überschuss-
reserven*

bedingt – um etwa 130 Mio € höher ausgewiesen werden. Bis zur im November 2003 endenden Mindestreserveperiode wurden Kontoguthaben von Kreditinstituten, die ihre Mindestreservepflicht über einen Mittler erfüllten (indirekte Reservehaltung), beziehungsweise die nicht reservspflichtig waren, oder die nach Abzug des Freibetrags von 100 000 € kein Reserve-Soll hatten, nicht in den Überschussreserven erfasst. Diese Kontoguthaben, die nicht zur Erfüllung der Mindestreservepflicht beitragen, werden nun als Teil der Überschussreserven ausgewiesen und haben zu der erwähnten Erhöhung des Niveaus der Überschussreserven geführt.

Entwicklungen bei den Offenmarktgeschäften

*Zinsspekulative
Unter-
bietungen...*

Ein Hauptziel der Änderungen am geldpolitischen Handlungsrahmen war, zinsspekulativ bedingte Unterbietungen im Zinstender zukünftig zu verhindern, Situationen also, in denen das gesamte Bietungsvolumen nicht ausreicht, um die aus liquiditätspolitischer Sicht erforderliche Zuteilung zu realisieren. In der Vergangenheit traten Unterbietungen dann auf, wenn die Marktteilnehmer mit einer Leitzinssenkung innerhalb der laufenden Mindestreserveperiode rechneten und sich deshalb, in der Hoffnung auf einen niedrigeren Mindestbietungssatz bei den noch folgenden Haupttendern bei der Gebotsabgabe im aktuellen Tendergeschäft zurückhielten. Unterbietungen führten zu kurzzeitigen Liquiditätsverknappungen und zu unerwünschten Ausschlägen der Geldmarktsätze nach oben, obwohl am Markt Zinssenkungs-

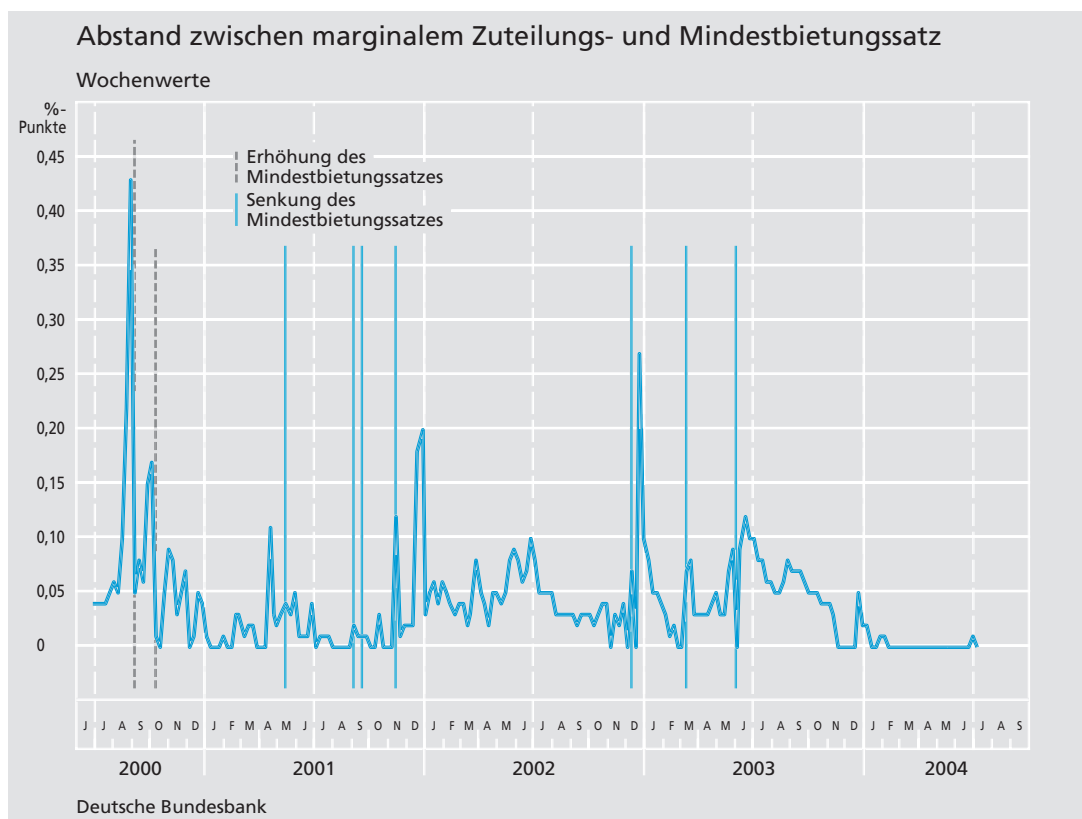
erwartungen vorherrschten. Das erschwerte potenziell das Liquiditätsmanagement des Eurosystems und konnte zu einer Verwässerung des beabsichtigten geldpolitischen Signals beitragen. Seit dem Übergang ins neue Mindestreserveperioden- und Tender-Regime im März dieses Jahres kam es zu keinen zinsspekulativ bedingten Unterbietungen. Allerdings erwies sich das gesamte Zinsumfeld schon seit der Leitzinssenkung im Juni letzten Jahres als sehr stabil, so dass bereits vor dem Übergang auf den neuen geldpolitischen Handlungsrahmen keine zinsspekulativen Unterbietungen mehr stattfanden.

*... im stabilen
Zinsumfeld des
ersten Halb-
jahres 2004
kein Thema*

Gleichwohl kam es im Frühjahr dieses Jahres zweimal zu leichten Unterbietungen, die jedoch zinsdifferenzbedingt waren. Derartige Unterbietungen können auftreten, wenn sich der Abstand zwischen den kurzfristigen Geldmarktzinsen und dem marginalen Haupttendersatz soweit verringert hat, dass insbesondere die normalerweise geldmarktaktiven Kreditinstitute ihr Bietungsvolumen deutlich einschränken, da das „Durchhandeln“ von Tenderliquidität für sie keine attraktiven Margen mehr bietet. Zinsdifferenzbedingte Unterbietungen ereigneten sich bei den per 23. Februar (also in der Übergangsperiode) und per 24. März valutierenden Hauptrefinanzierungsgeschäften. Ihnen war jeweils eine Phase am Geldmarkt vorausgegangen, in der Tagesgeld auf dem Niveau des Mindestbietungssatzes oder nur ein bis zwei Basispunkte darüber notierte.

*Zinsdifferenz-
bedingte Unter-
bietungen als
neues
Phänomen*

Im öffentlichen Konsultationsverfahren im Herbst 2002 hatten die Marktteilnehmer die Sorge geäußert, es könne bei der Abkehr



Keine Hinweise auf preistreibende Sicherheitsgebote

von überlappenden Hauptrefinanzierungsgeschäften und der damit verbundenen Konzentration des gesamten Umschlags der Haupttenderliquidität auf einen Tag zu einer Erhöhung der Zinsgebote („Sicherheitsgebote“) kommen, was sich in einem erhöhten Abstand der marginalen und der gewichteten Zuteilungssätze vom Mindestbietungssatz widerspiegeln würde. Bei nur einem ausstehenden und folglich vollständig zu revolvingierenden Hauptrefinanzierungsgeschäft könnten die Institute dazu neigen, preistreibende Sicherheitsgebote abzugeben um auszuschließen, dass sie bei der Zuteilung zu knapp bedient würden oder gar leer ausgingen. Im ersten Halbjahr 2004 gab es im Gebotsverhalten der Institute jedoch keine Hinweise auf die Abgabe von Sicherheitsgeboten. Einerseits lag seit Mitte Februar 2004 der Abstand

zwischen dem marginalen Zuteilungssatz und dem Mindestbietungssatz fast durchweg bei null, so dass jedem Kreditinstitut normalerweise mindestens ein Teilbetrag seines Gebots zugeteilt wurde; andererseits hätte ein eventuelles „Nicht-zum-Zuge-Kommen“ im Hauptrefinanzierungsgeschäft wegen des in diesem Zeitraum äußerst geringen Abstands zwischen dem marginalen Haupttendersatz und dem Tagesgeldsatz kein großes finanzielles Risiko für das betreffende Kreditinstitut dargestellt.

Auch die im öffentlichen Konsultationsverfahren artikulierten Bedenken, es könne im Anschluss an die Haupttenderzuteilung künftig zu einem hohen und von den Geldmarktakteuren schwer darstellbaren Umverteilungsbedarf kommen, bei dem sich die von

den Instituten festgelegten Kreditlinien im Interbankenhandel als hinderlich erweisen könnten, haben sich bislang nicht bestätigt.

*Timing der
letzten Tender-
zuteilung einer
Reserveperiode*

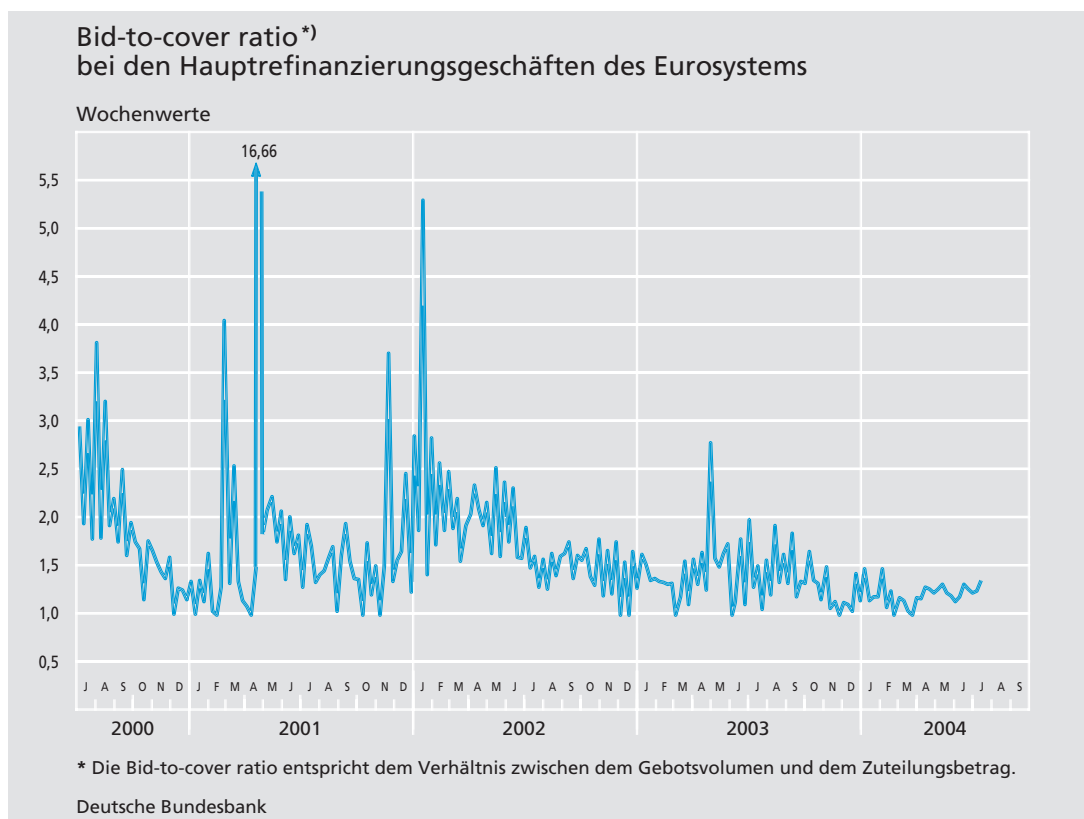
Der letzte Haupttender einer Reserveperiode wird seit dem Übergang auf das neue Mindestreserveperioden- und Tender-Regime regelmäßig bereits sieben Tage vor dem Reserveultimo zugeteilt und sechs Tage vorher abgewickelt,⁵⁾ wohingegen früher der Abstand zwischen dem Zuteilungstag des letzten Tenders und dem Reserveultimo meist nur wenige Tage und nur sehr selten eine Woche betrug. Damit ist der Zeitraum gewachsen, innerhalb dessen die Banken unter mehr Unsicherheit hinsichtlich der Adäquanz der Liquiditätsausstattung am Periodenende handeln. Es ist aus liquiditätspolitischer Sicht abzuwarten, ob dies zu einer systematisch erhöhten Volatilität der Tagesgeldsätze zum Ende der Reserveperiode führt. Mit der Verlängerung dieser Zeitspanne steigt zudem das Risiko von Fehlern in den Liquiditätsvorausschätzungen des Eurosystems und damit einer möglichen Passungenauigkeit der letzten Tenderzuteilung in der Reserveperiode. Dies könnte zu einer vermehrten Nutzung der Einlage- oder Spitzenrefinanzierungsfazilität und zu Ausschlägen des Tagesgeldsatzes zum Periodenultimo führen, was wiederum den Einsatz von Feinsteuerungsoperationen nahe legen könnte. Im Vergleich zum alten Verfahren ist es unter dem neuen Handlungsrahmen bis jetzt jedoch nicht zu einem signifikanten Anstieg der Nutzung der ständigen Fazilitäten gekommen.

*Feinsteuerungs-
bedarf*

Im neuen System wurde bislang nur eine Feinsteuerungsoperation durchgeführt. Das Euro-

system hat am 11. Mai 2004, einem Reserveultimo, für einen Tag Liquidität in Höhe von 13 Mrd € durch die Hereinnahme von Termineinlagen (im Wege eines Festzinstenders zu 2 %) absorbiert. Diese Maßnahme wurde einen Tag im Voraus angekündigt, nachdem sich im Anschluss an den letzten regulären Haupttender der laufenden Erfüllungsperiode ein hoher Liquiditätsüberschuss infolge einer größeren Überschätzung des Liquiditätsbedarfs aus autonomen Faktoren herausgestellt hatte und die Tagesgeldnotierungen das Leitzinsniveau von 2 % deutlich unterschritten. Bereits unmittelbar nach der Vorankündigung der Hereinnahme von Termineinlagen stabilisierten sich die Tagesgeldsätze. Im Ergebnis blieb der Rückgriff auf die ständigen Fazilitäten gering und war per saldo sogar so niedrig wie noch nie an einem Reserveultimo. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die Qualität der Liquiditätsvorausschätzungen ausreichend hoch ist, so dass das Eurosystem auch im neuen Regime seine Politik eines nur sehr begrenzten Einsatzes von Feinsteuerungsmaßnahmen fortsetzen konnte. Diese Zurückhaltung liegt zum einen auch darin begründet, dass der Kreis der Geschäftspartner bei Feinsteuerungsoperationen eingeschränkt ist und damit eine – operativ bedingte – Ungleichbehandlung der Geschäftspartner einhergeht. Zum anderen trägt der nur sehr selektive Einsatz von Feinsteuerungsinstrumenten dazu bei, Anreize für den Geldhandel (inter-temporale Arbitrage, Risikoübernahme), also

⁵ Um das Zuteilungsvolumen insbesondere beim letzten Tender einer Erfüllungsperiode möglichst exakt auf den geschätzten Liquiditätsbedarf abzustimmen, ist die EZB im März 2004 dazu übergegangen, die Zuteilungsbeträge auf eine halbe Milliarde Euro statt wie zuvor eine volle Milliarde Euro zu runden.



die Breite und Tiefe des Interbanken-Geldmarkts, zu wahren, so dass sich die Knappheitsverhältnisse am kurzfristigen Geldmarkt auch stets in den Preisen widerspiegeln.

Veröffent-
lichung der
Benchmark-
Zuteilung

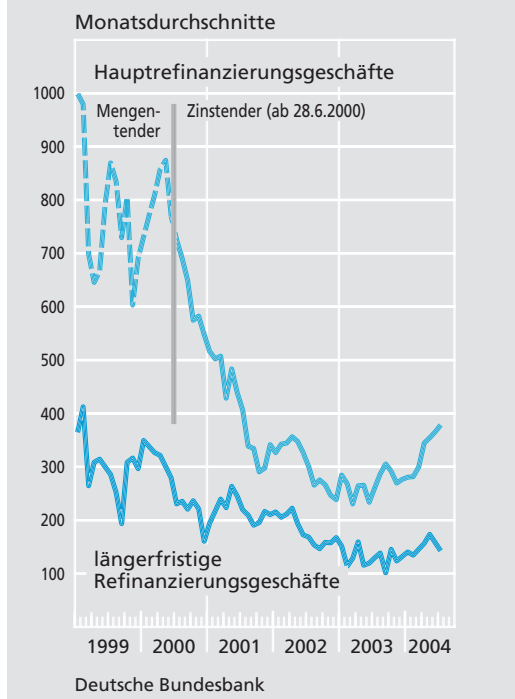
Die Zuteilungsvolumina der Hauptrefinanzierungsgeschäfte sind seit März dieses Jahres nicht von der seither veröffentlichten Benchmark-Zuteilung abgewichen (mit Ausnahme des unterbotenen Tenders per 24. März). Damit hat die EZB ihre Absicht bekräftigt, bis auf weiteres die Zuteilungsentscheidung eng am aktuellen Liquiditätsbedarf auszurichten. Die Veröffentlichung der Benchmark-Zuteilung ermöglicht den Marktteilnehmern, die Zuteilungspolitik der EZB präziser zu beurteilen und ihre Gebote schon vorab daran zu orientieren. Das Verhältnis von Gebotsvolumen zu Zuteilungsbetrag, die so genannte „Bid-to-

cover ratio“, hat sich seit Anfang 2004 schwankungsarm auf niedrigem Niveau stabilisiert. „Bid-to-cover ratios“, die über längere Zeiträume hinweg kontinuierlich nur wenig über eins liegen, vereinfachen wiederum die Gebotsentscheidung der Marktteilnehmer deutlich und führen zu einer zweckgemäßen Primärallokation der Zentralbankliquidität. Hohe und insbesondere volatile „Bid-to-cover ratios“ erfordern dagegen von den Bietern bei der Gebotsabgabe zusätzlich eine taktische Einschätzung hinsichtlich der Entwicklung des Verhältnisses von Gebots- zu Zuteilungsvolumen und können somit zunächst zu einer weniger effizienten Liquiditätsallokation führen.

Seit dem Frühjahr dieses Jahres ist eine Erhöhung der Bieteraktivität bei den Hauptrefi-

Stabilisierung
von Gebots-
volumen zu
Zuteilung auf
niedrigem
Niveau

Anzahl der Bieter bei Haupt- und längerfristigen Refinanzierungsgeschäften



Bieterbeteiligung an den Hauptrefinanzierungsgeschäften

Refinanzierungsgeschäften zu verzeichnen. Während im Jahr 2003 durchschnittlich 267 Bieter an den Haupttendern des Eurosystems teilnahmen, ist unter dem neuen Regime die Anzahl der bietenden Institute stetig bis auf knapp 400 angestiegen, eine Größenordnung, die zuletzt im ersten Halbjahr 2002 erreicht wurde. Der Anstieg der Bieterzahlen beim Haupttender könnte zum einen auf den Übergang zur einwöchigen Laufzeit und der damit einhergehenden, für manche Kreditinstitute attraktiveren, kürzeren Bindungsfrist für die bei den Notenbanken zu hinterlegenden refinanzierungsfähigen Sicherheiten zurückzuführen sein. Zum anderen dürfte die Konstellation der Geldmarktzinsen im Berichtszeitraum eine Rolle gespielt haben. So führten die engen Spreads zwischen Mindestbietungssatz, marginalem Zuteilungssatz und

Tagesgeldsatz zu einer deutlichen Verringerung des Risikos, mit der Gebotsabgabe beim Zinstender im Nachhinein hinsichtlich des zu zahlenden Zinssatzes oder der zugeteilten Menge falsch zu liegen, so dass es für kleinere, weniger geldmarktaktive Institute wieder attraktiver wurde, sich direkt am Notenbanktender zu beteiligen.

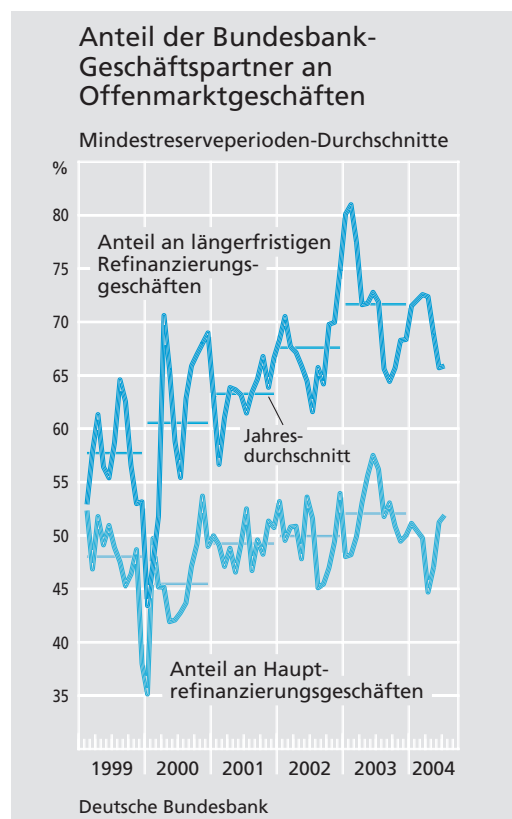
Besonders auffällig ist die stark gestiegene Anzahl deutscher Bieter. Diese Entwicklung steht jedoch im Kontrast zum zeitweiligen Absinken des Anteils der Bundesbank-Geschäftspartner am ausstehenden Haupttendervolumen. Dies lag darin begründet, dass sich der Anteil einer kleinen Gruppe von auf dem Geldmarkt traditionell besonders stark engagierten deutschen Instituten am ausstehenden deutschen Refinanzierungsvolumen vorübergehend spürbar verringert hatte. Mitte vergangenen Jahres, im Vorfeld der letzten Zinssenkung, erreichten diese Institute einen Anteil von etwas mehr als 60 % des ausstehenden deutschen Refinanzierungsvolumens; ihr Anteil ging im Frühjahr 2004 stark zurück und hat sich inzwischen wieder bei rund 40 % stabilisiert. Das Bietungsverhalten dieser Institute dominiert die volumenmäßige Entwicklung der Zentralbankrefinanzierung deutscher Institute maßgeblich und übt auch einen spürbaren Einfluss auf die grenzüberschreitenden Liquiditätsströme des deutschen Bankensystems insgesamt aus. Gemessen am Intra-Eurosystem-Verrechnungssaldo aus TARGET haben die deutschen Kreditinstitute insgesamt in der Vergangenheit meist Zentralbankliquidität exportiert. Seit Herbst 2003, auch im Zuge des rückläufigen Tender-Engagements einiger geldmarktaktiver deut-

Entwicklungstendenzen bei der Zentralbankrefinanzierung deutscher Institute

scher Institute, agierte das heimische Kreditgewerbe per saldo durchweg als Liquiditätsimporteur. Erst zum Ende des Berichtszeitraums mit dem Wiederanstieg des deutschen Anteils an den Refinanzierungskrediten haben die deutschen Kreditinstitute wieder Zentralbankliquidität exportiert. Das Verhalten der größeren deutschen Geldmarktdressen bei den Tendergeschäften seit September 2003 war möglicherweise eine Reaktion auf die verschlechterten Geschäftsmöglichkeiten am Interbankengeldmarkt. Der EONIA-Tagesgeldsatz lag durchweg dicht am Mindestbietungssatz, so dass sich die am Interbankengeldmarkt erzielbaren Margen deutlich reduzierten, was auch zu der vorstehend beschriebenen zinsdifferenzbedingten Unterbietung im März 2004 führte. Im Zusammenwirken mit den niedrigen Margen könnte auch das zeitweise gesunkene mengenmäßige Engagement der größeren deutschen Bieter zu einer stärkeren Beteiligung kleinerer deutscher Institute an den Tendergeschäften beigetragen haben, insofern diese damit Interbank-Geldaufnahmen am heimischen Geldmarkt substituieren (es aber nicht gewohnt sind, sich grenzüberschreitend mit Liquidität einzudecken).

Beteiligung an den längerfristigen Refinanzierungsgeschäften

Im öffentlichen Konsultationsverfahren sprachen sich die Kreditinstitute für die Beibehaltung der längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte aus, weil unbesicherte längerfristige Geldmarktgeschäfte, aber auch der längerfristige Interbanken-Repomarkt nicht als vollwertige Substitute für die längerfristige Zentralbankrefinanzierung angesehen werden könnten. Tatsächlich ist das Interesse am Basistender gestiegen; die Anzahl der Bieter



hat sich erhöht. Deutsche Kreditinstitute zählen weiterhin zu den aktivsten Teilnehmern. Zur gestiegenen Attraktivität des Basistenders dürften auch die vergleichsweise günstigen Zuteilungssätze beigetragen haben: Der Abstand zwischen den Zuteilungssätzen des Basistenders und dem Dreimonats-EONIA-Swap-Satz, der im Jahr 2003 noch mehrere Basispunkte betrug, hat sich nahezu vollständig abgebaut.

Funktionsfähigkeit des angepassten Instrumentariums

In den ersten Monaten seit dem Übergang auf das neue Mindestreserveperioden- und Tender-Regime hat sich der geldpolitische Handlungsrahmen bewährt und seine Funk-

Wirkungsvolle geldpolitische Signalwirkung des Zinstenders

tionen voll erfüllt. Die Kontrolle der EZB über den marginalen Zinssatz der Hauptrefinanzierungsgeschäfte und die kurzfristigen Geldmarktsätze blieb sehr wirkungsvoll. Der Abstand zwischen dem Mindestbietungssatz und dem marginalen Zuteilungssatz bei den Haupttendern lag seit Jahresbeginn 2004 nahe null. Der Mindestbietungssatz konnte somit seine geldpolitische Signalwirkung voll entfalten. Die Einführung der mit der geldpolitischen EZB-Ratssitzung synchronisierten Mindestreserveperiode verlief technisch reibungslos. Zinsspekulativ bedingte Unterbietungen blieben aus, preistreibende Sicherheitsgebote waren nicht zu beobachten. Der neue geldpolitische Handlungsrahmen muss seine Fähigkeit zur Vermeidung zinsspekulativer Unterbietungen in einem zinspolitisch unruhigen Fahrwasser jedoch erst noch beweisen. Das Auftreten einer zinsdifferenzbedingten Unterbietung ist im Zusammenhang mit dem extrem stabilen Zinsumfeld der vergangenen Monate zu werten. Zu einem systematisch höheren Rückgriff auf die ständigen Fazilitäten oder einem verstärkten Einsatz von Feinsteuerungsoperationen ist es bislang nicht gekommen. Darin spiegelt sich nicht zuletzt auch die Qualität der Liquiditätsvoraussetzungen und der Liquiditätssteuerung des Eurosystems wider.

Die Rolle der Bundesbank bei der Liquiditätssteuerung des Eurosystems

Bei der Liquiditätssteuerung arbeiten die EZB und die zwölf nationalen Zentralbanken (NZBen) des Eurosystems eng zusammen. Der EZB-Rat legt den Kalender für die regulären

Offenmarktgeschäfte fest und bestimmt deren Konditionen wie auch die für die ständigen Fazilitäten. Das EZB-Direktorium trifft die Entscheidungen über die Höhe der Zuteilungsbeträge für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte und die Durchführung von Feinsteuerungsoperationen. Diesen Entscheidungen geht eine eingehende, zeitnahe Analyse der Liquiditätssituation des Bankensystems beziehungsweise des Geldmarkts voraus. Die Bundesbank prognostiziert dabei den Liquiditätsbedarf für Deutschland, den die EZB anschließend mit den Beiträgen der anderen NZBen zu einer Gesamtanalyse für das Eurosystem zusammenfasst. Auf der Grundlage dieser Aggregation trifft die EZB ihre Entscheidungen über die Bereitstellung oder Abschöpfung von Zentralbankliquidität im Rahmen der geldpolitischen Vorgaben des EZB-Rats.

Grundlage der Liquiditätsanalyse des Eurosystems sind die Tagesausweise der NZBen und der EZB vom Vortag. Die Bundesbank übermittelt ihren Tagesausweis an jedem TARGET-Geschäftstag morgens elektronisch an die EZB. Dabei, wie auch bei einer Vielzahl von anderen täglichen elektronischen Datentransfers, kommt ein eigens für das Eurosystem entwickeltes Informationssystem zum Einsatz, das die hohen Anforderungen des Eurosystems an die Zuverlässigkeit und Sicherheit der Datenübermittlung erfüllt. Die EZB erstellt aus den zugelieferten Tagesausweisen und ihrem eigenen Tagesausweis den bis zum Nachmittag des gleichen Tages noch vorläufigen, konsolidierten Tagesausweis des Eurosystems vom Vortag. Aus diesem Tagesausweis und insbesondere aus den Veränderungen zum vorangegangenen Tag lassen sich bereits eine

Der Tagesausweis als Grundlage der Liquiditätsanalyse

Vielzahl von Informationen über die aktuelle Liquiditätslage gewinnen. Dazu gehören vor allem der Stand der Zentralbankguthaben der Kreditinstitute und die Inanspruchnahmen der Spitzenrefinanzierungs- beziehungsweise Einlagefazilität. Diese Informationen werden von der EZB täglich bis 9:15 Uhr über Informationsdienste auch der Öffentlichkeit bekannt gegeben. In der Regel dienstags wird der gesamte konsolidierte Ausweis des vorangegangenen Freitags in vereinfachter Form als Eurosystem-Wochenausweis von der EZB in einer Pressemitteilung veröffentlicht und kann auf der Homepage der EZB abgerufen werden.

*Prognose des
Liquiditäts-
bedarfs des
Bankensystems*

Eine alleinige Betrachtung des Tagesausweises reicht für eine fundierte Liquiditätsanalyse allerdings nicht aus. Zusätzlich ist vielmehr eine Prognose des Liquiditätsbedarfs des Bankensystems erforderlich, der sich aus dem Mindestreserve-Soll und den so genannten autonomen Liquiditätsfaktoren ergibt. Unter den autonomen Faktoren versteht man diejenigen Bestimmungsgründe des Liquiditätsbedarfs außer dem Mindestreserve-Soll, die sich der unmittelbaren Kontrolle der Liquiditätssteuerung entziehen und daher von ihr als gegeben angenommen werden. Dazu gehören vor allem der Banknotenumlauf, der letztlich von der Nachfrage der Bevölkerung nach Banknoten bestimmt wird, und die Einlagen öffentlicher Haushalte beim Eurosystem, deren Höhe von den Entscheidungen staatlicher Stellen abhängt. Hinzu kommen die Netto-Währungsreserven und die Netto-Forderungen in Euro des Eurosystems, schwebende Verrechnungen aus der Abwicklung des Zahlungsverkehrs und die sonstigen auto-

nomen Faktoren (wie z. B. aufgelaufene Zinserträge des Eurosystems).

Die Bundesbank prognostiziert an jedem TARGET-Geschäftstag den deutschen Anteil der autonomen Faktoren für den jeweiligen Tag und die folgenden Tage der laufenden Mindestreserveperiode, mindestens aber für zehn Wochentage im Voraus. Diese Daten übermittelt sie zusammen mit dem deutschen Mindestreserve-Soll, das sich jedoch in der Regel nur mit dem Wechsel auf eine neue Reserveperiode ändert, elektronisch an die EZB. Die EZB konsolidiert die Bundesbank-Prognose mit den Prognosen der anderen NZBen und ihrer eigenen Prognose der auf die EZB entfallenden autonomen Faktoren zu einer Vorausschau für das gesamte Eurosystem. Auf Grund des hohen deutschen Anteils am Liquiditätsbedarf des Bankensystems des Euro-Währungsgebiets kommt der Prognose des deutschen Anteils an den autonomen Faktoren besondere Bedeutung zu: Im Tagesdurchschnitt der Mindestreserveperiode Juni/ Juli 2004 beispielsweise machte der deutsche Anteil rund 50 % aus. Der Öffentlichkeit wird der Stand der autonomen Faktoren des Eurosystems vom Vortag täglich bis 9:15 Uhr von der EZB über Informationsdienste bekannt gemacht. Durchschnittswerte der autonomen Faktoren im Eurosystem und bei der Bundesbank für die einzelnen Mindestreserveperioden können in vereinfachter Form auch dem statistischen Teil des Monatsberichts der Bundesbank (S. 14* f.) entnommen werden. In den im Februar, Mai, August und November erscheinenden Monatsberichten wird darüber hinaus die Entwicklung der autonomen Faktoren in einem separaten Berichtsteil „Geld-

*Beitrag der
Bundesbank
zur Prognose
der autonomen
Faktoren*

marktsteuerung und Liquiditätsbedarf“ kommentiert. Die Vorausschätzung der autonomen Faktoren wird immer bei Ankündigung eines Hauptrefinanzierungsgeschäfts als Durchschnitt der für die Laufzeit des Geschäfts relevanten Tage bekannt gegeben. Seit dem 9. März 2004 wird diese Vorausschätzung am Zuteilungstag nochmals in aktualisierter Form veröffentlicht, um dem Markt eine bessere Einschätzung des Zuteilungsvolumens zu ermöglichen.

*Erfassung und
Prognose der
Überschuss-
reserven*

Neben den autonomen Faktoren spielen die Überschussreserven der Kreditinstitute eine wichtige Rolle bei der Liquiditätsanalyse. In der Regel weichen die Zentralbankguthaben der Kreditinstitute von den Mindestreserveguthaben ab. Will man beurteilen, ob im Markt ausreichend Liquidität vorhanden ist, so muss man auch den Stand der aktuellen und prognostizierten Mindestreserveguthaben berücksichtigen. Die Bundesbank erfasst daher den Teil der Zentralbankguthaben, der nicht zur Erfüllung der Mindestreserve zählt, gesondert und übermittelt die entsprechenden Tagesdaten mindestens dreimal in jeder Mindestreserveperiode an die EZB. Auf Grundlage dieser Daten und der Daten der anderen NZBen erstellt die EZB eine Prognose des Liquiditätsbedarfs der Kreditinstitute aus Überschussreserven. Hierbei sind die Daten zum Ende der Reserveperiode von besonderer Bedeutung, da sich der weit überwiegende Teil der Überschussreserven erst an den letzten Tagen vor dem Reserveultimo aufbaut.

*Ableitung der
Benchmark-
Zuteilung*

Aus dem Mindestreserve-Soll, der Prognose der autonomen Faktoren und der Prognose der Überschussreserven entsteht so ein Bild

der voraussichtlichen Entwicklung des Bedarfs an Zentralbankliquidität am Geldmarkt des Euro-Währungsgebiets im Prognosezeitraum. Aus diesem geschätzten Bedarf lässt sich – unter Berücksichtigung der bislang geleisteten Reserveerfüllung und bereits erfolgten Mittelbereitstellung – auch die Benchmark-Zuteilung eines Hauptrefinanzierungsgeschäfts berechnen, die es den Geschäftspartnern (voraussichtlich) erlaubt, ihre Mindestreservepflicht in dem Zeitraum bis zur Abwicklung des folgenden Hauptrefinanzierungsgeschäfts problemlos zu erfüllen.

Neben der quantitativen Analyse sind auch qualitative Informationen wichtig für eine Beurteilung der Liquiditätssituation. Hier hält die Bundesbank den täglichen Kontakt zu wichtigen deutschen Geldhandelsadressen und bereitet diese Informationen für die EZB auf. Täglich bringt die Bundesbank dazu die Einschätzung der geldmarktaktivsten deutschen Institute zur Geldmarktentwicklung, ihre Erwartungen hinsichtlich der weiteren Zinsentwicklung und ihre Interpretationen der geldpolitischen Operationen des Eurosystems in Erfahrung. Bei größeren Rückgriffen auf die ständigen Fazilitäten analysiert die Bundesbank die jeweiligen Gründe dieser Inanspruchnahmen. Darüber hinaus beobachtet die Bundesbank kontinuierlich den Geldmarkt und setzt sich gegebenenfalls mit Geschäftspartnern in Verbindung, um liquiditätsrelevante Informationen zu sammeln und an die EZB weiterzugeben. Auf der Grundlage aller dieser Daten und Informationen über die Liquiditätslage trifft die EZB letztendlich ihre Entscheidungen über die Bereitstellung oder die Abschöpfung von Zentralbankliquidität.

*Qualitative
Informationen
zur Beurteilung
der Liquiditäts-
situation*

*Liquiditäts-
steuerung des
Eurosystems
bisher sehr
erfolgreich*

Die Liquiditätssteuerung des Eurosystems hat in den Jahren seit Beginn der Währungsunion ihr Hauptziel erreicht: Die kurzfristigen Geldmarktsätze, das heißt insbesondere der Tagesgeldsatz, lagen gemessen am gewichteten Durchschnittssatz EONIA nahe am Festsatz beziehungsweise am Mindestbietungssatz der Haupttender. Größere Abweichungen kamen in der Regel nur zum Ende der Mindestreserveperioden vor, wenn ein bestehender Liquiditätsüberschuss oder ein Liquiditätsdefizit in der laufenden Periode nicht mehr über ein reguläres Hauptrefinanzierungsgeschäft ausgeglichen werden konnten. Der Abstand zwischen dem Festsatz/Mindestbietungssatz und EONIA belief sich zwischen dem 2. Januar 1999 und dem 6. Juli 2004 im Durchschnitt nur auf sieben Basispunkte bei einer Standardabweichung von 17 Basispunkten; dabei sind sämtliche „Verwerfungen“ zum Mindestreserve-Ultimo sowie zinspekulative Ausschläge enthalten. Auch die im Durchschnitt nur sehr geringe Nutzung der ständigen Fazilitäten von 0,5 Mrd € bei der Spitzenrefinanzierungsfazilität und 0,4 Mrd € bei der Einlagefazilität deutet darauf hin, dass die Vorausschätzungen des Liquiditätsbedarfs aus autonomen Faktoren hinreichend genau waren, um in Verbindung mit der nur im Durchschnitt einer Periode zu erfüllenden Mindestreservepflicht eine ausgeglichene Liquiditätslage am Geldmarkt nachhaltig zu gewährleisten.

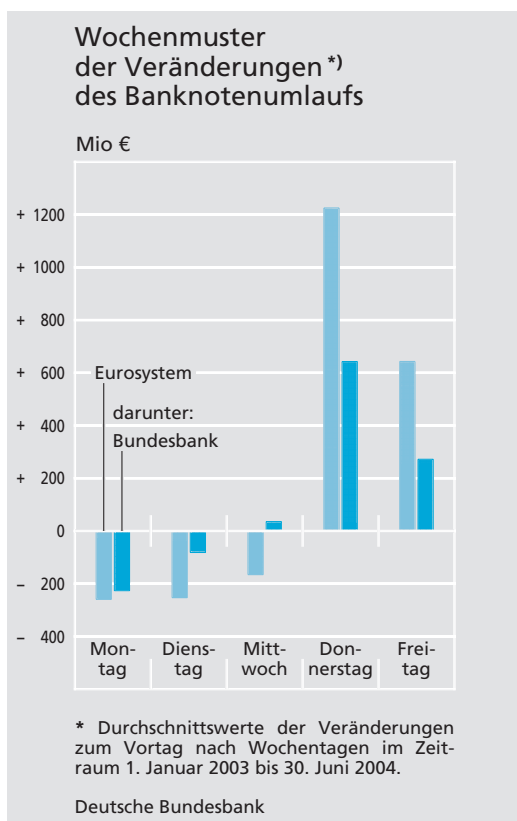
Der dezentrale Aufbau der Liquiditätssteuerung ist trotz eines damit verbundenen unvermeidlichen Abstimmungsbedarfs ein entscheidender Faktor für den Erfolg der Liquiditätssteuerung. So leitet sich der Liquiditäts-

bedarf aus autonomen Faktoren maßgeblich aus Tagesausweispositionen der NZBen her. Dabei zeigt sich, dass einzelne autonome Faktoren von nationalen Besonderheiten bestimmt werden. Diese nationalen liquiditätsrelevanten Entwicklungen lassen sich über den dezentralen Aufbau der Liquiditätssteuerung des Eurosystems effizient erfassen. Es sprechen also die Nähe und die damit verbundenen Informationsvorteile für diesen dezentralen Ansatz. Dies gilt vor allem für den Banknotenumlauf, der sehr unterschiedliche nationale Profile aufweist, sowie den Einfluss öffentlicher Transaktionen mit den NZBen. Aus Sicht der Bundesbank ist insbesondere erwähnenswert, dass seit Einführung der Euro-Noten die aus der Vergangenheit bekannten Spitzen der heimischen Notennachfrage zu den Haupturlaubs- und Reisezeiten nur noch abgeschwächt auftreten, aber dennoch in der Schätzung eine nicht zu vernachlässigende Rolle spielen. Darüber hinaus ergeben sich aus national unterschiedlichen Feiertagskonstellationen länderspezifische Entwicklungen beim Banknotenumlauf. Aber auch bei der längerfristigen Entwicklung der Banknotennachfrage bestehen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern.

So wuchs der Banknotenumlauf des Eurosystems insgesamt zwischen dem 1. Januar 2003 und dem 30. Juni 2004 um 25,4 %, während bei der Netto-Banknotenemission der Bundesbank ein Zuwachs um 36,7 % zu verzeichnen war. Auf Grund der besonders dynamischen Entwicklung der Banknotennachfrage in Deutschland relativ zum Eurosystem insgesamt kommt der Prognose für die weitere Entwicklung dieses autonomen

*Dezentrale
Organisation
der Liquiditäts-
steuerung ent-
scheidender
Faktor für eine
genaue
Prognose der
autonomen
Faktoren...*

*... insbesondere
des Banknoten-
umlaufs...*

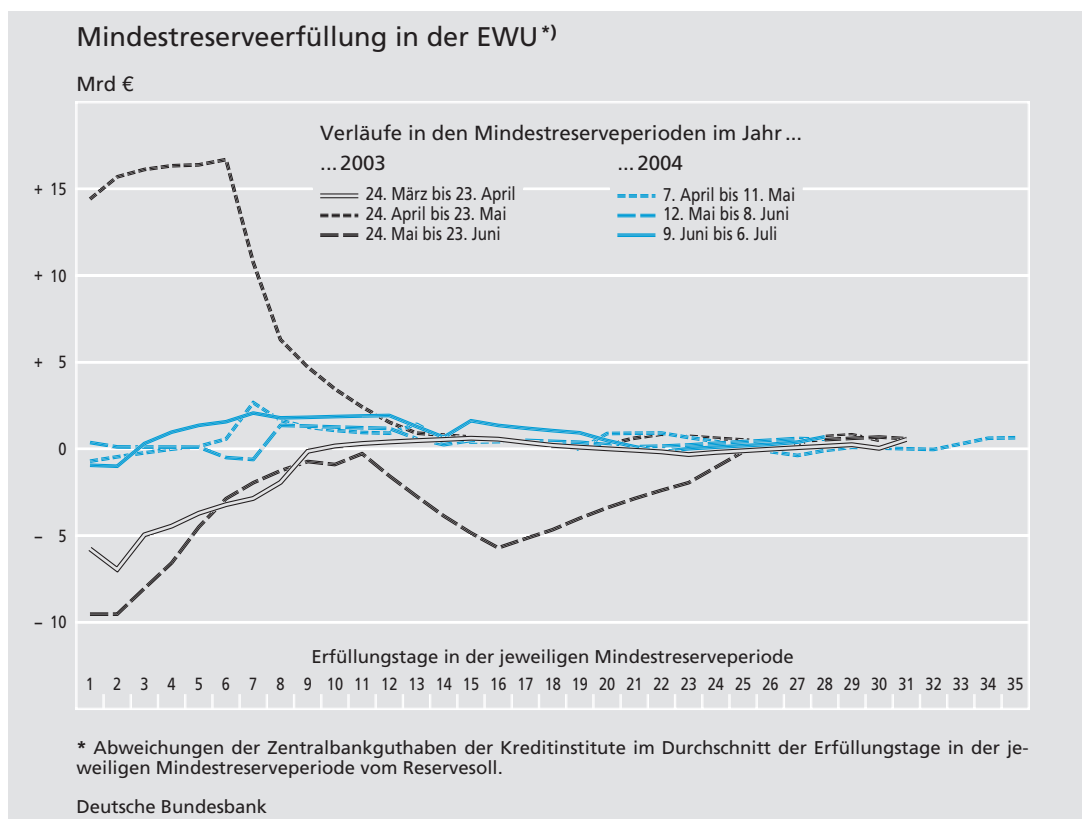


Faktors eine wichtige Bedeutung zu. Die Schätzung wird dadurch erschwert, dass die Veränderung des Banknotenumlaufs in Deutschland sich als recht instabil erweist. Bei den für die Prognose der autonomen Faktoren des Eurosystems besonders relevanten täglichen Veränderungen des Banknotenumlaufs belief sich der deutsche Anteil im Mittel des gleichen Zeitraums auf 53,3 %, während der deutsche Anteil an der Netto-Banknotenemission nur 38,1 % ausmachte. Um die Entwicklung des Banknotenumlaufs für die Schätzung des Liquiditätsbedarfs adäquat abzubilden, liefert ein charakteristischer Wochenverlauf für die Veränderungen der Banknotennachfrage einen Hinweis für die ökonomische Herangehensweise.

Typischerweise zeichnen sich die Tage Montag und Dienstag durch einen Rückgang des Banknotenumlaufs aus. Der Mittwoch erweist sich als relativ konstant. Donnerstag und Freitag weisen dagegen üblicherweise einen Anstieg der Banknoten aus. Dieses Muster lässt sich über das Nachfrageverhalten der Verbraucher erklären, die ihre Käufe in verstärktem Maße auf den Samstag konzentrieren. Zum Wochenanfang fließt das Geld wieder zur Bundesbank zurück. Zudem ist zu beachten, dass an den Tagen um den Monatswechsel die Notennachfrage merklich ansteigt. Zu Abweichungen von diesem Standard-Wochenverlauf kommt es durch Feiertageffekte, Ferienzeiten und in besonders bargeldintensiven Phasen wie dem Oster- und Weihnachtsgeschäft. Diese Effekte gilt es ebenfalls bei der Schätzung des Banknotenumlaufs zu berücksichtigen. Als Hilfsmittel für ihre Schätzung des Banknotenumlaufs verwendet die Bundesbank seit einiger Zeit ein dynamisches Banknotenmodell, welches die täglichen Veränderungen über einen autoregressiven Prozess unter Berücksichtigung von typischen Wochenverläufen sowie von Sondereinflüssen darstellt. Auf der Basis des Modells und gegebenenfalls fallweiser Anpassungen erfolgt täglich die Schätzung des Banknotenumlaufs in Deutschland.

Die Transaktionen der öffentlichen Haushalte mit den NZBen spielen für die Bundesbank dagegen keine Rolle, da die öffentliche Hand in Deutschland ihre Guthaben im Geldmarkt hält. Anders ist dies zum Beispiel in Italien, wo die öffentliche Hand ihre im Zeitablauf ausgeprägt schwankenden Guthaben bei der Banca d'Italia hält mit entsprechend großen

... und der Einlagen öffentlicher Haushalte



Auswirkungen auf die Liquiditätsausstattung der Kreditinstitute.⁶⁾ Während im alten System die größte Streuung der öffentlichen Einlagen beim Eurosystem mit dem Wechsel der Reserveerfüllungsperioden zusammenfiel, liegt sie seit dem Übergang auf das neue Regime im März 2004 ungefähr in der Mitte der Periode, wodurch die laufende Erfüllung der Kreditinstitute insbesondere zu Periodenbeginn verstetigt wurde.

Dezentrale
Durchführung
der
Offenmarkt-
geschäfte

Bei der Durchführung der Offenmarktgeschäfte gibt es zwar einen für alle Länder der Währungsunion einheitlichen geldpolitischen Handlungsrahmen, doch bestehen in einzelnen Punkten durchaus länderspezifische Unterschiede, die beispielsweise den unterschiedlichen Rechtsordnungen Rechnung tragen. Die Refinanzierungsgeschäfte werden

beispielsweise in Deutschland als besicherte Kredite durchgeführt, bei denen ein Pfandrecht der Bundesbank auf die hinterlegten Sicherheiten besteht, das Eigentum aber beim Schuldner verbleibt, solange dieser seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommt. In anderen Ländern werden die Refinanzierungsgeschäfte dagegen als Pensionsgeschäfte durchgeführt, bei denen das Eigentum an den Wertpapieren für die Laufzeit des Geschäfts auf die entsprechende NZB übertragen wird. Auch bei der Verwaltung der refinanzierungsfähigen Sicherheiten gibt es nationale Unterschiede. Die Bundesbank verwendet das „Pfandpoolverfahren“, bei dem

⁶ Weitere Informationen zu den Liquiditätseffekten der Transaktionen öffentlicher Haushalte mit den NZBen in den einzelnen Ländern der Währungsunion sind auf der Website der EZB unter <http://www.ecb.int/mopo/implementation/liq/html/treas.en.html> abrufbar.

alle eingereichten Sicherheiten eines Kreditinstituts „en bloc“ der Besicherung aller Arten von Notenbankkrediten, einschließlich Innertageskrediten im Rahmen des Zahlungsverkehrs, dienen. Bei anderen NZBen wird dagegen das „Kennzeichnungsverfahren“ benutzt, bei dem eingereichte Sicherheiten genau einem Geschäftsvorfall zugeordnet sind. Das Pfandpoolverfahren hat den großen Vorteil, dass Veränderungen des Wertes der eingelieferten Sicherheiten sich normalerweise nur in Schwankungen des noch freien Teiles des Sicherheitenpools niederschlagen. Beim „Kennzeichnungsverfahren“ hingegen können Neubewertungen Sicherheiteneinforderungen oder -freigaben erforderlich machen. Diese hohe Flexibilität des Pfandpoolverfahrens erleichtert insbesondere die Abwicklung von Innertageskrediten, für die in der Regel keine gesonderte Einlieferung von Sicherheiten erforderlich ist. Darüber hinaus ist ein Austausch von Sicherheiten, die vom einliefernden Kreditinstitut anderweitig benötigt werden, problemlos möglich.

Unterschiede bestehen auch bei den operational-technischen Kriterien, die ein Kreditinstitut erfüllen muss, um zu Refinanzierungsgeschäften bei der heimischen Notenbank zugelassen zu werden. Im Interesse eines Gleichgewichts zwischen Pflichten (Mindestreserve) und Rechten (Refinanzierung) hat die

Bundesbank diese Kriterien so festgelegt, dass im Prinzip alle reservspflichtigen heimischen Banken einen direkten Zugang zum Notenbankkredit erlangen können. Obwohl nur ein Drittel der reservpflichtigen Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets deutsche Banken sind, stellt Deutschland rund 60% aller zu den Offenmarktoperationen und der Spitzenrefinanzierungsfazilität zugelassenen Geschäftspartner.

Dies alles zeigt, dass der dezentrale Aufbau der Liquiditätssteuerung des Eurosystems mit einer weitgehend in den einzelnen NZBen stattfindenden Informationsgewinnung über die Liquiditätslage, einer zentralen Entscheidungsfindung über die zu treffenden Maßnahmen durch die EZB und die anschließend wiederum dezentrale Umsetzung dieser Entscheidung der besonderen Struktur des Eurosystems am besten gerecht wird. Voraussetzung ist dabei eine enge Kooperation zwischen den beteiligten Institutionen. Im Fall des Beitritts weiterer Länder zur Währungsunion wird der Abstimmungsbedarf tendenziell zunehmen. Dabei wird es darauf ankommen, die Zusammenarbeit im dann größer gewordenen Eurosystem weiterhin so zu organisieren, dass die Liquiditätssteuerung wie bisher ihre Aufgaben erfolgreich wahrnehmen kann.

*Erweiterung
der EWU
erhöht
Anforderungen
an die Effizienz
der
Organisation
der Liquiditäts-
steuerung*

Statistischer Teil

Inhalt

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

- | | |
|---------------------------------------|----|
| 1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze | 6* |
| 2. Außenwirtschaft | 6* |
| 3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren | 7* |

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

- | | |
|--|-----|
| 1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang | 8* |
| 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) | 10* |
| 3. Liquiditätsposition des Bankensystems | 14* |

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

- | | |
|------------|-----|
| 1. Aktiva | 16* |
| 2. Passiva | 18* |

IV. Banken

- | | |
|---|-----|
| 1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland | 20* |
| 2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen | 24* |
| 3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland | 26* |

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs)	40*

V. Mindestreserven

1. Reservesätze	42*
2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998	42*
3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion	42*

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze	43*
2. Basiszinssätze	43*
3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren)	43*
4. Geldmarksätze nach Monaten	43*
5. Zinssätze für die Bestände und das Neugeschäft der Banken (MFIs) in der Europäischen Währungsunion	44*
6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs)	45*

VII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland	48*
2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland	49*
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland	50*
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten	50*
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere	51*
6. Absatz und Erwerb von Investmentzertifikaten in Deutschland	51*

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Finanzielle Entwicklung der öffentlichen Haushalte	52*
---	-----

2. Finanzielle Entwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden	52*
3. Finanzielle Entwicklung des Staates in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	53*
4. Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften	53*
5. Steuereinnahmen nach Arten	54*
6. Einzelne Steuern des Bundes, der Länder und der Gemeinden	54*
7. Verschuldung der öffentlichen Haushalte	55*
8. Entwicklung der öffentlichen Verschuldung	57*
9. Von öffentlichen Stellen aufgenommene Schuldscheindarlehen	57*
10. Verschuldung des Bundes	58*
11. Marktmäßige Kreditaufnahme des Bundes	58*
12. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben sowie des Vermögens der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten	59*
13. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	59*

IX. Konjunkturlage

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens	60*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe	61*
3. Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe	62*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	63*
5. Einzelhandelsumsätze	63*

6. Arbeitsmarkt	64*
7. Preise	65*
8. Einkommen der privaten Haushalte	66*
9. Tarif- und Effektivverdienste	66*

X. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	67*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	68*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern	69*
4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen	70*
5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland	70*
6. Vermögensübertragungen	70*
7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland	71*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank	72*
9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank in der Europäischen Währungsunion	72*
10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	73*
11. DM- und Euro-Wechselkurse für ausgewählte Währungen	74*
12. Wechselkurse für die nationalen Währungen der EWU-Länder und DM-Wert der ECU sowie Euro-Umrechnungskurse	74*
13. Effektive Wechselkurse für den Euro und ausgewählte fremde Währungen	75*

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ...** Angabe fällt später an
- .** Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten
oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1
in der letzten besetzten Stelle,
jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden
der Zahlen.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze			
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)	
			gleitender Dreimonatsdurchschnitt								
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %								% p. a. im Monatsdurchschnitt		
2002 Nov.	9,1	6,9	7,0	7,0	3,9	4,5	5,0	3,30	3,12	4,6	
Dez.	9,8	6,6	6,9	7,1	4,0	4,7	4,9	3,09	2,94	4,4	
2003 Jan.	9,2	6,6	7,3	7,4	4,2	4,8	4,6	2,79	2,83	4,2	
Febr.	10,3	7,5	8,1	7,8	4,4	4,9	4,7	2,76	2,69	4,0	
März	11,6	8,1	8,1	8,3	4,1	4,8	4,4	2,75	2,53	4,1	
April	11,1	8,1	8,8	8,5	4,7	5,1	4,7	2,56	2,53	4,2	
Mai	11,3	8,6	8,6	8,6	5,0	5,2	4,5	2,56	2,40	3,9	
Juni	11,3	8,4	8,5	8,6	4,8	5,1	5,1	2,21	2,15	3,7	
Juli	11,3	8,6	8,7	8,5	5,4	5,5	5,2	2,08	2,13	4,0	
Aug.	11,7	8,7	8,3	8,2	5,5	5,6	5,3	2,10	2,14	4,2	
Sept.	11,1	8,2	7,6	8,0	5,5	5,4	5,4	2,02	2,15	4,2	
Okt.	11,6	8,1	8,0	7,7	5,7	5,4	5,8	2,01	2,14	4,3	
Nov.	10,5	7,6	7,4	7,5	6,2	6,0	6,1	1,97	2,16	4,4	
Dez.	10,6	7,6	7,1	7,0	5,9	5,8	5,9	2,06	2,15	4,4	
2004 Jan.	11,5	7,5	6,5	6,6	5,8	5,8	5,9	2,02	2,09	4,2	
Febr.	10,7	6,8	6,1	6,3	5,7	5,7	6,1	2,03	2,07	4,2	
März	11,5	6,8	6,2	6,0	6,0	5,8	6,8	2,01	2,03	4,0	
April	11,0	6,3	5,5	5,5	6,0	5,9	7,3	2,08	2,05	4,2	
Mai	9,3	5,4	4,7	...	5,9	5,9	7,4	2,02	2,09	4,4	
Juni	2,03	2,11	...	

1 Quelle: EZB. — 2 Saisonbereinigt. — 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. — 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFI

gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFIs. — 5 Euro OverNight Index Average. — 6 Euro Interbank Offered Rate. — 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.5, S.44*. — 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen; ab 2001 Euro12.

2. Außenwirtschaft *)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU							Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz		Kapitalbilanz			Kreditverkehr	Währungsreserven	Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Handelsbilanz	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapierverkehr 2)				nominal	real 4)
	Mio €							Euro/US-\$	1. Vj. 1999=100	
2002 Nov.	+ 9 937	+ 12 359	- 11 495	+ 14 678	+ 14 494	- 38 248	- 2 420	1,0014	92,2	94,9
Dez.	+ 5 553	+ 9 332	- 14 200	+ 1 149	- 8 445	- 5 852	- 1 052	1,0183	93,3	96,4
2003 Jan.	- 3 992	+ 1 556	- 3 954	+ 8 601	- 6 993	- 7 111	+ 1 549	1,0622	95,5	98,6
Febr.	+ 2 645	+ 8 483	- 21 238	+ 2 318	- 7 098	- 21 798	+ 5 340	1,0773	96,8	100,0
März	+ 4 271	+ 6 782	+ 10 897	+ 2 037	+ 15 221	- 11 353	+ 4 992	1,0807	97,6	100,9
April	- 7 378	+ 6 607	+ 17 450	- 11 561	+ 24 770	+ 3 031	+ 1 210	1,0848	98,3	101,8
Mai	- 1 623	+ 7 443	- 23 004	+ 642	+ 11 068	- 35 072	+ 358	1,1582	102,2	105,8
Juni	+ 2 083	+ 10 107	- 26 419	+ 13 612	+ 24 804	- 65 588	+ 754	1,1663	102,4	106,3
Juli	+ 2 834	+ 15 457	+ 323	- 4 031	- 36 091	+ 38 614	+ 1 831	1,1372	101,1	104,9
Aug.	+ 3 033	+ 10 501	+ 5 943	- 5 564	- 38 761	+ 50 017	+ 251	1,1139	99,9	103,6
Sept.	+ 5 645	+ 10 865	- 6 902	- 9 529	+ 11 173	- 8 490	- 57	1,1222	99,5	103,3
Okt.	+ 8 139	+ 13 122	+ 7 795	- 10 049	+ 40 224	- 23 129	+ 749	1,1692	101,0	104,8
Nov.	+ 3 918	+ 8 457	+ 6 175	+ 4 581	+ 5 029	- 8 952	+ 5 517	1,1702	100,9	104,9
Dez.	+ 6 486	+ 8 329	- 10 511	- 931	- 31 782	+ 14 880	+ 7 322	1,2286	103,7	108,1
2004 Jan.	- 4 432	+ 4 224	- 25 564	- 11 885	- 14 309	+ 3 841	- 3 210	1,2613	104,7	108,9
Febr.	+ 5 602	+ 9 430	+ 24 280	+ 7 286	+ 20 178	- 12 164	+ 8 979	1,2646	104,4	108,6
März	+ 12 475	+ 14 513	- 23 581	- 24 119	- 2 789	- 605	+ 3 932	1,2262	102,8	107,1
April	+ 366	+ 10 923	- 8 446	- 3 346	- 2 221	- 192	- 2 687	1,1985	100,9	105,5
Mai	1,2007	102,0	106,5
Juni	1,2138	101,8	106,4

* Quelle: EZB. — 1 S. auch Tab. X.12 und 13, S. 74*/ 75*. — 2 Einsch. Finanzderivate. — 3 Gegenüber einem engen Länderkreis. — 4 Auf Basis der Verbraucherpreise.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	Belgien	Deutschland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Luxemburg	Niederlande	Österreich	Portugal	Spanien	EWU 8)
Reales Bruttoinlandsprodukt 1)													
2001	0,6	0,8	1,1	2,1	4,0	6,0	1,8	1,3	1,2	0,8	1,8	2,8	1,6
2002	0,7	0,2	2,3	1,2	3,9	6,1	0,4	1,7	0,2	1,4	0,5	2,0	0,9
2003	1,1	- 0,1	1,9	0,5	4,3	3,7	0,3	2,1	- 0,7	0,7	- 1,2	2,4	0,5
2002 4.Vj.	2,2	0,3	3,3	0,9	3,3	7,7	1,2		0,1	1,3	- 1,6	2,1	1,1
2003 1.Vj.	1,3	0,4	2,3	1,4	4,7	3,6	0,8		- 0,2	0,9	- 1,4	2,3	1,0
2.Vj.	0,9	- 0,7	1,4	- 0,5	3,8	5,3	0,1		- 1,1	0,5	- 2,2	2,2	- 0,1
3.Vj.	1,0	- 0,2	2,1	0,2	4,3	0,5	0,2		- 1,2	0,7	- 0,9	2,3	0,3
4.Vj.	1,2	0,2	1,7	1,1	4,3	5,1	0,0		- 0,4	0,6	- 0,4	2,8	0,7
2004 1.Vj.	3,0	1,5	2,7	2,2	4,0	6,1	0,9		0,8	0,7	0,1	2,9	1,8
Industrieproduktion 1) 2)													
2001	- 0,5	0,2	0,1	1,1	1,0	10,1	- 1,2	3,2	0,5	2,8	3,1	- 1,5	0,4
2002	1,5	- 1,0	1,7	- 1,3	1,7	7,8	- 1,3	0,4	- 1,0	0,9	- 0,4	0,2	- 0,5
2003	0,0	0,4	0,6	- 0,1	1,5	6,3	- 0,4	2,6	- 2,1	1,8	- 0,1	1,4	0,4
2002 4.Vj.	3,7	1,7	5,2	- 0,9	3,1	6,6	0,7	1,7	0,1	1,5	- 2,5	2,6	1,3
2003 1.Vj.	- 0,1	1,5	2,0	0,2	0,7	2,4	- 0,1	4,5	0,6	3,6	0,6	1,6	0,9
2.Vj.	- 1,1	- 0,2	- 1,5	- 1,7	2,1	2,2	- 1,7	- 1,3	- 4,8	0,6	- 2,8	1,7	- 0,8
3.Vj.	2,5	- 1,0	1,9	- 0,5	2,2	5,4	- 0,1	4,7	- 3,6	1,9	1,1	1,0	- 0,1
4.Vj.	- 1,1	1,5	0,4	1,5	0,7	15,2	0,3	2,9	- 0,9	1,4	1,0	1,1	1,4
2004 1.Vj.	2,7	7)p)	1,9	- 1,4	0,7	2,6	4,4	- 0,1	...	0,9	3,0	- 2,9	1,3
Kapazitätsauslastung in der Industrie 3)													
2001	82,3	84,4	85,7	87,4	77,6	78,4	78,9	88,7	84,6	83,1	81,7	79,6	83,5
2002	79,6	82,3	82,7	85,3	77,0	75,9	77,3	85,1	82,9	80,2	79,4	77,2	81,4
2003	78,7	82,0	81,9	84,8	76,5	75,1	76,3	84,7	81,7	80,0	79,0	78,9	81,1
2003 1.Vj.	79,3	82,3	82,2	85,1	75,8	74,5	77,5	84,1	82,5	79,7	77,5	78,6	81,4
2.Vj.	78,6	81,8	82,8	84,9	77,1	75,1	75,6	85,9	81,9	80,4	77,6	78,2	80,9
3.Vj.	77,9	81,0	80,7	84,8	76,8	77,1	76,1	84,8	81,0	79,4	76,4	79,5	80,7
4.Vj.	79,0	82,9	82,0	84,4	76,1	73,6	76,1	83,9	81,4	80,3	84,3	79,3	81,4
2004 1.Vj.	79,4	82,8	82,8	4) 81,4	77,5	74,4	76,8	83,5	82,1	80,0	80,6	77,0	4) 80,7
2.Vj.	79,6	82,6	83,4	80,5	74,6	77,7	75,9	85,6	82,8	80,4	79,3	79,7	80,5
Arbeitslosenquote 5)													
2001	6,7	7,8	9,1	8,4	10,4	3,9	9,4	2,1	2,5	3,6	4,1	10,6	8,0
2002	7,3	8,7	9,1	8,9	10,0	4,3	9,0	2,8	2,7	4,2	5,1	11,3	8,4
2003	8,1	9,6	9,0	9,4	9,3	4,6	8,6	3,7	3,8	4,1	6,3	11,3	8,9
2003 Dez.	8,3	9,6	9,0	9,5		4,6	8,5	3,9	4,3	4,2	6,3	11,2	8,9
2004 Jan.	8,4	9,6	9,0	9,5		4,5	8,5	3,9	4,5	4,2	6,2	11,1	8,9
Febr.	8,5	9,6	9,0	9,4		4,5	...	4,0	4,6	4,2	6,3	11,1	8,9
März	8,5	9,7	9,1	9,4		4,5	...	4,0	4,7	4,2	6,4	11,1	8,9
April	8,5	9,8	9,1	9,4		4,5	...	4,1	4,9	4,2	6,6	11,1	9,0
Mai	8,6	9,8	9,1	9,4		4,5	...	4,0	...	4,2	6,6	11,1	9,0
Juni	8,6	9,8		4,5	4,2
Harmonisierter Verbraucherpreisindex 1)													
2001	2,4	1,9	2,7	1,8	3,7	4,0	2,3	2,4	5,1	2,3	4,4	2,8	2,3
2002	1,6	1,3	2,0	1,9	3,9	4,7	2,6	2,1	3,9	1,7	3,7	3,6	2,3
2003	1,5	1,0	1,3	2,2	3,4	4,0	2,8	2,5	2,2	1,3	3,3	3,1	2,1
2003 Dez.	1,7	1,1	1,2	2,4	3,1	2,9	2,5	2,4	1,6	1,3	2,3	2,7	2,0
2004 Jan.	1,4	1,2	0,8	2,2	3,1	2,3	2,2	2,3	1,5	1,2	2,2	2,3	1,9
Febr.	1,2	0,8	0,4	1,9	2,6	2,2	2,4	2,4	1,3	1,5	2,1	2,2	1,6
März	1,0	1,1	- 0,4	1,9	2,9	1,8	2,3	2,0	1,2	1,5	2,2	2,2	1,7
April	1,7	1,7	- 0,4	2,4	3,1	1,7	2,3	2,7	1,5	1,5	2,4	2,7	2,0
Mai	2,4	2,1	- 0,1	2,8	3,1	2,1	2,3	3,4	1,7	p) 2,1	2,4	3,4	p) 2,5
Juni	2,0	1,9	- 0,1	p) 2,7	3,0	2,5	2,4	3,8	p) 1,5	...	3,7	3,5	s) 2,4
Staatlicher Finanzierungssaldo 6)													
2001	0,5	- 2,8	5,2	- 1,5	- 1,4	1,1	- 2,6	6,3	0,0	0,2	- 4,4	- 0,4	- 1,6
2002	0,1	- 3,5	4,3	- 3,2	- 1,4	- 0,2	- 2,3	2,7	- 1,9	- 0,2	- 2,7	0,0	- 2,3
2003	0,3	- 3,9	2,3	- 4,1	- 3,2	0,2	- 2,4	- 0,1	- 3,2	- 1,3	- 2,8	0,3	- 2,7
Staatliche Verschuldung 6)													
2001	108,1	59,4	43,9	56,8	106,9	36,1	110,6	5,5	52,9	67,1	55,6	57,5	69,4
2002	105,8	60,8	42,6	58,6	104,7	32,3	108,0	5,7	52,6	66,6	58,1	54,6	69,2
2003	100,5	64,2	45,3	63,0	103,0	32,0	106,2	4,9	54,8	65,0	59,4	50,8	70,6

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemitteilungen und sind vorläufig. — 1 Veränderung gegen Vorjahrszeitraum in Prozent; Bruttoinlandsprodukt Griechenlands und Portugals aus saisonbereinigten Werten berechnet. — 2 Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie; arbeitstäglich bereinigt. — 3 Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal. — 4 Frankreich und EWU ab I. Quartal 2004 nicht saisonbereinigt. —

5 Standardisiert, in Prozent der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. — 6 In Prozent des Bruttoinlandsprodukts; Maastricht-Definition; einschl. UMTS-Erlöse. — 7 Vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung für das I. Quartal (Industrie in Deutschland: durchschnittlich - 2,5 %). — 8 Einschl. Griechenland (Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Staatlicher Finanzierungssaldo und Staatliche Verschuldung erst ab 2001).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion
**1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *)
a) Europäische Währungsunion¹⁾**

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
2002 Okt.	28,3	32,7	14,1	- 4,4	- 4,0	29,6	55,1	25,5	9,6	1,3	- 1,0	9,0	0,3
Nov.	37,3	22,2	5,5	15,1	6,1	34,9	84,4	49,5	18,9	3,7	- 0,5	13,4	2,3
Dez.	51,6	57,3	14,8	- 5,7	- 14,1	21,0	- 33,7	- 54,7	23,9	16,5	- 0,1	- 2,2	9,6
2003 Jan.	53,4	30,4	5,4	23,0	21,8	8,6	19,2	10,6	15,3	- 0,8	- 2,1	6,7	11,4
Febr.	51,1	35,5	4,3	15,6	17,9	10,3	66,7	56,5	11,7	7,0	- 1,2	9,9	- 4,1
März	45,0	37,8	6,4	7,2	6,6	13,2	5,6	- 7,6	13,8	7,3	- 1,6	14,0	- 5,9
April	86,7	71,2	27,3	15,5	20,9	- 2,5	41,6	44,1	6,8	- 2,9	- 2,6	10,6	1,7
Mai	69,4	42,8	14,3	26,6	30,7	41,9	42,9	1,1	17,9	6,6	- 1,3	19,4	- 6,7
Juni	12,3	25,4	- 7,1	- 13,1	- 13,8	58,1	39,5	- 18,6	17,1	2,9	- 1,6	8,8	7,0
Juli	36,9	14,9	- 4,4	22,0	14,0	- 37,9	- 31,2	6,6	32,1	5,3	- 2,1	19,0	9,8
Aug.	1,3	11,6	4,9	- 10,3	- 3,9	- 31,6	- 70,8	- 39,2	16,7	7,7	- 1,6	3,9	6,7
Sept.	58,0	32,3	1,2	25,8	24,0	19,1	30,9	11,8	26,8	0,5	- 0,6	19,6	7,3
Okt.	51,0	33,5	4,2	17,5	17,8	9,9	50,6	40,7	27,7	4,9	0,1	20,8	2,0
Nov.	91,3	68,0	14,8	23,3	13,7	18,1	44,2	26,1	28,7	7,9	0,2	16,5	4,2
Dez.	22,8	45,0	4,9	- 22,2	- 32,2	- 11,8	- 11,5	0,3	20,5	16,6	1,1	0,4	2,3
2004 Jan.	44,2	29,2	5,7	15,0	17,4	25,4	111,4	86,0	15,2	2,6	- 1,1	17,5	- 3,9
Febr.	46,1	32,4	6,2	13,7	22,2	7,4	22,8	15,5	18,4	8,0	- 0,3	8,5	2,2
März	76,2	47,4	16,5	28,8	12,7	2,2	76,3	74,2	43,4	5,6	- 0,1	31,5	6,5
April	88,7	83,3	26,5	5,4	12,3	10,9	70,9	60,0	27,7	10,4	- 1,1	16,3	2,1
Mai	65,8	40,9	- 0,1	24,9	30,7	- 19,8	- 11,6	8,2	22,3	5,0	- 0,9	19,5	- 1,3

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere								
2002 Okt.	4,6	5,8	7,4	- 1,2	- 4,6	17,7	11,6	- 6,0	0,0	1,9	- 0,8	- 0,4	- 0,7
Nov.	9,4	4,6	4,3	4,8	3,5	19,2	32,0	12,8	5,8	4,1	- 0,6	0,4	1,9
Dez.	11,4	23,0	12,1	- 11,6	- 8,5	1,9	- 40,8	- 42,7	- 9,5	3,1	0,2	- 15,2	2,4
2003 Jan.	18,3	1,8	3,1	16,4	10,8	- 3,0	9,4	12,4	4,1	- 1,6	- 2,0	3,9	3,9
Febr.	0,7	7,9	- 1,3	- 7,2	0,5	10,3	20,2	9,9	4,4	6,3	- 1,2	0,8	- 1,5
März	4,6	2,7	- 1,2	1,9	5,1	18,7	25,2	6,5	1,7	1,9	- 1,6	- 1,1	2,6
April	4,9	6,6	5,9	- 1,7	- 2,6	4,5	14,7	10,1	- 2,6	- 2,0	- 2,5	0,5	1,5
Mai	1,9	4,0	3,0	- 2,1	2,4	27,6	22,6	- 5,0	- 2,8	- 1,6	- 1,5	4,8	- 4,4
Juni	- 18,0	- 0,9	- 3,0	- 17,1	- 10,0	38,5	24,6	- 13,9	4,8	0,1	- 1,4	3,7	2,4
Juli	0,6	- 8,4	- 0,5	9,0	- 1,6	- 24,6	- 18,6	6,0	8,7	4,9	- 2,1	4,9	1,0
Aug.	- 13,6	2,7	0,9	- 16,3	- 11,0	16,7	- 20,6	- 37,3	5,7	3,2	- 1,5	2,2	1,8
Sept.	17,7	12,8	- 3,6	4,9	10,8	- 1,8	10,5	12,3	2,3	- 1,3	- 0,7	9,1	- 4,8
Okt.	- 1,8	- 9,3	- 3,4	7,5	4,5	6,4	- 0,2	- 6,6	3,1	0,3	0,1	2,6	0,2
Nov.	24,5	15,5	5,5	8,9	2,4	7,9	12,4	4,6	3,3	0,2	0,2	3,0	- 0,1
Dez.	- 10,1	0,0	1,1	- 10,2	- 7,8	11,4	12,4	1,1	- 0,2	1,5	1,0	- 2,9	0,2
2004 Jan.	- 0,6	- 6,8	1,4	6,2	6,1	23,0	34,9	11,9	2,6	- 0,2	- 1,1	6,5	- 2,7
Febr.	16,6	2,9	- 3,6	13,7	22,4	- 23,5	- 2,7	20,8	- 5,8	0,6	- 0,4	0,5	- 6,5
März	28,7	10,4	9,6	18,3	5,8	- 2,0	10,3	12,3	9,4	0,0	- 0,2	9,4	0,2
April	10,8	16,4	13,3	- 5,6	1,1	14,8	22,0	7,2	13,0	4,5	- 1,2	6,2	3,4
Mai	- 10,4	- 10,5	- 8,3	0,2	6,0	13,9	- 3,9	- 17,8	5,0	4,3	- 0,9	4,9	- 3,3

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (s. dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beihet zum Monatsbericht 1, S. 112). — 1 Quelle: EZB. — 2 Abzüglich Bestand der

MFIs. — 3 Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. — 4 Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. — 5 Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). — 6 In Deutschland nur Spareinlagen. — 7 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. — 8 Abzüglich

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)										Zeit
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)	
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)				
					zusammen	Bargeldumlauf	täglich fällige Einlagen 5)						
5,5	21,4	-	21,4	19,6	- 9,1	7,2	- 16,3	20,5	8,2	- 2,8	2,0	2,6	2002 Okt.
- 4,3	- 15,2	-	72,8	65,1	60,0	7,5	52,6	- 7,3	12,4	- 4,4	14,7	- 2,7	Nov.
- 11,0	- 28,9	-	88,5	101,9	77,6	19,8	57,8	- 7,6	31,9	- 2,8	6,6	- 4,0	Dez.
15,2	23,2	-	8,3	- 32,8	- 61,0	- 7,4	- 53,6	2,5	25,7	14,6	19,4	7,1	2003 Jan.
18,6	- 8,3	-	39,4	27,1	10,4	7,2	3,2	2,4	14,3	0,4	12,1	- 0,3	Febr.
- 1,1	6,5	-	38,9	54,3	47,0	7,9	39,0	- 5,8	13,2	- 9,2	4,3	- 10,5	März
- 16,5	5,2	-	88,6	50,1	31,1	9,1	22,0	10,8	8,2	6,4	11,8	20,3	April
10,4	25,3	-	57,7	65,3	37,5	7,4	30,0	19,1	8,8	1,3	8,8	- 17,6	Mai
30,2	18,3	-	4,8	29,7	55,3	7,3	48,0	- 38,9	13,3	- 16,7	- 0,8	- 7,4	Juni
- 24,6	- 14,3	-	5,9	- 4,5	- 18,9	11,1	- 30,0	3,1	11,3	5,2	10,2	- 5,0	Juli
- 10,0	- 32,3	-	4,7	- 2,7	- 13,8	1,2	- 15,0	3,9	7,2	- 2,9	2,2	- 1,3	Aug.
20,9	25,1	-	4,3	16,5	45,8	2,1	43,6	- 29,6	0,3	- 4,5	- 8,9	1,2	Sept.
- 18,0	3,0	-	48,3	20,0	4,4	6,4	- 2,0	10,5	5,1	13,2	5,7	9,5	Okt.
14,6	18,5	-	47,6	52,2	49,3	7,9	41,3	- 4,1	7,1	- 1,0	4,3	0,8	Nov.
- 26,8	- 46,5	-	63,9	96,1	67,2	18,8	48,5	0,3	28,7	- 16,0	- 2,6	- 13,7	Dez.
20,5	43,5	-	9,5	- 30,7	- 26,8	- 8,8	- 18,0	- 21,4	17,5	6,9	9,2	5,1	2004 Jan.
18,9	- 9,1	-	25,2	2,6	1,8	4,3	- 2,5	- 5,9	6,7	14,0	7,5	1,1	Febr.
- 9,1	19,3	-	24,9	34,6	42,0	6,0	36,0	- 12,7	5,2	- 11,1	3,4	- 2,0	März
- 4,7	19,7	-	56,9	33,4	24,4	9,8	14,6	0,7	8,3	7,5	10,6	5,4	April
14,0	- 7,3	-	17,0	29,0	15,1	7,2	7,9	8,0	5,9	- 3,9	- 2,1	- 6,0	Mai

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)									Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge					Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 7)	
				Bargeldumlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren				
- 1,6	10,0	2,0	14,0	1,2	6,8	2,2	- 1,0	0,6	4,2	2002 Okt.		
- 0,6	3,6	1,5	27,0	31,8	5,6	3,3	- 3,2	0,2	0,8	Nov.		
0,0	4,7	1,5	18,5	1,4	6,8	12,8	- 3,1	1,0	0,9	Dez.		
- 0,8	15,1	0,5	- 0,7	- 3,1	- 9,3	4,7	4,1	5,3	1,1	2003 Jan.		
1,4	- 14,2	2,2	19,5	5,6	- 0,7	3,0	2,3	1,3	8,1	Febr.		
- 1,7	22,8	1,5	0,4	7,1	- 5,2	1,7	0,4	0,5	4,0	März		
- 1,1	4,4	0,9	8,7	8,2	- 2,0	1,1	0,0	0,0	1,4	April		
2,2	14,8	2,4	15,3	6,8	7,4	0,7	1,0	0,4	1,0	Mai		
0,4	13,3	0,6	1,9	16,4	- 11,8	1,0	- 1,5	- 0,5	1,6	Juni		
- 2,8	- 15,7	1,1	- 14,2	- 12,5	- 1,3	2,0	0,2	- 0,4	2,2	Juli		
0,6	4,5	2,5	1,2	1,7	2,9	2,7	1,5	- 0,4	7,2	Aug.		
0,3	11,8	1,3	0,9	10,8	- 13,8	0,9	3,2	- 0,0	0,5	Sept.		
- 0,7	3,6	1,2	5,9	3,3	- 3,5	0,9	5,6	- 0,7	0,2	Okt.		
0,1	3,3	1,0	25,5	22,8	- 0,3	0,6	- 1,2	- 0,5	4,1	Nov.		
0,2	4,2	0,2	4,5	- 3,0	- 10,8	8,9	- 5,9	0,2	1,2	Dez.		
0,0	22,5	3,5	- 5,0	- 2,7	8,3	- 14,1	1,3	2,5	0,3	2004 Jan.		
1,3	- 1,8	1,1	- 0,6	5,7	- 5,2	1,2	0,9	- 0,2	3,0	Febr.		
0,6	12,2	1,2	4,4	1,2	- 0,1	0,1	0,8	- 0,5	3,0	März		
- 0,6	12,7	1,9	2,7	0,5	5,8	- 5,0	0,9	- 1,0	0,3	April		
1,0	- 9,6	1,0	2,3	7,1	- 2,7	0,2	- 0,3	0,3	0,8	Mai		

Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere. — 9 Ab 2003 einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. — 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen

M1, M2 oder M3 vergleichbar. — 11 Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. dazu auch Anm. 3 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva										
	Aktiva / Passiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Haushalte					
		zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 2)	Aktien und sonstige Dividenden- werte	zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 3)			
Europäische Währungsunion (Mrd €) ¹⁾											
2002 April	13 680,2	9 612,5	7 550,9	6 641,2	342,9	566,8	2 061,7	832,4	1 229,3	2 826,0	1 241,6
Mai	13 711,5	9 645,0	7 573,6	6 659,7	345,0	568,9	2 071,5	829,2	1 242,3	2 845,8	1 220,8
Juni	13 642,1	9 667,1	7 597,7	6 691,1	342,7	563,9	2 069,4	830,1	1 239,3	2 731,2	1 243,8
Juli	13 678,9	9 652,9	7 586,1	6 692,6	344,4	549,1	2 066,8	828,5	1 238,3	2 755,6	1 270,3
Aug.	13 649,1	9 645,5	7 591,1	6 692,3	339,7	559,1	2 054,4	818,0	1 236,4	2 745,1	1 258,5
Sept.	13 822,3	9 700,5	7 625,2	6 726,8	349,4	549,1	2 075,3	820,8	1 254,5	2 813,5	1 308,3
Okt.	13 863,8	9 726,3	7 657,4	6 742,7	353,1	561,6	2 068,8	820,4	1 248,5	2 862,9	1 274,6
Nov.	14 010,9	9 761,7	7 678,1	6 754,5	356,7	566,9	2 083,6	829,2	1 254,4	2 936,6	1 312,6
Dez.	13 931,2	9 779,1	7 720,9	6 781,2	367,0	572,7	2 058,2	837,2	1 221,0	2 839,6	1 312,4
2003 Jan.	13 975,4	9 853,5	7 748,2	6 804,6	374,9	568,7	2 105,3	829,2	1 276,1	2 851,7	1 270,3
Febr.	14 114,0	9 905,5	7 777,8	6 831,3	381,2	565,3	2 127,7	828,6	1 299,1	2 908,7	1 299,9
März	14 123,6	9 942,0	7 807,8	6 854,6	386,7	566,5	2 134,2	829,1	1 305,1	2 893,6	1 288,0
April	14 227,9	10 027,6	7 880,6	6 891,0	404,1	585,5	2 147,0	823,5	1 323,5	2 905,7	1 294,7
Mai	14 301,6	10 088,6	7 911,5	6 907,1	407,0	597,5	2 177,1	819,1	1 358,1	2 878,2	1 334,8
Juni	14 380,6	10 102,6	7 942,3	6 942,5	406,1	593,7	2 160,3	818,0	1 342,4	2 958,5	1 319,4
Juli	14 371,2	10 159,5	7 982,4	6 962,3	403,6	616,4	2 177,1	826,1	1 351,1	2 943,7	1 268,1
Aug.	14 361,1	10 167,8	8 001,5	6 975,1	407,1	619,3	2 166,3	820,0	1 346,3	2 930,5	1 262,8
Sept.	14 407,2	10 213,8	8 023,4	6 995,9	412,6	614,8	2 190,5	821,4	1 369,0	2 889,0	1 304,4
Okt.	14 492,9	10 260,8	8 057,7	7 024,7	420,3	612,7	2 203,2	821,1	1 382,1	2 951,9	1 280,1
Nov.	14 607,2	10 349,3	8 118,6	7 071,2	424,9	622,5	2 230,8	830,5	1 400,2	2 954,8	1 303,1
Dez.	14 553,6	10 361,7	8 152,6	7 102,1	426,9	623,6	2 209,1	841,7	1 367,4	2 885,0	1 306,9
2004 Jan.	14 766,3	10 411,6	8 176,8	7 117,7	426,3	632,9	2 234,8	839,4	1 395,3	3 016,3	1 338,4
Febr.	14 860,5	10 455,0	8 204,3	7 139,2	431,8	633,3	2 250,7	830,8	1 419,9	3 033,2	1 372,3
März	15 080,1	10 533,2	8 254,5	7 172,5	433,0	649,0	2 278,7	845,7	1 433,0	3 150,5	1 396,4
April	15 241,8	10 622,2	8 337,8	7 228,7	436,9	672,2	2 284,4	840,0	1 444,4	3 229,1	1 390,6
Mai	15 263,7	10 679,5	8 372,7	7 266,2	441,0	665,5	2 306,8	834,1	1 472,8	3 196,5	1 387,6
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
2002 April	4 330,7	3 324,0	2 605,7	2 293,1	69,0	243,7	718,3	491,2	227,1	816,6	190,1
Mai	4 341,9	3 327,7	2 606,9	2 294,6	69,2	243,2	720,8	485,6	235,2	827,5	186,7
Juni	4 291,6	3 309,3	2 596,0	2 294,8	69,7	231,6	713,3	480,4	232,8	800,0	182,3
Juli	4 303,6	3 317,5	2 589,5	2 291,3	69,8	228,4	728,0	489,0	239,0	801,2	184,9
Aug.	4 307,0	3 315,3	2 594,9	2 289,8	67,1	238,0	720,4	479,8	240,6	810,2	181,5
Sept.	4 355,6	3 327,5	2 605,3	2 301,6	66,5	237,3	722,2	477,0	245,2	841,9	186,1
Okt.	4 370,5	3 332,3	2 611,3	2 299,8	69,8	241,7	721,0	480,4	240,6	850,3	188,0
Nov.	4 413,9	3 341,1	2 615,3	2 299,5	69,6	246,2	725,8	481,7	244,1	879,3	193,5
Dez.	4 359,5	3 344,6	2 630,8	2 304,4	66,6	259,8	713,8	478,4	235,4	823,8	191,1
2003 Jan.	4 360,7	3 353,2	2 623,2	2 298,5	66,1	258,7	730,0	484,0	246,1	823,2	184,3
Febr.	4 383,3	3 351,8	2 627,3	2 303,8	66,5	257,0	724,6	477,9	246,6	841,2	190,2
März	4 395,2	3 351,2	2 624,8	2 302,6	67,2	255,0	726,4	474,6	251,7	861,1	182,9
April	4 400,8	3 353,3	2 629,0	2 300,8	67,3	260,9	724,3	475,4	248,9	867,3	180,3
Mai	4 401,1	3 351,6	2 629,9	2 298,8	67,9	263,2	721,7	470,7	251,1	871,8	177,7
Juni	4 411,5	3 334,6	2 629,8	2 301,7	67,0	261,1	704,8	463,7	241,2	906,3	170,6
Juli	4 391,1	3 334,6	2 620,8	2 293,4	64,4	263,0	713,9	474,3	239,6	891,4	165,1
Aug.	4 373,2	3 322,7	2 624,8	2 296,4	64,5	263,9	697,9	469,1	228,8	886,0	164,4
Sept.	4 384,6	3 337,1	2 634,6	2 309,9	64,2	260,5	702,5	463,0	239,4	877,7	169,8
Okt.	4 387,2	3 333,3	2 624,5	2 303,4	66,5	254,6	708,8	466,1	242,7	882,7	171,3
Nov.	4 409,5	3 355,4	2 637,9	2 311,5	66,9	259,5	717,5	472,5	245,0	884,0	170,2
Dez.	4 392,5	3 337,7	2 630,9	2 303,9	69,0	258,0	706,7	469,9	236,8	880,9	173,9
2004 Jan.	4 416,6	3 334,2	2 621,1	2 291,7	68,4	260,9	713,2	470,2	242,9	921,4	161,0
Febr.	4 424,0	3 346,3	2 619,5	2 295,4	67,9	256,2	726,7	461,6	265,2	916,1	161,5
März	4 479,7	3 374,8	2 629,5	2 295,8	66,6	267,0	745,3	474,2	271,1	939,4	165,5
April	4 514,1	3 385,7	2 646,0	2 299,2	65,4	281,5	739,6	467,5	272,2	962,8	165,7
Mai	4 496,7	3 374,2	2 634,5	2 296,1	66,2	272,3	739,7	461,6	278,0	953,2	169,3

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bauparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosystem). — 1 Quelle: EZB. — 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unternehmen. — 3 Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarkt-

papiere von öffentlichen Haushalten. — 4 Ab 2002 Euro-Bargeldumlauf, bis Ende 2002 zuzüglich noch im Umlauf befindlicher nationaler Banknoten und Münzen (s. auch Anm. 8, S. 12*). Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält ab 2002 den Euro-Banknotenumlauf

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva											Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Bargeld- umlauf 4)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen								
			zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)			
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten		
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)											
261,7	5 711,2	5 355,4	5 401,0	1 853,4	959,7	81,0	1 150,8	1 248,7	107,5	2002 April	
273,8	5 713,5	5 366,7	5 409,7	1 856,8	961,3	81,5	1 153,0	1 250,6	106,4	Mai	
285,7	5 749,3	5 407,9	5 438,3	1 900,8	938,5	81,5	1 155,0	1 256,3	106,2	Juni	
296,6	5 725,7	5 384,9	5 422,5	1 872,6	948,2	82,6	1 154,1	1 258,9	106,2	Juli	
301,1	5 688,0	5 358,6	5 396,2	1 840,9	959,7	83,3	1 142,5	1 263,4	106,4	Aug.	
306,7	5 730,1	5 399,2	5 434,7	1 894,9	941,0	82,9	1 143,6	1 265,5	106,8	Sept.	
313,9	5 745,4	5 410,6	5 446,2	1 875,8	964,2	82,8	1 144,9	1 272,8	105,8	Okt.	
321,4	5 799,5	5 467,0	5 504,7	1 927,1	956,8	82,4	1 148,4	1 284,7	105,3	Nov.	
341,2	5 879,5	5 566,7	5 592,2	1 980,7	947,8	81,2	1 163,9	1 313,4	105,2	Dez.	
312,1	5 869,8	5 536,5	5 569,2	1 956,3	953,1	76,7	1 168,2	1 311,7	103,1	2003 Jan.	
319,3	5 913,0	5 560,3	5 586,5	1 956,1	952,7	75,4	1 175,6	1 324,8	101,9	Febr.	
327,2	5 963,6	5 610,2	5 639,9	1 995,3	948,2	75,9	1 182,7	1 337,5	100,4	März	
336,3	5 979,6	5 640,1	5 671,4	2 012,8	961,3	74,1	1 179,6	1 345,8	97,7	April	
343,8	6 041,4	5 695,7	5 715,4	2 035,9	972,4	73,0	1 185,2	1 352,6	96,4	Mai	
351,0	6 100,7	5 715,9	5 744,9	2 083,6	940,3	72,4	1 188,1	1 365,6	94,8	Juni	
361,5	6 093,4	5 739,1	5 770,3	2 090,1	944,5	72,1	1 194,5	1 376,3	92,8	Juli	
362,7	6 089,4	5 741,1	5 779,3	2 078,5	951,1	72,2	1 203,9	1 382,4	91,2	Aug.	
364,8	6 117,9	5 754,9	5 789,2	2 117,6	922,4	73,0	1 203,3	1 382,3	90,6	Sept.	
371,2	6 118,4	5 769,3	5 806,7	2 112,8	934,7	73,9	1 208,4	1 386,3	90,6	Okt.	
379,2	6 179,9	5 818,4	5 851,8	2 151,0	927,4	75,5	1 215,5	1 391,5	90,8	Nov.	
397,9	6 239,4	5 916,6	5 936,2	2 191,1	921,6	74,9	1 232,2	1 424,6	91,8	Dez.	
389,1	6 245,2	5 892,2	5 924,2	2 177,9	904,0	75,1	1 236,2	1 440,3	90,8	2004 Jan.	
393,5	6 264,8	5 894,4	5 926,1	2 171,9	899,0	74,6	1 243,9	1 446,1	90,5	Febr.	
399,5	6 289,8	5 921,8	5 965,8	2 210,8	891,5	72,9	1 250,0	1 450,2	90,3	März	
409,3	6 321,7	5 949,3	5 997,4	2 225,4	893,7	71,5	1 260,8	1 456,8	89,2	April	
416,5	6 362,8	5 979,5	6 020,7	2 236,0	898,1	71,0	1 265,6	1 461,7	88,3	Mai	
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
74,0	2 100,4	2 015,8	1 984,7	513,9	234,0	17,1	655,2	458,6	105,9	2002 April	
76,5	2 107,7	2 023,6	1 987,3	519,1	234,2	17,1	654,1	457,9	104,8	Mai	
79,8	2 119,3	2 035,6	1 997,1	530,9	234,4	17,3	653,0	457,0	104,6	Juni	
83,4	2 112,5	2 030,5	1 993,2	525,8	235,8	17,6	653,9	455,5	104,6	Juli	
84,3	2 098,8	2 018,1	1 979,2	521,5	239,6	17,6	640,1	455,6	104,8	Aug.	
85,9	2 105,7	2 023,7	1 987,6	536,6	233,0	17,5	639,6	456,5	104,3	Sept.	
87,4	2 115,1	2 035,2	2 003,0	538,0	243,7	17,5	641,5	458,8	103,5	Okt.	
89,9	2 147,3	2 066,9	2 035,6	569,5	237,6	17,9	645,7	462,0	102,9	Nov.	
94,2	2 170,7	2 092,1	2 054,2	567,8	242,4	18,2	648,0	474,8	103,1	Dez.	
84,9	2 159,7	2 082,0	2 048,3	561,2	238,7	18,6	649,7	478,9	101,2	2003 Jan.	
86,6	2 173,9	2 094,9	2 058,5	564,8	237,3	18,5	656,1	481,8	100,0	Febr.	
89,0	2 175,8	2 098,2	2 063,3	572,0	232,8	18,6	657,9	483,5	98,4	März	
91,9	2 176,7	2 100,4	2 068,2	580,4	233,5	18,1	655,8	484,6	95,8	April	
93,2	2 189,4	2 112,0	2 073,9	585,9	236,9	17,8	653,8	485,3	94,3	Mai	
96,0	2 194,7	2 115,7	2 076,1	600,0	225,8	17,6	653,4	486,3	92,9	Juni	
99,4	2 183,0	2 107,8	2 071,3	591,1	225,3	17,3	658,5	488,3	90,8	Juli	
99,3	2 193,4	2 117,6	2 082,5	593,2	228,9	17,5	662,7	491,0	89,3	Aug.	
100,2	2 188,3	2 112,7	2 079,6	603,5	217,2	17,5	661,0	491,8	88,5	Sept.	
101,5	2 188,7	2 113,6	2 083,5	606,9	216,1	17,8	661,3	492,8	88,6	Okt.	
103,9	2 211,8	2 137,8	2 105,1	628,8	214,6	18,3	661,2	493,4	88,9	Nov.	
108,5	2 215,1	2 143,0	2 105,2	616,1	216,3	18,5	662,1	502,3	89,9	Dez.	
103,5	2 209,9	2 137,7	2 102,7	626,1	202,7	18,5	662,9	503,6	88,8	2004 Jan.	
104,4	2 213,0	2 140,9	2 103,8	630,1	198,8	18,3	663,3	504,7	88,5	Febr.	
106,7	2 215,1	2 142,0	2 106,6	631,3	200,7	18,0	663,6	504,8	88,2	März	
109,3	2 219,4	2 145,3	2 112,5	637,8	196,2	17,5	668,3	505,6	87,1	April	
111,6	2 229,8	2 154,8	2 118,4	634,1	202,7	16,9	672,6	505,8	86,2	Mai	

der Bundesbank entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. dazu Anm. 3 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit der Position „Intra-Eurosystem- Verbindlich-

keit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (s. „sonstige Passivpositionen“). — 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. — 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion
noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

noch: Passiva														
noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet														
öffentliche Haushalte										Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet		Begebene Schuld-		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende	sonstige öffentliche Haushalte									insgesamt	darunter: mit Unternehmen und Privatpersonen	Geldmarkt-fonds-anteile (netto) 3)	insgesamt	darunter: auf Euro
	Zentral-staaten	zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)							
				bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten						
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)														
2002 April	157,5	152,7	71,9	50,0	1,4	26,6	2,5	0,4	228,1	223,8	437,5	1 784,9	1 466,4	
Mai	149,0	154,8	68,8	55,2	1,4	26,6	2,4	0,4	234,8	230,7	442,6	1 804,6	1 481,5	
Juni	155,0	156,0	71,6	53,3	1,5	26,7	2,4	0,4	229,6	225,9	439,1	1 788,0	1 476,9	
Juli	151,9	151,3	69,3	51,4	1,5	26,3	2,4	0,4	228,8	224,9	450,1	1 795,6	1 478,8	
Aug.	141,0	150,8	67,8	52,4	1,5	26,3	2,4	0,4	236,5	231,9	463,4	1 813,6	1 496,0	
Sept.	146,3	149,1	70,7	48,4	1,3	25,9	2,4	0,4	238,3	234,4	460,9	1 812,1	1 494,1	
Okt.	151,8	147,4	72,2	45,3	1,3	25,6	2,5	0,4	235,6	232,1	463,1	1 822,4	1 492,8	
Nov.	147,5	147,4	71,9	45,6	1,3	25,6	2,5	0,4	229,6	225,8	477,6	1 829,6	1 494,1	
Dez.	136,4	150,9	75,6	45,1	1,4	25,6	2,8	0,4	226,9	224,4	470,5	1 817,0	1 490,3	
2003 Jan.	154,7	145,9	71,0	45,9	1,2	24,8	2,6	0,4	232,8	229,6	534,9	1 793,5	1 481,7	
Febr.	175,8	150,6	72,2	49,9	1,0	24,4	2,7	0,4	233,3	229,7	547,2	1 802,1	1 485,6	
März	176,2	147,5	71,8	47,1	0,9	24,5	2,8	0,3	224,0	220,8	550,8	1 803,1	1 485,7	
April	159,7	148,4	75,0	45,2	1,0	24,2	2,8	0,3	230,5	227,0	563,0	1 833,9	1 516,8	
Mai	170,1	155,9	76,9	50,8	0,9	24,1	2,8	0,3	231,7	228,2	571,1	1 819,2	1 514,8	
Juni	200,3	155,5	80,1	46,8	0,9	24,6	2,8	0,3	215,0	212,1	571,0	1 829,0	1 514,1	
Juli	173,0	150,1	75,2	46,4	0,9	24,5	2,8	0,3	219,9	216,4	585,6	1 844,7	1 515,7	
Aug.	163,0	147,0	73,4	45,7	0,9	23,9	2,8	0,3	217,1	214,2	587,8	1 858,1	1 512,7	
Sept.	183,9	144,9	74,8	42,0	1,0	23,9	2,8	0,3	211,5	207,9	576,9	1 860,2	1 518,5	
Okt.	165,8	145,9	78,1	39,9	0,9	23,9	2,8	0,4	224,7	221,1	582,3	1 893,8	1 539,0	
Nov.	180,4	147,7	80,0	39,6	0,9	24,0	2,9	0,3	224,7	220,9	584,7	1 902,5	1 552,4	
Dez.	153,6	149,6	79,7	41,5	0,9	24,3	2,9	0,4	208,7	206,4	581,8	1 873,2	1 534,2	
2004 Jan.	174,1	146,9	78,4	41,2	0,9	23,2	2,9	0,3	214,6	211,9	591,6	1 900,0	1 548,2	
Febr.	193,0	145,7	76,7	41,3	0,9	23,5	3,0	0,4	228,6	225,3	599,2	1 908,8	1 557,4	
März	183,9	140,2	73,4	39,1	0,9	23,3	3,1	0,4	217,5	213,9	600,6	1 947,5	1 575,6	
April	179,6	144,6	77,6	39,2	1,0	23,1	3,2	0,4	225,5	222,4	611,5	1 971,9	1 585,7	
Mai	193,6	148,5	78,2	42,5	1,0	23,1	3,3	0,4	221,6	218,2	609,6	1 981,0	1 587,4	
Deutscher Beitrag (Mrd €)														
2002 April	47,5	68,2	11,8	30,6	1,0	22,7	1,6	0,4	3,4	3,4	31,3	812,8	712,9	
Mai	48,2	72,3	12,4	34,2	1,0	22,7	1,6	0,4	4,7	4,7	31,7	814,1	712,6	
Juni	48,7	73,5	13,8	34,1	1,1	22,6	1,6	0,4	4,1	4,1	31,2	808,9	712,2	
Juli	47,6	71,7	13,9	32,3	1,0	22,5	1,5	0,4	3,1	3,1	31,4	817,3	715,7	
Aug.	48,9	70,7	13,0	32,2	1,0	22,6	1,6	0,4	4,3	4,3	32,9	840,1	733,6	
Sept.	49,9	68,2	13,1	30,0	0,9	22,2	1,6	0,4	10,7	10,7	33,5	841,1	733,7	
Okt.	48,3	63,7	12,8	26,0	0,9	22,0	1,6	0,4	9,6	9,6	34,0	844,6	730,7	
Nov.	47,7	64,1	13,1	26,2	0,9	21,9	1,6	0,4	6,4	6,4	33,9	844,9	728,7	
Dez.	47,7	68,7	15,7	27,7	1,0	22,2	1,6	0,4	3,3	3,3	32,9	826,4	716,6	
2003 Jan.	46,9	64,5	12,7	26,9	1,0	21,8	1,7	0,4	8,6	8,6	35,5	817,6	702,1	
Febr.	48,3	67,2	14,8	28,0	0,7	21,7	1,7	0,4	10,9	10,9	36,7	825,8	710,3	
März	46,6	65,9	14,5	27,1	0,7	21,6	1,6	0,3	11,2	11,2	37,3	819,4	701,0	
April	45,5	63,1	14,1	24,9	0,7	21,5	1,6	0,3	11,3	11,3	37,2	818,7	699,8	
Mai	47,7	67,8	14,8	28,9	0,7	21,5	1,6	0,3	12,3	12,3	37,7	814,0	698,7	
Juni	48,1	70,5	17,4	28,4	0,7	22,1	1,6	0,3	10,8	10,8	37,2	819,6	699,7	
Juli	45,3	66,3	14,0	27,9	0,6	21,9	1,6	0,3	10,9	10,9	36,8	822,7	696,4	
Aug.	46,0	65,0	14,0	27,1	0,6	21,2	1,7	0,3	12,4	12,4	36,4	821,8	688,4	
Sept.	46,3	62,5	13,9	24,7	0,7	21,2	1,7	0,3	15,6	15,6	36,3	825,6	689,8	
Okt.	45,5	59,7	13,8	22,1	0,6	21,2	1,6	0,4	21,1	21,1	35,7	829,7	692,4	
Nov.	45,7	61,0	14,4	22,6	0,6	21,4	1,6	0,3	20,0	20,0	35,2	833,2	698,6	
Dez.	45,9	64,0	15,8	23,9	0,6	21,6	1,6	0,4	14,1	14,1	35,3	826,4	693,3	
2004 Jan.	46,0	61,3	14,4	23,6	0,6	20,7	1,7	0,3	16,6	16,6	34,9	836,4	695,5	
Febr.	47,3	62,0	15,2	23,3	0,6	20,9	1,7	0,4	17,5	17,5	34,7	833,7	695,2	
März	47,9	60,6	15,4	21,7	0,6	20,7	1,8	0,4	18,2	18,2	34,2	851,5	698,5	
April	47,3	59,7	14,9	21,4	0,6	20,6	1,8	0,4	17,3	17,3	34,2	858,7	698,9	
Mai	48,3	63,1	15,7	24,1	0,6	20,5	1,8	0,4	17,0	17,0	34,6	861,5	701,5	

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Sparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosistem). — 1 Quelle: EZB. — 2 In Deutschland nur Spareinlagen. — 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. — 4 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar 2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen

veröffentlicht. — 5 Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. — 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. — 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosistems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. — 8 Ab 2003 einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (s. auch Anm. 4, S. 10*). — 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

verschreibungen (netto) 3)								Nachrichtlich					Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) 14)	Stand am Jahres- bzw. Monatsende
								Geldmengenaggregate 7) (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)		Geldkapitalbildung 13)	sonstige Passivpositionen			
mit Laufzeit	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren												
bis zu 1 Jahr 4)														
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)														
...	...	1 649,2	2 773,9	1 004,6	- 8,9	1 486,6	-	2 277,7	4 705,6	5 505,9	3 940,1	176,2	2002 April	
...	...	1 659,7	2 755,0	1 008,8	- 7,3	1 485,2	-	2 290,3	4 727,7	5 549,1	3 955,7	176,2	2002 Mai	
...	...	1 654,6	2 620,0	985,8	10,7	1 533,6	-	2 349,7	4 767,8	5 569,3	3 929,4	176,5	2002 Juni	
...	...	1 669,1	2 648,3	993,4	- 2,9	1 542,7	-	2 328,0	4 757,9	5 562,3	3 950,5	174,9	2002 Juli	
...	...	1 685,7	2 616,3	1 004,3	- 0,2	1 525,4	-	2 301,2	4 749,7	5 576,1	3 967,0	177,7	2002 Aug.	
...	...	1 679,0	2 674,3	1 015,9	- 5,0	1 588,0	-	2 364,1	4 791,4	5 622,0	3 973,4	178,3	2002 Sept.	
...	...	1 687,5	2 697,5	1 014,0	- 3,3	1 568,2	-	2 354,8	4 810,4	5 642,8	3 979,4	180,3	2002 Okt.	
...	...	1 695,4	2 737,3	1 016,2	- 3,4	1 601,5	-	2 414,5	4 875,0	5 713,3	3 994,4	181,8	2002 Nov.	
...	...	1 686,9	2 627,0	1 006,4	10,8	1 550,9	-	2 499,4	4 981,0	5 806,0	3 990,8	192,4	2002 Dez.	
...	...	1 682,7	2 662,6	1 016,9	10,0	1 541,9	-	2 440,8	4 923,8	5 800,7	3 997,7	192,8	2003 Jan.	
...	...	1 692,1	2 714,3	1 010,3	13,5	1 560,5	-	2 451,2	4 950,8	5 840,4	4 005,7	197,4	2003 Febr.	
...	...	1 702,0	2 694,1	999,6	14,1	1 546,1	-	2 497,5	5 003,5	5 877,7	4 011,2	199,3	2003 März	
...	...	1 708,4	2 715,1	997,0	- 20,9	1 592,6	-	2 527,2	5 050,6	5 967,9	4 008,9	198,1	2003 April	
...	...	1 710,6	2 653,5	993,6	- 4,3	1 649,9	-	2 561,5	5 108,7	6 016,5	4 013,8	200,4	2003 Mai	
...	...	1 728,5	2 672,2	997,6	16,3	1 625,9	-	2 605,4	5 129,3	6 012,3	4 037,6	186,6	2003 Juni	
...	...	1 750,2	2 682,1	999,8	5,2	1 577,2	-	2 584,8	5 123,5	6 019,8	4 065,7	154,4	2003 Juli	
...	...	1 765,3	2 680,5	1 014,3	- 3,6	1 553,2	-	2 573,2	5 125,2	6 019,7	4 102,1	156,2	2003 Aug.	
...	...	1 765,8	2 639,7	1 016,6	5,4	1 612,6	-	2 615,6	5 136,1	6 015,8	4 103,7	156,3	2003 Sept.	
...	...	1 790,5	2 690,4	1 014,1	9,3	1 587,3	-	2 620,4	5 157,1	6 065,0	4 130,3	157,3	2003 Okt.	
...	...	1 800,1	2 685,3	1 014,3	4,6	1 631,3	-	2 667,8	5 205,3	6 115,7	4 146,5	158,1	2003 Nov.	
...	...	1 784,5	2 637,2	1 010,8	6,5	1 597,6	-	2 729,5	5 298,1	6 176,3	4 145,0	163,0	2003 Dez.	
...	...	1 807,9	2 749,6	1 004,8	2,5	1 668,4	-	2 703,1	5 271,6	6 168,8	4 164,3	161,9	2004 Jan.	
...	...	1 816,5	2 765,3	1 008,0	6,3	1 685,7	-	2 703,8	5 273,6	6 192,6	4 183,8	166,6	2004 Febr.	
...	...	1 857,7	2 860,0	1 023,5	9,8	1 731,7	-	2 747,3	5 311,1	6 218,6	4 245,6	169,7	2004 März	
...	...	1 877,2	2 937,8	1 019,3	0,3	1 744,4	-	2 772,5	5 345,6	6 276,9	4 270,4	167,9	2004 April	
...	...	1 892,0	2 931,1	1 014,3	6,0	1 720,5	-	2 786,8	5 372,9	6 292,3	4 284,5	164,7	2004 Mai	
Deutscher Beitrag (Mrd €)														
27,0	38,7	747,1	730,0	270,0	- 1,1	384,0	12,9	525,7	1 268,7	1 369,1	1 801,3	-	2002 April	
28,9	39,4	745,9	730,3	269,8	- 8,2	391,6	15,7	531,4	1 277,5	1 382,2	1 797,8	-	2002 Mai	
26,8	38,1	743,9	687,5	265,5	- 24,8	399,9	16,7	544,6	1 290,0	1 390,4	1 790,1	-	2002 Juni	
26,0	38,7	752,7	705,5	267,7	- 39,0	405,0	18,8	539,7	1 283,4	1 382,7	1 801,9	-	2002 Juli	
28,4	37,5	774,2	698,7	272,4	- 50,5	410,3	22,0	534,5	1 282,0	1 385,1	1 814,5	-	2002 Aug.	
28,4	36,8	775,9	713,1	274,4	- 48,6	425,8	24,1	549,6	1 289,2	1 397,9	1 816,9	-	2002 Sept.	
32,2	37,1	775,2	706,5	272,8	- 42,1	430,1	26,2	550,8	1 299,3	1 411,9	1 815,4	-	2002 Okt.	
32,1	38,1	774,7	716,9	274,2	- 47,5	437,8	27,6	582,6	1 328,8	1 438,8	1 819,8	-	2002 Nov.	
32,1	39,0	755,3	661,0	277,7	- 56,9	444,3	29,1	583,5	1 349,2	1 456,6	1 806,8	-	2002 Dez.	
26,9	37,4	753,4	670,1	283,0	- 50,3	436,6	29,6	574,0	1 339,7	1 448,0	1 809,5	-	2003 Jan.	
34,6	37,7	753,4	679,1	279,5	- 63,2	440,5	31,9	579,5	1 347,5	1 467,5	1 811,1	-	2003 Febr.	
31,9	36,5	751,0	682,6	280,3	- 48,9	437,6	33,3	586,5	1 350,9	1 467,7	1 809,6	-	2003 März	
33,5	36,3	748,9	686,4	281,1	- 55,5	444,9	34,2	594,5	1 357,8	1 476,1	1 803,5	-	2003 April	
32,2	34,1	747,7	666,8	277,5	- 43,6	447,0	36,6	600,7	1 371,8	1 488,0	1 795,1	-	2003 Mai	
33,0	31,6	754,9	661,1	279,0	- 42,6	451,8	37,3	617,5	1 377,9	1 490,5	1 802,6	-	2003 Juni	
30,6	31,7	760,4	668,9	280,4	- 63,1	451,5	38,4	605,0	1 366,0	1 476,0	1 812,5	-	2003 Juli	
25,7	29,5	766,7	640,5	285,5	- 67,4	450,4	40,8	607,2	1 374,0	1 477,8	1 825,8	-	2003 Aug.	
26,4	29,3	770,0	639,8	279,8	- 60,1	459,3	42,2	617,3	1 370,9	1 478,4	1 820,9	-	2003 Sept.	
25,7	30,1	773,9	638,2	279,6	- 63,5	457,6	43,4	620,7	1 371,7	1 484,4	1 825,0	-	2003 Okt.	
28,6	31,5	773,1	635,5	279,6	- 70,8	465,2	44,4	643,2	1 394,3	1 509,6	1 824,4	-	2003 Nov.	
30,0	31,3	765,1	625,5	279,6	- 67,8	464,3	44,6	631,9	1 395,2	1 505,9	1 818,7	-	2003 Dez.	
31,2	29,8	775,4	642,8	276,3	- 47,1	446,8	48,1	640,5	1 391,1	1 503,6	1 824,6	-	2004 Jan.	
26,7	31,3	775,8	663,0	270,2	- 60,8	452,6	49,2	645,3	1 392,7	1 502,8	1 819,0	-	2004 Febr.	
29,6	31,4	790,6	680,7	273,8	- 54,5	460,7	50,4	646,8	1 394,2	1 507,6	1 837,3	-	2004 März	
29,8	31,1	797,7	690,9	274,2	- 52,8	472,2	52,3	652,7	1 395,8	1 508,3	1 848,3	-	2004 April	
27,6	32,3	801,5	671,6	270,6	- 60,2	471,9	53,3	649,8	1 401,8	1 513,4	1 851,8	-	2004 Mai	

Banknoten und dem Ausweis des Banknotenlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. dazu auch Anm. 3 zum Banknotenumfang in der Tab. III.2). — 10 Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für EWU) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. — 11 M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu

3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten) sowie (für EWU) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. — 12 M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. — 13 Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. — 14 Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion
**3. Liquiditätsposition des Bankensystems *)
Bestände**

Mrd €, Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindest- reserve- Erfüllungs- periode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kredit- institute auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserven) 5)	Basisgeld 6)
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlage- fazilität	Sonstige liquiditäts- ab- schöpfende Geschäfte	Bank- noten- umlauf 3)	Einlagen von Zentral- regierungen	Sonstige Faktoren (netto) 4)		
		Haupt- refinan- zierungs- geschäfte	Länger- fristige Refinan- zierungs- geschäfte	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte							
Eurosystem 2)												
2002 Jan.	385,2	118,5	60,0	0,4	3,7	0,6	-	344,3	38,3	54,2	130,4	475,2
Febr.	386,0	127,3	60,0	0,2	-	0,1	-	306,2	49,6	85,2	132,6	438,8
März	386,7	114,6	60,0	0,2	-	0,1	-	283,3	54,2	91,8	132,1	415,6
April	395,4	112,7	60,0	0,4	-	0,2	-	285,9	55,9	95,3	131,2	417,3
Mai	397,7	110,6	60,0	0,1	-	0,3	-	293,7	49,2	93,5	131,7	425,6
Juni	396,2	112,6	60,0	0,5	-	0,4	-	300,8	45,1	91,2	131,8	433,0
Juli	369,1	130,4	60,0	0,2	-	0,2	-	313,4	54,4	60,3	131,4	445,0
Aug.	360,0	139,2	55,2	0,1	-	0,1	-	322,7	50,9	50,8	129,9	452,8
Sept.	362,3	140,9	50,8	0,1	-	0,2	-	323,6	49,1	51,7	129,6	453,4
Okt.	370,0	146,1	45,3	0,1	-	0,1	-	329,2	45,6	58,2	128,3	457,6
Nov.	372,1	147,5	45,0	0,1	-	0,1	-	334,0	42,8	58,6	129,3	463,4
Dez.	371,5	168,1	45,0	1,1	2,0	0,2	-	350,7	51,7	55,5	129,5	480,5
2003 Jan.	360,9	176,3	45,0	0,5	-	0,3	-	353,9	43,7	53,3	131,6	485,8
Febr.	356,4	168,6	45,0	0,3	-	0,3	-	340,7	50,2	48,0	131,1	472,2
März	352,5	179,5	45,0	0,2	-	0,1	-	347,8	59,1	40,6	129,6	477,5
April	337,4	179,4	45,0	0,1	-	0,2	-	358,5	52,1	20,5	130,6	489,3
Mai	333,1	177,1	45,0	0,4	-	0,2	0,1	366,2	42,6	15,5	130,9	497,3
Juni	331,3	194,7	45,0	0,4	-	0,3	0,2	373,2	52,6	13,2	131,9	505,3
Juli	320,4	204,7	45,0	0,4	-	0,3	-	382,7	52,4	2,9	132,2	515,2
Aug.	315,8	213,4	45,0	0,2	-	0,1	-	391,6	51,5	- 1,6	132,8	524,6
Sept.	315,0	214,0	45,0	0,1	-	0,6	-	391,7	54,4	- 4,4	132,0	524,2
Okt.	321,3	208,4	45,0	0,1	-	0,2	-	395,5	48,3	- 1,1	131,9	527,5
Nov.	321,8	205,8	45,0	0,1	-	0,3	-	399,4	43,4	- 2,2	131,8	531,4
Dez.	320,1	235,5	45,0	0,6	-	0,1	-	416,1	57,0	- 4,5	132,6	548,7
2004 Jan.	309,2	232,6	45,0	0,3	-	0,1	-	427,6	37,0	- 11,2	133,6	561,4
Febr.	304,4	219,4	56,7	0,4	-	0,2	-	418,0	48,6	- 21,1	134,1	552,3
März	303,3	219,4	56,7	0,4	-	0,2	-	418,0	48,6	- 21,1	134,1	552,3
April	301,4	217,9	67,1	0,4	-	0,4	-	425,3	51,5	- 25,7	135,3	561,0
Mai	310,7	213,2	75,0	0,1	-	0,1	0,4	436,4	46,0	- 18,9	135,0	571,5
Juni	311,3	224,7	75,0	0,1	-	0,5	-	442,5	52,2	- 21,1	137,1	580,1
Deutsche Bundesbank												
2002 Jan.	89,9	63,3	41,1	0,3	1,4	0,3	-	91,7	0,1	64,9	39,0	131,0
Febr.	89,9	63,3	42,4	0,1	-	0,0	-	78,5	0,1	78,6	38,6	117,2
März	90,0	58,5	40,7	0,2	-	0,1	-	79,7	0,1	71,2	38,3	118,1
April	92,3	57,6	40,4	0,3	-	0,2	-	80,8	0,1	71,8	37,9	118,8
Mai	92,3	53,1	39,7	0,1	-	0,3	-	83,8	0,1	63,1	38,0	122,0
Juni	91,6	60,6	38,8	0,1	-	0,3	-	85,4	0,1	67,3	38,1	123,8
Juli	84,7	67,6	37,1	0,2	-	0,2	-	89,2	0,1	62,0	38,1	127,5
Aug.	82,5	63,1	36,4	0,0	-	0,1	-	92,2	0,1	51,8	37,9	130,2
Sept.	82,4	64,4	32,7	0,1	-	0,1	-	92,4	0,0	49,1	37,9	130,4
Okt.	84,0	69,0	31,7	0,1	-	0,1	-	94,0	0,1	53,0	37,6	131,6
Nov.	84,3	73,2	31,6	0,1	-	0,1	-	94,6	0,1	56,5	37,9	132,6
Dez.	84,4	91,1	33,8	0,9	0,7	0,2	-	99,3	0,1	73,5	37,8	137,3
2003 Jan.	82,3	85,1	36,1	0,5	-	0,1	-	98,3	0,1	66,9	38,6	137,0
Febr.	81,4	81,6	36,5	0,2	-	0,3	-	95,5	0,1	65,6	38,3	134,1
März	81,4	90,0	34,9	0,1	-	0,1	-	97,5	0,1	70,9	37,9	135,5
April	78,5	95,6	32,3	0,1	-	0,2	-	100,7	0,1	67,4	38,2	139,1
Mai	77,6	98,8	32,4	0,4	-	0,1	0,1	102,5	0,1	68,4	38,1	140,7
Juni	77,2	112,4	32,9	0,3	-	0,2	0,1	104,4	0,1	79,8	38,3	142,8
Juli	74,3	115,5	32,4	0,3	-	0,2	-	107,1	0,1	77,1	38,2	145,4
Aug.	73,7	111,0	29,6	0,2	-	0,1	-	109,6	0,1	66,5	38,2	147,9
Sept.	73,9	114,0	29,1	0,1	-	0,4	-	109,8	0,1	69,2	37,7	147,9
Okt.	75,7	106,5	29,7	0,1	-	0,2	-	110,8	0,1	63,4	37,5	148,4
Nov.	76,1	102,3	30,8	0,0	-	0,2	-	111,5	0,1	60,0	37,5	149,1
Dez.	76,1	118,3	30,9	0,3	-	0,1	-	115,9	0,1	72,2	37,4	153,4
2004 Jan.	73,1	119,5	32,3	0,2	-	0,1	-	116,2	0,1	70,9	37,9	154,1
Febr.	72,4	109,7	41,3	0,2	-	0,2	-	113,5	0,1	72,0	37,9	151,5
März	72,4	109,7	41,3	0,2	-	0,2	-	113,5	0,1	72,0	37,9	151,5
April	72,9	97,9	48,7	0,2	-	0,3	-	115,8	0,1	65,7	37,8	153,9
Mai	75,4	100,7	51,8	0,0	-	0,0	0,1	119,3	0,1	70,9	37,7	157,0
Juni	75,6	115,6	49,4	0,1	-	0,3	-	121,2	0,1	80,9	38,3	159,9

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. — * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. — 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. Im Februar 2004 endete auf Grund des Übergangs zum neuen geldpolitischen Hand-

lungsrahmen keine Mindestreserve-Erfüllungsperiode. — 2 Quelle: EZB. — 3 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewie-

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben- der Kredit- institute auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserven) 5)	Basisgeld 6)	Ende der Mindest- reserve- erfüllungs- periode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte	Einlage- fazilität	Sonstige liquiditäts- ab- schöpfende Geschäfte	Bank- noten- umlauf 3)	Einlagen von Zentral- regierungen			
	Haupt- refinan- zierungs- geschäfte	Länger- fristige Refinan- zierungs- geschäfte	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte								
Eurosistem 2)												
+ 1,5	- 4,0	- 0,0	- 0,1	- 8,7	- 0,2	-	+ 46,3	- 5,2	- 55,1	+ 3,0	+ 49,0	2002 Jan.
+ 0,8	+ 8,8	± 0,0	- 0,2	- 3,7	- 0,5	-	- 38,1	+ 11,3	+ 31,0	+ 2,2	- 36,4	Febr.
+ 0,7	- 12,7	+ 0,0	+ 0,0	-	+ 0,0	-	- 22,9	+ 4,6	+ 6,6	- 0,5	- 23,2	März
+ 8,7	- 1,9	- 0,0	+ 0,2	-	+ 0,1	-	+ 2,6	+ 1,7	+ 3,5	- 0,9	+ 1,7	April
+ 2,3	- 2,1	- 0,0	- 0,3	-	+ 0,1	-	+ 7,8	- 6,7	- 1,8	+ 0,5	+ 8,3	Mai
- 1,5	+ 2,0	+ 0,0	+ 0,4	-	+ 0,1	-	+ 7,1	- 4,1	- 2,3	+ 0,1	+ 7,4	Juni
- 27,1	+ 17,8	- 0,0	- 0,3	-	- 0,2	-	+ 12,6	+ 9,3	- 30,9	- 0,4	+ 12,0	Juli
+ 9,1	+ 8,8	- 4,8	- 0,1	-	- 0,1	-	+ 9,3	- 3,5	- 9,5	- 1,5	+ 7,8	Aug.
+ 2,3	+ 1,7	- 4,4	+ 0,0	-	+ 0,1	-	+ 0,9	- 1,8	+ 0,9	- 0,3	+ 0,6	Sept.
+ 7,7	+ 5,2	- 5,5	- 0,0	-	- 0,1	-	+ 5,6	- 3,5	+ 6,5	- 1,3	+ 4,2	Okt.
+ 2,1	+ 1,4	- 0,3	+ 0,0	-	- 0,0	-	+ 4,8	- 2,8	+ 0,4	+ 1,0	+ 5,8	Nov.
- 0,6	+ 20,6	+ 0,0	+ 1,0	+ 2,0	+ 0,1	-	+ 16,7	+ 8,9	- 3,1	+ 0,2	+ 17,1	Dez.
- 10,6	+ 8,2	± 0,0	- 0,6	- 2,0	+ 0,1	-	+ 3,2	- 8,0	- 2,2	+ 2,1	+ 5,3	2003 Jan.
- 4,5	- 7,7	± 0,0	- 0,2	-	+ 0,0	-	- 13,2	+ 6,5	- 5,3	- 0,5	- 13,6	Febr.
- 3,9	+ 10,9	± 0,0	- 0,1	-	- 0,2	-	+ 7,1	+ 8,9	- 7,4	- 1,5	+ 5,3	März
- 15,1	- 0,1	- 0,0	- 0,1	-	+ 0,1	-	+ 10,7	- 7,0	- 20,1	+ 1,0	+ 11,8	April
- 4,3	- 2,3	- 0,0	+ 0,3	-	- 0,0	-	+ 7,7	- 9,5	- 5,0	+ 0,3	+ 8,0	Mai
- 1,8	+ 17,6	+ 0,0	- 0,0	-	+ 0,1	-	+ 0,1	+ 7,0	+ 10,0	- 2,3	+ 8,0	Juni
- 10,9	+ 10,0	- 0,0	+ 0,0	-	- 0,0	-	- 0,2	+ 9,5	- 10,3	+ 0,3	+ 9,9	Juli
- 4,6	+ 8,7	- 0,0	- 0,2	-	- 0,2	-	+ 8,9	- 0,9	- 4,5	+ 0,6	+ 9,4	Aug.
- 0,8	+ 0,6	- 0,0	- 0,1	-	+ 0,5	-	+ 0,1	+ 2,9	- 2,8	- 0,8	- 0,4	Sept.
+ 6,3	- 5,6	+ 0,0	+ 0,0	-	- 0,4	-	+ 3,8	- 6,1	+ 3,3	- 0,1	+ 3,3	Okt.
+ 0,5	- 2,6	- 0,0	- 0,0	-	+ 0,1	-	+ 3,9	- 4,9	- 1,1	- 0,1	+ 3,9	Nov.
- 1,7	+ 29,7	+ 0,0	+ 0,5	-	- 0,2	-	+ 16,7	+ 13,6	- 2,3	+ 0,8	+ 17,3	Dez.
- 10,9	- 2,9	± 0,0	- 0,3	-	+ 0,0	-	+ 11,5	- 20,0	- 6,7	+ 1,0	+ 12,7	2004 Jan.
- 5,9	- 13,2	+ 11,7	+ 0,1	-	+ 0,1	-	- 9,6	+ 11,6	- 9,9	+ 0,5	- 9,1	Febr.
- 1,9	- 1,5	+ 10,4	- 0,0	-	+ 0,2	-	+ 7,3	+ 2,9	- 4,6	+ 1,2	+ 8,7	April
+ 9,3	- 4,7	+ 7,9	- 0,3	-	- 0,3	-	+ 11,1	- 5,5	+ 6,8	- 0,3	+ 10,5	Mai
+ 0,6	+ 11,5	+ 0,0	+ 0,1	-	+ 0,4	-	+ 0,4	+ 6,1	- 2,2	+ 2,1	+ 8,6	Juni
Deutsche Bundesbank												
+ 0,4	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,1	- 3,6	- 0,2	-	- 4,8	- 0,0	- 2,2	+ 1,1	- 3,9	2002 Jan.
+ 0,0	+ 0,1	+ 1,3	- 0,2	- 1,4	- 0,3	-	- 13,2	- 0,0	+ 13,6	- 0,4	- 13,8	Febr.
+ 0,1	- 4,9	- 1,7	+ 0,1	-	+ 0,0	-	+ 1,2	- 0,0	- 7,4	- 0,3	+ 0,9	März
+ 2,4	- 0,9	- 0,3	+ 0,1	-	+ 0,1	-	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,6	- 0,4	+ 0,7	April
- 0,0	- 4,5	- 0,7	- 0,2	-	+ 0,1	-	+ 3,0	+ 0,0	- 8,7	+ 0,1	+ 3,3	Mai
- 0,7	+ 7,5	- 0,9	+ 0,1	-	- 0,0	-	+ 1,6	- 0,0	+ 4,2	+ 0,2	+ 1,8	Juni
- 6,9	+ 7,0	- 1,7	+ 0,0	-	- 0,1	-	+ 3,8	+ 0,0	- 5,3	- 0,1	+ 3,7	Juli
- 2,2	- 4,5	- 0,7	- 0,1	-	- 0,1	-	+ 3,0	- 0,0	- 10,2	- 0,2	+ 2,7	Aug.
- 0,1	+ 1,3	- 3,7	+ 0,0	-	+ 0,1	-	+ 0,2	- 0,0	- 2,8	- 0,0	+ 0,2	Sept.
+ 1,6	+ 4,6	- 1,0	+ 0,0	-	- 0,0	-	+ 1,5	+ 0,0	+ 3,9	- 0,3	+ 1,2	Okt.
+ 0,4	+ 4,3	- 0,1	- 0,0	-	- 0,0	-	+ 0,7	+ 0,0	+ 3,5	+ 0,3	+ 1,0	Nov.
+ 0,1	+ 17,8	+ 2,2	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,1	-	+ 4,7	± 0,0	+ 17,1	- 0,2	+ 4,6	Dez.
- 2,1	- 6,0	+ 2,4	- 0,5	- 0,7	- 0,0	-	- 1,0	- 0,0	- 6,7	+ 0,8	- 0,2	2003 Jan.
- 0,9	- 3,4	+ 0,4	- 0,2	-	+ 0,1	-	- 2,8	- 0,0	- 1,2	- 0,3	- 2,9	Febr.
+ 0,0	+ 8,4	- 1,6	- 0,1	-	- 0,2	-	+ 2,0	+ 0,0	+ 5,2	- 0,4	+ 1,4	März
- 2,8	+ 5,6	- 2,6	- 0,1	-	+ 0,1	-	+ 3,2	± 0,0	- 3,5	+ 0,3	+ 3,6	April
- 0,9	+ 3,2	+ 0,1	+ 0,3	-	- 0,0	-	+ 0,1	+ 1,8	+ 0,0	- 0,1	+ 1,6	Mai
- 0,4	+ 13,6	+ 0,5	- 0,1	-	+ 0,1	-	+ 0,1	+ 1,9	+ 0,0	+ 11,4	+ 2,1	Juni
- 2,9	+ 3,1	- 0,4	- 0,0	-	- 0,0	-	- 0,1	+ 2,7	- 0,0	- 2,7	- 0,1	Juli
- 0,6	- 4,6	- 2,8	- 0,1	-	- 0,1	-	+ 2,5	+ 0,0	- 10,5	+ 0,1	+ 2,5	Aug.
+ 0,2	+ 3,1	- 0,5	- 0,1	-	+ 0,3	-	+ 0,2	- 0,0	+ 2,7	- 0,5	- 0,0	Sept.
+ 1,8	- 7,5	+ 0,6	+ 0,0	-	- 0,2	-	+ 1,0	- 0,0	- 5,7	- 0,2	+ 0,6	Okt.
+ 0,4	- 4,3	+ 1,2	- 0,0	-	- 0,0	-	+ 0,7	+ 0,0	- 3,4	+ 0,0	+ 0,7	Nov.
+ 0,0	+ 16,0	+ 0,0	+ 0,3	-	- 0,1	-	+ 4,4	+ 0,0	+ 12,1	- 0,1	+ 4,2	Dez.
- 3,0	+ 1,2	+ 1,4	- 0,1	-	+ 0,0	-	+ 0,2	- 0,0	- 1,2	+ 0,5	+ 0,7	2004 Jan.
- 0,8	- 9,8	+ 9,0	+ 0,1	-	+ 0,1	-	- 2,7	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,0	- 2,6	Febr.
+ 0,5	- 11,8	+ 7,4	- 0,0	-	+ 0,2	-	+ 2,4	- 0,0	- 6,3	- 0,1	+ 2,4	April
+ 2,5	+ 2,9	+ 3,1	- 0,2	-	- 0,3	-	+ 3,4	- 0,0	+ 5,2	- 0,1	+ 3,1	Mai
+ 0,2	+ 14,9	- 2,4	+ 0,1	-	+ 0,3	-	- 0,1	+ 1,9	+ 0,0	+ 10,0	+ 2,9	Juni

sen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugewiesenen Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur noch

Euro-Banknoten. — 4 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. — 5 Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. — 6 Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknotenumlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II
Eurosystem 2)									
2003 Okt. 31.	818,6	130,8	199,7	32,1	167,5	15,4	5,0	5,0	–
Nov. 7.	813,5	130,7	198,8	32,2	166,7	15,9	5,0	5,0	–
14.	811,9	130,6	195,7	32,2	163,5	15,8	5,1	5,1	–
21.	827,1	130,5	196,1	31,9	164,2	15,2	5,5	5,5	–
28.	833,3	130,4	194,8	31,9	162,8	14,2	5,5	5,5	–
Dez. 5.	858,3	130,4	194,5	31,9	162,6	15,8	5,3	5,3	–
12.	847,0	130,3	192,7	31,9	160,8	16,3	5,5	5,5	–
19.	848,7	130,2	189,9	30,3	159,6	17,8	5,9	5,9	–
24.	835,2	130,2	189,5	30,4	159,1	18,0	6,0	6,0	–
2004 Jan. 2.	3) 838,3	130,3	3) 176,8	3) 29,1	3) 147,7	17,4	6,3	6,3	–
9.	812,0	130,3	176,4	29,1	147,3	18,4	6,5	6,5	–
16.	812,6	130,3	178,0	29,1	148,9	17,6	7,5	7,5	–
23.	823,3	130,3	176,3	29,0	147,3	18,1	7,7	7,7	–
30.	824,4	130,3	178,3	29,0	149,3	17,1	7,6	7,6	–
Febr. 6.	817,0	130,3	177,5	29,0	148,5	17,6	7,3	7,3	–
13.	813,2	130,3	173,8	29,0	144,8	17,3	7,1	7,1	–
20.	816,9	130,3	171,2	28,9	142,3	17,6	7,3	7,3	–
27.	824,0	130,3	168,6	28,9	139,6	18,0	7,3	7,3	–
2004 März 5.	826,8	130,3	168,1	28,9	139,2	17,5	7,2	7,2	–
12.	819,7	130,3	167,0	27,6	139,4	17,3	7,4	7,4	–
19.	822,8	130,3	166,6	27,6	138,9	17,2	7,2	7,2	–
26.	830,3	130,3	167,0	28,5	138,6	16,6	7,2	7,2	–
April 2.	3) 847,1	3) 136,5	3) 171,6	3) 29,3	3) 142,3	3) 17,8	8,5	8,5	–
8.	848,1	136,5	171,4	29,3	142,2	16,8	8,3	8,3	–
16.	835,3	136,5	171,2	29,3	141,9	17,0	8,0	8,0	–
23.	842,7	136,5	171,7	29,7	142,0	17,5	7,4	7,4	–
30.	853,5	136,5	173,6	29,7	143,9	17,7	7,4	7,4	–
Mai 7.	846,2	136,5	175,0	29,7	145,3	17,4	7,1	7,1	–
14.	842,0	136,2	174,2	29,8	144,4	17,3	7,4	7,4	–
21.	860,0	136,2	174,4	29,6	144,9	17,2	7,4	7,4	–
28.	867,3	136,2	173,0	29,6	143,4	16,7	7,4	7,4	–
Juni 4.	870,1	136,2	173,3	29,5	143,8	16,2	7,7	7,7	–
11.	869,1	136,1	174,7	29,5	145,2	16,0	7,2	7,2	–
18.	867,8	136,1	174,8	29,2	145,5	16,0	7,0	7,0	–
25.	895,8	136,1	173,9	28,6	145,4	16,5	7,1	7,1	–
Juli 2.	3) 882,4	3) 127,4	3) 174,1	28,4	3) 145,7	16,6	6,9	6,9	–
Deutsche Bundesbank									
2002 Aug.	218,3	35,4	50,9	8,7	42,2	–	0,3	0,3	–
Sept.	3) 221,9	3) 36,2	3) 52,7	8,8	3) 44,0	–	0,3	0,3	–
Okt.	226,4	36,2	52,1	8,6	43,5	–	0,3	0,3	–
Nov.	229,9	36,2	53,0	8,6	44,4	–	0,3	0,3	–
Dez.	3) 240,0	36,2	3) 48,8	8,3	3) 40,5	–	0,3	0,3	–
2003 Jan.	233,9	36,2	48,9	8,2	40,7	–	0,3	0,3	–
Febr.	236,2	36,2	49,2	8,2	41,0	–	0,3	0,3	–
März	3) 239,2	3) 34,1	3) 48,4	8,3	3) 40,1	–	0,3	0,3	–
April	230,5	34,1	47,0	8,2	38,7	–	0,3	0,3	–
Mai	258,1	34,1	47,8	8,3	39,6	–	0,3	0,3	–
Juni	3) 258,2	3) 33,4	3) 45,0	8,3	3) 36,7	–	0,3	0,3	–
Juli	246,9	33,4	44,8	8,3	36,5	–	0,3	0,3	–
Aug.	248,9	33,4	45,5	8,3	37,1	–	0,3	0,3	–
Sept.	3) 257,5	3) 36,5	3) 44,7	8,5	3) 36,2	–	0,3	0,3	–
Okt.	257,6	36,5	45,0	8,5	36,5	–	0,3	0,3	–
Nov.	254,4	36,5	44,5	8,5	36,0	–	0,3	0,3	–
Dez.	3) 267,7	36,5	3) 40,1	7,6	3) 32,5	–	0,3	0,3	–
2004 Jan.	258,1	36,5	40,4	7,6	32,7	–	0,3	0,3	–
Febr.	258,2	36,5	40,4	7,6	32,7	–	0,3	0,3	–
März	3) 256,2	3) 38,3	3) 41,5	7,6	3) 33,8	–	0,3	0,3	–
April	268,0	38,3	42,1	7,9	34,2	–	0,3	0,3	–
Mai	276,6	38,3	41,5	7,8	33,7	–	0,3	0,3	–
Juni	3) 290,3	3) 35,8	3) 41,2	7,4	3) 33,8	–	0,3	0,3	–

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)
insgesamt	Hauptfinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerope-rationen	Struktu- relle Ope- rationen	Spitzenre- finanzierungs- fazilität	Forderungen aus dem Margen- ausgleich					
Eurosystem 2)											
252,1	207,0	45,0	-	-	0,0	0,0	0,4	53,0	43,8	118,5	2003 Okt. 31.
246,1	201,0	45,0	-	-	0,0	0,1	0,6	53,4	43,8	119,3	Nov. 7.
247,0	202,0	45,0	-	-	0,0	0,0	0,7	53,1	43,8	120,1	14.
262,5	217,0	45,0	-	-	0,5	0,0	0,8	53,0	43,8	119,5	21.
270,3	225,3	45,0	-	-	0,0	0,0	0,8	53,6	43,8	120,1	28.
292,4	247,3	45,0	-	-	0,0	0,0	0,5	54,3	43,8	121,5	Dez. 5.
282,0	237,0	45,0	-	-	0,0	0,0	0,5	53,9	43,8	122,1	12.
284,0	239,0	45,0	-	-	0,0	0,0	0,7	54,1	43,7	122,5	19.
276,0	231,0	45,0	-	-	0,0	0,0	0,7	54,1	42,9	117,8	24.
298,0	253,0	45,0	-	-	0,0	0,0	0,8	61,3	42,7	3) 104,6	2004 Jan. 2.
270,4	225,0	45,0	-	-	0,4	0,0	1,0	62,0	42,7	104,2	9.
269,0	224,0	45,0	-	-	0,0	0,0	1,2	62,2	42,7	104,1	16.
279,6	229,0	45,0	-	-	5,6	0,0	0,9	63,1	42,7	104,6	23.
279,0	224,0	55,0	-	-	0,0	0,0	1,1	63,6	42,7	104,7	30.
270,0	215,0	55,0	-	-	0,0	0,0	1,1	65,3	42,6	105,3	Febr. 6.
268,0	213,0	55,0	-	-	0,0	0,0	1,5	66,0	42,6	106,5	13.
275,0	220,0	55,0	-	-	0,0	0,0	1,4	66,1	42,6	105,4	20.
283,9	218,7	65,0	-	-	0,2	0,0	1,3	66,5	42,6	105,4	27.
285,9	220,7	65,0	-	-	0,2	0,0	1,2	68,0	42,6	106,0	2004 März 5.
277,7	212,5	65,0	-	-	0,0	0,2	1,2	68,9	42,6	107,3	12.
281,5	216,5	65,0	-	-	0,0	0,0	1,3	69,0	42,6	107,1	19.
289,5	224,5	65,0	-	-	0,0	0,0	1,2	68,9	42,6	106,9	26.
293,0	218,0	75,0	-	-	0,0	0,0	1,1	3) 68,5	42,6	3) 107,5	April 2.
293,5	218,5	75,0	-	-	0,0	0,0	1,0	69,9	42,6	108,1	8.
280,5	205,5	75,0	-	-	0,0	0,0	1,0	70,0	42,6	108,4	16.
286,0	211,0	75,0	-	-	0,0	0,0	0,9	71,2	42,5	108,9	23.
295,1	220,0	75,0	-	-	0,0	0,0	1,0	71,0	42,5	108,7	30.
286,1	211,0	75,0	-	-	0,1	0,0	1,1	71,8	42,6	108,6	Mai 7.
282,0	207,0	75,0	-	-	0,0	-	0,6	72,5	42,6	109,3	14.
298,6	223,5	75,0	-	-	0,1	-	0,7	73,6	42,6	109,4	21.
308,2	232,5	75,0	-	-	0,6	0,0	0,9	72,8	42,6	109,6	28.
311,1	236,0	75,0	-	-	0,1	0,0	0,7	72,9	42,6	109,4	Juni 4.
308,6	233,5	75,0	-	-	0,1	0,0	0,9	73,6	42,6	109,4	11.
307,0	232,0	75,0	-	-	0,0	0,0	1,0	73,8	42,6	109,6	18.
335,2	260,0	75,0	-	-	0,2	0,0	0,8	73,7	42,6	109,9	25.
331,0	256,0	75,0	-	-	0,0	-	0,7	3) 73,4	42,1	3) 110,2	Juli 2.
Deutsche Bundesbank											
100,3	68,3	32,0	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	26,9	2002 Aug.
104,2	72,4	31,7	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4	24,0	Sept.
103,9	72,4	31,6	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	29,4	Okt.
111,1	77,0	34,0	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4	24,8	Nov.
125,5	87,1	36,1	-	-	2,2	-	0,0	-	4,4	24,8	Dez.
124,3	87,5	36,6	-	-	0,2	-	0,0	-	4,4	19,8	2003 Jan.
126,3	91,6	34,7	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	19,7	Febr.
130,9	98,4	32,1	-	-	0,4	-	0,0	-	4,4	21,1	März
125,0	92,5	32,5	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	19,7	April
151,8	118,7	32,9	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4	19,7	Mai
155,0	122,5	32,4	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	20,1	Juni
144,0	115,1	28,8	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4	19,9	Juli
145,2	116,0	29,1	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	20,1	Aug.
151,4	121,5	29,7	-	-	0,2	-	0,0	-	4,4	3) 20,1	Sept.
133,0	101,9	31,1	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	38,4	Okt.
145,4	115,0	30,4	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	23,3	Nov.
162,3	129,9	32,3	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4	24,0	Dez.
157,4	117,4	40,0	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	19,0	2004 Jan.
157,6	109,9	47,5	-	-	0,2	-	0,0	-	4,4	18,9	Febr.
141,7	94,1	47,5	-	-	0,2	-	0,0	-	4,4	30,1	März
153,7	104,3	49,4	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	29,1	April
173,2	123,7	49,5	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	18,9	Mai
189,4	139,9	49,5	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4	19,1	Juni

am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. — 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochenstichtage; für Bundesbank: Ausweis für

Monatsultimo. — 2 Quelle: EZB. — 3 Veränderung überwiegend auf Grund der Neubewertung zum Quartalsende.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems
2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	Passiva insgesamt	Bank- notenum- lauf 2) 3)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet					Sonstige Verbind- lichkeiten in Euro gegenüber Kreditin- stituten des Euro- Währungs- gebiets	Verbind- lichkeiten aus der Bege- bung von Schuld- verschrei- bungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			
			insgesamt	Einlagen auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserve- gut- haben)	Einlage- fazilität	Termin- einlagen	Verbind- lichkeiten aus Ge- schäften mit Rück- nahme- verein- barung			Einlagen aus dem Margen- ausgleich	insgesamt	Einlagen von öffent- lichen Haus- halten	Sonstige Verbind- lichkeiten
Eurosystem 5)													
2003 Okt. 31.	818,6	398,4	128,2	128,2	0,0	-	-	0,0	0,2	2,0	55,0	49,4	5,6
Nov. 7.	813,5	401,9	133,4	133,4	0,0	-	-	0,0	0,2	1,1	41,4	36,0	5,4
14.	811,9	401,9	132,5	132,4	0,1	-	-	0,0	0,2	1,1	43,2	37,3	5,9
21.	827,1	400,5	129,0	127,2	1,8	-	-	-	0,2	1,1	62,2	56,3	5,8
28.	833,3	405,2	125,0	124,9	0,1	-	-	0,0	0,2	1,1	70,3	64,2	6,1
Dez. 5.	858,3	416,2	137,4	137,4	0,0	-	-	0,0	0,3	1,1	70,7	64,8	5,9
12.	847,0	419,7	129,5	129,5	0,0	-	-	-	0,3	1,1	64,8	59,1	5,7
19.	848,7	429,5	129,8	129,7	0,1	-	-	-	0,3	1,1	55,2	49,4	5,7
24.	835,2	439,2	113,5	113,5	0,0	-	-	-	0,3	1,1	48,1	42,2	5,8
2004 Jan. 2.	6) 838,3	434,3	152,9	152,8	0,1	-	-	0,0	0,3	1,1	35,6	29,8	5,8
9.	812,0	425,2	133,7	133,6	0,1	-	-	-	0,3	1,1	38,8	32,9	5,9
16.	812,6	419,2	135,1	135,1	0,1	-	-	-	0,3	1,1	42,9	37,0	5,9
23.	823,3	415,1	134,7	134,3	0,4	-	-	-	0,3	1,1	57,4	51,7	5,8
30.	824,4	415,6	132,1	132,1	0,0	-	-	0,0	0,3	1,1	60,1	54,0	6,1
Febr. 6.	817,0	418,8	133,2	133,1	0,0	-	-	0,0	0,3	1,1	48,6	42,5	6,1
13.	813,2	418,5	135,4	135,3	0,1	-	-	-	0,3	1,1	44,8	38,7	6,2
20.	816,9	417,5	131,0	131,0	0,0	-	-	-	0,3	1,1	56,7	50,4	6,3
27.	824,0	418,9	128,9	128,8	0,1	-	-	0,0	0,3	1,1	67,4	61,1	6,2
2004 März 5.	826,8	423,7	137,7	137,6	0,1	-	-	0,0	0,3	1,1	56,6	50,8	5,9
12.	819,7	424,1	135,2	135,2	0,0	-	-	0,0	0,3	1,1	51,8	46,1	5,7
19.	822,8	423,8	133,2	133,1	0,0	-	-	0,0	0,3	1,1	57,4	51,8	5,6
26.	830,3	423,8	131,9	131,8	0,1	-	-	-	0,3	1,1	66,7	61,1	5,5
April 2.	6) 847,1	431,0	140,2	140,0	0,1	-	-	0,0	0,3	1,1	54,9	48,9	5,9
8.	848,1	441,4	135,1	135,0	0,1	-	-	0,0	0,3	1,1	51,6	45,6	6,0
16.	835,3	435,8	135,2	135,2	0,0	-	-	0,0	0,3	1,1	44,3	38,3	6,0
23.	842,7	432,0	131,1	131,0	0,0	-	-	0,0	0,3	1,1	59,0	53,4	5,7
30.	853,5	435,4	133,6	133,5	0,0	-	-	0,0	0,3	1,1	62,1	56,3	5,8
Mai 7.	846,2	439,8	136,8	136,7	0,1	-	-	0,0	0,3	1,1	46,1	40,2	5,8
14.	842,0	440,1	136,7	136,6	0,0	-	-	0,0	0,3	1,1	43,3	37,5	5,8
21.	860,0	441,1	137,4	137,3	0,1	-	-	0,0	0,3	1,1	58,3	52,3	6,0
28.	867,3	443,7	138,7	136,0	2,8	-	-	0,0	0,3	1,1	64,0	58,2	5,8
Juni 4.	870,1	447,4	139,3	139,1	0,1	-	-	0,0	0,3	1,1	63,6	57,5	6,1
11.	869,1	448,4	141,1	141,0	0,1	-	-	0,0	0,3	1,1	59,0	53,0	6,0
18.	867,8	447,6	140,4	140,3	0,0	-	-	0,0	0,3	1,1	57,7	51,5	6,2
25.	895,8	448,1	136,8	136,7	0,0	-	-	0,0	0,3	1,1	88,0	82,4	5,6
Juli 2.	6) 882,4	454,5	140,8	140,3	0,5	-	-	0,0	0,3	1,1	73,1	67,2	5,9
Deutsche Bundesbank													
2002 Aug.	218,3	90,7	44,3	44,2	0,1	-	-	-	-	-	0,5	0,0	0,5
Sept.	6) 221,9	92,0	41,0	41,0	0,0	-	-	-	-	-	0,6	0,0	0,5
Okt.	226,4	94,2	41,3	41,3	0,0	-	-	-	-	-	0,6	0,1	0,5
Nov.	229,9	95,7	41,0	40,9	0,0	-	-	-	-	-	0,8	0,1	0,7
Dez.	6) 240,0	104,5	44,8	44,8	0,0	-	-	-	-	-	0,6	0,0	0,6
2003 Jan.	233,9	94,5	40,9	40,8	0,1	-	-	-	-	-	0,5	0,0	0,5
Febr.	236,2	96,1	38,1	38,1	0,1	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,5
März	6) 239,2	98,1	48,1	48,0	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,0	0,4
April	230,5	101,8	36,4	36,3	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
Mai	258,1	103,2	36,3	36,2	0,1	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
Juni	6) 258,2	105,2	38,8	38,8	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
Juli	246,9	108,5	39,6	39,5	0,1	-	-	-	-	-	0,5	0,0	0,5
Aug.	248,9	108,6	41,0	41,0	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,0	0,4
Sept.	6) 257,5	109,2	41,7	41,7	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
Okt.	257,6	110,8	42,0	42,0	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
Nov.	254,4	112,7	36,4	36,4	0,0	-	-	-	-	-	0,6	0,1	0,5
Dez.	6) 267,7	121,4	44,6	44,5	0,1	-	-	-	0,2	-	0,6	0,1	0,5
2004 Jan.	258,1	112,4	39,8	39,8	0,0	-	-	-	-	-	0,4	0,0	0,4
Febr.	258,2	113,3	36,8	36,7	0,1	-	-	-	-	-	0,7	0,3	0,4
März	6) 256,2	115,0	31,0	31,0	0,0	-	-	-	-	-	0,7	0,4	0,4
April	268,0	117,7	38,3	38,3	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
Mai	276,6	120,8	43,4	43,4	0,0	-	-	-	-	-	0,4	0,0	0,4
Juni	6) 290,3	122,3	36,6	36,6	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. — 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für Monatsultimo. — 2 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie bis Ende 2002 noch im Umlauf

befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten (s. auch Anm. 4). — 3 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92%

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva 4)	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten 3)	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)		
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II								
Eurosystem 5)												
9,6	0,8	16,2	16,2	—	6,0	66,0	—	71,2	65,0	2003 Okt. 31.		
9,6	0,7	17,2	17,2	—	6,0	65,9	—	71,2	65,0	Nov. 7.		
9,7	0,7	14,2	14,2	—	6,0	66,2	—	71,2	65,0	14.		
9,8	0,7	14,6	14,6	—	6,0	66,7	—	71,2	65,0	21.		
9,7	0,7	12,3	12,3	—	6,0	66,7	—	71,2	65,0	28.		
9,7	0,7	13,6	13,6	—	6,0	66,5	—	71,2	65,0	Dez. 5.		
9,5	0,7	12,4	12,4	—	6,0	67,0	—	71,2	65,0	12.		
9,5	0,6	12,7	12,7	—	6,0	68,0	—	71,2	65,0	19.		
10,3	0,6	12,6	12,6	—	6,0	67,3	—	71,2	65,0	24.		
10,1	0,5	6)	6)	—	5,8	6)	—	69,1	62,1	2004 Jan. 2.		
9,5	0,5	12,5	12,5	—	5,8	53,6	—	69,1	62,0	9.		
9,6	0,4	13,4	13,4	—	5,8	53,8	—	69,1	62,0	16.		
10,8	0,4	12,6	12,6	—	5,8	54,0	—	69,1	62,0	23.		
9,6	0,4	13,5	13,5	—	5,8	54,8	—	69,1	62,0	30.		
9,5	0,4	15,0	15,0	—	5,8	53,2	—	69,1	62,0	Febr. 6.		
9,5	0,4	12,3	12,3	—	5,8	53,4	—	69,1	62,5	13.		
9,3	0,4	10,6	10,6	—	5,8	52,5	—	69,1	62,8	20.		
9,3	0,4	8,7	8,7	—	5,8	52,1	—	69,1	62,1	27.		
10,0	0,5	8,9	8,9	—	5,8	51,0	—	69,1	62,1	2004 März 5.		
9,1	0,5	9,7	9,7	—	5,8	51,0	—	69,1	62,1	12.		
9,0	0,4	9,3	9,3	—	5,8	51,5	—	69,1	62,1	19.		
9,0	0,4	9,3	9,3	—	5,8	51,5	—	69,1	61,6	26.		
8,6	0,3	9,6	9,6	—	5,9	6)	—	80,6	59,5	April 2.		
8,6	0,3	9,0	9,0	—	5,9	55,0	—	80,6	59,3	8.		
8,5	0,3	8,4	8,4	—	5,9	55,6	—	80,6	59,3	16.		
8,4	0,3	8,8	8,8	—	5,9	56,0	—	80,6	59,3	23.		
8,6	0,3	10,3	10,3	—	5,9	56,2	—	80,6	59,3	30.		
8,2	0,3	11,2	11,2	—	5,9	56,6	—	80,6	59,4	Mai 7.		
8,1	0,3	10,2	10,2	—	5,9	56,1	—	80,6	59,4	14.		
8,0	0,3	10,2	10,2	—	5,9	57,3	—	80,6	59,5	21.		
8,0	0,3	8,2	8,2	—	5,9	56,6	—	80,6	59,8	28.		
7,8	0,3	8,2	8,2	—	5,9	55,9	—	80,6	59,8	Juni 4.		
7,9	0,3	9,3	9,3	—	5,9	55,6	—	80,6	59,8	11.		
7,8	0,3	9,9	9,9	—	5,9	56,5	—	80,6	59,8	18.		
8,0	0,2	10,3	10,3	—	5,9	56,8	—	80,6	59,8	25.		
9,0	0,2	11,5	11,5	—	5,9	6)	—	70,2	59,8	Juli 2.		
Deutsche Bundesbank												
7,1	0,0	2,3	2,3	—	1,6	9,2	22,0	35,5	5,1	2002 Aug.		
7,2	0,0	2,8	2,8	—	1,6	10,2	24,1	6)	37,3	5,1	Sept.	
7,1	0,0	2,4	2,4	—	1,6	10,6	26,2	37,3	5,1	Okt.		
7,1	0,0	3,1	3,1	—	1,6	10,5	27,6	37,3	5,1	Nov.		
7,1	0,0	1,8	1,8	—	1,6	11,1	29,1	6)	34,2	5,0	Dez.	
7,8	0,0	2,2	2,2	—	1,6	17,6	29,6	34,2	5,0	2003 Jan.		
7,3	0,0	2,4	2,4	—	1,6	19,1	31,9	34,2	5,0	Febr.		
7,1	0,0	3,4	3,4	—	1,5	6)	11,7	33,3	6)	30,4	5,0	März
7,1	0,0	2,0	2,0	—	1,5	11,6	34,2	30,4	5,0	April		
7,3	0,0	2,7	2,7	—	1,5	34,5	36,6	30,4	5,0	Mai		
7,4	0,0	3,2	3,2	—	1,5	31,3	37,3	6)	28,2	5,0	Juni	
7,3	0,0	3,0	3,0	—	1,5	14,9	38,4	28,2	5,0	Juli		
7,4	0,0	3,5	3,5	—	1,5	12,4	40,8	28,2	5,0	Aug.		
7,3	0,0	3,6	3,6	—	1,5	16,2	42,2	6)	30,2	5,0	Sept.	
7,4	0,0	3,9	3,9	—	1,5	12,9	43,4	30,2	5,0	Okt.		
7,4	0,0	3,2	3,2	—	1,5	12,9	44,4	30,2	5,0	Nov.		
7,7	0,0	2,8	2,8	—	1,4	6)	10,5	44,6	6)	29,1	5,0	Dez.
7,3	0,0	3,1	3,1	—	1,4	11,4	48,1	29,1	5,0	2004 Jan.		
7,0	0,0	3,0	3,0	—	1,4	12,7	49,2	29,1	5,0	Febr.		
6,5	0,0	3,1	3,1	—	1,5	10,8	50,4	6)	32,2	5,0	März	
6,2	0,0	3,4	3,4	—	1,5	10,9	52,3	32,2	5,0	April		
5,8	0,0	2,7	2,7	—	1,5	11,5	53,3	32,2	5,0	Mai		
5,6	0,0	3,4	3,4	—	1,5	32,2	53,9	6)	29,3	5,0	Juni	

des Wertes an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf

gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. — 4 Für Deutsche Bundesbank: ab 2003 einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (s. auch Anm. 2). 5 Quelle: EZB. — 6 Veränderungen überwiegend auf Grund der Neubewertung zum Quartalsende.

IV. Banken
1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
Aktiva

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Bilanz- summe	Kassen- bestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im				
			insgesamt	an Banken im Inland			an Banken in anderen Mitgliedsländern			insgesamt	an Nichtbanken im Inland		
				zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken	zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken		zu- sammen	Unternehmen und personen	zu- sammen
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
1995	7 778,7	27,3	2 210,2	2 019,0	1 399,8	619,3	191,2	158,0	33,2	4 723,3	4 635,0	3 548,8	3 298,7
1996	8 540,5	30,3	2 523,0	2 301,1	1 585,7	715,4	221,9	181,2	40,7	5 084,7	4 981,9	3 812,8	3 543,0
1997	9 368,2	30,7	2 836,0	2 580,7	1 758,6	822,1	255,3	208,8	46,5	5 408,8	5 269,5	4 041,3	3 740,8
1998	10 355,5	29,9	3 267,4	2 939,4	1 977,4	962,0	328,1	264,9	63,1	5 833,9	5 615,9	4 361,0	3 966,5
1999	5 678,5	17,2	1 836,9	1 635,0	1 081,4	553,6	201,9	161,8	40,1	3 127,4	2 958,6	2 326,4	2 093,4
2000	6 083,9	16,1	1 977,4	1 724,2	1 108,9	615,3	253,2	184,5	68,6	3 249,9	3 062,6	2 445,7	2 186,6
2001	6 303,1	14,6	2 069,7	1 775,5	1 140,6	634,9	294,2	219,8	74,4	3 317,1	3 084,9	2 497,1	2 235,7
2002	6 394,2	17,9	2 118,0	1 769,1	1 164,3	604,9	348,9	271,7	77,2	3 340,2	3 092,2	2 505,8	2 240,8
2003	6 432,0	17,3	2 111,5	1 732,0	1 116,8	615,3	379,5	287,7	91,8	3 333,2	3 083,1	2 497,4	2 241,2
2002 Aug.	6 290,6	13,6	2 073,4	1 746,9	1 113,0	634,0	326,5	249,2	77,3	3 310,9	3 064,3	2 480,6	2 231,5
Sept.	6 341,1	13,3	2 077,4	1 745,3	1 113,3	632,1	332,0	253,8	78,3	3 323,1	3 074,8	2 490,6	2 242,3
Okt.	6 359,1	14,2	2 078,3	1 741,3	1 117,9	623,5	336,9	257,2	79,7	3 327,8	3 080,9	2 494,9	2 240,6
Nov.	6 453,5	13,2	2 130,2	1 780,8	1 150,6	630,2	349,5	267,3	82,1	3 336,6	3 088,4	2 496,7	2 238,4
Dez.	6 394,2	17,9	2 118,0	1 769,1	1 164,3	604,9	348,9	271,7	77,2	3 340,2	3 092,2	2 505,8	2 240,8
2003 Jan.	6 380,7	13,2	2 104,3	1 748,5	1 136,2	612,3	355,8	277,0	78,8	3 348,8	3 101,1	2 501,4	2 237,9
Febr.	6 424,9	13,2	2 124,3	1 751,7	1 142,1	611,7	370,5	289,5	81,1	3 347,4	3 097,7	2 501,7	2 239,2
März	6 434,8	12,9	2 121,5	1 747,2	1 135,0	614,4	371,9	288,9	83,1	3 346,7	3 100,4	2 498,0	2 238,1
April	6 430,3	13,8	2 107,6	1 732,2	1 118,6	613,6	375,4	291,6	83,8	3 348,8	3 102,2	2 499,1	2 234,6
Mai	6 467,7	14,0	2 144,0	1 756,9	1 143,6	613,2	387,1	303,3	83,8	3 347,2	3 101,9	2 499,2	2 232,0
Juni	6 472,9	13,3	2 139,0	1 748,0	1 137,1	610,9	390,9	305,4	85,5	3 330,2	3 089,9	2 502,9	2 239,7
Juli	6 425,7	13,3	2 113,5	1 728,1	1 109,7	618,4	385,3	297,4	88,0	3 330,2	3 093,7	2 494,1	2 231,1
Aug.	6 395,1	13,5	2 105,5	1 720,3	1 104,5	615,8	385,2	296,8	88,3	3 318,3	3 084,7	2 495,6	2 231,4
Sept.	6 403,1	13,3	2 099,4	1 712,2	1 095,3	616,9	387,2	297,5	89,7	3 332,6	3 089,6	2 504,9	2 245,2
Okt.	6 399,3	13,6	2 092,9	1 715,9	1 096,1	619,9	376,9	285,3	91,7	3 328,9	3 086,1	2 496,9	2 242,9
Nov.	6 456,1	13,1	2 126,2	1 742,4	1 117,5	624,9	383,7	292,5	91,3	3 350,9	3 103,5	2 505,0	2 246,9
Dez.	6 432,0	17,3	2 111,5	1 732,0	1 116,8	615,3	379,5	287,7	91,8	3 333,2	3 083,1	2 497,4	2 241,2
2004 Jan.	6 424,2	13,2	2 084,1	1 713,6	1 101,3	612,4	370,4	278,3	92,1	3 329,8	3 078,3	2 489,0	2 230,4
Febr.	6 448,7	13,2	2 100,2	1 722,7	1 101,9	620,8	377,5	282,5	94,9	3 341,8	3 081,9	2 483,5	2 230,2
März	6 506,7	12,7	2 106,5	1 725,6	1 098,7	626,9	380,9	282,2	98,7	3 370,4	3 102,9	2 491,9	2 228,9
April	6 568,8	12,9	2 132,5	1 749,7	1 115,1	634,6	382,9	282,4	100,4	3 381,2	3 110,1	2 506,6	2 230,4
Mai	6 583,5	13,8	2 162,2	1 771,6	1 127,6	644,0	390,6	287,9	102,7	3 369,8	3 101,1	2 497,0	2 229,8
Veränderungen 1)													
1996	761,8	3,0	312,8	282,1	186,0	96,1	30,7	23,2	7,5	361,5	346,9	264,0	244,3
1997	825,6	0,5	313,1	279,6	172,9	106,7	33,5	27,6	5,9	324,0	287,5	228,4	197,6
1998	1 001,0	- 0,8	422,2	355,7	215,1	140,6	66,4	56,2	10,2	440,4	363,3	337,5	245,2
1999	452,6	1,8	179,8	140,1	81,4	58,6	39,8	26,3	13,5	206,6	158,1	156,8	126,4
2000	401,5	- 1,2	143,0	91,7	28,1	63,6	51,4	22,8	28,6	123,2	105,4	116,8	89,5
2001	244,9	- 1,4	91,0	50,7	30,3	20,5	40,3	34,5	5,8	55,1	23,9	50,4	48,1
2002	165,7	3,3	63,6	6,5	23,7	- 17,1	57,1	51,9	5,2	34,1	15,7	16,5	10,4
2003	83,5	- 0,6	- 20,2	- 49,0	- 47,5	- 1,5	28,8	15,7	13,1	29,6	23,0	22,2	26,4
2002 Sept.	51,3	- 0,2	4,0	- 1,6	0,3	- 1,9	5,6	4,6	0,9	12,0	10,2	10,3	10,4
Okt.	20,3	0,9	0,8	- 4,1	4,6	- 8,7	4,9	3,5	1,5	4,6	6,2	4,4	- 1,5
Nov.	97,2	- 1,0	52,0	39,4	32,7	6,7	12,6	10,1	2,5	9,4	7,9	2,2	- 1,8
Dez.	- 29,0	4,7	3,0	1,0	13,7	- 12,7	1,9	4,4	- 2,4	11,4	10,8	16,1	7,8
2003 Jan.	- 14,6	- 4,7	- 25,1	- 30,7	- 28,1	- 2,7	5,7	5,3	0,4	18,3	17,1	3,7	1,4
Febr.	41,3	0,0	17,0	3,2	5,9	- 2,8	13,9	12,5	1,4	0,7	- 1,3	2,4	3,4
März	14,1	- 0,4	- 2,9	- 4,3	- 7,1	- 2,8	1,4	- 0,6	2,1	4,6	7,8	1,4	3,9
April	4,5	1,0	- 13,7	- 17,2	- 16,5	- 0,8	3,5	2,7	0,8	4,9	4,2	3,2	- 1,2
Mai	57,3	0,2	36,6	24,8	25,1	- 0,3	11,9	11,8	0,1	1,9	2,5	2,9	- 0,0
Juni	- 5,9	- 0,7	- 5,2	- 8,9	- 6,5	- 2,4	3,8	2,0	1,7	- 18,0	- 12,5	3,2	7,2
Juli	- 49,6	- 0,1	- 25,7	- 20,1	- 27,4	- 7,3	- 5,6	- 8,0	2,4	0,6	4,5	- 8,1	- 8,1
Aug.	- 43,7	0,3	- 8,1	- 7,9	- 5,2	- 2,7	- 0,3	- 0,5	0,3	- 13,6	- 10,0	0,5	- 0,6
Sept.	26,2	- 0,2	- 5,9	- 8,1	- 9,2	1,2	2,1	0,7	1,4	17,7	7,4	11,8	16,2
Okt.	- 5,0	0,3	- 6,5	4,1	0,8	3,3	- 10,6	- 12,6	2,0	- 1,8	- 2,0	- 7,3	- 1,7
Nov.	67,6	- 0,5	33,6	26,6	21,4	5,1	7,1	7,2	- 0,1	24,5	19,2	9,8	5,6
Dez.	- 8,6	4,2	- 14,4	- 10,3	- 0,7	- 9,6	- 4,1	- 4,7	0,7	- 10,1	- 13,7	- 1,4	0,3
2004 Jan.	- 15,4	- 4,1	- 26,5	- 18,1	- 15,5	- 2,6	- 8,5	- 9,4	0,9	- 0,6	- 1,0	- 4,6	- 6,6
Febr.	26,4	0,0	17,3	9,0	0,4	8,6	8,3	4,2	4,1	16,6	8,0	- 1,1	2,5
März	47,2	- 0,5	6,2	2,8	- 3,2	6,0	3,4	- 0,3	3,7	28,7	21,7	9,0	- 0,9
April	57,9	0,1	26,1	24,1	16,4	7,7	1,9	0,2	1,7	10,8	7,1	14,6	1,4
Mai	19,5	1,0	29,7	21,9	12,5	9,3	7,8	5,5	2,3	- 10,4	- 8,2	- 8,8	0,1

*) Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen)

auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. — 1 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (s. auch Anm. * in Tab. II,1). —

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet										Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet		Sonstige Aktivpositionen	Zeit
an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern										insgesamt	darunter Buchkredite		
Privat-			öffentliche Haushalte			Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte					
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)	zusammen	zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere				
250,0	1 086,3	792,2	294,1	88,2	39,4	39,2	48,8	11,3	37,6	608,5	526,0	209,4	1995
269,7	1 169,1	857,8	311,4	102,8	36,8	36,8	66,0	17,2	48,8	678,1	575,3	224,4	1996
300,6	1 228,2	911,0	317,2	139,2	41,9	41,2	97,3	23,4	73,9	839,6	710,2	253,1	1997
394,5	1 254,9	939,1	315,8	218,0	62,5	56,0	155,5	35,6	119,9	922,0	758,0	302,2	1998
233,0	632,1	488,4	143,7	168,8	65,3	35,9	103,6	20,7	82,8	511,2	404,2	185,8	1999
259,1	616,9	478,5	138,4	187,3	83,8	44,2	103,5	20,0	83,5	622,4	481,7	218,1	2000
261,3	587,8	468,7	119,1	232,3	111,3	53,7	121,0	26,2	94,8	727,3	572,0	174,3	2001
265,0	586,4	448,5	137,9	248,0	125,0	63,6	123,0	25,5	97,5	738,1	589,2	179,9	2002
256,2	585,6	439,6	146,1	250,2	133,5	62,7	116,6	25,9	90,7	803,7	645,6	166,4	2003
249,1	583,7	448,5	135,2	246,6	114,3	58,3	132,3	26,9	105,4	722,0	566,9	170,7	2002 Aug.
248,3	584,2	445,3	138,9	248,3	114,7	59,3	133,6	27,2	106,3	752,3	597,5	174,9	Sept.
254,2	586,0	448,3	137,7	246,9	116,4	59,1	130,5	27,6	102,9	762,2	608,7	176,7	Okt.
258,2	591,7	449,2	142,5	248,2	118,6	61,0	129,6	28,0	101,6	791,0	634,2	182,4	Nov.
265,0	586,4	448,5	137,9	248,0	125,0	63,6	123,0	25,5	97,5	738,1	589,2	179,9	Dez.
263,4	599,8	453,0	146,7	247,6	121,8	60,5	125,8	26,5	99,3	738,3	591,8	176,2	2003 Jan.
262,4	596,0	447,3	148,7	249,7	125,6	64,6	124,1	26,2	97,9	757,7	612,1	182,2	Febr.
259,9	602,4	444,0	158,4	246,3	126,8	64,5	119,5	26,2	93,3	778,6	630,9	175,1	März
264,5	603,1	445,8	157,4	246,6	129,9	66,2	116,7	25,2	91,5	787,6	641,1	172,5	April
267,2	602,7	439,8	162,9	245,3	130,7	66,7	114,6	26,5	88,2	792,4	644,3	170,2	Mai
263,2	587,0	434,6	152,4	240,2	126,9	61,9	113,4	24,6	88,7	827,6	668,9	162,8	Juni
263,0	599,6	444,9	154,7	236,5	126,7	62,3	109,8	24,9	84,9	811,5	651,6	157,3	Juli
264,1	589,1	440,6	148,5	233,6	129,2	65,0	104,4	24,1	80,3	801,2	642,0	156,6	Aug.
259,8	584,6	435,2	149,4	243,1	129,7	64,7	113,4	23,4	90,0	795,8	642,4	161,9	Sept.
254,0	589,2	436,6	152,6	242,8	127,6	60,6	115,2	25,1	90,1	800,6	643,9	163,3	Okt.
258,1	598,5	442,5	156,0	247,4	132,9	64,7	114,5	25,6	89,0	803,7	648,2	162,2	Nov.
256,2	585,6	439,6	146,1	250,2	133,5	62,7	116,6	25,9	90,7	803,7	645,6	166,4	Dez.
258,6	589,2	440,2	149,0	251,5	132,0	61,2	119,5	25,6	93,9	843,7	683,0	153,4	2004 Jan.
253,3	598,3	432,1	166,2	260,0	136,0	65,2	124,0	25,0	99,0	839,5	680,6	154,0	Febr.
263,0	611,0	444,9	166,2	267,4	137,6	67,0	129,8	24,9	104,9	859,1	697,2	158,0	März
276,2	603,5	437,2	166,3	271,1	139,4	68,8	131,7	25,8	105,9	884,1	722,1	158,1	April
267,2	604,1	431,4	172,7	268,7	137,6	66,3	131,1	25,8	105,3	876,1	708,6	161,6	Mai
Veränderungen 1)													
19,7	82,9	65,5	17,3	14,6	- 2,6	- 2,5	17,2	6,0	11,2	69,5	49,3	15,1	1996
30,8	59,1	53,3	5,8	36,5	5,1	4,4	31,4	6,1	25,3	159,4	132,9	28,6	1997
92,3	25,8	28,1	- 2,3	77,1	18,9	13,0	58,3	12,5	45,7	83,9	52,0	55,3	1998
30,4	1,3	7,7	- 6,4	48,4	12,2	6,4	36,2	2,0	34,2	33,1	13,8	31,3	1999
27,3	- 11,4	- 6,7	- 4,6	17,8	16,8	7,2	1,0	- 0,3	1,2	103,9	71,9	32,5	2000
2,4	- 26,5	- 9,8	- 16,7	31,3	24,3	7,7	7,0	2,2	4,8	110,1	86,6	- 9,9	2001
6,2	- 0,8	- 20,2	19,4	18,3	15,9	12,0	2,4	- 0,6	3,0	65,7	64,1	- 0,4	2002
- 4,3	0,8	- 8,7	9,6	6,6	13,4	2,7	- 6,8	- 0,8	- 6,0	113,4	98,5	- 38,7	2003
- 0,1	- 0,1	- 3,2	3,1	1,8	0,5	1,1	1,3	0,4	0,9	31,2	31,4	4,3	2002 Sept.
5,9	1,8	3,1	- 1,2	- 1,6	1,4	- 0,2	- 3,0	0,4	- 3,4	12,2	11,8	1,7	Okt.
4,0	5,7	0,9	4,8	1,4	2,3	2,0	- 0,9	0,4	- 1,3	31,1	27,5	5,7	Nov.
8,3	- 5,3	- 0,8	- 4,6	0,6	6,9	3,1	- 6,3	- 2,3	- 4,0	- 39,1	- 32,8	- 8,4	Dez.
2,3	13,4	4,6	8,8	1,2	- 1,8	- 2,7	3,0	1,1	2,0	9,4	10,1	- 12,5	2003 Jan.
- 1,0	- 3,7	- 5,7	2,0	2,0	5,5	5,8	- 3,5	- 2,0	- 1,4	19,9	20,7	3,6	Febr.
- 2,5	6,4	- 3,3	9,7	- 3,2	1,3	0,0	- 4,5	0,1	- 4,5	24,4	21,8	- 11,6	März
4,4	1,0	1,8	- 0,9	0,7	3,4	1,9	- 2,7	- 1,0	- 1,7	16,1	16,3	- 3,8	April
2,9	- 0,4	- 5,9	5,5	- 0,6	1,1	1,0	- 1,7	1,5	- 3,1	21,8	18,8	- 3,2	Mai
- 4,0	- 15,7	- 5,2	- 10,5	- 5,6	- 4,1	- 5,1	- 1,4	- 1,9	0,5	25,4	16,1	- 7,5	Juni
0,0	12,6	10,3	2,3	- 3,9	- 0,3	0,3	- 3,6	0,3	- 3,9	- 18,6	- 19,0	- 5,9	Juli
1,1	- 10,5	- 4,3	- 6,2	- 3,6	2,2	2,4	- 5,8	- 0,9	- 4,8	- 21,0	- 19,0	- 1,2	Aug.
- 4,3	- 4,4	- 5,4	0,9	10,3	1,0	0,3	9,3	- 0,5	9,9	10,2	14,5	4,4	Sept.
- 5,6	5,3	1,4	3,9	0,2	- 2,0	- 4,2	2,2	1,6	0,5	- 0,5	- 3,6	3,5	Okt.
4,1	9,4	6,0	3,4	5,3	5,7	4,3	- 0,4	0,6	- 1,0	13,0	12,4	- 3,0	Nov.
- 1,7	- 12,4	- 2,9	- 9,5	3,6	1,4	- 1,4	2,2	0,5	1,7	13,4	9,4	- 1,7	Dez.
2,1	3,6	0,6	3,0	0,4	- 2,3	- 1,6	2,7	- 0,4	3,1	34,7	32,1	- 18,8	2004 Jan.
- 3,7	9,1	- 8,0	17,2	8,6	4,0	4,0	4,6	- 0,6	5,2	- 2,7	- 1,1	- 4,8	Febr.
9,8	12,7	12,7	- 0,0	7,0	1,4	1,6	5,6	- 0,1	5,8	10,7	8,6	2,1	März
13,2	- 7,5	- 7,6	0,1	3,6	1,8	1,7	1,9	0,9	1,0	21,3	21,2	- 0,4	April
- 8,9	0,6	- 5,9	6,5	- 2,1	- 1,7	- 2,4	- 0,4	0,1	- 0,5	- 3,4	- 9,3	2,6	Mai

2 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken
1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
Passiva

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								
	Bilanzsumme	von Banken			insgesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland				Einlagen von Nicht-			
		insgesamt	im Inland	in anderen Mitgliedsländern		zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit 2)		mit vereinbarter Kündigungsfrist 3)		zusammen	täglich fällig
								zusammen	darunter bis zu 2 Jahren 4)	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
1995	7 778,7	1 761,5	1 582,0	179,6	3 260,0	3 038,9	549,8	1 289,0	472,0	1 200,1	749,5	110,1	4,5
1996	8 540,5	1 975,3	1 780,2	195,1	3 515,9	3 264,0	638,1	1 318,5	430,6	1 307,4	865,7	137,3	7,5
1997	9 368,2	2 195,6	1 959,1	236,5	3 647,1	3 376,2	654,5	1 364,9	426,8	1 356,9	929,2	162,5	7,3
1998	10 355,5	2 480,3	2 148,9	331,4	3 850,8	3 552,2	751,6	1 411,1	461,6	1 389,6	971,9	187,4	9,4
1999	5 378,5	1 288,1	1 121,8	166,3	2 012,4	1 854,7	419,5	820,6	247,0	614,7	504,4	111,1	6,5
2000	6 083,9	1 379,4	1 188,9	190,5	2 051,4	1 873,6	441,4	858,8	274,3	573,5	450,5	107,9	6,9
2001	6 303,1	1 418,0	1 202,1	215,9	2 134,0	1 979,7	525,0	880,2	290,6	574,5	461,9	105,2	7,6
2002	6 394,2	1 478,7	1 236,2	242,4	2 170,0	2 034,9	574,8	884,9	279,3	575,3	472,9	87,4	8,1
2003	6 432,0	1 471,0	1 229,4	241,6	2 214,6	2 086,9	622,1	874,5	248,0	590,3	500,8	81,8	9,3
2002 Aug.	6 290,6	1 389,2	1 165,7	223,5	2 098,3	1 962,0	526,7	877,6	280,7	557,8	453,8	87,4	7,3
Sept.	6 341,1	1 400,2	1 172,1	228,1	2 105,1	1 967,6	540,3	869,1	272,6	558,3	454,7	87,5	8,8
Okt.	6 359,1	1 419,4	1 177,2	242,2	2 114,5	1 979,6	542,0	877,8	279,0	559,7	456,9	86,6	8,2
Nov.	6 453,5	1 460,0	1 214,3	245,7	2 146,5	2 008,8	571,8	874,6	273,2	562,4	460,2	90,1	10,0
Dez.	6 394,2	1 478,7	1 236,2	242,4	2 170,0	2 034,9	574,8	884,9	279,3	575,3	472,9	87,4	8,1
2003 Jan.	6 380,7	1 457,2	1 213,2	244,0	2 160,0	2 024,7	564,4	882,9	275,8	577,4	477,0	88,5	9,1
Febr.	6 424,9	1 466,4	1 242,6	241,9	2 173,4	2 036,7	571,1	886,4	272,1	579,2	479,9	88,5	8,0
März	6 434,8	1 471,5	1 218,2	253,2	2 175,3	2 040,7	578,3	883,1	266,2	579,3	481,6	88,0	7,7
April	6 430,3	1 455,5	1 200,9	254,6	2 176,2	2 044,3	585,8	880,6	264,8	577,9	482,7	86,5	8,2
Mai	6 467,7	1 508,5	1 253,9	254,6	2 188,9	2 053,8	591,4	885,3	270,9	577,1	483,4	87,4	8,8
Juni	6 472,9	1 509,2	1 252,8	256,4	2 194,2	2 059,3	608,2	874,5	260,2	576,7	484,4	86,7	9,0
Juli	6 425,7	1 457,9	1 207,6	250,3	2 182,5	2 051,4	595,2	879,5	259,0	576,8	486,5	85,7	9,3
Aug.	6 395,1	1 450,5	1 198,0	252,5	2 193,0	2 061,5	597,8	885,7	261,3	578,0	489,3	85,5	8,9
Sept.	6 403,1	1 451,2	1 188,3	262,9	2 187,8	2 057,4	607,3	871,8	248,1	578,3	490,2	84,2	9,6
Okt.	6 399,3	1 439,5	1 179,5	260,0	2 188,2	2 057,3	609,5	868,5	243,9	579,4	491,2	85,4	10,7
Nov.	6 456,1	1 463,6	1 214,6	249,0	2 211,2	2 082,4	632,7	869,4	244,7	580,3	491,9	83,1	9,9
Dez.	6 432,0	1 471,0	1 229,4	241,6	2 214,6	2 086,9	622,1	874,5	248,0	590,3	500,8	81,8	9,3
2004 Jan.	6 424,2	1 461,1	1 212,6	248,5	2 209,5	2 082,6	630,5	861,5	233,5	590,6	502,1	80,9	9,5
Febr.	6 448,7	1 454,4	1 215,7	238,7	2 212,3	2 085,6	633,8	860,3	230,1	591,5	503,3	79,5	10,8
März	6 506,7	1 459,9	1 203,6	256,3	2 214,3	2 088,7	632,9	864,4	230,9	591,4	503,5	77,8	13,1
April	6 568,8	1 482,1	1 227,2	254,9	2 219,0	2 097,2	641,7	864,4	225,6	591,2	504,3	74,5	10,6
Mai	6 583,5	1 496,5	1 251,2	245,4	2 229,4	2 105,3	640,0	874,7	232,1	590,6	504,6	75,8	9,4
Veränderungen 1)													
1996	761,8	213,7	198,2	15,5	256,0	225,2	88,3	29,5	- 41,4	107,3	116,2	27,2	3,0
1997	825,6	223,7	185,5	38,3	130,8	112,1	16,3	46,4	- 3,8	49,4	60,3	25,0	- 0,3
1998	1 001,0	277,0	182,8	94,2	205,9	176,8	97,8	46,3	34,8	32,7	42,0	26,2	2,0
1999	452,6	70,2	66,4	3,7	75,0	65,6	34,2	36,7	13,5	- 5,3	7,4	7,5	1,7
2000	401,5	87,5	66,0	21,5	38,7	19,8	22,5	37,8	27,0	- 40,5	- 53,6	- 4,2	0,3
2001	244,9	32,4	8,4	24,0	80,6	105,2	83,0	21,2	16,2	1,1	11,4	- 4,0	0,4
2002	165,7	70,2	37,2	33,1	53,0	57,0	50,3	5,9	- 11,0	0,8	11,0	- 2,6	0,6
2003	83,5	3,8	- 3,3	7,1	44,7	50,3	48,8	- 13,6	- 31,6	15,1	28,0	- 3,8	1,4
2002 Sept.	51,3	11,1	6,4	4,7	6,4	5,2	13,3	- 8,6	- 8,5	0,5	1,0	0,2	1,5
Okt.	20,3	19,4	5,2	14,2	9,6	12,2	1,8	9,0	6,4	1,4	2,2	- 0,9	- 0,6
Nov.	97,2	41,3	37,4	3,9	32,3	29,4	29,8	- 3,2	- 5,8	2,7	3,3	3,5	1,8
Dez.	- 29,0	22,0	23,3	- 1,2	24,6	26,7	3,4	10,5	6,3	12,8	12,6	- 2,2	- 1,9
2003 Jan.	- 14,6	- 19,2	- 22,2	3,0	- 14,2	- 13,7	- 10,1	- 5,7	- 4,2	2,1	4,1	0,3	0,9
Febr.	41,3	9,1	11,4	- 2,3	14,3	11,9	6,7	3,4	- 3,7	1,8	3,0	1,0	- 1,1
März	14,1	5,9	- 5,9	11,9	2,2	4,1	7,4	- 3,3	- 5,9	0,1	1,7	- 0,3	- 0,3
April	4,5	- 14,0	- 16,5	2,5	1,6	3,9	7,7	- 2,4	- 1,4	- 1,4	1,1	- 1,2	0,5
Mai	57,3	54,5	52,0	2,5	13,9	10,2	6,1	4,9	6,3	- 0,8	0,7	1,5	0,7
Juni	- 5,9	- 1,2	- 1,7	0,6	4,6	5,1	16,4	- 10,9	- 10,8	- 0,4	1,0	- 0,9	- 0,0
Juli	- 49,6	- 52,1	- 45,6	- 6,4	- 11,8	- 7,9	- 13,0	5,1	- 1,1	0,1	2,1	- 1,1	0,5
Aug.	- 43,7	- 10,0	- 10,5	0,5	9,7	9,6	2,3	6,1	2,3	1,3	2,8	- 0,5	- 0,5
Sept.	26,2	4,5	- 8,4	12,9	- 4,0	- 3,5	10,0	- 13,7	- 13,1	0,2	0,9	- 0,8	0,8
Okt.	- 5,0	- 10,3	- 7,5	- 2,8	0,3	- 0,1	2,2	- 3,4	- 4,2	1,1	1,0	1,1	1,1
Nov.	67,6	26,1	35,8	- 9,7	23,6	25,4	23,5	1,0	0,9	0,9	0,7	- 2,0	- 0,7
Dez.	- 8,6	10,4	15,9	- 5,5	4,4	5,1	- 10,2	5,3	3,4	10,0	8,9	- 1,0	- 0,5
2004 Jan.	- 15,4	- 11,1	- 17,2	6,1	- 5,5	- 4,6	8,2	- 13,1	- 14,5	0,3	1,3	- 1,0	0,2
Febr.	26,4	- 6,3	3,3	- 9,6	3,0	3,1	4,2	- 2,0	- 4,2	0,9	1,2	- 1,4	1,3
März	47,2	4,0	- 12,6	16,6	1,6	2,8	- 1,1	4,0	0,7	- 0,1	0,1	- 1,8	2,3
April	57,9	21,3	23,2	- 1,9	4,7	8,7	8,6	0,3	- 5,1	- 0,2	0,9	- 3,5	- 2,6
Mai	19,5	15,3	24,2	- 8,9	10,7	8,3	- 1,5	10,4	6,6	- 0,6	0,3	1,4	- 1,2

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. — 1 Statistische Brüche sind

in den Veränderungswerten ausgeschaltet (s. a. Anm. * in Tab. II,1). — 2 Für deutschen Beitrag: ab 1999 einschl. Bauspareinlagen (s. dazu Tab. IV.12). — 3 Für deutschen Beitrag: bis Ende 1998 einschl. Bauspareinlagen (s. a. Anm. 2). — 4 Bis Dezember 1998 Laufzeit bis unter 4 Jahre. —

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 5)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repogeschäften mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet 6)	Geldmarkt-fonds-anteile 7)	Begebene Schuldverschreibungen 7)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passiv-positionen	Zeit
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		ins-gesamt	darunter inländische Zentral-staaten			ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 7)				
zu-sammen	darunter bis zu 2 Jahren 4)	zu-sammen	darunter bis zu 3 Monaten										
97,3	11,4	8,3	8,3	111,0	111,0	-	39,1	1 608,1	70,3	393,9	325,0	391,0	1995
120,6	9,0	9,2	9,2	114,6	114,6	-	34,0	1 804,3	54,4	422,1	350,0	438,8	1996
145,8	9,2	9,4	9,4	108,3	108,3	-	28,6	1 998,3	62,5	599,2	388,1	511,3	1997
168,3	13,8	9,7	9,7	111,2	111,2	-	34,8	2 248,1	80,2	739,8	426,8	574,8	1998
99,7	8,9	4,8	3,7	46,6	45,9	2,0	20,8	1 323,6	97,4	487,9	262,6	281,1	1999
96,3	6,7	4,7	3,3	69,9	67,6	0,4	19,3	1 417,1	113,3	599,8	298,1	318,4	2000
92,4	9,0	5,2	3,8	49,1	46,9	4,9	33,2	1 445,4	129,3	647,6	319,2	300,8	2001
74,6	9,9	4,7	3,6	47,7	45,6	3,3	36,7	1 468,2	71,6	599,2	343,0	309,8	2002
68,6	11,4	3,9	3,1	45,9	44,2	14,1	36,7	1 486,9	131,3	567,8	340,2	300,8	2003
75,5	9,7	4,6	3,4	48,9	45,8	4,3	36,9	1 489,4	69,8	636,3	341,3	294,8	2002 Aug.
74,2	8,8	4,5	3,4	49,9	46,7	10,7	37,5	1 490,2	67,4	647,7	344,3	305,5	Sept.
73,9	9,1	4,5	3,4	48,3	46,8	9,6	38,1	1 485,9	65,2	642,5	343,2	306,0	Okt.
75,6	9,4	4,5	3,4	47,6	46,3	6,4	37,9	1 496,8	68,8	653,5	342,5	309,8	Nov.
74,6	9,9	4,7	3,6	47,7	45,6	3,3	36,7	1 468,2	71,6	599,2	343,0	309,8	Dez.
74,8	10,4	4,7	3,6	46,9	45,2	7,6	38,5	1 461,1	138,9	602,9	350,5	305,9	2003 Jan.
75,9	12,3	4,6	3,6	48,2	45,1	10,9	39,6	1 468,4	145,7	606,7	354,1	305,4	Febr.
75,7	13,0	4,6	3,6	46,6	45,2	11,2	40,2	1 467,9	143,5	612,1	353,1	303,6	März
73,8	12,3	4,5	3,5	45,5	44,9	11,3	39,6	1 468,6	142,6	620,2	351,6	307,2	April
74,1	13,3	4,4	3,5	47,7	44,4	12,3	39,4	1 463,3	133,3	599,0	351,0	305,4	Mai
73,4	12,2	4,4	3,5	48,1	44,6	10,8	38,7	1 470,0	128,7	594,8	348,2	307,0	Juni
72,1	12,1	4,3	3,4	45,3	43,8	10,9	38,4	1 482,8	133,0	603,6	348,1	301,6	Juli
72,4	12,8	4,2	3,4	45,9	43,8	12,4	38,1	1 480,0	122,1	579,2	344,0	298,0	Aug.
70,5	12,0	4,1	3,3	46,2	43,4	15,6	38,0	1 485,5	124,4	579,7	341,0	304,3	Sept.
70,6	12,7	4,0	3,3	45,5	43,0	21,1	37,6	1 494,1	126,2	574,2	344,6	299,9	Okt.
69,3	11,4	4,0	3,2	45,7	43,6	20,0	37,1	1 502,7	131,5	574,6	343,0	304,0	Nov.
68,6	11,4	3,9	3,1	45,9	44,2	14,1	36,7	1 486,9	131,3	567,8	340,2	300,8	Dez.
67,5	11,9	3,8	3,1	45,9	45,2	16,6	36,4	1 493,9	128,6	585,4	336,8	284,5	2004 Jan.
64,9	10,9	3,8	3,1	47,3	45,8	17,5	36,2	1 503,7	127,3	604,4	332,2	288,0	Febr.
60,9	10,1	3,7	3,1	47,8	46,2	18,2	35,8	1 532,3	134,7	623,1	330,1	292,8	März
60,2	10,2	3,7	3,1	47,2	46,2	17,3	35,7	1 549,0	135,3	632,3	333,7	299,7	April
62,7	12,3	3,7	3,0	48,3	45,8	17,0	36,1	1 559,8	132,3	612,5	336,3	295,9	Mai
Veränderungen 1)													
23,3	- 2,4	0,9	0,9	3,6	3,6	-	- 5,1	196,3	- 15,9	28,1	25,0	47,8	1996
25,1	0,2	0,2	0,2	6,2	6,2	-	- 4,5	194,8	8,1	172,3	37,1	71,2	1997
24,0	4,6	0,3	0,3	2,9	2,9	-	- 6,2	263,3	28,1	151,4	28,8	68,3	1998
5,9	1,5	- 0,2	- 1,3	1,9	1,2	0,6	3,5	168,0	65,1	89,7	38,0	7,7	1999
- 4,5	- 0,5	- 0,1	- 0,3	23,1	21,6	- 1,6	- 1,5	90,6	15,9	97,8	35,3	54,6	2000
- 4,6	1,6	- 0,2	- 0,4	- 20,5	- 20,4	4,6	13,3	59,5	18,6	34,8	20,9	- 1,1	2001
- 2,6	1,1	- 0,5	- 0,3	- 1,4	- 1,3	- 1,6	4,1	18,8	14,8	- 2,1	25,6	- 2,7	2002
- 4,4	2,0	- 0,8	- 0,4	- 1,8	- 1,4	10,7	0,0	49,8	- 2,2	4,6	- 3,9	- 26,3	2003
- 1,3	- 0,9	- 0,0	- 0,0	1,0	0,8	6,4	0,6	1,0	1,0	12,4	3,0	10,4	2002 Sept.
- 0,3	0,4	- 0,0	- 0,0	- 1,7	0,1	- 1,0	0,6	- 3,8	0,6	- 4,6	- 1,0	1,3	Okt.
1,8	0,3	- 0,0	- 0,0	- 0,6	- 0,5	- 3,2	- 0,2	11,9	10,7	13,2	- 0,5	2,5	Nov.
- 0,6	0,6	0,2	0,2	0,1	- 0,7	- 3,1	- 1,2	- 24,8	- 6,6	- 42,1	1,3	- 6,0	Dez.
- 0,6	- 0,5	- 0,0	0,0	- 0,8	- 0,4	5,3	1,8	4,8	2,9	11,3	3,2	- 7,7	2003 Jan.
2,1	3,0	- 0,0	0,0	1,4	- 0,1	2,3	1,1	8,1	6,8	4,4	3,7	- 1,7	Febr.
- 0,0	0,7	- 0,1	- 0,0	- 1,6	0,1	0,4	0,5	0,8	- 2,4	8,2	- 0,7	- 3,2	März
- 1,6	- 0,6	- 0,1	- 0,0	- 1,1	- 0,3	0,0	- 0,5	3,5	- 0,8	13,7	- 0,9	1,2	April
0,9	1,2	- 0,1	- 0,0	2,2	- 0,5	1,0	- 0,2	3,4	- 6,9	- 8,2	0,7	- 7,8	Mai
- 0,8	- 1,0	- 0,1	- 0,0	0,4	0,2	- 1,5	- 0,7	3,1	- 4,5	- 11,4	- 3,6	4,7	Juni
- 1,5	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 2,8	- 0,8	0,2	- 0,4	12,1	- 4,3	7,0	- 0,2	- 4,6	Juli
0,0	0,6	- 0,1	- 0,0	0,6	0,0	1,5	- 0,2	- 7,1	- 10,9	- 32,4	- 4,9	- 0,2	Aug.
- 1,5	- 0,7	- 0,1	- 0,1	0,3	- 0,4	3,2	- 0,1	11,6	2,4	12,3	- 1,9	0,7	Sept.
0,1	0,7	- 0,1	- 0,1	- 0,7	- 0,4	5,6	- 0,5	7,8	1,8	- 10,3	3,4	- 1,1	Okt.
- 1,1	- 1,2	- 0,1	- 0,1	0,1	0,6	- 1,2	- 0,5	12,3	5,3	6,8	- 1,0	1,3	Nov.
- 0,3	0,1	- 0,1	- 0,1	0,3	0,6	- 5,9	- 0,4	- 10,6	- 0,1	3,2	- 1,8	- 7,9	Dez.
- 1,2	0,5	- 0,1	- 0,0	0,0	0,9	2,5	- 0,3	4,2	- 2,7	12,7	- 3,9	- 13,9	2004 Jan.
- 2,6	- 1,0	- 0,0	- 0,0	1,3	0,6	0,9	- 0,2	10,0	- 1,3	19,6	- 4,6	4,1	Febr.
- 4,1	- 0,8	- 0,0	- 0,0	0,5	0,4	0,8	- 0,5	23,2	7,5	14,0	- 2,5	6,7	März
- 0,8	0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,6	- 0,0	- 1,0	- 0,0	15,5	0,3	6,4	3,4	7,7	April
2,6	2,1	- 0,0	- 0,0	1,0	- 0,4	- 0,3	0,3	13,8	- 1,2	- 16,8	1,0	- 4,5	Mai

5 Ohne Einlagen von Zentralregierungen. — 6 Erst ab 1999 gesondert erfragt; bis Dezember 1998 in den Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren enthalten. — 7 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen

mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar 2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht.

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel			Wertpapiere von Nichtbanken
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		Buchkredite mit Befristung					
								bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2003 Dez.	2 226	6 470,9	64,1	2 413,5	1 739,7	663,3	3 571,9	458,6	2 562,7	4,2	535,0	150,6	270,7
2004 Jan.	2 224	6 463,9	52,7	2 421,6	1 749,6	662,1	3 580,3	457,9	2 561,5	4,1	546,7	149,8	259,5
Febr.	2 222	6 488,0	50,9	2 435,5	1 749,8	675,7	3 593,5	459,2	2 559,8	3,9	560,1	148,5	259,6
März	2 219	6 542,8	43,9	2 459,8	1 762,0	687,8	3 633,3	481,1	2 559,0	3,7	580,5	147,0	258,9
April	2 216	6 604,4	52,3	2 498,9	1 791,0	697,0	3 648,7	476,7	2 563,8	3,7	594,5	145,9	258,4
Mai	2 213	6 618,6	55,2	2 529,2	1 806,8	712,7	3 626,7	452,4	2 566,7	3,7	594,1	146,5	260,9
Kreditbanken ⁵⁾													
2004 April	255	1 885,2	15,9	709,7	567,2	139,6	985,7	263,6	540,2	1,9	175,1	78,5	95,4
Mai	255	1 886,4	18,7	722,3	577,4	142,2	970,2	246,7	541,8	1,9	175,0	78,9	96,4
Großbanken ⁶⁾													
2004 April	4	1 097,8	8,6	422,9	362,5	58,4	533,3	168,4	266,5	1,3	94,7	68,3	64,6
Mai	4	1 089,5	10,3	426,0	363,8	60,4	519,7	153,6	266,7	1,3	95,5	68,3	65,2
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2004 April	168	686,9	6,7	237,2	160,1	76,5	405,4	74,0	258,0	0,6	70,5	10,1	27,5
Mai	168	696,9	7,7	245,2	166,7	78,0	405,7	73,1	259,2	0,6	71,1	10,5	27,8
Zweigstellen ausländischer Banken													
2004 April	83	100,4	0,5	49,5	44,6	4,7	47,0	21,2	15,7	0,0	9,9	0,1	3,3
Mai	83	100,0	0,7	51,1	46,9	3,8	44,7	20,1	16,0	0,0	8,4	0,1	3,4
Landesbanken													
2004 April	13	1 390,1	5,5	702,1	560,4	139,0	599,3	69,4	409,2	0,3	117,3	32,0	51,2
Mai	13	1 390,5	4,1	711,8	564,7	144,8	590,9	64,1	410,7	0,3	112,7	32,1	51,6
Sparkassen													
2004 April	488	980,3	17,3	224,6	70,1	153,7	701,9	71,8	537,1	0,9	91,8	14,7	21,8
Mai	487	984,3	18,2	228,0	72,3	155,0	701,7	70,6	537,6	0,9	92,4	14,7	21,8
Genossenschaftliche Zentralbanken													
2004 April	2	189,5	0,8	128,9	87,6	40,6	41,1	10,1	19,1	0,1	11,5	11,6	7,1
Mai	2	192,0	0,2	131,2	88,1	42,6	41,7	10,0	19,8	0,1	11,6	11,6	7,2
Kreditgenossenschaften													
2004 April	1 392	564,5	11,6	146,9	60,4	84,3	383,2	43,9	298,2	0,5	40,4	5,9	16,8
Mai	1 390	566,0	12,1	146,9	59,2	85,8	384,2	43,4	298,9	0,5	41,1	5,9	16,9
Realkreditinstitute													
2004 April	25	868,6	0,8	228,8	143,7	83,5	619,6	10,5	495,2	-	113,7	0,8	18,6
Mai	25	872,4	1,3	231,3	144,5	85,4	620,0	10,3	493,4	-	116,2	0,8	18,9
Bausparkassen													
2004 April	27	175,3	0,0	42,8	31,0	11,8	122,1	1,5	108,1	.	12,3	0,4	9,9
Mai	27	175,3	0,1	42,7	30,8	11,8	122,2	1,5	108,2	.	12,4	0,4	9,9
Banken mit Sonderaufgaben													
2004 April	14	551,1	0,3	315,2	270,6	44,5	195,8	5,7	156,8	-	32,4	2,1	37,6
Mai	14	551,8	0,6	315,2	269,8	45,2	195,7	5,8	156,2	-	32,7	2,1	38,2
Nachrichtlich: Auslandsbanken ⁷⁾													
2004 April	127	397,8	2,9	169,0	115,4	53,2	212,2	41,3	121,9	0,2	48,6	0,8	13,0
Mai	127	405,4	3,3	176,8	123,6	52,6	210,4	39,9	123,0	0,2	47,0	1,2	13,7
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken ⁸⁾													
2004 April	44	297,4	2,4	119,5	70,9	48,5	165,2	20,1	106,2	0,1	38,7	0,7	9,7
Mai	44	305,4	2,7	125,7	76,7	48,9	165,6	19,8	107,1	0,1	38,6	1,1	10,3

* Für den Zeitraum bis Dezember 1998 werden im Abschnitt IV (mit Ausnahme der Tabelle IV. 1) Aktiva und Passiva der Banken (ohne Bausparkassen) in Deutschland gezeigt, ab Januar 1999 Aktiva und Passiva der monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden –

Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen s. Anm. zur Tabelle IV.3. — 1 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 2 In den Termineinlagen enthalten. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschreibungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuld-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)								Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf ⁴⁾	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:				insgesamt	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist	Sparbriefe				
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung ¹⁾		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos ²⁾							
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr ¹⁾									
Alle Bankengruppen														
1 820,3	211,9	1 608,2	2 447,6	656,2	332,2	751,6	54,9	600,4	508,7	107,2	1 530,4	294,4	378,2	2003 Dez.
1 820,1	280,7	1 539,3	2 453,1	677,1	316,5	751,5	65,8	600,6	510,0	107,4	1 537,1	291,3	362,3	2004 Jan.
1 818,6	256,7	1 561,8	2 470,4	691,2	319,9	750,7	83,4	601,4	511,2	107,1	1 548,5	285,0	365,5	Febr.
1 844,5	276,3	1 568,0	2 472,0	697,2	320,2	746,6	83,6	601,3	511,3	106,8	1 576,3	283,6	366,4	März
1 873,9	270,9	1 602,9	2 477,8	701,0	319,4	750,3	84,4	601,0	512,2	106,0	1 593,8	286,2	372,7	April
1 868,9	248,3	1 620,4	2 487,6	705,5	322,3	753,7	76,9	600,4	512,4	105,7	1 606,1	287,2	368,7	Mai
Kreditbanken ⁵⁾														
738,4	158,5	579,8	712,1	325,1	155,0	122,9	73,9	99,8	89,6	9,3	211,6	92,9	130,1	2004 April
737,0	150,7	586,1	715,1	328,9	153,6	123,4	65,4	100,0	89,9	9,2	212,5	93,1	128,7	Mai
Großbanken ⁶⁾														
460,4	117,1	343,3	358,1	149,1	111,6	69,8	68,3	27,2	25,3	0,5	147,8	53,8	77,8	2004 April
451,7	111,7	339,9	359,2	153,6	107,8	70,3	61,6	27,2	25,4	0,4	148,6	53,8	76,2	Mai
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken														
201,7	29,9	171,8	338,1	165,4	40,2	51,0	5,6	72,7	64,2	8,8	63,8	36,7	46,5	2004 April
209,6	29,8	179,7	340,0	166,7	40,7	51,1	3,7	72,8	64,5	8,7	63,9	37,0	46,4	Mai
Zweigstellen ausländischer Banken														
76,3	11,5	64,8	15,9	10,6	3,1	2,1	-	0,0	0,0	0,0	-	2,4	5,8	2004 April
75,7	9,1	66,5	15,9	8,7	5,2	2,0	-	0,0	0,0	0,0	-	2,3	6,1	Mai
Landesbanken														
466,1	68,1	398,0	326,4	50,0	40,6	219,6	7,8	15,5	14,5	0,7	476,7	59,7	61,3	2004 April
462,3	56,1	406,2	327,2	46,5	43,5	221,1	8,2	15,4	14,5	0,7	481,2	60,1	59,8	Mai
Sparkassen														
216,2	5,6	210,7	630,8	193,3	52,3	10,8	-	304,0	251,7	70,3	43,0	46,3	44,0	2004 April
216,3	5,2	211,0	633,0	195,6	52,8	10,9	-	303,5	251,8	70,2	44,0	46,6	44,4	Mai
Genossenschaftliche Zentralbanken														
111,3	28,7	82,6	30,0	6,8	6,2	16,6	2,5	-	-	0,3	27,6	10,0	10,7	2004 April
110,9	27,2	83,7	31,1	7,5	6,8	16,4	3,1	-	-	0,3	28,3	10,0	11,7	Mai
Kreditgenossenschaften														
74,8	1,6	73,2	404,2	120,9	52,7	24,2	-	181,3	156,0	25,1	32,4	30,6	22,5	2004 April
75,5	1,4	74,1	405,2	122,0	52,8	24,3	-	181,1	155,9	24,9	32,3	30,7	22,3	Mai
Realkreditinstitute														
130,6	4,0	126,6	143,9	1,4	5,0	137,3	0,2	-	-	0,2	548,2	21,4	24,5	2004 April
129,6	4,0	125,7	146,1	1,5	5,3	139,0	0,2	-	-	0,2	553,1	21,2	22,5	Mai
Bausparkassen														
30,5	1,5	29,0	112,6	0,3	0,8	110,9	-	0,4	0,4	0,2	7,3	7,3	17,6	2004 April
30,1	1,9	28,1	112,7	0,3	0,8	111,0	-	0,4	0,4	0,2	7,2	7,3	18,0	Mai
Banken mit Sonderaufgaben														
106,0	3,0	103,0	117,9	3,1	6,8	108,0	-	-	-	-	247,1	18,0	62,0	2004 April
107,3	1,9	105,5	117,3	3,2	6,6	107,5	-	-	-	-	247,7	18,1	61,4	Mai
Nachrichtlich: Auslandsbanken ⁷⁾														
138,6	24,8	113,8	123,9	79,0	11,3	23,3	0,2	7,0	6,9	3,2	98,4	13,3	23,6	2004 April
142,1	19,6	122,5	127,1	79,0	14,4	23,6	0,2	7,0	6,8	3,2	99,3	13,0	23,9	Mai
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken ⁸⁾														
62,3	13,3	49,0	108,0	68,3	8,2	21,3	0,2	7,0	6,9	3,2	98,4	10,9	17,8	2004 April
66,4	10,4	56,0	111,2	70,3	9,2	21,5	0,2	7,0	6,8	3,1	99,3	10,6	17,8	Mai

verschreibungen. — 5 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. — 6 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG. — 7 Summe der in anderen Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheits-

besitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. — 8 Ausgliederung der in den Bankengruppen „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Realkreditinstitute“ enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Euro-Währungen 1)	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs) 2) 3)					Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) 3) 8)					
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel 4)	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken 5)	Wertpapiere von Banken 6)	Nachrichtlich: Treuhandkredite 7)	insgesamt	Buchkredite	Wechsel 4)	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 9)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
1994	25,0	61,5	1 695,6	1 150,6	17,4	4,6	513,6	9,5	4 137,2	3 502,8	45,9	2,2	433,7
1995	26,0	61,0	1 859,9	1 264,9	17,5	4,3	561,9	11,4	4 436,9	3 802,0	46,8	1,4	427,3
1996	28,9	59,7	2 134,0	1 443,3	17,9	3,4	657,2	12,2	4 773,1	4 097,9	44,8	5,9	437,2
1997	29,3	60,2	2 397,9	1 606,3	18,1	3,6	758,9	11,1	5 058,4	4 353,9	44,7	2,9	473,3
1998	28,5	63,6	2 738,2	1 814,7	14,6	12,2	887,7	9,1	5 379,8	4 639,7	32,8	5,0	527,8
1999	16,8	45,6	1 556,9	1 033,4	0,0	19,2	504,2	3,9	2 904,5	2 569,6	7,0	3,0	287,5
2000	15,6	50,8	1 639,6	1 056,1	0,0	26,8	556,6	3,6	3 003,7	2 657,3	6,5	2,3	304,7
2001	14,2	56,3	1 676,0	1 078,9	0,0	5,6	591,5	2,8	3 014,1	2 699,4	4,8	4,4	301,5
2002	17,5	45,6	1 691,3	1 112,3	0,0	7,8	571,2	2,7	2 997,2	2 685,0	4,1	3,3	301,9
2003	17,0	46,7	1 643,9	1 064,0	0,0	8,8	571,0	2,3	2 995,6	2 677,0	3,7	3,4	309,6
2002 Dez.	17,5	45,6	1 691,3	1 112,3	0,0	7,8	571,2	2,7	2 997,2	2 685,0	4,1	3,3	301,9
2003 Jan.	12,9	42,3	1 661,6	1 086,8	0,0	9,7	565,1	2,6	3 005,1	2 686,9	3,9	4,0	307,4
Febr.	12,9	39,0	1 667,6	1 095,5	0,0	9,7	562,3	2,5	3 001,9	2 682,6	3,8	3,6	308,9
März	12,6	47,5	1 655,8	1 081,1	0,0	10,0	564,7	2,5	3 005,5	2 677,5	3,8	4,8	316,4
April	13,5	37,7	1 648,8	1 074,6	0,0	9,9	564,3	2,5	3 007,6	2 676,4	3,8	5,0	319,4
Mai	13,7	38,3	1 674,3	1 099,7	0,0	9,2	565,3	2,5	3 003,6	2 667,8	3,9	4,5	324,5
Juni	12,9	40,9	1 665,5	1 090,9	0,0	9,9	564,7	2,5	2 992,4	2 670,2	3,9	3,9	311,4
Juli	12,9	40,5	1 645,6	1 063,8	0,0	10,9	571,0	2,4	2 996,0	2 671,8	4,0	3,4	314,7
Aug.	13,2	42,5	1 636,2	1 056,4	0,0	9,3	570,5	2,4	2 986,9	2 667,9	4,0	3,4	309,6
Sept.	12,9	42,1	1 627,9	1 047,0	0,0	9,7	571,2	2,4	2 995,7	2 676,3	3,9	2,1	311,4
Okt.	13,3	44,3	1 630,0	1 046,2	0,0	9,7	574,1	2,4	2 992,9	2 675,4	3,9	3,1	308,4
Nov.	12,8	38,2	1 663,1	1 073,8	0,0	10,5	578,8	2,3	3 012,2	2 685,5	3,7	3,4	317,5
Dez.	17,0	46,7	1 643,9	1 064,0	0,0	8,8	571,0	2,3	2 995,6	2 677,0	3,7	3,4	309,6
2004 Jan.	12,9	39,5	1 632,9	1 055,9	0,0	8,4	568,5	2,3	2 992,0	2 667,0	3,5	2,6	316,8
Febr.	12,9	37,6	1 645,1	1 058,5	0,0	8,5	578,0	2,3	2 994,8	2 658,8	3,4	2,5	328,1
März	12,4	31,1	1 656,6	1 062,0	0,0	8,1	586,4	2,4	3 015,7	2 670,4	3,2	2,1	338,0
April	12,6	39,4	1 673,5	1 070,7	0,0	8,6	594,1	2,4	3 022,9	2 664,3	3,2	3,0	350,5
Mai	13,5	41,4	1 693,0	1 081,2	0,0	7,7	604,1	2,4	3 013,6	2 657,8	3,2	2,9	347,8
Veränderungen *)													
1995	+ 1,0	- 0,5	+ 193,5	+ 139,4	+ 0,1	- 0,5	+ 54,3	+ 0,2	+ 312,8	+ 303,6	+ 1,0	- 0,8	+ 2,9
1996	+ 2,9	- 1,3	+ 257,8	+ 161,8	+ 0,4	- 1,1	+ 95,8	+ 0,8	+ 336,3	+ 311,7	- 2,0	+ 4,7	+ 10,6
1997	+ 0,4	+ 0,5	+ 262,5	+ 160,7	+ 0,2	+ 0,2	+ 102,6	- 1,1	+ 285,2	+ 255,5	- 0,1	- 3,0	+ 36,5
1998	- 0,8	+ 3,4	+ 343,3	+ 210,3	- 3,6	+ 8,6	+ 130,0	- 2,0	+ 335,3	+ 302,1	- 11,9	+ 2,1	+ 52,1
1999	+ 2,2	+ 13,2	+ 122,1	+ 66,3	+ 0,0	+ 12,9	+ 42,8	- 0,7	+ 156,1	+ 136,9	+ 2,6	+ 0,4	+ 16,7
2000	- 1,1	+ 5,1	+ 83,6	+ 21,7	- 0,0	+ 7,6	+ 54,3	- 0,3	+ 100,7	+ 83,7	- 0,5	- 0,8	+ 19,0
2001	- 1,4	+ 5,5	+ 34,6	+ 20,1	- 0,0	- 21,3	+ 35,8	- 0,9	+ 11,9	+ 40,8	- 1,6	+ 1,6	+ 0,3
2002	+ 3,3	- 10,7	+ 15,0	+ 33,1	+ 0,0	+ 2,3	- 20,3	- 0,2	- 19,2	- 18,0	- 0,8	- 1,1	+ 1,7
2003	- 0,5	+ 1,1	- 47,2	- 48,2	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,1	- 0,3	+ 0,1	- 8,0	- 0,4	+ 0,3	+ 9,3
2002 Dez.	+ 4,7	+ 3,8	+ 2,2	+ 10,2	+ 0,0	- 5,4	- 2,6	+ 0,0	- 6,3	+ 1,6	- 0,1	- 0,2	- 7,6
2003 Jan.	- 4,6	- 3,2	- 29,7	- 25,5	- 0,0	+ 1,9	- 6,1	- 0,1	+ 7,9	+ 1,9	- 0,1	+ 0,6	+ 5,5
Febr.	+ 0,0	- 3,3	+ 6,0	+ 8,8	+ 0,0	+ 0,0	- 2,8	- 0,0	- 3,3	- 4,3	- 0,1	- 0,4	+ 1,5
März	- 0,4	+ 8,5	- 11,8	- 14,4	- 0,0	+ 0,2	+ 2,4	- 0,0	+ 3,7	- 5,0	- 0,0	+ 1,3	+ 7,4
April	+ 0,9	- 9,8	- 7,0	- 6,5	-	- 0,1	- 0,4	- 0,0	+ 2,1	- 1,1	- 0,0	+ 0,2	+ 3,1
Mai	+ 0,2	+ 0,6	+ 25,5	+ 25,1	- 0,0	- 0,7	+ 1,1	- 0,1	- 3,8	- 8,7	+ 0,1	- 0,6	+ 5,3
Juni	- 0,7	+ 2,6	- 8,8	- 8,8	- 0,0	+ 0,6	- 0,6	- 0,0	- 11,1	+ 2,5	+ 0,0	- 0,5	- 13,1
Juli	- 0,0	- 0,4	- 20,1	- 27,2	- 0,0	+ 0,8	+ 6,3	- 0,0	+ 3,8	+ 1,6	+ 0,1	- 0,3	+ 3,4
Aug.	+ 0,2	+ 2,0	- 9,4	- 7,4	- 0,0	- 1,5	- 0,5	- 0,0	- 9,1	- 3,9	- 0,0	- 0,0	- 5,1
Sept.	- 0,2	- 0,3	- 7,8	- 9,4	+ 0,0	+ 0,4	+ 1,2	- 0,0	+ 9,6	+ 8,4	- 0,1	- 1,3	+ 2,6
Okt.	+ 0,3	+ 2,2	+ 2,1	- 0,8	+ 0,0	- 0,1	+ 2,9	+ 0,0	- 2,8	- 0,9	- 0,0	+ 1,1	- 3,0
Nov.	- 0,5	- 6,1	+ 33,1	+ 27,6	-	+ 1,0	+ 4,5	- 0,1	+ 19,3	+ 10,1	- 0,2	+ 0,3	+ 9,1
Dez.	+ 4,2	+ 8,5	- 19,3	- 9,8	-	- 1,7	- 7,8	- 0,0	- 16,1	- 8,6	- 0,0	- 0,0	- 7,4
2004 Jan.	- 4,1	- 7,1	- 11,0	- 8,1	-	- 0,4	- 2,6	- 0,0	- 3,7	- 10,0	- 0,1	- 0,7	+ 7,2
Febr.	+ 0,1	- 1,9	+ 12,0	+ 2,4	-	+ 0,1	+ 9,5	- 0,0	+ 2,8	- 8,1	- 0,2	- 0,2	+ 11,3
März	- 0,5	- 6,5	+ 11,5	+ 3,5	- 0,0	- 0,4	+ 8,4	+ 0,1	+ 20,9	+ 11,6	- 0,2	- 0,4	+ 9,9
April	+ 0,1	+ 8,3	+ 16,9	+ 8,7	+ 0,0	+ 0,5	+ 7,7	+ 0,0	+ 7,3	- 6,1	+ 0,0	+ 0,8	+ 12,6
Mai	+ 0,9	+ 2,0	+ 19,6	+ 10,5	- 0,0	- 0,9	+ 9,9	- 0,1	- 9,4	- 6,5	- 0,0	- 0,1	- 2,7

* S. Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bis Dezember 1998: inländische Noten und Münzen. — 2 Bis Dezember 1998 ohne Kredite an inländische Bausparkassen. — 3 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; s. a. Anm. 7. — 4 Bis Dezember 1998 Wechselkredite (Wechselbestand zuzüglich Indossamentsverbindlich-

keiten aus rediskontierten Wechseln und aus dem Wechselbestand vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel). — 5 Bis November 1993 in den Wertpapieren enthalten; s. a. Anm. 6. — 6 Bis November 1993 einschl. börsenfähiger Geldmarktpapiere; ohne Namensschuldverschreibungen. — 7 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite bzw. Einlagen einbezogen; s. a. Anm. 3. — 8 Bis Dezember 1998 einschl. Kredite an inländische Bausparkassen. — 9 Ohne Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; s. a. Anm. 10. — 10 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem

IV. Banken

Ausgleichs- forderungen 10)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite 7)	Beteiligun- gen an in- ländischen Banken und Unter- nehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3) 11) 12)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) 3) 17)					Zeit	
			insgesamt	Sicht- einlagen 13) 14)	Termin- ein- lagen 14) 15)	weiter- gegebene Wechsel 16)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite 7)	insgesamt	Sicht- ein- lagen 13)	Termin- ein- lagen 15) 18)	Spar- ein- lagen 19)	Spar- briefe 20)		Nach- richtlich: Treuhand- kredite 7)
68,1	84,4	70,7	1 427,9	342,8	976,9	75,2	33,1	2 875,7	540,2	1 109,3	940,5	206,9	78,8	1994
71,3	88,1	83,2	1 539,4	363,9	1 065,1	75,5	35,0	3 021,1	579,9	1 086,1	1 046,1	227,4	81,6	1995
81,3	106,0	89,7	1 731,0	401,1	1 202,4	75,4	52,2	3 241,5	675,1	1 109,8	1 143,0	227,8	85,8	1996
76,0	107,6	95,1	1 902,3	427,6	1 349,1	75,6	50,0	3 341,9	689,8	1 146,9	1 182,1	236,9	86,1	1997
71,6	102,8	129,2	2 086,9	472,5	1 505,2	59,4	49,7	3 520,3	799,5	1 194,1	1 211,0	234,9	80,9	1998
37,5	58,0	75,6	1 122,0	114,4	1 007,3	0,3	29,8	1 905,3	420,4	759,6	614,7	110,7	42,1	1999
33,1	58,5	82,7	1 189,2	113,4	1 075,3	0,4	30,1	1 945,8	443,4	819,9	573,5	109,0	42,1	2000
4,0	57,0	95,9	1 204,9	123,1	1 081,6	0,3	27,2	2 034,0	526,4	827,0	574,5	106,0	43,3	2001
3,0	54,8	119,0	1 244,0	127,6	1 116,2	0,2	25,6	2 085,9	575,6	830,6	575,3	104,4	42,1	2002
2,0	56,8	109,2	1 229,6	116,8	1 112,6	0,2	27,8	2 140,3	624,0	825,7	590,3	100,3	40,5	2003
3,0	54,8	119,0	1 244,0	127,6	1 116,2	0,2	25,6	2 085,9	575,6	830,6	575,3	104,4	42,1	2002 Dez.
3,0	54,7	118,4	1 214,6	134,8	1 079,7	0,2	25,5	2 076,4	565,2	830,3	577,4	103,5	42,1	2003 Jan.
3,0	54,8	118,0	1 224,7	134,5	1 090,1	0,2	25,6	2 084,6	571,6	830,0	579,2	103,7	41,9	Febr.
3,0	54,8	116,1	1 218,0	144,0	1 073,9	0,2	25,5	2 089,6	578,9	828,4	579,3	103,0	42,1	März
3,0	54,6	116,7	1 203,4	137,4	1 065,9	0,1	25,5	2 094,8	586,3	828,2	577,9	102,4	41,8	April
3,0	54,5	119,6	1 254,2	146,4	1 107,7	0,1	25,5	2 101,9	591,7	831,2	577,1	101,9	41,7	Mai
3,0	54,4	118,1	1 252,5	150,5	1 101,8	0,1	25,4	2 109,6	608,9	822,7	576,7	101,3	41,8	Juni
2,0	54,2	119,1	1 207,7	123,6	1 084,0	0,1	25,3	2 102,3	595,6	829,0	576,8	100,9	41,7	Juli
2,0	54,6	118,8	1 198,2	120,9	1 077,2	0,1	25,7	2 111,4	598,5	834,5	578,0	100,4	41,7	Aug.
2,0	54,4	115,1	1 188,2	116,0	1 072,0	0,1	25,5	2 112,3	608,8	825,4	578,3	99,9	41,5	Sept.
2,0	53,9	115,0	1 179,6	122,1	1 057,4	0,1	25,3	2 114,7	610,9	824,5	579,4	100,0	40,7	Okt.
2,0	54,1	113,3	1 214,5	135,3	1 079,1	0,1	25,5	2 138,6	634,1	824,0	580,3	100,1	40,7	Nov.
2,0	56,8	109,2	1 229,6	116,8	1 112,6	0,2	27,8	2 140,3	624,0	825,7	590,3	100,3	40,5	Dez.
2,0	57,2	108,9	1 213,2	142,0	1 071,1	0,1	28,3	2 137,5	632,2	814,3	590,6	100,3	40,3	2004 Jan.
2,0	56,6	108,8	1 215,7	134,0	1 081,6	0,1	28,2	2 141,8	635,4	814,8	591,5	100,1	40,5	Febr.
2,0	54,9	107,2	1 204,3	140,0	1 064,2	0,1	27,8	2 145,8	635,3	819,2	591,4	99,8	39,3	März
2,0	54,4	106,6	1 227,8	143,2	1 084,5	0,1	27,7	2 154,0	644,0	819,6	591,2	99,2	39,0	April
2,0	54,3	107,1	1 252,0	134,2	1 117,7	0,1	27,6	2 162,4	642,7	830,2	590,6	98,9	39,0	Mai
Veränderungen *)														
- 1,2	+ 7,3	+ 12,5	+ 134,2	+ 20,4	+ 111,5	+ 0,4	+ 2,0	+ 158,3	+ 48,9	- 14,2	+ 105,6	+ 11,7	+ 6,3	1995
+ 8,0	+ 3,3	+ 6,5	+ 175,9	+ 36,6	+ 137,7	- 0,2	+ 1,7	+ 218,4	+ 94,3	+ 23,2	+ 96,9	+ 0,7	+ 3,3	1996
- 5,3	+ 1,6	+ 5,4	+ 175,9	+ 31,6	+ 146,7	+ 0,2	- 2,6	+ 100,5	+ 13,0	+ 37,1	+ 39,1	+ 9,2	+ 2,1	1997
- 4,4	- 4,8	+ 34,1	+ 179,0	+ 39,7	+ 156,4	- 16,2	- 0,9	+ 179,3	+ 110,6	+ 47,2	+ 28,9	- 2,1	- 5,3	1998
- 0,6	+ 0,1	+ 9,3	+ 69,0	- 1,8	+ 81,8	- 11,1	- 0,4	+ 67,3	+ 32,7	+ 48,4	- 4,5	- 9,3	+ 0,7	1999
- 0,8	+ 0,5	+ 7,1	+ 64,7	- 2,3	+ 66,9	+ 0,1	+ 0,3	+ 41,3	+ 22,3	+ 61,1	- 40,5	- 1,7	- 0,0	2000
- 29,1	- 1,5	+ 13,3	+ 9,6	+ 7,4	+ 2,3	- 0,2	- 2,9	+ 88,5	+ 82,3	+ 8,1	+ 1,1	- 2,9	+ 1,0	2001
- 1,0	- 2,1	+ 24,2	+ 37,9	+ 1,7	+ 36,3	- 0,1	- 1,5	+ 51,7	+ 48,4	+ 4,1	+ 0,8	- 1,6	- 1,1	2002
- 1,0	+ 2,1	- 9,8	- 5,6	- 9,5	+ 3,9	+ 0,0	+ 2,4	+ 54,0	+ 48,4	+ 4,8	+ 15,1	- 4,8	- 1,2	2003
-	- 0,2	+ 5,8	+ 22,6	- 29,7	+ 52,3	+ 0,0	- 0,1	+ 23,8	+ 3,3	+ 8,0	+ 12,8	- 0,3	+ 0,6	2002 Dez.
- 0,0	- 0,1	- 0,6	- 29,4	+ 7,2	- 36,5	- 0,0	- 0,2	- 9,5	- 10,4	- 0,3	+ 2,1	- 0,9	- 0,0	2003 Jan.
- 0,0	+ 0,1	- 0,4	+ 17,8	- 0,3	+ 18,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 7,6	+ 6,4	- 0,3	+ 1,8	- 0,4	- 0,2	Febr.
+ 0,0	- 0,0	- 1,9	- 6,7	+ 9,5	- 16,2	+ 0,0	+ 0,1	+ 5,1	+ 7,3	- 1,6	+ 0,1	- 0,7	- 0,1	März
- 0,0	- 0,2	+ 0,6	- 14,6	- 6,6	- 8,0	- 0,0	+ 0,0	+ 5,1	+ 7,4	- 0,2	- 1,4	- 0,6	- 0,2	April
-	- 0,1	+ 3,0	+ 50,8	+ 8,9	+ 41,9	- 0,0	- 0,0	+ 7,1	+ 5,4	+ 3,0	- 0,8	- 0,5	- 0,1	Mai
- 0,0	- 0,1	- 1,5	- 1,7	+ 4,2	- 5,9	- 0,0	- 0,1	+ 7,7	+ 17,2	- 8,5	- 0,4	- 0,6	+ 0,1	Juni
- 1,0	- 0,2	+ 1,0	- 44,9	- 27,0	- 18,0	- 0,0	- 0,1	- 7,1	- 13,3	+ 6,5	+ 0,1	- 0,4	- 0,0	Juli
- 0,0	+ 0,3	- 0,3	- 9,5	- 2,7	- 6,8	- 0,0	+ 0,4	+ 9,1	+ 2,9	+ 5,5	+ 1,3	- 0,5	- 0,1	Aug.
+ 0,0	- 0,2	- 3,6	- 8,7	- 3,5	- 5,2	- 0,0	- 0,2	+ 0,8	+ 10,3	- 9,1	+ 0,2	- 0,5	- 0,2	Sept.
- 0,0	- 0,4	- 0,2	- 8,6	+ 6,1	- 14,7	+ 0,0	- 0,2	+ 2,5	+ 2,1	- 0,9	+ 1,1	+ 0,1	- 0,3	Okt.
-	+ 0,2	- 1,7	+ 34,9	+ 13,2	+ 21,7	+ 0,0	+ 0,2	+ 23,8	+ 23,2	- 0,4	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,0	Nov.
+ 0,0	+ 2,7	- 4,1	+ 15,1	- 18,6	+ 33,6	+ 0,1	+ 2,3	+ 1,7	- 10,1	+ 1,7	+ 10,0	+ 0,1	- 0,2	Dez.
- 0,0	+ 0,3	- 0,3	- 16,3	+ 25,3	- 41,5	- 0,1	+ 0,4	- 2,8	+ 8,2	- 11,4	+ 0,3	+ 0,1	- 0,2	2004 Jan.
-	- 0,5	- 0,1	+ 2,4	- 8,0	+ 10,5	- 0,0	- 0,1	+ 4,3	+ 4,1	- 0,4	+ 0,9	- 0,2	+ 0,2	Febr.
+ 0,0	- 1,8	- 1,6	- 11,4	+ 6,0	- 17,4	+ 0,0	- 0,3	+ 4,0	- 0,0	+ 4,5	- 0,1	- 0,3	- 1,2	März
- 0,0	- 0,5	- 0,6	+ 23,2	+ 3,2	+ 20,0	+ 0,0	- 0,2	+ 8,5	+ 8,7	+ 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2	April
-	- 0,1	+ 0,4	+ 24,2	- 9,0	+ 33,2	+ 0,0	- 0,1	+ 8,4	- 1,4	+ 10,6	- 0,6	- 0,2	- 0,0	Mai

Umtausch von Ausgleichsforderungen. — 11 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. — 12 Bis Dezember 1998 ohne Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Bausparkassen und Geldmarktfonds. — 13 Bis Dezember 1998 einschl. Termingelder bis unter 1 Monat. — 14 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank. — 15 Bis Dezember 1998 ohne Termineinlagen bis unter 1 Monat. — 16 Eigene Akzepte und Sola-

wechsel im Umlauf und bis Dezember 1998 zuzüglich Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln. — 17 Bis Dezember 1998 einschl. Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Bausparkassen und Geldmarktfonds. — 18 Seit Einbeziehung der Bausparkassen Januar 1999 einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 19 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 18. — 20 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland *)

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen 1)	Kredite an ausländische Banken (MFIs) 2)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) 2)					
		insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel 3)			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken 4)	Wertpapiere von Banken 5)	Nachrichtlich: Treuhandkredite 6)	insgesamt	Buchkredite, Wechsel 3)			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken
			zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
1994	1,2	492,3	455,0	309,0	146,0	0,1	23,7	13,5	257,4	173,0	35,0	138,0	0,6	66,5
1995	1,2	538,4	500,8	349,7	151,1	0,1	25,6	11,8	289,2	191,1	42,1	148,9	1,7	79,7
1996	1,4	588,9	544,2	386,6	157,6	0,3	31,5	13,0	352,0	230,4	60,2	170,2	4,9	103,9
1997	1,5	689,1	635,3	456,1	179,2	0,2	43,1	10,5	474,8	312,7	96,2	216,5	6,0	140,3
1998	1,5	774,9	706,9	533,6	173,3	0,4	58,7	9,0	610,3	364,9	93,9	270,9	11,6	211,0
1999	0,4	427,1	383,5	279,5	104,1	0,4	43,2	4,2	396,1	235,8	52,7	183,1	7,5	152,7
2000	0,4	507,7	441,4	325,4	116,0	1,3	65,0	3,6	475,8	286,8	71,1	215,7	6,5	182,5
2001	0,4	596,1	521,7	383,7	138,0	0,8	73,6	3,5	570,3	347,2	99,7	247,5	5,2	217,9
2002	0,3	690,6	615,3	468,0	147,2	0,9	74,4	2,7	558,8	332,6	92,6	240,0	9,3	216,9
2003	0,3	769,6	675,8	515,7	160,1	1,5	92,3	1,6	576,3	344,8	110,9	233,9	6,0	225,4
2002 Dez.	0,3	690,6	615,3	468,0	147,2	0,9	74,4	2,7	558,8	332,6	92,6	240,0	9,3	216,9
2003 Jan.	0,3	695,1	620,5	471,3	149,1	0,9	73,8	2,6	559,9	333,2	91,5	241,6	10,8	215,9
Febr.	0,3	713,7	637,5	488,8	148,6	1,3	74,9	2,6	576,6	352,7	109,9	242,8	10,2	213,8
März	0,3	733,3	654,1	504,0	150,1	1,0	78,3	2,6	574,8	354,5	113,1	241,3	8,5	211,8
April	0,3	738,6	657,2	505,9	151,2	1,7	79,8	2,6	583,3	364,8	125,1	239,7	7,4	211,1
Mai	0,3	760,1	676,4	524,6	151,8	1,3	82,4	2,5	578,6	362,3	126,8	235,6	6,8	209,4
Juni	0,4	794,3	707,2	553,1	154,1	1,3	85,8	2,6	578,1	351,6	115,2	236,4	7,0	219,5
Juli	0,3	779,1	689,4	533,9	155,5	1,4	88,3	2,6	567,4	345,3	106,5	238,8	6,8	215,3
Aug.	0,3	771,9	682,3	522,9	159,4	1,3	88,3	2,6	561,3	344,3	101,3	243,0	7,4	209,5
Sept.	0,4	769,8	680,3	520,2	160,1	1,3	88,2	2,3	569,4	346,6	110,3	236,3	7,2	215,6
Okt.	0,4	757,0	664,9	502,0	162,9	0,9	91,2	1,6	576,6	348,6	106,0	242,6	8,0	219,9
Nov.	0,3	764,6	672,3	512,8	159,5	1,3	91,1	1,6	583,8	357,5	118,0	239,6	6,4	219,8
Dez.	0,3	769,6	675,8	515,7	160,1	1,5	92,3	1,6	576,3	344,8	110,9	233,9	6,0	225,4
2004 Jan.	0,3	788,7	693,8	531,9	161,9	1,2	93,6	1,6	588,4	353,0	118,0	235,0	5,5	229,8
Febr.	0,3	790,5	691,5	530,7	160,8	1,3	97,7	1,6	598,7	360,7	126,1	234,6	6,0	232,0
März	0,3	803,2	700,1	538,5	161,6	1,7	101,4	1,7	617,6	370,2	133,9	236,4	4,8	242,5
April	0,3	825,5	720,4	557,5	162,9	2,2	102,8	1,7	625,8	376,7	137,2	239,5	5,0	244,0
Mai	0,3	836,2	725,7	570,5	155,2	1,9	108,7	1,7	613,1	361,8	123,6	238,2	5,0	246,3
Veränderungen *)														
1995	+ 0,1	+ 59,1	+ 57,6	+ 49,2	+ 8,4	+ 0,0	+ 2,9	- 1,4	+ 38,3	+ 21,3	+ 7,8	+ 13,6	+ 1,1	+ 16,1
1996	+ 0,2	+ 34,2	+ 29,9	+ 27,2	+ 2,7	+ 0,2	+ 5,2	- 1,1	+ 58,4	+ 36,2	+ 17,0	+ 19,2	+ 3,1	+ 21,4
1997	+ 0,1	+ 80,6	+ 71,5	+ 53,3	+ 18,2	- 0,1	+ 10,4	- 1,2	+ 109,3	+ 73,0	+ 33,7	+ 39,3	+ 0,7	+ 32,9
1998	- 0,0	+ 100,8	+ 89,5	+ 79,3	+ 10,2	+ 0,0	+ 13,1	- 1,8	+ 122,0	+ 42,7	- 6,4	+ 49,1	+ 5,5	+ 66,0
1999	- 0,3	+ 17,7	+ 5,7	- 5,3	+ 11,0	+ 0,2	+ 11,7	- 0,0	+ 85,8	+ 42,8	+ 8,4	+ 34,4	+ 1,3	+ 41,8
2000	- 0,0	+ 78,9	+ 56,5	+ 44,6	+ 11,8	+ 0,9	+ 21,6	- 0,7	+ 72,0	+ 45,0	+ 17,4	+ 27,7	- 1,2	+ 28,2
2001	+ 0,0	+ 83,7	+ 75,6	+ 54,4	+ 21,2	- 0,5	+ 8,5	- 0,2	+ 88,3	+ 53,4	+ 27,0	+ 26,4	- 1,5	+ 36,3
2002	- 0,1	+ 120,3	+ 118,0	+ 99,4	+ 18,6	+ 0,1	+ 2,2	- 0,9	+ 21,2	+ 12,7	- 0,4	+ 13,2	+ 4,6	+ 3,9
2003	- 0,1	+ 103,8	+ 84,6	+ 65,2	+ 19,3	+ 0,6	+ 18,7	- 0,4	+ 46,3	+ 35,1	+ 24,0	+ 11,0	- 2,7	+ 13,9
2002 Dez.	+ 0,0	- 14,1	- 8,2	- 11,3	+ 3,1	- 4,7	- 1,2	- 0,1	- 20,8	- 18,2	- 16,7	- 1,6	- 0,4	- 2,1
2003 Jan.	- 0,1	+ 9,2	+ 9,6	+ 6,6	+ 3,0	- 0,0	- 0,4	- 0,1	+ 6,8	+ 4,9	- 0,0	+ 4,9	+ 1,6	+ 0,2
Febr.	+ 0,0	+ 18,9	+ 17,3	+ 17,5	- 0,1	+ 0,5	+ 1,1	- 0,0	+ 16,8	+ 19,6	+ 18,3	+ 1,3	- 0,7	- 2,2
März	+ 0,0	+ 21,4	+ 18,3	+ 16,3	+ 2,0	- 0,4	+ 3,5	- 0,0	+ 0,3	+ 3,5	+ 3,6	- 0,2	- 1,6	- 1,5
April	+ 0,0	+ 8,9	+ 6,4	+ 4,5	+ 2,0	+ 0,8	+ 1,7	- 0,0	+ 12,8	+ 13,7	+ 12,8	+ 0,9	- 1,1	+ 0,2
Mai	+ 0,0	+ 30,1	+ 28,0	+ 24,9	+ 3,2	- 0,4	+ 2,5	- 0,0	+ 5,6	+ 6,0	+ 3,8	+ 2,3	- 0,4	- 0,0
Juni	+ 0,1	+ 29,4	+ 26,3	+ 25,1	+ 1,2	- 0,0	+ 3,2	+ 0,0	- 6,2	- 14,9	- 12,6	- 2,3	+ 0,1	+ 8,6
Juli	- 0,1	- 16,5	- 19,1	- 20,3	+ 1,2	+ 0,2	+ 2,4	- 0,0	- 12,3	- 7,5	- 9,0	+ 1,5	- 0,3	- 4,6
Aug.	+ 0,0	- 13,2	- 12,8	- 15,3	+ 2,5	- 0,1	- 0,3	+ 0,0	- 13,0	- 6,1	- 6,4	+ 0,2	+ 0,5	- 7,3
Sept.	+ 0,0	+ 5,7	+ 5,4	+ 2,9	+ 2,5	- 0,0	+ 0,4	- 0,3	+ 19,1	+ 10,6	+ 10,8	- 0,2	+ 0,0	+ 8,5
Okt.	- 0,0	- 14,4	- 17,0	- 18,8	+ 1,8	- 0,4	+ 3,0	- 0,0	+ 3,1	- 1,9	- 4,4	+ 2,5	+ 0,8	+ 4,2
Nov.	- 0,0	+ 12,5	+ 12,1	+ 14,3	- 2,3	+ 0,4	+ 0,1	- 0,0	+ 12,8	+ 13,3	+ 12,9	+ 0,5	- 1,5	+ 1,0
Dez.	+ 0,0	+ 11,7	+ 9,9	+ 7,6	+ 2,3	+ 0,3	+ 1,5	- 0,0	+ 0,5	- 6,0	- 5,7	- 0,4	- 0,2	+ 6,8
2004 Jan.	+ 0,0	+ 16,3	+ 14,8	+ 14,0	+ 0,8	- 0,3	+ 1,8	+ 0,0	+ 7,6	+ 5,3	+ 6,4	- 1,1	- 0,6	+ 2,9
Febr.	+ 0,0	+ 2,7	- 1,5	- 0,6	- 0,9	+ 0,1	+ 4,1	+ 0,0	+ 11,1	+ 8,0	+ 8,4	- 0,4	+ 0,6	+ 2,5
März	+ 0,0	+ 6,1	+ 2,2	+ 5,3	- 3,1	+ 0,3	+ 3,6	+ 0,0	+ 15,6	+ 7,4	+ 7,0	+ 0,4	- 1,3	+ 9,4
April	-	+ 20,3	+ 18,4	+ 17,6	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,4	+ 0,0	+ 5,6	+ 4,2	+ 3,1	+ 1,1	+ 0,2	+ 1,3
Mai	+ 0,0	+ 13,0	+ 7,5	+ 14,8	- 7,3	- 0,3	+ 5,8	- 0,0	- 9,7	- 12,7	- 13,1	+ 0,4	+ 0,0	+ 3,0

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Bis Dezember 1998: Noten und Münzen in Fremdwährung. — 2 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; s. a. Anm. 6. — 3 Bis Dezember 1998 Wechselkredite (Wechselbestand zuzüglich Indossamentverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und aus dem Wechselbestand

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite 6)	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen 7)	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs) 2)						Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) 2)						Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen 8)	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite 6)	insgesamt	Sichteinlagen 8)	Termineinlagen (einschl. Sparinlagen und Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite 6)	
				zusammen 9)	kurzfristig 9)	mittel- und langfristige				zusammen 9)	kurzfristig 9)	mittel- und langfristige		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
17,3	34,0	402,3	111,6	283,7	150,8	132,9	7,1	181,5	20,6	155,3	41,7	113,6	5,6	1994
16,7	38,8	463,7	116,9	339,7	191,6	148,2	7,0	224,4	22,1	198,0	45,3	152,6	4,4	1995
12,7	45,8	486,5	147,1	335,7	172,0	163,7	3,8	273,5	34,3	237,2	50,0	187,2	2,1	1996
15,7	54,7	670,3	226,0	440,2	254,3	185,9	4,0	333,9	43,5	285,7	63,0	222,7	4,8	1997
22,9	62,9	875,7	309,5	562,5	359,1	203,4	3,7	390,3	51,3	329,6	71,8	257,8	9,5	1998
13,6	33,9	483,6	65,6	418,0	332,3	85,6	2,0	284,4	23,8	260,6	64,9	195,7	5,8	1999
13,9	47,4	586,0	113,7	472,2	382,9	89,3	1,7	314,9	35,4	279,5	62,5	217,0	5,6	2000
13,8	47,6	622,7	91,9	530,8	434,5	96,3	1,4	350,6	34,0	316,6	97,6	219,0	5,3	2001
15,6	44,8	614,2	101,6	512,7	410,4	102,3	1,1	319,2	33,5	285,7	87,0	198,7	4,5	2002
11,6	41,4	590,7	95,1	495,6	387,7	107,9	0,4	307,3	32,2	275,1	102,4	172,7	3,6	2003
15,6	44,8	614,2	101,6	512,7	410,4	102,3	1,1	319,2	33,5	285,7	87,0	198,7	4,5	2002 Dez.
15,4	42,7	623,1	112,6	510,5	406,1	104,4	1,0	324,7	35,7	289,1	95,4	193,7	4,4	2003 Jan.
15,4	42,4	616,4	117,7	498,7	392,8	105,9	1,0	330,8	33,2	297,6	107,5	190,1	4,3	Febr.
15,4	43,3	621,7	131,7	490,0	384,4	105,6	1,0	339,8	43,3	296,5	109,2	187,3	4,2	März
15,1	43,2	634,6	141,6	493,0	387,9	105,1	1,0	333,3	39,3	294,0	110,3	183,7	4,0	April
14,7	41,7	620,9	128,0	492,9	386,0	106,9	1,0	332,0	43,6	288,4	109,8	178,7	3,8	Mai
15,1	42,2	622,8	143,1	479,7	372,8	106,9	1,0	324,6	43,8	280,8	99,8	180,9	3,9	Juni
15,2	43,1	617,2	123,6	493,7	384,1	109,6	0,9	328,0	40,3	287,7	108,5	179,2	3,9	Juli
15,3	43,1	601,1	108,0	493,1	386,3	106,8	0,3	324,7	39,5	285,2	103,5	181,7	4,7	Aug.
15,0	43,7	607,5	144,2	463,3	361,2	102,1	0,3	326,6	40,0	286,6	109,5	177,1	6,8	Sept.
11,7	43,0	597,1	129,1	468,0	360,1	107,9	0,3	332,0	38,2	293,8	116,4	177,5	3,4	Okt.
11,7	41,3	583,1	113,9	469,2	361,3	107,9	0,3	333,5	38,8	294,7	121,6	173,1	3,3	Nov.
11,6	41,4	590,7	95,1	495,6	387,7	107,9	0,4	307,3	32,2	275,1	102,4	172,7	3,6	Dez.
11,7	40,9	606,8	138,7	468,2	359,1	109,0	0,5	315,6	44,8	270,8	99,6	171,2	3,7	2004 Jan.
12,0	39,7	602,9	122,7	480,2	368,1	112,1	0,5	328,7	55,9	272,8	104,6	168,2	3,4	Febr.
9,5	39,8	640,2	136,3	503,8	389,4	114,4	0,5	326,2	61,8	264,4	103,0	161,4	0,9	März
9,6	39,3	646,0	127,7	518,3	403,7	114,6	0,5	323,8	56,9	266,8	106,6	160,2	0,9	April
9,6	39,4	616,9	114,2	502,7	389,0	113,8	0,5	325,2	62,9	262,4	102,3	160,0	0,9	Mai
Veränderungen *)														
- 0,2	+ 5,2	+ 71,0	+ 7,9	+ 64,6	+ 45,9	+ 18,7	- 1,5	+ 47,8	+ 2,2	+ 46,5	+ 4,1	+ 42,4	- 0,9	1995
- 2,3	+ 5,9	+ 11,3	+ 27,1	- 13,9	- 26,6	+ 12,7	- 1,9	+ 44,7	+ 11,7	+ 35,0	+ 3,7	+ 31,3	- 2,0	1996
+ 2,7	+ 7,9	+ 157,3	+ 67,7	+ 89,5	+ 71,8	+ 17,7	+ 0,1	+ 51,0	+ 5,4	+ 43,3	+ 11,4	+ 31,9	+ 2,3	1997
+ 7,7	+ 8,8	+ 215,6	+ 87,7	+ 128,1	+ 108,1	+ 20,0	- 0,3	+ 64,7	+ 10,4	+ 48,9	+ 10,3	+ 38,6	+ 5,5	1998
+ 1,1	+ 10,9	+ 37,4	- 9,2	+ 46,6	+ 47,6	- 1,0	- 0,0	+ 61,0	+ 7,2	+ 53,8	+ 15,9	+ 37,9	+ 0,1	1999
- 0,2	+ 12,8	+ 90,0	+ 47,0	+ 43,0	+ 42,9	+ 0,1	- 0,4	+ 24,4	+ 11,1	+ 13,3	- 2,9	+ 16,2	- 0,8	2000
- 0,5	- 0,5	+ 23,5	- 23,6	+ 47,0	+ 42,4	+ 4,6	- 0,4	+ 30,8	- 1,8	+ 32,6	+ 33,3	- 0,7	- 0,6	2001
+ 1,7	+ 1,6	+ 22,7	+ 14,6	+ 8,1	- 1,3	+ 9,4	- 0,3	+ 4,6	+ 0,8	+ 3,8	- 4,6	+ 8,4	- 0,9	2002
- 0,7	- 1,9	+ 5,7	- 2,0	+ 7,7	- 2,4	+ 10,0	- 0,0	+ 4,5	+ 0,4	+ 4,1	+ 20,6	- 16,5	+ 1,9	2003
+ 0,9	- 0,4	- 25,4	- 22,0	- 3,4	- 3,8	+ 0,5	- 0,0	- 21,6	- 8,6	- 13,0	- 13,0	- 0,1	- 0,2	2002 Dez.
- 0,2	- 1,7	+ 14,4	+ 11,7	+ 2,7	- 0,1	+ 2,8	- 0,1	+ 9,1	+ 2,5	+ 6,6	+ 9,2	- 2,5	- 0,1	2003 Jan.
+ 0,1	- 0,3	- 6,7	+ 5,4	- 12,0	- 13,5	+ 1,5	- 0,0	+ 6,6	- 2,5	+ 9,2	+ 12,2	- 3,1	- 0,1	Febr.
- 0,1	+ 1,0	+ 7,4	+ 14,3	- 6,9	- 7,0	+ 0,0	- 0,0	+ 10,3	+ 10,2	+ 0,1	+ 2,0	- 1,9	- 0,1	März
- 0,3	+ 0,1	+ 17,1	+ 10,6	+ 6,5	+ 6,4	+ 0,2	+ 0,0	- 4,0	- 3,8	- 0,1	+ 1,8	- 1,9	- 0,3	April
- 0,4	- 0,7	- 4,3	- 11,8	+ 7,5	+ 4,2	+ 3,3	- 0,1	+ 5,0	+ 4,7	+ 0,2	+ 0,9	- 0,7	- 0,2	Mai
+ 0,4	+ 0,1	- 3,0	+ 14,1	- 17,1	- 16,2	- 0,8	+ 0,0	- 10,9	+ 0,0	- 10,9	- 10,6	- 0,3	+ 0,2	Juni
+ 0,0	+ 0,3	- 6,9	- 19,8	+ 12,8	+ 10,4	+ 2,4	- 0,1	+ 2,7	- 3,6	+ 6,4	+ 8,5	- 2,1	- 0,0	Juli
+ 0,2	- 0,5	- 22,3	- 16,7	- 5,6	- 1,7	- 3,9	- 0,0	- 7,3	- 1,1	- 6,2	- 5,9	- 0,2	+ 0,1	Aug.
- 0,3	+ 1,2	+ 16,1	+ 37,6	- 21,5	- 18,4	- 3,1	- 0,0	+ 7,8	+ 1,1	+ 6,7	+ 7,5	- 0,8	+ 2,1	Sept.
+ 0,0	- 0,8	- 11,8	- 15,4	+ 3,6	- 1,5	+ 5,1	-	+ 1,4	- 1,8	+ 3,2	+ 6,7	- 3,6	+ 0,0	Okt.
- 0,0	- 1,3	- 9,2	- 14,2	+ 5,1	+ 4,0	+ 1,0	-	+ 4,9	+ 0,9	+ 4,0	+ 6,0	- 2,0	- 0,1	Nov.
- 0,1	+ 0,6	+ 14,9	- 17,7	+ 32,6	+ 31,1	+ 1,5	+ 0,1	- 21,2	- 6,2	- 15,0	- 17,7	+ 2,7	+ 0,3	Dez.
+ 0,1	- 0,8	+ 12,9	+ 43,2	- 30,2	- 30,7	+ 0,5	+ 0,1	+ 5,8	+ 12,5	- 6,7	- 3,5	- 3,2	+ 0,1	2004 Jan.
+ 0,3	- 1,3	- 3,2	- 15,9	+ 12,7	+ 9,4	+ 3,2	- 0,0	+ 13,2	+ 11,1	+ 2,2	+ 5,1	- 2,9	- 0,3	Febr.
+ 0,1	- 0,1	+ 30,7	+ 13,1	+ 17,6	+ 19,0	- 1,4	- 0,0	- 1,5	+ 5,8	- 7,3	- 2,2	- 5,1	- 0,0	März
+ 0,0	- 0,6	+ 3,8	- 9,1	+ 12,8	+ 13,1	- 0,3	+ 0,0	- 3,8	- 5,1	+ 1,3	+ 3,1	- 1,9	- 0,0	April
+ 0,0	+ 0,3	- 26,7	- 13,1	- 13,6	- 13,4	- 0,2	- 0,0	+ 2,8	+ 6,1	- 3,3	+ 3,8	+ 0,5	+ 0,0	Mai

vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel). — 4 Bis November 1993 in den Wertpapieren enthalten; s. a. Anm. 5. — 5 Bis November 1993 einschl. börsenfähiger Geldmarktpapiere; ohne Namensschuldverschreibungen. — 6 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite bzw. Einlagen einbezogen; s. a.

Anm. 2. — 7 Bis Dezember 1998 einschl. den Auslandsfilialen zur Verfügung gestelltes Betriebskapital. — 8 Bis Dezember 1998 einschl. Termineinlagen bis unter 1 Monat. — 9 Bis Dezember 1998 ohne Termineinlagen bis unter 1 Monat.

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt ^{1) 2)}		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
			an Unternehmen und Privatpersonen ¹⁾			an öffentliche Haushalte				insgesamt	an Unter-
			insgesamt	zu-	Buchkredite und Wechsel ^{3) 4)}	börsen-fähige Geld-markt-papiere	zu-	Buch-kredite	Schatz-wechsel ⁵⁾		
mit börsen-fähige(n) Geld-marktpapiere(n), Wert-papiere(n), Ausgleichs-forderungen	ohne börsen-fähige(n) Geld-marktpapiere(n), Wert-papiere(n), Ausgleichs-forderungen										
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}											
1994	4 137,2	3 633,1	583,5	549,1	548,6	0,4	34,4	32,7	1,8	3 553,7	2 661,9
1995	4 436,9	3 936,9	615,2	584,0	583,3	0,7	31,3	30,5	0,8	3 821,7	2 785,5
1996	4 773,1	4 248,7	662,2	617,2	616,2	1,0	45,1	40,2	4,9	4 110,8	3 007,2
1997	5 058,4	4 506,2	667,8	625,8	624,8	1,0	41,9	40,1	1,9	4 390,6	3 223,4
1998	5 379,8	4 775,4	704,3	661,3	660,8	0,5	43,0	38,5	4,5	4 675,5	3 482,4
1999	2 904,5	2 576,5	355,3	328,9	328,7	0,2	26,4	23,6	2,8	2 549,2	1 943,6
2000	3 003,7	2 663,7	371,2	348,2	347,7	0,5	22,9	21,2	1,7	2 632,5	2 038,6
2001	3 014,1	2 704,2	387,9	356,7	355,2	1,5	31,2	28,2	2,9	2 626,2	2 070,2
2002	2 997,2	2 689,1	365,4	331,9	331,0	1,0	33,5	31,1	2,4	2 631,8	2 079,7
2003	2 995,6	2 680,6	355,2	315,0	313,4	1,6	40,2	38,4	1,8	2 640,4	2 096,1
2002 Dez.	2 997,2	2 689,1	365,4	331,9	331,0	1,0	33,5	31,1	2,4	2 631,8	2 079,7
2003 Jan.	3 005,1	2 690,8	371,1	329,7	328,5	1,2	41,4	38,6	2,8	2 634,0	2 076,5
Febr.	3 001,9	2 686,4	364,4	329,3	328,1	1,2	35,1	32,7	2,4	2 637,4	2 077,5
März	3 005,5	2 681,3	369,2	332,5	330,4	2,2	36,7	34,0	2,7	2 636,3	2 071,6
April	3 007,6	2 680,2	366,3	326,5	324,2	2,2	39,8	37,0	2,8	2 641,3	2 079,0
Mai	3 003,6	2 671,7	356,2	321,4	319,1	2,3	34,7	32,6	2,2	2 647,4	2 080,5
Juni	2 992,4	2 674,1	359,6	328,9	326,9	2,0	30,7	28,8	1,9	2 632,8	2 077,4
Juli	2 996,0	2 675,8	357,5	315,5	314,2	1,3	42,0	39,8	2,2	2 638,6	2 081,8
Aug.	2 986,9	2 671,9	346,7	308,2	306,8	1,4	38,5	36,5	2,0	2 640,2	2 090,5
Sept.	2 995,7	2 680,2	356,7	323,8	322,9	0,9	32,9	31,7	1,2	2 639,0	2 088,3
Okt.	2 992,9	2 679,3	353,7	317,2	316,1	1,0	36,6	34,5	2,1	2 639,1	2 087,7
Nov.	3 012,2	2 689,2	360,7	317,5	316,6	0,9	43,2	40,6	2,6	2 651,5	2 097,0
Dez.	2 995,6	2 680,6	355,2	315,0	313,4	1,6	40,2	38,4	1,8	2 640,4	2 096,1
2004 Jan.	2 992,0	2 670,5	346,6	305,7	304,4	1,3	41,0	39,6	1,4	2 645,3	2 097,7
Febr.	2 994,8	2 662,2	339,5	306,0	304,8	1,1	33,6	32,2	1,3	2 655,2	2 091,2
März	3 015,7	2 673,6	353,0	306,8	305,9	0,8	46,3	45,0	1,3	2 662,7	2 098,5
April	3 022,9	2 667,5	346,1	304,0	303,3	0,7	42,2	39,9	2,3	2 676,8	2 116,1
Mai	3 013,6	2 661,0	335,4	297,1	296,2	0,9	38,3	36,3	2,0	2 678,2	2 113,0
Veränderungen ^{*)}											
1995	+ 312,8	+ 311,9	+ 35,9	+ 37,9	+ 37,7	+ 0,2	- 1,9	- 1,0	- 1,0	+ 276,9	+ 185,1
1996	+ 336,3	+ 312,9	+ 44,3	+ 32,6	+ 32,2	+ 0,4	+ 11,7	+ 7,4	+ 4,3	+ 292,0	+ 221,5
1997	+ 285,2	+ 256,9	+ 2,7	+ 5,9	+ 5,9	+ 0,0	- 3,2	- 0,1	- 3,0	+ 282,5	+ 219,9
1998	+ 335,3	+ 285,5	+ 51,7	+ 50,6	+ 51,2	- 0,6	+ 1,1	- 1,6	+ 2,7	+ 283,6	+ 258,3
1999	+ 156,1	+ 139,5	+ 9,6	+ 6,3	+ 6,4	- 0,0	+ 3,3	+ 2,9	+ 0,4	+ 146,4	+ 146,4
2000	+ 100,7	+ 83,2	+ 14,5	+ 18,1	+ 17,8	+ 0,3	- 3,6	- 2,5	- 1,1	+ 86,1	+ 93,8
2001	+ 11,9	+ 39,2	+ 15,3	+ 7,0	+ 5,9	+ 1,0	+ 8,4	+ 7,8	+ 0,6	- 3,4	+ 32,0
2002	- 19,2	- 18,8	- 23,4	- 25,7	- 25,2	- 0,5	+ 2,3	+ 2,9	- 0,6	+ 4,3	+ 7,6
2003	+ 0,1	- 8,4	- 10,0	- 16,7	- 17,5	+ 0,9	+ 6,7	+ 7,3	- 0,6	+ 10,1	+ 16,0
2002 Dez.	- 6,3	+ 1,6	- 0,4	- 0,6	+ 0,1	- 0,7	+ 0,2	- 0,2	+ 0,5	- 5,9	- 0,3
2003 Jan.	+ 7,9	+ 1,7	+ 5,7	- 2,2	- 2,4	+ 0,2	+ 7,9	+ 7,5	+ 0,4	+ 2,2	- 3,6
Febr.	- 3,3	- 4,4	- 6,7	- 0,4	- 0,4	+ 0,0	- 6,3	- 5,9	- 0,4	+ 3,5	+ 1,0
März	+ 3,7	- 5,1	+ 4,8	+ 3,2	+ 2,2	+ 1,0	+ 1,6	+ 1,3	+ 0,3	- 1,2	- 5,9
April	+ 2,1	- 1,1	- 3,0	- 6,0	- 6,1	+ 0,1	+ 3,1	+ 3,0	+ 0,1	+ 5,1	+ 7,2
Mai	- 3,8	- 8,5	- 10,1	- 5,0	- 5,1	+ 0,1	- 5,1	- 4,5	- 0,6	+ 6,3	+ 1,8
Juni	- 11,1	+ 2,5	+ 3,4	+ 7,5	+ 7,8	- 0,3	- 4,1	- 3,8	- 0,2	- 14,6	- 3,1
Juli	+ 3,8	+ 1,7	- 1,9	- 13,2	- 12,7	- 0,5	+ 11,3	+ 11,0	+ 0,2	+ 5,7	+ 4,3
Aug.	- 9,1	- 4,0	- 10,7	- 7,3	- 7,4	+ 0,1	- 3,4	- 3,3	- 0,1	+ 1,6	+ 8,7
Sept.	+ 9,6	+ 8,3	+ 10,0	+ 15,6	+ 16,1	- 0,5	- 5,6	- 4,8	- 0,9	- 0,4	- 2,2
Okt.	- 2,8	- 0,9	- 2,9	- 6,6	- 6,8	+ 0,1	+ 3,7	+ 2,7	+ 1,0	+ 0,2	- 0,6
Nov.	+ 19,3	+ 9,9	+ 6,9	+ 0,3	+ 0,5	- 0,2	+ 6,6	+ 6,2	+ 0,4	+ 12,4	+ 9,3
Dez.	- 16,1	- 8,6	- 5,4	- 2,4	- 3,2	+ 0,8	- 3,0	- 2,2	- 0,8	- 10,7	- 0,9
2004 Jan.	- 3,7	- 10,1	- 8,6	- 9,4	- 9,0	- 0,4	+ 0,8	+ 1,1	- 0,4	+ 5,0	+ 1,7
Febr.	+ 2,8	- 8,3	- 7,1	+ 0,3	+ 0,4	- 0,1	- 7,4	- 7,4	- 0,0	+ 9,9	- 6,5
März	+ 20,9	+ 11,4	+ 13,8	+ 1,1	+ 1,4	- 0,3	+ 12,7	+ 12,8	- 0,1	+ 7,1	+ 7,1
April	+ 7,3	- 6,1	- 7,0	- 2,8	- 2,7	- 0,1	- 4,2	- 5,1	+ 0,9	+ 14,3	+ 17,6
Mai	- 9,4	- 6,5	- 10,4	- 6,6	- 6,8	+ 0,2	- 3,9	- 3,6	- 0,3	+ 1,1	- 3,4

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bis Dezember 1998 einschl. Kredite an inländische Bauspar-

kassen. — 2 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; s. a. Anm. 9. — 3 Bis Dezember 1998 Wechselkredite (Wechselbestand zuzüglich Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und aus dem Wechselbestand vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel). — 4 Ab 1999 einschl. geringer Beträge mittelfristiger Wechselserien. — 5 Ab Dezember 1993 einschl.

IV. Banken

Kredite 2) 6)													Zeit
nehmen und Privatpersonen 1) 2)					an öffentliche Haushalte 2)								
Buchkredite			Wertpapiere 6)	Nachrichtlich: Treuhandkredite 9)	zu-sammen	Buchkredite			Wertpapiere 6) 10)	Ausgleichs-forderungen 11)	Nachrichtlich: Treuhandkredite 9)		
zu-sammen	mittel-fristig 7)	lang-fristig 8)				zu-sammen	mittel-fristig 7)	lang-fristig 8)					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2 390,4	228,3	2 162,0	203,2	68,3	891,8	577,0	34,5	542,5	230,5	68,1	16,1	1994	
2 522,0	214,1	2 307,9	192,9	70,6	1 036,2	713,0	74,5	638,4	234,4	71,3	17,5	1995	
2 713,3	215,8	2 497,5	205,9	88,0	1 103,6	773,0	69,5	703,6	231,3	81,3	18,0	1996	
2 900,0	216,2	2 683,8	234,1	89,3	1 167,2	833,8	53,0	780,8	239,2	76,0	18,3	1997	
3 104,5	206,8	2 897,8	292,4	85,4	1 193,2	868,8	33,1	835,7	235,4	71,6	17,3	1998	
1 764,8	182,5	1 582,3	178,9	49,2	605,6	459,5	30,9	428,6	108,6	37,5	8,7	1999	
1 838,9	192,8	1 646,0	199,7	50,1	593,9	455,9	30,4	425,5	104,9	33,1	8,4	2000	
1 880,5	191,1	1 689,4	189,7	48,9	556,0	440,3	25,6	414,6	111,8	4,0	8,0	2001	
1 909,8	193,5	1 716,3	169,9	47,3	552,1	417,1	27,4	389,7	132,0	3,0	7,5	2002	
1 927,7	195,0	1 732,8	168,3	49,9	544,3	401,0	34,6	366,4	141,3	2,0	7,0	2003	
1 909,8	193,5	1 716,3	169,9	47,3	552,1	417,1	27,4	389,7	132,0	3,0	7,5	2002 Dez.	
1 909,4	194,8	1 714,6	167,1	47,0	557,4	414,2	30,0	384,2	140,3	3,0	7,7	2003 Jan.	
1 911,1	194,0	1 717,1	166,5	47,1	559,9	414,4	31,5	382,9	142,5	3,0	7,7	Febr.	
1 907,1	193,1	1 714,0	164,5	47,2	564,6	409,8	29,9	379,8	151,9	3,0	7,6	März	
1 910,3	193,3	1 717,0	168,6	47,0	562,4	408,6	30,9	377,6	150,8	3,0	7,5	April	
1 912,9	193,2	1 719,7	167,6	47,0	566,9	407,1	31,5	375,5	156,9	3,0	7,5	Mai	
1 912,8	193,5	1 719,3	164,6	47,0	555,4	405,7	31,5	374,2	146,8	3,0	7,4	Juni	
1 916,9	193,9	1 723,0	164,9	46,9	556,8	404,9	31,3	373,6	149,8	2,0	7,3	Juli	
1 924,6	195,5	1 729,1	165,9	47,3	549,7	403,9	32,9	371,1	143,7	2,0	7,2	Aug.	
1 922,2	195,0	1 727,2	166,1	47,2	550,6	403,3	33,7	369,6	145,3	2,0	7,2	Sept.	
1 926,8	195,7	1 731,1	160,9	46,8	551,4	402,0	32,5	369,4	147,5	2,0	7,2	Okt.	
1 930,3	195,9	1 734,3	166,7	47,0	554,5	401,7	33,1	368,6	150,8	2,0	7,1	Nov.	
1 927,7	195,0	1 732,8	168,3	49,9	544,3	401,0	34,6	366,4	141,3	2,0	7,0	Dez.	
1 926,0	195,0	1 731,0	171,7	50,1	547,6	400,5	33,9	366,5	145,1	2,0	7,1	2004 Jan.	
1 925,4	194,3	1 731,1	165,8	49,6	564,1	399,8	34,8	365,0	162,3	2,0	7,0	Febr.	
1 922,9	193,9	1 729,1	175,6	47,9	564,1	399,7	35,4	364,4	162,4	2,0	7,0	März	
1 927,1	194,7	1 732,5	189,0	47,4	560,7	397,2	34,9	362,3	161,5	2,0	7,0	April	
1 933,6	197,1	1 736,4	179,5	47,4	565,1	394,9	34,6	360,3	168,3	2,0	6,9	Mai	
Veränderungen *)													
+ 176,0	- 1,9	+ 177,9	+ 3,3	+ 5,9	+ 91,8	+ 91,8	+ 15,3	+ 76,6	- 0,4	- 1,2	+ 1,5	1995	
+ 204,4	+ 1,6	+ 202,8	+ 14,0	+ 3,1	+ 70,4	+ 65,7	- 5,5	+ 71,2	- 3,3	+ 8,0	+ 0,1	1996	
+ 189,0	+ 0,3	+ 188,7	+ 29,5	+ 1,4	+ 62,6	+ 60,6	- 18,0	+ 78,6	+ 7,0	- 5,3	+ 0,2	1997	
+ 205,7	- 8,9	+ 214,6	+ 56,5	- 3,9	+ 25,3	+ 35,0	- 20,0	+ 55,0	- 4,4	- 4,4	- 0,9	1998	
+ 121,8	+ 25,1	+ 96,8	+ 24,6	+ 0,3	+ 0,0	+ 8,5	+ 6,2	+ 2,3	- 7,8	- 0,6	- 0,1	1999	
+ 71,8	+ 6,9	+ 64,9	+ 22,1	+ 0,8	- 7,7	- 3,8	- 0,4	- 3,5	- 3,1	- 0,8	- 0,3	2000	
+ 41,9	- 2,8	+ 44,7	- 9,8	- 1,2	- 35,4	- 16,5	- 5,5	- 10,9	+ 10,1	- 29,1	- 0,4	2001	
+ 26,6	- 2,1	+ 28,7	- 19,0	- 1,6	- 3,4	- 23,1	+ 1,0	- 24,1	+ 20,7	- 1,0	- 0,5	2002	
+ 17,9	+ 0,2	+ 17,8	- 1,9	+ 2,6	- 5,9	- 16,1	+ 4,9	- 21,0	+ 11,2	- 1,0	- 0,5	2003	
+ 2,2	+ 1,0	+ 1,3	- 2,5	- 0,0	- 5,7	- 0,6	+ 1,9	- 2,5	- 5,1	-	- 0,1	2002 Dez.	
- 0,4	- 0,0	- 0,4	- 3,2	- 0,2	+ 5,8	- 2,9	+ 0,3	- 3,3	+ 8,7	- 0,0	+ 0,2	2003 Jan.	
+ 1,7	- 0,7	+ 2,4	- 0,7	+ 0,1	+ 2,4	+ 0,2	+ 1,5	- 1,3	+ 2,2	- 0,0	+ 0,0	Febr.	
- 4,0	- 0,9	- 3,0	- 2,0	+ 0,1	+ 4,8	- 4,6	- 1,5	- 3,1	+ 9,4	+ 0,0	- 0,1	März	
+ 3,2	+ 0,2	+ 3,0	+ 4,0	- 0,2	- 2,1	- 1,2	+ 1,0	- 2,2	- 0,9	- 0,0	- 0,0	April	
+ 2,6	- 0,1	+ 2,7	- 0,8	- 0,1	+ 4,6	- 1,5	+ 0,6	- 2,1	+ 6,1	-	- 0,0	Mai	
- 0,1	+ 0,3	- 0,4	- 3,0	+ 0,0	- 11,5	- 1,4	- 0,0	- 1,4	- 10,1	- 0,0	- 0,1	Juni	
+ 4,1	+ 0,4	+ 3,7	+ 0,3	- 0,1	+ 1,4	- 0,7	- 0,2	- 0,6	+ 3,1	- 1,0	- 0,1	Juli	
+ 7,8	+ 1,6	+ 6,1	+ 1,0	+ 0,4	- 7,1	- 1,0	+ 1,5	- 2,5	- 6,1	- 0,0	- 0,1	Aug.	
- 2,4	- 0,5	- 1,9	+ 0,2	- 0,2	+ 1,8	- 0,6	+ 0,9	- 1,5	+ 2,4	+ 0,0	- 0,0	Sept.	
+ 4,5	+ 0,7	+ 3,8	- 5,1	- 0,4	+ 0,8	- 1,4	- 1,2	- 0,1	+ 2,2	- 0,0	- 0,0	Okt.	
+ 3,5	+ 0,2	+ 3,3	+ 5,8	+ 0,2	+ 3,1	- 0,2	+ 0,6	- 0,8	+ 3,3	-	- 0,0	Nov.	
- 2,5	- 1,0	- 1,6	+ 1,6	+ 2,9	- 9,7	- 0,7	+ 1,5	- 2,2	- 9,0	+ 0,0	- 0,1	Dez.	
- 1,7	+ 0,0	- 1,7	+ 3,4	+ 0,2	+ 3,3	- 0,5	- 0,6	+ 0,1	+ 3,8	- 0,0	+ 0,1	2004 Jan.	
- 0,7	- 0,8	+ 0,1	- 5,9	- 0,5	+ 16,4	- 0,7	+ 0,9	- 1,6	+ 17,1	-	- 0,0	Febr.	
- 2,7	+ 0,3	- 3,0	+ 9,8	- 1,7	+ 0,1	- 0,1	+ 1,5	- 1,5	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	März	
+ 4,2	+ 0,8	+ 3,4	+ 13,4	- 0,5	- 3,3	- 2,5	- 0,5	- 2,1	- 0,8	- 0,0	- 0,0	April	
+ 6,1	+ 2,5	+ 3,7	- 9,5	- 0,1	+ 4,4	- 2,3	- 0,3	- 2,0	+ 6,8	-	- 0,0	Mai	

sonstiger börsenfähiger Geldmarktpapiere; ohne Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere. — 6 Ab 1999 Aufgliederung der Wertpapierkredite in mittel- und langfristig nicht mehr möglich. — 7 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von über 1 Jahr bis unter 4 Jahre, ab 1999: über 1 Jahr bis 5 Jahre einschl. — 8 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von

4 Jahren und darüber, ab 1999: von über 5 Jahren. — 9 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite einbezogen; s. a. Anm. 2. — 10 Ohne Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; s. a. Anm. 11. — 11 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)														
Zeit	darunter:					Kredite an Unternehmen und Selbständige								
	insgesamt	Hypothekarkredite insgesamt	zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau 2)	Baugewerbe	Handel 3)	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Finanzinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsgewerbe
Kredite insgesamt														
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)														
2001	2 236,3	981,4	1 053,9	757,7	296,2	1 295,6	346,1	174,3	36,7	67,9	172,9	31,3	50,0	39,0
2002	2 241,2	1 008,9	1 068,7	776,3	292,4	1 277,3	340,1	161,5	37,4	64,6	162,6	31,3	51,3	39,5
2003 März	2 237,9	1 012,5	1 067,0	782,0	285,0	1 273,2	338,4	158,5	37,3	63,5	159,3	32,0	51,1	50,3
Juni	2 240,1	1 011,4	1 070,5	782,5	288,0	1 267,1	338,0	157,8	37,0	62,9	156,9	32,5	52,2	48,7
Sept.	2 245,6	1 106,2	1 077,5	845,7	231,8	1 262,1	338,1	154,4	36,2	61,7	153,3	32,9	53,6	53,9
Dez.	2 241,6	1 124,5	1 083,3	867,1	216,2	1 252,2	335,1	151,0	37,2	59,0	152,3	32,1	54,4	54,4
2004 März	2 229,2	1 124,8	1 075,2	861,7	213,5	1 242,1	329,3	149,3	37,7	58,4	148,6	31,9	56,3	57,5
Kurzfristige Kredite														
2001	355,8	–	15,9	–	15,9	304,1	10,6	59,6	5,5	17,8	63,5	4,1	9,3	14,2
2002	331,4	–	14,5	–	14,5	281,1	9,3	52,0	5,1	15,9	58,7	4,2	8,4	13,6
2003 März	330,7	–	13,7	–	13,7	282,8	8,8	50,6	4,8	16,0	57,4	4,5	8,0	24,2
Juni	327,3	–	14,4	–	14,4	278,8	9,3	51,1	4,5	15,9	56,5	4,7	7,9	22,3
Sept.	323,3	–	14,0	–	14,0	274,7	8,7	48,7	4,0	15,1	54,6	4,7	7,8	26,3
Dez.	313,9	–	14,1	–	14,1	266,7	8,9	46,6	4,2	13,2	55,9	3,9	8,0	25,8
2004 März	306,3	–	13,2	–	13,2	261,4	8,0	47,0	4,0	13,5	53,8	4,1	8,6	27,6
Mittelfristige Kredite														
2001	191,1	–	37,1	–	37,1	120,1	12,0	18,5	1,9	6,5	13,4	3,2	7,2	7,7
2002	193,5	–	36,1	–	36,1	121,8	11,3	17,9	2,0	6,5	13,5	3,3	8,5	6,8
2003 März	193,1	–	35,9	–	35,9	121,3	11,4	17,7	2,2	6,3	13,1	3,3	9,1	6,3
Juni	193,5	–	37,4	–	37,4	121,0	11,9	17,6	2,5	6,0	12,7	3,4	9,9	6,4
Sept.	195,0	–	38,0	–	38,0	121,4	12,0	17,6	2,2	6,1	12,6	3,4	10,5	6,4
Dez.	195,0	–	38,2	–	38,2	121,2	12,0	17,5	2,3	6,0	11,9	3,4	10,9	6,5
2004 März	193,9	–	37,2	–	37,2	121,0	11,5	17,2	3,0	5,8	11,6	3,3	11,3	6,9
Langfristige Kredite														
2001	1 689,4	981,4	1 000,9	757,7	243,2	871,4	323,5	96,2	29,4	43,7	96,1	24,0	33,5	17,1
2002	1 716,3	1 008,9	1 018,1	776,3	241,9	874,4	319,4	91,5	30,3	42,2	90,3	23,8	34,4	19,0
2003 März	1 714,0	1 012,5	1 017,3	782,0	235,3	869,1	318,2	90,2	30,4	41,2	88,8	24,2	34,1	19,8
Juni	1 719,3	1 011,4	1 018,7	782,5	236,2	867,2	316,7	89,1	30,0	41,0	87,6	24,4	34,4	20,1
Sept.	1 727,2	1 106,2	1 025,5	845,7	179,8	866,1	317,4	88,1	30,0	40,6	86,1	24,7	35,2	21,2
Dez.	1 732,8	1 124,5	1 031,0	867,1	164,0	864,3	314,2	86,9	30,6	39,9	84,5	24,7	35,5	22,1
2004 März	1 729,0	1 124,8	1 024,8	861,7	163,0	859,7	309,8	85,0	30,6	39,1	83,3	24,5	36,4	23,0
Kredite insgesamt														
Veränderungen im Vierteljahr *)														
2003 1.Vj.	– 3,3	– 0,4	+ 0,0	+ 0,4	– 0,3	– 4,2	– 1,8	– 2,9	– 0,1	– 1,1	– 3,5	+ 0,7	– 0,2	+ 10,3
2.Vj.	+ 2,2	+ 0,7	+ 5,8	+ 2,7	+ 3,1	– 6,1	– 1,1	– 0,7	– 0,2	– 0,6	– 2,3	+ 0,5	+ 1,0	– 1,6
3.Vj.	+ 5,4	+ 4,5	+ 7,9	+ 5,8	+ 2,1	– 4,9	– 0,8	– 3,5	– 0,8	– 1,1	– 3,4	+ 0,4	+ 1,4	+ 5,1
4.Vj.	– 4,0	+ 1,7	+ 5,0	+ 4,5	+ 0,5	– 9,9	– 2,6	– 3,4	+ 0,9	– 2,7	– 1,0	– 0,8	+ 0,8	+ 0,5
2004 1.Vj.	– 12,4	– 0,6	– 2,0	– 0,1	– 1,9	– 9,2	– 2,5	– 1,6	+ 0,5	– 0,5	– 3,6	+ 0,1	+ 1,9	+ 2,9
Kurzfristige Kredite														
2003 1.Vj.	– 0,7	–	– 0,9	–	– 0,9	+ 1,6	– 0,6	– 1,5	– 0,3	+ 0,1	– 1,3	+ 0,3	– 0,4	+ 10,6
2.Vj.	– 3,4	–	+ 0,4	–	+ 0,4	– 4,0	+ 0,3	+ 0,5	– 0,2	– 0,1	– 0,8	+ 0,2	– 0,1	– 2,0
3.Vj.	– 4,0	–	– 0,4	–	– 0,4	– 4,2	– 0,7	– 2,4	– 0,6	– 0,8	– 1,8	+ 0,0	– 0,1	+ 3,9
4.Vj.	– 9,5	–	+ 0,1	–	+ 0,1	– 7,9	+ 0,2	– 2,1	+ 0,3	– 1,9	+ 1,3	– 0,8	+ 0,2	– 0,6
2004 1.Vj.	– 7,3	–	– 0,9	–	– 0,9	– 5,1	– 0,9	+ 0,5	– 0,2	+ 0,3	– 2,1	+ 0,1	+ 0,6	+ 2,0
Mittelfristige Kredite														
2003 1.Vj.	– 1,7	–	– 0,3	–	– 0,3	– 1,8	– 0,0	– 0,2	+ 0,1	– 0,3	– 0,5	+ 0,0	+ 0,6	– 0,7
2.Vj.	+ 0,4	–	+ 0,7	–	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,3	– 0,1	+ 0,3	– 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,1
3.Vj.	+ 1,5	–	+ 0,5	–	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,0	– 0,0	– 0,2	+ 0,1	– 0,1	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,1
4.Vj.	– 0,0	–	+ 0,2	–	+ 0,2	– 0,2	– 0,1	– 0,1	+ 0,1	– 0,1	– 0,7	– 0,1	+ 0,4	+ 0,1
2004 1.Vj.	– 0,4	–	– 0,2	–	– 0,2	– 0,1	– 0,2	– 0,3	+ 0,7	– 0,2	– 0,3	– 0,1	+ 0,5	– 0,0
Langfristige Kredite														
2003 1.Vj.	– 1,0	– 0,4	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,9	– 4,1	– 1,2	– 1,3	+ 0,1	– 1,0	– 1,6	+ 0,4	– 0,3	+ 0,4
2.Vj.	+ 5,3	+ 0,7	+ 4,6	+ 2,7	+ 2,0	– 1,8	– 1,6	– 1,1	– 0,3	– 0,3	– 1,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3
3.Vj.	+ 7,9	+ 4,5	+ 7,8	+ 5,8	+ 2,0	– 1,1	– 0,2	– 1,0	+ 0,0	– 0,4	– 1,5	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,1
4.Vj.	+ 5,5	+ 1,7	+ 4,7	+ 4,5	+ 0,2	– 1,8	– 2,7	– 1,2	+ 0,6	– 0,8	– 1,6	+ 0,0	+ 0,3	+ 1,0
2004 1.Vj.	– 4,7	– 0,6	– 1,0	– 0,1	– 0,9	– 4,1	– 1,4	– 1,8	– 0,0	– 0,7	– 1,2	– 0,0	+ 0,9	+ 0,9

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den

jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Ohne Treuhandkredite. —

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)				Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen						Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit	
				nachrichtlich:		zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen		darunter Kredite für den Wohnungsbau
zusammen	darunter:			Kredite an Selbständige 4)	Kredite an das Handwerk			zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	zusammen		darunter:	
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen			Ratenkredite 5)	Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten						
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)													
											Kredite insgesamt		
723,3	169,4	50,3	194,3	458,6	74,7	926,7	704,3	222,4	110,7	22,9	14,1	3,5	2001
729,2	165,0	50,2	207,2	451,8	72,4	949,5	725,1	224,3	114,3	23,0	14,4	3,5	2002
721,1	163,6	48,6	206,4	448,1	72,9	950,5	725,0	225,4	115,5	22,1	14,3	3,5	2003 März
719,1	163,2	48,5	206,8	444,5	71,9	958,8	729,1	229,8	114,2	22,7	14,2	3,5	Juni
716,1	162,3	48,6	205,7	441,8	70,2	969,6	735,9	233,7	116,1	23,2	13,8	3,5	Sept.
711,9	160,7	44,0	207,2	437,0	67,7	975,6	744,7	230,9	118,6	21,6	13,7	3,5	Dez.
702,5	158,7	43,6	206,2	429,5	66,5	973,4	742,6	230,9	119,1	20,1	13,7	3,3	2004 März
											Kurzfristige Kredite		
130,1	21,6	20,4	34,1	56,0	15,8	50,3	5,3	45,0	2,8	22,9	1,4	0,0	2001
123,3	19,8	19,1	34,7	53,8	14,8	48,5	5,2	43,3	2,4	23,0	1,7	0,0	2002
117,3	19,0	18,0	33,5	52,2	15,3	46,2	4,9	41,3	2,3	22,1	1,7	0,0	2003 März
115,9	18,7	17,9	33,6	51,8	15,0	46,8	5,0	41,7	2,3	22,7	1,7	0,0	Juni
113,5	17,9	18,3	32,1	50,6	14,4	47,2	5,2	42,0	2,3	23,2	1,4	0,0	Sept.
109,1	17,9	14,6	31,2	49,4	12,9	45,9	5,1	40,8	2,4	21,6	1,2	0,0	Dez.
102,7	17,2	14,2	29,4	47,2	13,0	43,5	5,2	38,4	2,2	20,1	1,4	0,0	2004 März
											Mittelfristige Kredite		
61,9	6,7	6,5	14,7	31,2	5,3	70,5	25,0	45,4	33,4	-	0,6	0,1	2001
63,2	6,2	7,2	16,7	31,2	4,8	71,1	24,7	46,4	35,3	-	0,5	0,1	2002
63,5	6,1	6,7	17,8	31,4	4,8	71,3	24,5	46,9	36,1	-	0,5	0,1	2003 März
62,5	6,1	6,3	17,6	31,0	4,7	72,0	25,4	46,6	36,4	-	0,5	0,1	Juni
62,5	5,9	6,0	17,7	30,8	4,6	73,1	26,0	47,2	37,3	-	0,5	0,1	Sept.
62,7	5,7	5,6	18,0	30,4	4,5	73,2	26,2	47,0	37,1	-	0,6	0,1	Dez.
61,9	5,5	5,8	18,1	29,6	4,2	72,3	25,6	46,7	37,3	-	0,6	0,1	2004 März
											Langfristige Kredite		
531,3	141,1	23,4	145,6	371,3	53,7	806,0	674,0	132,0	74,4	-	12,1	3,5	2001
542,8	139,0	24,0	155,8	366,8	52,8	829,8	695,3	134,6	76,6	-	12,1	3,4	2002
540,3	138,5	23,9	155,1	364,4	52,8	832,9	695,7	137,3	77,2	-	12,0	3,4	2003 März
540,7	138,4	24,3	155,6	361,8	52,2	840,1	698,6	141,5	75,5	-	12,0	3,4	Juni
540,1	138,4	24,2	155,9	360,4	51,2	849,2	704,7	144,5	76,5	-	11,9	3,4	Sept.
540,0	137,1	23,8	158,0	357,2	50,4	856,5	713,4	143,1	79,1	-	11,9	3,4	Dez.
537,9	136,0	23,6	158,6	352,7	49,3	857,6	711,8	145,8	79,6	-	11,7	3,2	2004 März
Veränderungen im Vierteljahr *)													
											Kredite insgesamt		
- 7,4	- 1,3	- 1,6	- 0,2	- 3,8	- 0,2	+ 1,0	+ 1,9	- 0,9	+ 1,8	- 1,0	- 0,1	+ 0,0	2003 1.Vj.
- 2,2	- 0,4	- 0,1	+ 0,4	- 3,2	- 1,0	+ 8,4	+ 6,9	+ 1,5	+ 1,2	+ 0,5	- 0,0	+ 0,0	2.Vj.
- 3,1	- 1,2	- 0,1	- 0,5	- 2,4	- 1,4	+ 10,8	+ 8,8	+ 2,0	+ 2,1	+ 0,5	- 0,4	- 0,0	3.Vj.
- 4,2	- 0,5	- 4,6	+ 0,4	- 4,8	- 1,9	+ 6,0	+ 7,6	+ 1,6	+ 0,4	+ 1,6	- 0,1	- 0,0	4.Vj.
- 8,8	- 2,1	- 0,3	- 0,7	- 6,6	- 1,2	- 3,1	+ 0,6	- 3,7	+ 0,5	- 1,5	- 0,1	- 0,2	2004 1.Vj.
											Kurzfristige Kredite		
- 5,9	- 0,8	- 1,0	- 1,2	- 1,6	+ 0,5	- 2,3	- 0,3	- 2,0	- 0,1	- 1,0	- 0,0	+ 0,0	2003 1.Vj.
- 1,4	- 0,3	- 0,1	+ 0,1	- 0,4	- 0,3	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,4	- 0,0	+ 0,5	- 0,0	+ 0,0	2.Vj.
- 2,3	- 0,8	+ 0,4	- 1,5	- 1,2	- 0,6	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,5	- 0,3	- 0,0	3.Vj.
- 4,4	- 0,0	- 3,7	- 0,9	- 1,1	- 1,5	- 1,3	- 0,1	- 1,2	+ 0,0	- 1,6	- 0,2	+ 0,0	4.Vj.
- 6,3	- 0,7	- 0,4	- 1,8	- 2,3	+ 0,1	- 2,4	+ 0,1	- 2,4	- 0,2	- 1,5	+ 0,1	-	2004 1.Vj.
											Mittelfristige Kredite		
- 0,8	- 0,3	- 0,5	+ 0,4	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,3	+ 0,4	+ 0,8	-	- 0,0	+ 0,0	2003 1.Vj.
- 1,0	- 0,1	- 0,4	- 0,2	- 0,1	- 0,1	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	-	+ 0,0	+ 0,0	2.Vj.
- 0,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,3	- 0,2	- 0,1	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,9	-	+ 0,0	+ 0,0	3.Vj.
+ 0,3	- 0,2	- 0,5	+ 0,3	- 0,4	- 0,1	+ 0,1	+ 0,3	- 0,2	- 0,2	-	+ 0,1	+ 0,0	4.Vj.
- 0,4	- 0,2	+ 0,2	+ 0,5	- 0,5	- 0,3	- 0,3	+ 0,0	- 0,3	+ 0,2	-	- 0,0	- 0,0	2004 1.Vj.
											Langfristige Kredite		
- 0,7	- 0,3	+ 0,0	+ 0,6	- 2,2	- 0,6	+ 3,2	+ 2,4	+ 0,7	+ 1,1	-	- 0,1	+ 0,0	2003 1.Vj.
+ 0,2	- 0,1	+ 0,4	+ 0,5	- 2,7	- 0,6	+ 7,1	+ 6,3	+ 0,8	+ 0,9	-	- 0,0	- 0,0	2.Vj.
- 0,6	- 0,3	- 0,2	+ 0,7	- 1,0	- 0,7	+ 9,2	+ 8,0	+ 1,2	+ 1,1	-	- 0,1	- 0,0	3.Vj.
- 0,1	- 0,2	- 0,4	+ 1,0	- 3,3	- 0,3	+ 7,3	+ 7,5	- 0,2	+ 0,5	-	+ 0,0	- 0,0	4.Vj.
- 2,1	- 1,1	- 0,2	+ 0,7	- 3,9	- 1,0	- 0,4	+ 0,5	- 1,0	+ 0,5	-	- 0,2	- 0,2	2004 1.Vj.

2 Einschl. Gewinnung von Steinen und Erden. — 3 Zugl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 4 Einschl. Einzelkaufleute. — 5 Ohne Hypothekarkredite und ohne Kredite für den

Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandskredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Nichtbanken insgesamt													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2001	2 034,0	526,4	827,0	268,7	558,3	10,3	548,0	574,5	106,0	43,3	26,2	3,1		
2002	2 085,9	575,6	830,6	258,3	572,3	8,8	563,5	575,3	104,4	42,1	27,9	1,5		
2003	2 140,3	624,0	825,7	237,8	587,9	8,3	579,6	590,3	100,3	40,5	30,4	9,3		
2003 Juni	2 109,6	608,9	822,7	245,9	576,8	8,0	568,8	576,7	101,3	41,8	29,8	5,7		
Juli	2 102,3	595,6	829,0	246,4	582,6	8,0	574,6	576,8	100,9	41,7	29,8	7,1		
Aug.	2 111,4	598,5	834,5	248,0	586,5	8,0	578,5	578,0	100,4	41,7	30,1	6,1		
Sept.	2 112,3	608,8	825,4	240,3	585,1	7,9	577,2	578,3	99,9	41,5	30,1	11,6		
Okt.	2 114,7	610,9	824,5	238,7	585,7	8,0	577,7	579,4	100,0	40,7	30,4	14,5		
Nov.	2 138,6	634,1	824,0	237,5	586,5	8,3	578,2	580,3	100,1	40,7	30,5	12,7		
Dez.	2 140,3	624,0	825,7	237,8	587,9	8,3	579,6	590,3	100,3	40,5	30,4	9,3		
2004 Jan.	2 137,5	632,2	814,3	225,0	589,3	8,3	581,0	590,6	100,3	40,3	30,7	9,8		
Febr.	2 141,8	635,4	814,8	223,4	591,4	8,3	583,1	591,5	100,1	40,5	30,8	10,4		
März	2 145,8	635,3	819,2	225,3	594,0	8,6	585,4	591,4	99,8	39,3	31,2	10,9		
April	2 154,0	644,0	819,6	220,8	598,8	8,5	590,3	591,2	99,2	39,0	31,3	10,6		
Mai	2 162,4	642,7	830,2	227,9	602,3	8,4	593,9	590,6	98,9	39,0	31,3	11,4		
Veränderungen *)														
2002	+ 51,7	+ 48,4	+ 4,1	- 10,2	+ 14,3	- 1,5	+ 15,8	+ 0,8	- 1,6	- 1,1	+ 1,8	- 1,6		
2003	+ 54,0	+ 48,4	- 4,8	- 20,3	+ 15,6	- 0,5	+ 16,1	+ 15,1	- 4,8	- 1,2	+ 2,0	+ 7,8		
2003 Juni	+ 7,7	+ 17,2	- 8,5	- 8,1	- 0,4	- 0,1	- 0,4	- 0,4	- 0,6	+ 0,1	+ 0,5	+ 1,9		
Juli	- 7,1	- 13,3	+ 6,5	+ 0,7	+ 5,8	- 0,1	+ 5,9	+ 0,1	- 0,4	- 0,0	+ 0,0	+ 1,4		
Aug.	+ 9,1	+ 2,9	+ 5,5	+ 1,6	+ 3,9	+ 0,0	+ 3,9	+ 1,3	- 0,5	- 0,1	+ 0,2	- 1,0		
Sept.	+ 0,8	+ 10,3	- 9,1	- 7,8	- 1,4	- 0,1	- 1,3	+ 0,2	- 0,5	- 0,2	+ 0,1	+ 5,4		
Okt.	+ 2,5	+ 2,1	- 0,9	- 1,5	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,1	- 0,3	+ 0,2	+ 2,9		
Nov.	+ 23,8	+ 23,2	- 0,4	- 1,2	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,2	- 1,8		
Dez.	+ 1,7	- 10,1	+ 1,7	+ 0,3	+ 1,4	- 0,0	+ 1,4	+ 10,0	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	- 3,4		
2004 Jan.	- 2,8	+ 8,2	- 11,4	- 12,9	+ 1,5	+ 0,0	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,1	- 0,2	+ 0,3	+ 0,5		
Febr.	+ 4,3	+ 4,1	- 0,4	- 2,5	+ 2,1	- 0,0	+ 2,1	+ 0,9	- 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,7		
März	+ 4,0	- 0,0	+ 4,5	+ 1,9	+ 2,6	+ 0,3	+ 2,3	- 0,1	- 0,3	- 1,2	+ 0,4	+ 0,5		
April	+ 8,5	+ 8,7	+ 0,3	- 4,4	+ 4,8	- 0,1	+ 4,9	- 0,2	- 0,2	- 0,2	+ 0,1	- 0,3		
Mai	+ 8,4	- 1,4	+ 10,6	+ 7,1	+ 3,5	- 0,1	+ 3,5	- 0,6	- 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,7		
Inländische öffentliche Haushalte													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2001	122,7	16,1	102,3	37,7	64,5	1,2	63,3	2,3	2,1	36,6	1,4	-		
2002	113,9	16,6	93,3	30,9	62,4	0,9	61,5	2,1	1,9	36,3	1,2	-		
2003	108,1	17,8	86,6	29,1	57,5	0,5	57,0	2,0	1,7	34,9	1,1	-		
2003 Juni	114,5	18,1	92,6	32,6	60,1	0,5	59,5	1,9	1,7	36,2	1,1	-		
Juli	109,0	14,5	90,9	31,5	59,4	0,5	58,9	1,9	1,7	36,2	1,1	-		
Aug.	107,7	14,7	89,2	30,8	58,4	0,5	57,9	2,0	1,7	36,1	1,1	-		
Sept.	105,0	15,4	85,9	28,7	57,2	0,5	56,7	2,0	1,7	36,0	1,1	-		
Okt.	101,6	15,2	82,7	25,7	57,0	0,5	56,5	2,0	1,7	35,8	1,1	-		
Nov.	104,1	15,8	84,6	27,0	57,7	0,5	57,2	2,0	1,7	35,8	1,1	-		
Dez.	108,1	17,8	86,6	29,1	57,5	0,5	57,0	2,0	1,7	34,9	1,1	-		
2004 Jan.	106,3	16,1	86,6	29,8	56,8	0,5	56,3	2,0	1,7	34,8	1,2	-		
Febr.	107,4	16,6	87,2	30,0	57,1	0,5	56,7	2,1	1,6	34,8	1,2	-		
März	106,4	17,6	85,0	28,6	56,4	0,9	55,6	2,2	1,6	33,5	1,0	-		
April	105,8	17,3	84,7	28,6	56,2	0,9	55,3	2,2	1,6	33,3	1,1	-		
Mai	108,9	18,5	86,6	30,6	56,0	0,9	55,0	2,2	1,6	33,2	1,0	-		
Veränderungen *)														
2002	- 8,6	+ 0,5	- 8,7	- 6,6	- 2,1	- 0,3	- 1,8	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,2	-		
2003	- 4,8	+ 1,2	- 5,7	- 1,6	- 4,1	- 0,4	- 3,7	- 0,1	- 0,2	- 1,6	- 0,1	-		
2003 Juni	+ 3,1	+ 3,1	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	-		
Juli	- 5,4	- 3,7	- 1,8	- 1,1	- 0,7	- 0,0	- 0,6	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	-		
Aug.	- 0,5	+ 0,2	- 0,8	- 0,7	- 0,1	+ 0,0	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	-		
Sept.	- 2,6	+ 0,7	- 3,3	- 2,1	- 1,2	+ 0,0	- 1,3	+ 0,0	+ 0,0	- 0,2	- 0,0	-		
Okt.	- 3,4	- 0,2	- 3,2	- 3,0	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,0	- 0,2	+ 0,0	-		
Nov.	+ 2,7	+ 0,6	+ 2,1	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,0	+ 0,6	-	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	-		
Dez.	+ 4,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,2	- 0,2	+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	- 0,0	- 0,9	- 0,0	-		
2004 Jan.	- 1,8	- 1,7	- 0,0	+ 0,7	- 0,7	- 0,0	- 0,7	- 0,0	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	-		
Febr.	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,4	- 0,0	+ 0,4	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	-		
März	- 1,0	+ 1,0	- 2,1	- 1,4	- 0,7	+ 0,4	- 1,1	+ 0,1	- 0,0	- 1,3	- 0,1	-		
April	- 0,6	- 0,3	- 0,3	- 0,1	- 0,3	- 0,0	- 0,3	+ 0,0	- 0,0	- 0,2	+ 0,0	-		
Mai	+ 3,0	+ 1,2	+ 1,8	+ 2,0	- 0,2	+ 0,0	- 0,3	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	-		

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vor-

läufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Unternehmen und Privatpersonen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2001	1 911,3	510,4	724,7	231,0	493,7	9,1	484,6	572,3	103,9	6,6	24,8	3,1		
2002	1 972,0	559,0	737,3	227,5	509,8	7,9	502,0	573,2	102,5	5,8	26,6	1,5		
2003	2 032,2	606,2	739,1	208,7	530,4	7,8	522,6	588,3	98,6	5,7	29,3	9,3		
2003 Juni	1 995,2	590,8	730,0	213,3	516,7	7,5	509,2	574,8	99,6	5,5	28,7	5,7		
Juli	1 993,3	581,2	738,1	214,9	523,2	7,5	515,7	574,8	99,2	5,5	28,7	7,1		
Aug.	2 003,8	583,8	745,3	217,2	528,1	7,5	520,6	576,0	98,7	5,5	28,9	6,1		
Sept.	2 007,3	593,4	739,5	211,6	527,9	7,4	520,5	576,2	98,1	5,5	29,0	11,6		
Okt.	2 013,1	595,7	741,8	213,0	528,7	7,5	521,2	577,4	98,3	5,0	29,2	14,5		
Nov.	2 034,5	618,3	739,4	210,6	528,8	7,8	521,0	578,3	98,4	4,9	29,4	12,7		
Dez.	2 032,2	606,2	739,1	208,7	530,4	7,8	522,6	588,3	98,6	5,7	29,3	9,3		
2004 Jan.	2 031,1	616,1	727,7	195,2	532,6	7,8	524,7	588,6	98,7	5,6	29,6	9,8		
Febr.	2 034,3	618,8	727,6	193,4	534,3	7,8	526,4	589,4	98,5	5,7	29,6	10,4		
März	2 039,3	617,7	734,2	196,7	537,6	7,7	529,8	589,2	98,2	5,8	30,1	10,9		
April	2 048,2	626,8	734,9	192,3	542,7	7,6	535,0	589,0	97,5	5,8	30,2	10,6		
Mai	2 053,5	624,2	743,6	197,3	546,3	7,5	538,8	588,3	97,3	5,8	30,2	11,4		
Veränderungen *)														
2002	+ 60,3	+ 47,9	+ 12,8	- 3,6	+ 16,4	- 1,2	+ 17,5	+ 1,0	- 1,4	- 0,8	+ 2,0	- 1,6		
2003	+ 58,7	+ 47,2	+ 1,0	- 18,7	+ 19,7	- 0,1	+ 19,8	+ 15,1	- 4,5	+ 0,4	+ 2,1	+ 7,8		
2003 Juni	+ 4,6	+ 14,0	- 8,5	- 8,0	- 0,5	- 0,0	- 0,4	- 0,4	- 0,5	+ 0,1	+ 0,5	+ 1,9		
Juli	- 1,7	- 9,6	+ 8,2	+ 1,8	+ 6,5	- 0,0	+ 6,5	+ 0,1	- 0,4	+ 0,0	+ 0,0	+ 1,4		
Aug.	+ 9,6	+ 2,6	+ 6,3	+ 2,3	+ 4,0	+ 0,0	+ 4,0	+ 1,2	- 0,5	- 0,0	+ 0,2	- 1,0		
Sept.	+ 3,5	+ 9,6	- 5,8	- 5,6	- 0,2	- 0,1	- 0,1	+ 0,2	- 0,5	+ 0,0	+ 0,1	+ 5,4		
Okt.	+ 5,9	+ 2,3	+ 2,3	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 2,9		
Nov.	+ 21,2	+ 22,6	- 2,5	- 2,6	+ 0,1	+ 0,3	- 0,2	+ 0,9	+ 0,1	- 0,0	+ 0,2	- 1,8		
Dez.	- 2,3	- 12,1	- 0,3	- 1,9	+ 1,5	- 0,0	+ 1,6	+ 10,0	+ 0,2	+ 0,7	- 0,1	- 3,4		
2004 Jan.	- 1,1	+ 9,9	- 11,4	- 13,6	+ 2,2	+ 0,1	+ 2,1	+ 0,3	+ 0,1	- 0,1	+ 0,3	+ 0,5		
Febr.	+ 3,2	+ 3,6	- 1,0	- 2,7	+ 1,7	- 0,0	+ 1,7	+ 0,8	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,7		
März	+ 5,0	- 1,1	+ 6,6	+ 3,3	+ 3,3	- 0,1	+ 3,4	- 0,2	- 0,3	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,5		
April	+ 9,1	+ 9,0	+ 0,6	- 4,4	+ 5,0	- 0,1	+ 5,2	- 0,3	- 0,2	- 0,0	+ 0,1	- 0,3		
Mai	+ 5,3	- 2,6	+ 8,7	+ 5,0	+ 3,7	- 0,1	+ 3,8	- 0,6	- 0,2	+ 0,0	- 0,0	+ 0,7		
darunter: inländische Unternehmen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2001	668,4	180,0	461,3	91,7	369,6	2,9	366,8	4,3	22,8	6,4	14,3	3,1		
2002	700,4	194,6	479,4	99,2	380,2	1,5	378,7	4,4	22,0	5,6	15,8	1,5		
2003	730,8	205,8	498,1	102,1	396,0	1,6	394,4	4,8	22,1	5,4	17,3	9,3		
2003 Juni	710,6	202,0	481,6	96,1	385,5	1,4	384,1	4,7	22,4	5,3	17,2	5,7		
Juli	711,2	192,4	491,5	99,5	392,1	1,5	390,6	4,8	22,5	5,3	17,2	7,1		
Aug.	716,9	189,6	500,0	103,2	396,8	1,5	395,2	4,8	22,4	5,3	17,4	6,1		
Sept.	723,7	200,7	495,9	99,7	396,2	1,5	394,7	4,8	22,3	5,3	17,4	11,6		
Okt.	727,9	201,0	500,0	103,2	396,8	1,5	395,3	4,8	22,1	4,7	17,4	14,5		
Nov.	733,5	206,0	500,7	102,8	397,9	1,7	396,2	4,7	22,0	4,7	17,4	12,7		
Dez.	730,8	205,8	498,1	102,1	396,0	1,6	394,4	4,8	22,1	5,4	17,3	9,3		
2004 Jan.	726,6	211,6	488,2	90,4	397,9	1,8	396,1	4,9	21,9	5,3	17,4	9,8		
Febr.	723,7	207,6	489,3	90,0	399,3	1,8	397,5	5,1	21,7	5,4	17,4	10,4		
März	730,9	207,4	496,5	94,6	401,9	1,9	400,0	5,1	21,8	5,5	17,8	10,9		
April	740,0	213,5	499,5	92,7	406,8	2,0	404,9	5,2	21,8	5,5	17,8	10,6		
Mai	741,6	205,6	509,0	98,2	410,8	1,9	408,9	5,3	21,8	5,5	17,8	11,4		
Veränderungen *)														
2002	+ 31,1	+ 13,4	+ 18,3	+ 7,4	+ 10,9	- 1,3	+ 12,2	+ 0,1	- 0,7	- 0,8	+ 1,6	- 1,6		
2003	+ 29,6	+ 11,2	+ 17,9	+ 2,9	+ 15,0	+ 0,1	+ 14,9	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,4	+ 1,4	+ 7,8		
2003 Juni	+ 4,9	+ 9,6	- 4,7	- 4,2	- 0,6	-	- 0,6	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,5	+ 1,9		
Juli	+ 0,8	- 9,5	+ 10,1	+ 3,5	+ 6,6	+ 0,1	+ 6,5	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 1,4		
Aug.	+ 4,8	- 2,8	+ 7,6	+ 3,7	+ 3,9	+ 0,1	+ 3,8	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 1,0		
Sept.	+ 6,8	+ 11,1	- 4,1	- 3,5	- 0,6	- 0,1	- 0,5	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 5,4		
Okt.	+ 4,3	+ 0,3	+ 4,1	+ 3,5	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,6	- 0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,1	+ 2,9		
Nov.	+ 5,4	+ 5,0	+ 0,5	- 0,6	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,9	- 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 1,8		
Dez.	- 2,7	- 0,2	- 2,6	- 0,7	- 1,9	- 0,1	- 1,8	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,7	- 0,1	- 3,4		
2004 Jan.	- 4,2	+ 5,8	- 9,9	- 11,7	+ 1,8	+ 0,1	+ 1,7	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,5		
Febr.	- 2,9	- 3,1	+ 0,2	- 1,3	+ 1,4	+ 0,1	+ 1,4	+ 0,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,7		
März	+ 7,1	- 0,2	+ 7,2	+ 4,6	+ 2,6	+ 0,1	+ 2,5	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,5		
April	+ 9,5	+ 6,1	+ 3,0	- 1,9	+ 4,0	- 0,1	+ 4,8	+ 0,1	+ 0,3	- 0,0	+ 0,1	- 0,3		
Mai	+ 1,6	- 7,9	+ 9,4	+ 5,5	+ 4,9	+ 0,1	+ 4,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,7		

merkt. — 1 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu

Tab. IV.12. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen						Termineinlagen 1) 2)					
		insgesamt	nach Gläubigergruppen					insgesamt	nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen						inländische Organisationen ohne Erwerbszweck				
			zu- sammen	Selb- ständige	wirt- schaftlich Unselb- ständige	sonstige Privat- personen			zu- sammen	Selb- ständige	wirt- schaftlich Unselb- ständige	sonstige Privat- personen	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2001	1 242,9	330,4	320,1	55,8	220,9	43,4	10,2	263,4	242,9	36,3	182,4	24,2	
2002	1 271,6	364,5	352,8	61,3	241,4	50,0	11,7	257,9	238,3	35,2	180,5	22,6	
2003	1 301,4	400,4	388,1	66,9	265,1	56,1	12,3	241,0	222,1	29,2	174,5	18,4	
2003 Dez.	1 301,4	400,4	388,1	66,9	265,1	56,1	12,3	241,0	222,1	29,2	174,5	18,4	
2004 Jan.	1 304,6	404,5	392,1	68,6	265,8	57,7	12,5	239,5	221,5	29,1	174,3	18,0	
Febr.	1 310,6	411,2	398,3	69,3	269,9	59,1	12,9	238,3	220,6	28,8	173,7	18,1	
März	1 308,5	410,3	397,0	67,5	270,8	58,6	13,3	237,8	219,8	28,2	173,7	17,9	
April	1 308,1	413,3	400,2	69,4	272,9	58,0	13,0	235,4	218,0	27,5	172,8	17,6	
Mai	1 311,9	418,6	405,9	69,4	278,2	58,4	12,7	234,7	216,8	26,7	172,6	17,5	
Veränderungen *)													
2002	+ 29,2	+ 34,5	+ 33,1	+ 5,6	+ 22,4	+ 5,1	+ 1,5	- 5,5	- 4,2	- 1,0	- 1,1	- 2,1	
2003	+ 29,2	+ 36,0	+ 35,3	+ 5,6	+ 23,7	+ 6,0	+ 0,6	- 16,9	- 16,2	- 6,0	- 6,0	- 4,2	
2003 Dez.	+ 0,4	- 11,9	- 11,6	- 3,0	- 7,6	- 1,0	- 0,3	+ 2,3	+ 1,5	- 0,5	+ 2,3	- 0,2	
2004 Jan.	+ 3,2	+ 4,1	+ 4,0	+ 1,7	+ 0,7	+ 1,6	+ 0,2	- 1,5	- 0,7	- 0,1	- 0,2	- 0,4	
Febr.	+ 6,0	+ 6,7	+ 6,2	+ 0,6	+ 4,1	+ 1,5	+ 0,4	- 1,2	- 0,9	- 0,4	- 0,6	+ 0,1	
März	- 2,1	- 0,9	- 1,4	- 1,7	+ 0,9	- 0,5	+ 0,4	- 0,6	- 0,8	- 0,6	- 0,0	- 0,2	
April	- 0,3	+ 3,0	+ 3,3	+ 1,9	+ 2,1	- 0,7	- 0,3	- 2,4	- 1,8	- 0,6	- 0,9	- 0,3	
Mai	+ 3,7	+ 5,4	+ 5,6	- 0,1	+ 5,3	+ 0,4	- 0,3	- 0,7	- 1,1	- 0,8	- 0,2	- 0,1	

* S. Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite														
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder							
		zu- sammen	Sicht- einlagen	Termineinlagen			Spar- einlagen und Spar- briefe 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	zu- sammen	Sicht- einlagen	Termineinlagen			Spar- einlagen und Spar- briefe 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr						bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2001	122,7	46,9	1,6	2,7	42,7	0,0	13,2	19,2	2,7	1,8	14,6	0,1	23,2		
2002	113,9	45,6	0,9	3,6	41,1	0,0	13,5	18,9	2,5	1,4	14,9	0,1	22,6		
2003	108,1	44,2	2,0	5,2	36,9	0,0	12,6	18,5	3,1	1,3	14,1	0,1	21,9		
2003 Dez.	108,1	44,2	2,0	5,2	36,9	0,0	12,6	18,5	3,1	1,3	14,1	0,1	21,9		
2004 Jan.	106,3	45,2	1,8	6,3	37,1	0,0	12,6	19,6	3,7	2,7	13,2	0,1	21,9		
Febr.	107,4	45,8	1,6	6,8	37,3	0,0	12,7	19,6	3,3	3,1	13,2	0,1	21,8		
März	106,4	46,2	2,5	7,0	36,7	0,0	12,4	19,6	3,6	2,9	13,0	0,1	20,9		
April	105,8	46,2	2,5	7,2	36,5	0,0	12,6	19,6	3,5	3,0	13,0	0,1	20,4		
Mai	108,9	45,8	2,7	6,6	36,4	0,0	12,6	18,4	2,5	2,7	13,1	0,0	20,3		
Veränderungen *)															
2002	- 8,6	- 1,3	- 0,6	+ 0,9	- 1,6	+ 0,0	+ 0,3	- 0,3	- 0,1	- 0,4	+ 0,3	- 0,0	- 0,6		
2003	- 4,8	- 1,4	+ 1,1	+ 1,7	- 4,2	- 0,0	- 1,0	- 0,2	+ 0,5	+ 0,1	- 0,8	- 0,0	- 0,7		
2003 Dez.	+ 4,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	- 0,4	- 0,0	- 0,6	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,0	-	- 0,4		
2004 Jan.	- 1,8	+ 0,9	- 0,3	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,0	- 0,0	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,4	- 0,9	- 0,0	- 0,1		
Febr.	+ 1,1	+ 0,6	- 0,1	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	- 0,4	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0		
März	- 1,0	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,1	- 0,6	- 0,0	- 0,3	- 0,1	+ 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,0	- 1,0		
April	- 0,6	- 0,0	- 0,0	+ 0,2	- 0,2	- 0,0	+ 0,2	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,5		
Mai	+ 3,0	- 0,4	+ 0,3	- 0,6	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 1,2	- 1,0	- 0,2	+ 0,0	- 0,0	- 0,1		

* S. Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffent-

lichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch

IV. Banken

nach Befristung					Spareinlagen 3)			Nachrichtlich:					Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)		insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe 4)	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) 5)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos			
		zusammen	darunter:										
		bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre										
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
20,6	139,3	124,1	6,2	117,9	568,0	558,6	9,4	81,1	0,2	10,5	-	2001	
19,6	128,3	129,6	6,3	123,3	568,8	559,9	8,9	80,4	0,2	10,8	-	2002	
18,9	106,7	134,3	6,1	128,2	583,5	574,3	9,2	76,5	0,2	12,0	-	2003	
18,9	106,7	134,3	6,1	128,2	583,5	574,3	9,2	76,5	0,2	12,0	-	2003 Dez.	
18,1	104,8	134,7	6,1	128,6	583,7	574,4	9,2	76,8	0,2	12,1	-	2004 Jan.	
17,8	103,4	134,9	6,0	129,0	584,3	575,0	9,4	76,7	0,2	12,2	-	Febr.	
18,0	102,1	135,7	5,9	129,8	584,1	574,7	9,4	76,3	0,2	12,4	-	März	
17,4	99,6	135,8	5,6	130,2	583,8	574,3	9,5	75,7	0,2	12,4	-	April	
17,8	99,1	135,5	5,6	129,9	583,1	573,6	9,5	75,5	0,2	12,4	-	Mai	
Veränderungen *)													
- 1,3	- 10,9	+ 5,4	+ 0,1	+ 5,3	+ 0,9	+ 1,3	- 0,5	- 0,7	- 0,0	+ 0,3	-	2002	
- 0,7	- 21,6	+ 4,7	- 0,2	+ 4,9	+ 14,7	+ 14,4	+ 0,3	- 4,6	+ 0,0	+ 0,6	-	2003	
+ 0,7	- 1,1	+ 3,4	+ 0,0	+ 3,4	+ 9,9	+ 9,8	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	-	2003 Dez.	
- 0,8	- 1,9	+ 0,4	- 0,0	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,3	- 0,0	+ 0,1	-	2004 Jan.	
- 0,3	- 1,4	+ 0,2	- 0,1	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	-	Febr.	
+ 0,2	- 1,3	+ 0,8	- 0,1	+ 0,9	- 0,2	- 0,3	+ 0,1	- 0,4	- 0,0	+ 0,1	-	März	
- 0,6	- 2,5	+ 0,1	- 0,2	+ 0,3	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	- 0,6	+ 0,0	+ 0,0	-	April	
+ 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,0	- 0,3	- 0,7	- 0,7	- 0,0	- 0,2	- 0,0	+ 0,0	-	Mai	

Namenschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. Verbindlich-

keiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. — 5 In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)					Sozialversicherung							Zeit
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen 3)		Spareinlagen und Sparbriefe 2) 4)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
27,8	9,2	13,8	1,8	3,1	0,2	28,7	2,7	19,5	5,4	1,1	0,1	2001
27,6	10,5	12,2	2,0	3,0	0,2	21,7	2,7	13,7	4,5	0,9	0,1	2002
24,8	9,9	10,1	1,9	2,8	0,2	20,6	2,8	12,5	4,5	0,8	0,0	2003
24,8	9,9	10,1	1,9	2,8	0,2	20,6	2,8	12,5	4,5	0,8	0,0	2003 Dez.
22,2	8,2	9,2	2,0	2,8	0,2	19,3	2,4	11,7	4,5	0,8	0,0	2004 Jan.
23,8	9,2	9,8	2,0	2,9	0,2	18,2	2,5	10,2	4,7	0,8	0,0	Febr.
23,0	8,5	9,6	2,0	2,9	0,2	17,6	3,0	9,1	4,7	0,9	0,0	März
22,8	8,8	9,1	2,0	2,9	0,2	17,2	2,5	9,3	4,6	0,9	0,0	April
24,8	10,2	9,7	2,0	2,9	0,2	19,9	3,0	11,5	4,5	0,9	0,0	Mai
Veränderungen *)												
+ 0,0	+ 1,3	- 1,4	+ 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 7,0	- 0,0	- 5,7	- 1,0	- 0,3	- 0,0	2002
- 2,8	- 0,5	- 2,1	- 0,0	- 0,2	+ 0,0	- 0,4	+ 0,1	- 1,3	+ 0,9	- 0,1	- 0,0	2003
+ 1,3	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 1,3	- 0,1	+ 1,2	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	2003 Dez.
- 2,6	- 1,7	- 0,9	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 1,2	- 0,4	- 0,9	- 0,0	+ 0,0	-	2004 Jan.
+ 1,6	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 1,2	+ 0,1	- 1,4	+ 0,1	+ 0,0	-	Febr.
- 0,8	- 0,6	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	-	- 0,6	+ 0,5	- 1,2	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	März
- 0,2	+ 0,3	- 0,5	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,4	+ 0,6	+ 0,2	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	April
+ 2,0	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 2,7	+ 0,6	+ 2,2	- 0,2	+ 0,0	-	Mai

nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds

„Deutsche Einheit“, Lastenausgleichsfonds. — 2 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. — 3 Einschl. Bauspareinlagen. — 4 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €													
Zeit	Spareinlagen 1)								Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spar- einlagen	Sparbriefe 3), abgegeben an			
	von Inländern				von Ausländern					Nicht- banken ins- gesamt	inländische Nichtbanken		ausländische Nicht- banken
	ins- gesamt	zu- sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zu- sammen	darunter mit drei- monatiger Kündi- gungs- frist			zu- sammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	
			zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)	zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)							
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2001	586,5	574,5	461,9	327,2	112,7	97,2	12,0	8,8	19,9	112,8	106,0	87,2	6,8
2002	586,2	575,3	472,8	343,5	102,4	88,5	10,9	8,1	17,6	111,3	104,4	86,3	6,9
2003	600,4	590,3	500,8	377,1	89,5	76,4	10,1	7,9	16,0	107,2	100,3	83,9	7,0
2004 Jan.	600,6	590,6	502,1	379,2	88,5	76,5	10,0	7,9	0,6	107,4	100,3	84,1	7,0
Febr.	601,4	591,5	503,3	381,4	88,1	76,1	10,0	7,9	0,4	107,1	100,1	84,4	7,0
März	601,3	591,4	503,5	382,2	88,0	76,3	9,9	7,8	0,3	106,8	99,8	84,5	7,0
April	601,0	591,2	504,4	383,5	86,8	75,0	9,9	7,8	0,3	106,0	99,2	84,7	6,9
Mai	600,4	590,6	504,6	384,3	86,0	74,2	9,8	7,8	0,3	105,7	98,9	84,8	6,8
Veränderungen *)													
2002	- 0,3	+ 0,8	+ 11,0	+ 16,4	- 10,2	- 8,7	- 1,1	- 0,7	.	- 1,5	- 1,6	- 0,9	+ 0,1
2003	+ 14,2	+ 15,1	+ 28,0	+ 23,8	- 12,9	- 12,1	- 0,8	- 0,2	.	- 4,6	- 4,8	- 3,0	+ 0,1
2004 Jan.	+ 0,2	+ 0,3	+ 1,3	+ 2,2	- 1,0	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	.	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1
Febr.	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,2	+ 2,2	- 0,3	- 0,4	- 0,0	- 0,0	.	- 0,2	- 0,2	+ 0,3	- 0,0
März	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,8	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	.	- 0,3	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0
April	- 0,3	- 0,2	+ 0,9	+ 1,3	- 1,1	- 1,2	- 0,0	- 0,0	.	- 0,4	- 0,2	+ 0,3	- 0,1
Mai	- 0,7	- 0,6	+ 0,3	+ 0,8	- 0,9	- 0,8	- 0,1	- 0,0	.	- 0,3	- 0,2	+ 0,1	- 0,1

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Ohne Bauspareinlagen, die den Termineinlagen zugeordnet werden. — 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. — 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Zeit	Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere								Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 6)				Nachrangig begebene	
	ins- gesamt 1)	darunter:				mit Laufzeit:			ins- gesamt	darunter mit Laufzeit:			börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	nicht börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen
		variabel verzins- liche Anlei- hen 2)	Null- Kupon- Anlei- hen 2) 3)	Fremd- wäh- rungs- anlei- hen 4) 5)	Certi- ficates of Deposit	bis 1 Jahr einschl. 1)	über 1 Jahr bis 2 Jahre einschl. 1)	über 2 Jahre 1)		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2001	1 472,3	324,0	16,3	144,1	17,6	46,5	124,9	1 300,9	5,8	3,7	1,0	1,2	43,3	2,4
2002	1 462,9	339,2	16,1	159,5	34,7	62,3	120,1	1 280,5	9,9	7,8	0,7	1,3	42,4	2,3
2003	1 490,1	353,4	20,8	177,5	39,0	70,1	105,2	1 314,8	2,4	0,6	0,5	1,2	40,2	3,2
2004 Jan.	1 497,2	355,3	21,8	185,1	37,3	69,7	102,7	1 324,8	2,3	0,6	0,5	1,2	40,0	3,2
Febr.	1 508,0	357,0	22,1	184,2	33,1	64,3	108,3	1 335,4	2,2	0,5	0,5	1,2	40,5	3,2
März	1 535,3	370,8	22,1	198,6	36,9	68,3	110,9	1 356,0	2,5	0,8	0,5	1,3	41,0	3,3
April	1 553,0	376,8	21,5	206,5	36,5	69,6	111,2	1 372,2	2,3	0,4	0,5	1,4	40,9	3,3
Mai	1 565,4	383,4	20,1	208,0	35,7	67,6	111,8	1 386,1	2,4	0,5	0,5	1,4	40,7	3,3
Veränderungen *)														
2002	+ 9,1	+ 6,3	- 4,5	+ 12,1	+ 16,2	+ 14,2	+ 4,6	- 9,7	+ 4,8	+ 4,9	- 0,3	+ 0,2	- 1,9	- 0,1
2003	+ 19,6	+ 7,0	+ 4,7	+ 13,2	+ 3,2	+ 0,1	- 14,9	+ 34,4	+ 2,6	+ 2,9	- 0,2	- 0,1	- 1,5	+ 0,3
2004 Jan.	+ 7,0	+ 1,8	+ 1,1	+ 7,6	- 1,7	- 0,5	- 2,5	+ 10,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,3	+ 0,0
Febr.	+ 10,8	+ 1,8	+ 0,2	- 0,8	- 4,2	- 5,4	+ 5,6	+ 10,6	- 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,5	- 0,0
März	+ 24,8	+ 13,7	+ 0,0	+ 11,8	+ 3,7	+ 4,0	+ 2,6	+ 18,2	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,1
April	+ 17,7	+ 6,1	- 0,6	+ 7,9	- 0,4	+ 1,2	+ 0,3	+ 16,1	- 0,2	- 0,3	- 0,0	+ 0,1	- 0,2	- 0,0
Mai	+ 12,4	+ 6,6	- 1,4	+ 1,6	- 0,8	- 2,0	+ 0,5	+ 13,9	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,0

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Abgänge im Juni 2002 durch Übergang auf Nettoausweis des Umlaufs (d. h. Abzug der eigenen Schuldverschreibungen). Der statistische Bruch ist in den Veränderungen ausgeschaltet. — 2 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. — 3 Einschl. auf Fremdwährung lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. — 4 Einschl. auf Fremdwährung lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. — 5 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. — 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet s. a. Tab. IV. 10, Anm. 3.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *)
Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monats- ende	Anzahl der Insti- tute	Bilanz- summe	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaber- schuld- ver- schrei- bungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rückkla- gen) 7)	Nach- richtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abge- schlos- sene Ver- träge 8)
			Gut- haben und Dar- lehen (ohne Baudar- lehen) 1)	Baudar- lehen 2)	Bank- schuld- ver- schrei- bun- gen 3)	Baudarlehen			Wert- papiere (einschl. Schatz- wechsel und U-Schät- ze) 4)	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder 6)			
						Bauspar- darlehen	Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite	sonstige Baudar- lehen								
Alle Bausparkassen																
2003	27	172,9	30,1	0,1	10,6	37,3	63,6	8,6	11,3	0,4	29,3	106,8	4,0	7,1	7,2	105,5
2004 März	27	174,9	31,3	0,1	11,3	36,5	64,5	8,6	12,1	0,4	29,9	108,3	4,1	7,2	7,3	9,6
April	27	175,3	30,9	0,1	11,9	36,5	64,4	8,8	12,4	0,4	30,1	108,5	4,1	7,3	7,3	8,2
Mai	27	175,3	30,7	0,1	11,9	36,1	64,8	8,8	12,5	0,4	29,6	108,7	4,0	7,2	7,3	7,0
Private Bausparkassen																
2004 März	16	126,2	23,8	0,0	6,1	23,3	46,7	7,9	8,4	0,3	21,7	73,7	4,0	7,2	4,7	6,1
April	16	126,5	24,2	0,0	6,2	23,4	46,7	8,0	8,5	0,3	22,0	73,7	4,0	7,3	4,7	5,3
Mai	16	126,5	24,1	0,0	6,2	23,1	47,0	8,0	8,5	0,3	21,8	73,8	3,9	7,2	4,7	4,4
Öffentliche Bausparkassen																
2004 März	11	48,7	7,5	0,1	5,2	13,1	17,8	0,7	3,7	0,1	8,1	34,6	0,2	-	2,5	3,4
April	11	48,8	6,8	0,1	5,7	13,1	17,8	0,8	3,9	0,1	8,1	34,8	0,2	-	2,6	2,9
Mai	11	48,8	6,7	0,1	5,7	13,0	17,8	0,8	4,0	0,1	7,9	34,9	0,2	-	2,6	2,6

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehen- de Auszahlungs- verpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspar- darlehen 10)		Nach- richtlich: Einge- gangene Wohn- bau- prä- mien 12)		
	einge- zahlte Bauspar- be- träge 9)	Zinsgut- schriften auf Bauspar- einlagen	Rückzah- lungen von Bauspar- einlagen aus nicht zuge- teilten Ver- trägen	ins- gesamt	darunter Netto- Zutei- lun- gen 11)	ins- gesamt	Zuteilungen		neu ge- währte Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite und sonstige Bau- darlehen	dar- unter aus Zutei- lun- gen	ins- gesamt	dar- unter aus Zutei- lun- gen	ins- gesamt	darunter Til- gungen im Quartal			
							Bauspareinlagen									Bauspardarlehen 9)	
							zu- sammen	darunter zur Ablö- sung von Vor- und Zwi- schenfinan- zierungskrediten								zu- sammen	darunter zur Ablö- sung von Vor- und Zwi- schenfinan- zierungskrediten
Alle Bausparkassen																	
2003	27,0	2,9	5,7	48,2	29,7	43,7	17,9	4,0	8,2	3,2	17,5	12,2	8,0	14,8	11,9	0,6	
2004 März	2,9	0,0	0,5	3,7	2,4	3,8	1,6	0,3	0,7	0,3	1,5	11,7	8,0	1,3	2,7	0,1	
April	2,5	0,0	0,5	4,7	3,3	4,0	1,8	0,5	0,9	0,5	1,3	12,0	8,2	1,1		0,1	
Mai	2,0	0,0	0,4	3,6	2,2	3,2	1,4	0,3	0,6	0,2	1,2	11,8	8,1	1,1		0,1	
Private Bausparkassen																	
2004 März	1,9	0,0	0,3	2,6	1,6	2,8	1,1	0,2	0,4	0,2	1,2	7,1	3,9	0,9	1,8	0,0	
April	1,6	0,0	0,3	3,4	2,3	3,0	1,3	0,4	0,6	0,4	1,1	7,3	4,1	0,8		0,0	
Mai	1,3	0,0	0,3	2,5	1,3	2,3	0,9	0,2	0,4	0,2	1,0	7,2	4,0	0,7		0,0	
Öffentliche Bausparkassen																	
2004 März	1,0	0,0	0,2	1,1	0,9	1,0	0,5	0,1	0,3	0,1	0,2	4,6	4,1	0,4	1,0	0,0	
April	0,9	0,0	0,2	1,4	1,0	1,0	0,5	0,1	0,3	0,1	0,2	4,7	4,1	0,4		0,0	
Mai	0,7	0,0	0,2	1,1	0,9	0,9	0,5	0,1	0,2	0,0	0,2	4,6	4,1	0,3		0,0	

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. Postgiro Guthaben, Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. — 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. — 3 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. — 4 Einschl. Ausgleichsforderungen. — 5 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. — 6 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. — 7 Einschl.

Genusrechtskapital und Fonds für allgemeine Bankrisiken. — 8 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. — 9 Auszahlungen von Bauspareinlagen aus zugeteilten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. — 10 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. — 11 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. — 12 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeiträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Bilanz- summe	Kredite an Banken (MFIs)					Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktiv- posi- tionen	
	deut- schen Banken (MFIs) mit Auslands- filialen bzw. Auslands- töchtern	Auslands- filialen 1) bzw. Auslands- töchter		ins- gesamt	Guthaben und Buchkredite			Geld- markt- papiere, Wertpa- piere 2) 3)	ins- gesamt	Buchkredite					
					zu- sammen	deutsche Banken	auslän- dische Banken			zu- sammen	an deutsche Nichtbanken	darunter Unter- nehmen und Privat- personen	an auslän- dische Nicht- banken		Geld- markt- papiere, Wertpa- piere 2)
Auslandsfilialen															
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2001	68	216	1 689,3	870,6	761,6	213,6	548,0	109,0	744,9	549,0	20,6	17,2	528,4	195,9	73,9
2002	60	205	1 407,4	679,9	572,3	198,3	374,0	107,6	668,5	484,0	18,8	15,0	465,1	184,6	59,0
2003	55	202	1 294,1	599,0	522,9	185,6	337,3	76,1	632,7	438,0	19,0	16,8	419,0	194,7	62,5
2003 Juli	55	202	1 434,0	651,3	570,4	192,4	377,9	81,0	704,0	492,8	19,2	16,0	473,5	211,3	78,6
Aug.	54	202	1 415,0	627,2	551,3	177,8	373,5	75,8	717,8	504,8	19,5	15,8	485,3	213,0	70,0
Sept.	54	201	1 380,3	634,8	560,8	171,2	389,6	74,0	685,3	484,2	19,1	16,3	465,0	201,2	60,1
Okt.	55	200	1 368,7	621,8	540,7	168,3	372,5	81,1	680,1	476,0	20,0	16,5	456,0	204,1	66,8
Nov.	55	201	1 356,0	618,6	539,3	173,7	365,6	79,2	670,9	471,2	18,3	15,7	452,8	199,7	66,6
Dez.	55	202	1 294,1	599,0	522,9	185,6	337,3	76,1	632,7	438,0	19,0	16,8	419,0	194,7	62,5
2004 Jan.	55	202	1 390,3	647,7	566,3	191,5	374,8	81,3	673,5	472,8	19,2	16,9	453,6	200,8	69,1
Febr.	55	203	1 413,6	666,3	587,2	190,0	397,2	79,1	679,6	482,5	19,3	17,1	463,1	197,1	67,8
März	55	203	1 466,2	689,6	607,6	198,5	409,1	82,0	708,6	506,9	19,0	16,9	487,9	201,7	67,9
April	55	205	1 493,1	713,2	631,2	207,6	423,6	82,0	711,1	509,6	18,8	16,6	490,8	201,5	68,8
Veränderungen *)															
2002	- 8	- 11	-139,1	-133,4	-139,9	- 15,4	-124,5	+ 6,5	- 3,6	- 9,2	- 1,9	- 2,2	- 7,3	+ 5,7	- 2,2
2003	- 5	- 3	- 6,8	- 45,3	- 17,4	- 12,7	- 4,7	- 27,9	+ 22,5	- 2,5	+ 0,2	+ 1,7	- 2,7	+ 24,9	+ 15,9
2003 Juli	- 3	- 3	- 26,6	- 22,6	- 11,3	+ 1,8	- 13,1	- 11,3	- 15,1	- 34,0	+ 1,9	+ 1,2	- 35,9	+ 18,9	+ 11,2
Aug.	- 1	-	- 37,1	- 30,3	- 24,8	- 14,6	- 10,2	- 5,5	+ 3,5	+ 4,6	+ 0,3	- 0,2	+ 4,3	- 1,1	- 10,2
Sept.	-	- 1	- 9,1	+ 15,8	+ 17,0	- 6,6	+ 23,5	- 1,2	- 18,0	- 9,8	- 0,4	+ 0,5	- 9,4	- 8,2	- 6,9
Okt.	+ 1	- 1	- 13,6	- 13,7	- 20,8	- 3,0	- 17,8	+ 7,1	- 6,4	- 8,9	+ 0,9	+ 0,2	- 9,8	+ 2,5	+ 6,5
Nov.	-	+ 1	+ 10,8	+ 4,9	+ 6,0	+ 5,5	+ 0,5	- 1,1	+ 3,8	+ 4,6	- 1,7	- 0,8	+ 6,3	- 0,8	+ 2,1
Dez.	-	+ 1	- 28,0	- 8,3	- 6,2	+ 11,9	- 18,0	- 2,2	- 19,6	- 19,5	+ 0,7	+ 1,0	- 20,2	- 0,1	- 0,1
2004 Jan.	-	-	+ 80,6	+ 42,7	+ 38,0	+ 6,0	+ 32,1	+ 4,7	+ 31,7	+ 28,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 28,0	+ 3,7	+ 6,2
Febr.	-	+ 1	+ 24,8	+ 19,5	+ 21,7	- 1,6	+ 23,2	- 2,2	+ 6,7	+ 9,7	+ 0,2	+ 0,2	+ 9,5	- 3,0	- 1,3
März	-	-	+ 36,7	+ 16,7	+ 14,4	+ 8,5	+ 5,9	+ 2,4	+ 20,1	+ 18,3	- 0,3	- 0,3	+ 18,6	+ 1,8	- 0,2
April	-	+ 2	+ 19,9	+ 21,1	+ 21,4	+ 9,1	+ 12,3	- 0,2	- 1,9	- 0,7	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 1,2	+ 0,7
Auslandstöchter															
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2001	46	200	811,5	342,4	262,8	105,7	157,1	79,6	382,2	293,1	51,9	47,7	241,2	89,2	87,0
2002	47	200	704,2	333,7	265,5	125,7	139,8	68,2	300,1	239,1	46,7	42,9	192,4	61,0	70,4
2003	46	179	645,8	307,2	246,4	127,3	119,1	60,7	277,0	213,8	41,5	37,9	172,3	63,3	61,6
2003 Juli	47	195	668,1	323,1	255,1	127,5	127,6	68,0	278,0	215,0	41,2	38,5	173,7	63,0	67,1
Aug.	47	194	666,8	313,5	246,2	126,4	119,8	67,3	284,9	219,6	41,8	38,7	177,8	65,3	68,4
Sept.	47	190	661,6	311,9	248,2	131,2	117,1	63,6	274,6	209,8	40,3	37,4	169,5	64,8	75,1
Okt.	46	187	652,0	308,5	244,4	128,1	116,3	64,1	272,2	206,3	39,3	36,9	167,0	65,9	71,4
Nov.	46	182	649,9	308,4	244,9	128,7	116,3	63,5	270,2	204,5	39,8	37,0	164,7	65,7	71,3
Dez.	46	179	645,8	307,2	246,4	127,3	119,1	60,7	277,0	213,8	41,5	37,9	172,3	63,3	61,6
2004 Jan.	46	177	618,1	295,8	233,1	115,2	117,9	62,7	263,3	199,1	41,6	37,9	157,5	64,2	59,0
Febr.	46	179	621,3	297,2	235,7	114,8	120,9	61,5	260,4	196,5	38,8	37,1	157,7	63,9	63,7
März	46	176	650,7	300,5	238,8	111,7	127,1	61,7	270,0	204,6	41,6	38,0	163,0	65,4	80,3
April	46	176	663,2	298,4	236,6	111,1	125,5	61,8	274,8	207,7	40,9	37,8	166,8	67,1	90,1
Veränderungen *)															
2002	+ 1	± 0	- 78,3	+ 6,7	+ 13,3	+ 20,0	- 6,7	- 6,6	- 70,0	- 42,0	- 5,2	- 4,8	- 36,8	- 28,1	- 15,0
2003	- 1	- 21	- 32,8	- 14,0	- 10,7	+ 1,6	- 12,3	- 3,3	- 11,9	- 14,2	- 5,2	- 5,0	- 9,0	+ 2,3	- 6,9
2003 Juli	- 1	- 1	+ 15,9	+ 20,0	+ 18,0	+ 4,0	+ 14,0	+ 2,0	- 5,8	- 6,0	- 0,6	- 0,2	- 5,4	+ 0,2	+ 1,7
Aug.	-	- 1	- 6,0	- 12,0	- 10,3	- 1,1	- 9,2	- 1,6	+ 4,8	+ 2,6	+ 0,5	+ 0,2	+ 2,0	+ 2,2	+ 1,1
Sept.	-	- 4	+ 2,1	+ 1,8	+ 4,2	+ 4,8	- 0,6	- 2,4	- 6,9	- 6,5	- 1,5	- 1,3	- 5,0	- 0,4	+ 7,1
Okt.	- 1	- 3	- 10,2	- 3,8	- 4,1	- 3,1	- 1,1	+ 0,3	- 2,6	- 3,6	- 1,0	- 0,5	- 2,6	+ 1,0	- 3,8
Nov.	-	- 5	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,0	+ 0,6	+ 1,4	+ 0,2	- 0,3	- 0,1	+ 0,5	+ 0,1	- 0,7	- 0,2	+ 0,3
Dez.	-	- 3	+ 2,7	+ 2,1	+ 3,7	- 1,4	+ 5,1	- 1,6	+ 9,5	+ 11,9	+ 1,6	+ 0,9	+ 10,3	- 2,4	- 8,9
2004 Jan.	-	- 2	- 30,7	- 13,1	- 14,4	- 12,1	- 2,3	+ 1,4	- 14,9	- 15,8	+ 0,1	+ 0,0	- 15,9	+ 0,9	- 2,8
Febr.	-	+ 2	+ 3,6	+ 1,5	+ 2,6	- 0,4	+ 3,0	- 1,1	- 2,6	- 2,3	- 2,8	- 0,7	+ 0,5	- 0,3	+ 4,7
März	-	- 3	+ 26,7	+ 1,8	+ 2,1	- 3,1	+ 5,2	- 0,3	+ 8,5	+ 7,1	+ 2,8	+ 0,8	+ 4,3	+ 1,5	+ 16,4
April	-	-	+ 10,8	- 3,1	- 3,0	- 0,6	- 2,4	- 0,1	+ 3,9	+ 2,2	- 0,7	- 0,2	+ 2,9	+ 1,7	+ 10,0

* Ab März 2000 einschl. Auslandsfilialen der Bausparkassen. „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises

werden bei den Auslandstöchtern grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite											Geldmarkt-papiere und Schuld-verschrei-bungen im Um-lauf 5)	Betriebs-kapital bzw. Eigen-kapital	Sonstige Passiv-positionen 6)	Zeit
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)						auslän-dische Nicht-banken				
	zu-sammen	deutsche Banken	aus-ländische Banken	ins-gesamt	deutsche Nichtbanken 4)									
					zu-sammen	kurzfristig	mittel- und langfristig							
					zu-sammen	darunter Unter-nehmen und Privat-personen	zu-sammen	darunter Unter-nehmen und Privat-personen						
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											Auslandsfilialen			
1 271,3	855,3	194,0	661,2	416,0	57,4	54,2	51,2	3,2	3,0	358,6	316,8	24,0	77,2	2001
1 116,0	758,5	250,1	508,4	357,5	62,6	58,4	55,0	4,2	3,8	294,9	212,1	25,9	53,6	2002
1 076,8	727,6	267,1	460,5	349,2	66,2	60,6	56,8	5,7	5,4	283,0	139,4	30,5	47,4	2003
1 178,6	779,5	292,7	486,8	399,0	77,7	72,6	67,5	5,1	4,8	321,4	164,0	24,8	66,6	2003 Juli
1 165,2	787,6	292,0	495,6	377,6	73,2	68,1	63,1	5,1	4,8	304,4	159,5	24,8	65,6	Aug.
1 143,7	749,9	274,6	475,3	393,8	73,5	68,1	63,3	5,4	5,1	320,3	149,7	24,7	62,2	Sept.
1 136,7	739,5	265,4	474,1	397,2	76,4	70,9	66,7	5,5	5,2	320,9	149,0	24,8	58,2	Okt.
1 124,7	738,8	261,6	477,2	385,9	69,5	64,0	60,6	5,5	5,2	316,4	149,4	26,6	55,3	Nov.
1 076,8	727,6	267,1	460,5	349,2	66,2	60,6	56,8	5,7	5,4	283,0	139,4	30,5	47,4	Dez.
1 155,0	765,6	281,4	484,3	389,4	74,0	68,0	64,8	6,0	5,7	315,4	149,9	28,9	56,4	2004 Jan.
1 186,4	790,4	267,1	523,2	396,1	72,4	66,3	62,6	6,1	5,7	323,7	144,6	28,9	53,7	Febr.
1 227,8	808,2	273,9	534,3	419,5	71,8	65,6	62,4	6,1	5,7	347,8	155,4	28,1	55,0	März
1 249,4	822,6	275,2	547,4	426,8	69,1	62,9	58,7	6,3	5,9	357,7	157,4	28,1	58,2	April
Veränderungen *)											Auslandstöchter			
- 53,4	- 31,7	+ 56,0	- 87,7	- 21,7	+ 5,2	+ 4,2	+ 3,8	+ 1,0	+ 0,8	- 26,9	-104,8	+ 1,8	+ 17,2	2002
+ 34,4	+ 12,6	+ 17,0	- 4,4	+ 21,8	+ 3,6	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,6	+ 18,1	- 72,6	+ 4,6	+ 26,8	2003
- 30,1	- 17,8	+ 6,2	- 24,0	- 12,4	+ 5,7	+ 5,8	+ 4,9	- 0,1	- 0,1	- 18,1	- 1,4	+ 0,0	+ 4,9	2003 Juli
- 25,5	+ 0,6	- 0,7	+ 1,3	- 26,1	- 4,5	- 4,5	- 4,3	+ 0,0	+ 0,0	- 21,5	- 4,6	+ 0,0	- 7,1	Aug.
- 3,9	- 27,7	- 17,4	- 10,3	+ 23,8	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 23,5	- 9,7	- 0,1	+ 4,7	Sept.
- 8,3	- 11,4	- 9,2	- 2,1	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,8	+ 0,1	- 4,6	Okt.
+ 4,4	+ 8,8	- 3,7	+ 12,5	- 4,4	- 6,9	- 6,9	- 6,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 2,5	+ 0,5	+ 1,8	+ 4,1	Nov.
- 23,4	+ 2,8	+ 5,5	- 2,7	- 26,2	- 3,3	- 3,5	- 3,9	+ 0,2	+ 0,2	- 22,9	- 10,0	+ 3,9	+ 1,4	Dez.
+ 66,6	+ 31,0	+ 14,2	+ 16,8	+ 35,5	+ 7,8	+ 7,4	+ 8,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 27,8	+ 10,5	- 1,5	+ 5,1	2004 Jan.
+ 31,9	+ 25,5	- 14,2	+ 39,7	+ 6,4	- 1,6	- 1,7	- 2,2	+ 0,1	+ 0,0	+ 8,0	- 5,3	- 0,0	- 1,7	Febr.
+ 29,7	+ 10,0	+ 6,8	+ 3,2	+ 19,6	- 0,6	- 0,6	- 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 20,3	+ 10,8	- 0,8	- 2,9	März
+ 14,8	+ 10,7	+ 1,3	+ 9,5	+ 4,1	- 2,7	- 2,8	- 3,6	+ 0,1	+ 0,1	+ 6,8	+ 2,1	- 0,0	+ 3,0	April
576,5	362,5	79,2	283,3	214,0	36,4	32,5	23,9	3,9	3,8	177,6	99,8	47,3	87,9	2001
503,5	307,7	99,5	208,2	195,7	27,0	22,5	21,1	4,5	4,5	168,7	78,4	43,0	79,3	2002
467,9	283,1	99,8	183,3	184,8	29,9	25,9	24,0	4,0	3,9	155,0	68,2	41,3	68,4	2003
477,4	287,0	94,0	192,9	190,4	31,2	26,9	26,6	4,3	4,3	159,2	77,4	42,7	70,7	2003 Juli
477,4	292,2	96,5	195,7	185,2	28,2	23,6	23,3	4,5	4,5	157,1	75,3	43,0	71,1	Aug.
478,5	292,6	95,8	196,9	185,9	29,8	25,6	25,3	4,2	4,2	156,0	69,3	40,8	73,1	Sept.
469,3	288,2	92,9	195,3	181,1	29,6	25,4	23,5	4,3	4,2	151,5	71,0	40,1	71,6	Okt.
469,7	291,3	94,9	196,5	178,3	31,0	26,8	24,4	4,2	4,2	147,3	71,9	39,2	69,1	Nov.
467,9	283,1	99,8	183,3	184,8	29,9	25,9	24,0	4,0	3,9	155,0	68,2	41,3	68,4	Dez.
444,3	263,0	86,3	176,7	181,3	30,0	26,0	25,7	4,0	3,9	151,3	67,9	38,3	67,6	2004 Jan.
447,4	263,5	86,0	177,4	183,9	30,1	26,1	25,7	4,0	3,9	153,8	68,3	39,0	66,7	Febr.
470,2	273,7	88,0	185,7	196,5	32,6	28,7	28,3	3,9	3,8	163,9	71,1	39,2	70,2	März
480,6	297,0	75,6	221,4	183,6	30,0	26,2	25,8	3,9	3,8	153,6	70,7	39,4	72,4	April
Veränderungen *)											Auslandstöchter			
- 47,1	- 37,4	+ 20,3	- 57,8	- 9,7	- 9,4	- 10,0	- 2,9	+ 0,6	+ 0,6	- 0,3	- 21,4	- 4,4	- 5,4	2002
- 13,8	- 10,3	+ 0,3	- 10,6	- 3,5	+ 2,8	+ 3,4	+ 2,9	- 0,5	- 0,5	- 6,3	- 10,3	- 1,6	- 7,2	2003
+ 11,4	+ 2,4	- 0,1	+ 2,6	+ 9,0	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,9	+ 0,0	+ 0,0	+ 6,2	+ 2,7	+ 1,1	+ 0,6	2003 Juli
- 3,8	+ 2,7	+ 2,4	+ 0,3	- 6,6	- 3,1	- 3,3	- 3,3	+ 0,2	+ 0,2	- 3,5	- 2,1	+ 0,3	- 0,4	Aug.
+ 7,5	+ 4,7	- 0,7	+ 5,4	+ 2,8	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,0	- 0,3	- 0,3	+ 1,2	- 6,0	- 2,2	+ 2,8	Sept.
- 9,7	- 4,7	- 2,9	- 1,9	- 5,0	- 0,2	- 0,3	- 1,8	+ 0,1	+ 0,1	- 4,8	+ 1,7	- 0,6	- 1,6	Okt.
+ 4,0	+ 5,4	+ 2,0	+ 3,4	- 1,5	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,9	- 0,0	- 0,0	- 2,8	+ 0,9	- 0,9	- 1,8	Nov.
+ 4,0	- 4,4	+ 4,9	- 9,3	+ 8,4	- 1,2	- 0,9	- 0,5	- 0,3	- 0,3	+ 9,5	- 3,7	+ 2,1	+ 0,3	Dez.
- 26,1	- 21,4	- 13,5	- 7,9	- 4,6	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,7	- 0,0	- 0,0	- 4,7	- 0,3	- 3,0	- 1,4	2004 Jan.
+ 3,2	+ 0,7	- 0,2	+ 0,9	+ 2,6	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 2,5	+ 0,4	+ 0,7	- 0,6	Febr.
+ 20,8	+ 9,0	+ 1,9	+ 7,1	+ 11,9	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,6	- 0,1	- 0,1	+ 9,3	+ 2,8	+ 0,2	+ 2,9	März
+ 8,8	+ 22,5	- 12,4	+ 34,9	- 13,7	- 2,6	- 2,6	- 2,5	- 0,0	- 0,1	- 11,1	- 0,4	+ 0,3	+ 2,2	April

angemerkt. — 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland zählen als eine Filiale. — 2 Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. — 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. — 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsen-

fähige Schuldverschreibungen. — 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. — 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten.

V. Mindestreserven
**1. Reservesätze
Deutschland**

% der reservspflichtigen Verbindlichkeiten

Gültig ab:	Sicht- verbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen
1995 1. August	2	2	1,5

Europäische Währungsunion

% der Reservebasis 1)

Gültig ab:	Satz
1999 1. Januar	2

1 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt).

2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998

– gemäß der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR) –

Mio DM

 Durchschnitt
im Monat 1)

	Reservspflichtige Verbindlichkeiten				Reserve-Soll 2)	Ist-Reserve 3)	Überschussreserven 4)		Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls
	insgesamt	Sichtverbind- lichkeiten	befristete Verbind- lichkeiten	Spareinlagen			Betrag	in % des Reserve-Solls	
1995 Dez.	2 066 565	579 337	519 456	967 772	36 492	37 337	845	2,3	3
1996 Dez.	2 201 464	655 483	474 342	1 071 639	38 671	39 522	851	2,2	4
1997 Dez.	2 327 879	734 986	476 417	1 116 477	40 975	41 721	745	1,8	3
1998 Dez.	2 576 889	865 444	564 878	1 146 567	45 805	46 432	627	1,4	4

1 Gemäß §§ 5 bis 7 der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR). — 2 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die reservspflichtigen Verbindlichkeiten (§ 5 Abs. 1 AMR). — 3 Durchschnittliche

Guthaben der reservspflichtigen Kreditinstitute auf Girokonten bei der Deutschen Bundesbank. — 4 Ist-Reserve abzüglich Reserve-Soll.

3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion

– ab 1999 gemäß der EZB-Verordnung über Mindestreserven nach Art. 19.1 EZB/ESZB-Statut –

 Erfüllungs-
periode
beginnend
im Monat 1)

	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Freibetrag 4)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages	Guthaben der Kre- ditinstitute auf Girokonten 5)	Überschuss- reserven 6)	Summe der Unterschrei- tungen des Reserve-Solls 7)
Europäische Währungsunion (Mrd €)							
2003 Nov.	6 615,0	132,3	0,5	131,8	132,6	0,8	0,0
Dez.	6 664,2	133,3	0,5	132,8	133,6	0,9	0,0
2004 Jan.	6 696,7	133,9	0,5	133,4	134,1	0,7	0,0
Febr. 8)	–	–	–	–	–	–	–
März	6 756,2	135,1	0,5	134,6	135,3	0,7	0,0
April	6 747,2	134,9	0,5	134,4	135,0	0,6	0,0
Mai	6 847,2	136,9	0,5	136,4	137,1	0,7	0,0
Juni 9)	6 925,3	138,5	0,5	138,0	138,8	0,8	...
Juli 9)	138,5
Darunter: Deutschland (Mio €)							
2003 Nov.	1 863 105	37 262	218	37 044	37 373	329	1
Dez.	1 884 373	37 687	217	37 470	37 852	382	0
2004 Jan.	1 891 545	37 831	217	37 614	37 860	246	4
Febr. 8)	–	–	–	–	–	–	–
März	1 885 245	37 705	217	37 488	37 784	296	3
April	1 883 341	37 667	216	37 451	37 681	230	0
Mai	1 911 592	38 232	216	38 016	38 331	315	1
Juni 9)	1 913 668	38 273	216	38 058	38 465	407	4
Juli 9)	1 914 337	38 287	214	38 073

1 Bis Dezember 2003 begann die Mindestreserveerfüllungsperiode des Eurosystem-Mindestreservesystems am 24. eines jeden Monats und endete am 23. des Folgemonats (Dauer der ersten Mindestreserveerfüllungsperiode vom 1. Januar 1999 bis 23. Februar 1999). Ab März 2004 beginnt die Erfüllungsperiode am Abwicklungstag des Hauptrefinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die monatliche Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. Für den Übergang galt eine verlängerte Mindestreserveerfüllungsperiode vom 24. Januar 2004 bis 9. März 2004. — 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs.

1 ein Reservesatz von 0 % gilt). — 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. — 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreservepflicht. — 5 Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. — 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. — 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. — 8 Auf Grund der Änderungen im geldpolitischen Handlungsrahmen begann im Monat Februar 2004 keine Mindestreserveerfüllungsperiode. — 9 Die Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlage- fazilität	Haupt- refinan- zierungs- geschäfte 1)	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität
1999 1. Jan.	2,00	3,00	4,50
4. Jan.	2,75	3,00	3,25
22. Jan.	2,00	3,00	4,50
9. April	1,50	2,50	3,50
5. Nov.	2,00	3,00	4,00
2000 4. Febr.	2,25	3,25	4,25
17. März	2,50	3,50	4,50
28. April	2,75	3,75	4,75
9. Juni	3,25	4,25	5,25
1. Sept.	3,50	4,50	5,50
6. Okt.	3,75	4,75	5,75
2001 11. Mai	3,50	4,50	5,50
31. Aug.	3,25	4,25	5,25
18. Sept.	2,75	3,75	4,75
9. Nov.	2,25	3,25	4,25

2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Basis- zinssatz gemäß DÜG 2)	Gültig ab	Basis- zinssatz gemäß BGB 3)
1999 1. Jan.	2,50	2002 1. Jan.	2,57
1. Mai	1,95	1. Juli	2,47
2000 1. Jan.	2,68	2003 1. Jan.	1,97
1. Mai	3,42	1. Juli	1,22
1. Sept.	4,26	2004 1. Jan.	1,14
2001 1. Sept.	3,62	1. Juli	1,13
2002 1. Jan. bis 3. April	2,71		

1 Bis 21. Juni 2000 Mengentender, ab 28. Juni 2000 Zinstender zum Mindestbietungssatz. — 2 Gemäß Diskontsatz-Überleitungsgesetz (DÜG) i.V. mit der

Basiszinssatz-Bezugsgrößen-Verordnung. — 3 Gemäß § 247 BGB.

3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren)

Gutschriftstag	Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengtender		Zinstender		Laufzeit	
			Festsatz	% p.a.	Mindest- bietungssatz	marginaler Satz 1)		gewichteter Durchschnittssatz
Hauptrefinanzierungsgeschäfte								
2004 2. Juni	269 747	236 000	—	2,00	2,00	2,01	7	
9. Juni	278 440	233 500	—	2,00	2,00	2,01	7	
16. Juni	305 245	232 000	—	2,00	2,00	2,01	7	
23. Juni	331 013	260 000	—	2,00	2,00	2,01	7	
30. Juni	315 078	256 000	—	2,00	2,01	2,02	7	
7. Juli	315 956	253 000	—	2,00	2,00	2,01	7	
14. Juli	328 840	242 500	—	2,00	2,01	2,01	7	
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte								
2004 1. April	44 153	25 000	—	—	1,85	1,90	91	
29. April	54 243	25 000	—	—	2,01	2,03	91	
27. Mai	45 594	25 000	—	—	2,04	2,05	91	
1. Juli	37 698	25 000	—	—	2,06	2,08	91	

Quelle: EZB. — 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden.

4. Geldmarktsätze nach Monaten

% p.a.

Zeit	Geldmarktsätze am Frankfurter Bankplatz 1)				Monatsdurchschnitte	EURIBOR 3)						
	Tagesgeld		Dreimonatsgeld			EONIA 2)	Wochengeld	Monatsgeld	Drei- monatsgeld	Sechs- monatsgeld	Neun- monatsgeld	Zwölf- monatsgeld
	Monats- durch- schnitte	Niedrigst- und Höchstsätze	Monats- durch- schnitte	Niedrigst- und Höchstsätze								
2003 Dez.	2,01	4) 1,55 – 2,70	2,13	2,09 – 2,16	2,06	2,09	2,13	2,15	2,20	2,28	2,38	
2004 Jan.	2,02	1,80 – 2,09	2,07	2,04 – 2,12	2,02	2,06	2,08	2,09	2,12	2,15	2,22	
Febr.	2,03	2,00 – 2,08	2,05	2,02 – 2,09	2,03	2,06	2,06	2,07	2,09	2,11	2,16	
März	2,01	1,80 – 2,08	2,01	1,92 – 2,06	2,01	2,05	2,04	2,03	2,02	2,02	2,06	
April	2,07	2,00 – 2,80	2,03	1,92 – 2,07	2,08	2,05	2,05	2,05	2,06	2,11	2,16	
Mai	2,02	1,55 – 2,30	2,07	2,04 – 2,09	2,02	2,05	2,06	2,09	2,14	2,21	2,30	
Juni	2,03	1,70 – 2,20	2,09	2,05 – 2,12	2,03	2,07	2,08	2,11	2,19	2,29	2,40	

1 Geldmarktsätze werden nicht offiziell festgesetzt oder notiert; die aus den täglichen Angaben errechneten Monatsdurchschnitte sind ungewichtet. — 2 Euro OverNight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze nach der Zinsmethode act/360 berechneter gewichteter Durchschnittssatz für Tagesgelder im In-

terbankengeschäft, der über Moneyline Telerate veröffentlicht wird. — 3 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Moneyline Telerate nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz. — 4 Ultimogeld 2,05%-2,35%.

VI. Zinssätze

5. Zinssätze für die Bestände und das Neugeschäft der Banken (MFIs) in der Europäischen Währungsunion *)

a) Bestände o)

Effektivzinssatz % p.a. 1)

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte		Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften		Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften		
	mit vereinbarter Laufzeit		mit Laufzeit		Wohnungsbaukredite		Konsumentenkredite und sonstige Kredite						
	bis 2 Jahre	von über 2 Jahren	bis 2 Jahre	von über 2 Jahren	bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren
2003 Sept.	2,01	3,44	2,23	4,32	5,00	4,95	5,24	8,30	7,27	6,00	4,55	4,20	4,75
Okt.	1,97	3,47	2,12	4,33	5,00	4,92	5,20	8,13	7,13	5,84	4,56	4,12	4,71
Nov.	1,98	3,44	2,13	4,43	4,97	4,90	5,17	7,98	7,09	5,82	4,52	4,18	4,67
Dez.	1,97	3,54	2,14	4,25	4,96	4,88	5,14	8,04	7,05	6,00	4,55	4,23	4,66
2004 Jan.	1,94	3,36	2,09	4,25	4,90	4,89	5,11	8,15	7,02	5,92	4,58	4,07	4,56
Febr.	1,93	3,42	2,09	4,20	4,87	4,90	5,11	8,13	7,16	5,95	4,62	4,06	4,58
März	1,92	3,32	2,07	4,17	4,84	4,82	5,04	8,05	7,16	5,89	4,56	3,96	4,61
April	1,90	3,35	2,09	4,16	4,76	4,75	5,01	8,03	7,07	5,85	4,51	3,91	4,59
Mai	1,89	3,28	2,07	4,15	4,89	4,72	4,99	7,98	7,04	5,82	4,50	3,87	4,55

b) Neugeschäft +)

Effektivzinssatz % p.a. 1)

Erhebungs- zeitraum	Einlagen privater Haushalte						Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften					
	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist			täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			
		bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 2 Jahre	von über 2 Jahren	bis 3 Monate	von über 3 Monaten	bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre	von über 2 Jahren		
2003 Sept.	0,69	1,87	2,12	2,43	2,00	2,85	0,87	2,00	2,29	3,63		
Okt.	0,69	1,89	2,16	2,51	2,05	2,73	0,88	1,98	2,23	3,89		
Nov.	0,70	1,87	2,24	2,61	2,01	2,70	0,87	1,97	2,36	2,70		
Dez.	0,69	1,89	2,40	2,41	2,02	2,68	0,86	2,00	2,42	3,35		
2004 Jan.	0,69	1,91	2,37	2,74	2,03	2,65	0,93	1,99	2,07	3,12		
Febr.	0,69	1,88	2,16	2,45	2,02	2,63	0,86	1,98	2,21	3,59		
März	0,70	1,92	2,15	2,34	2,00	2,59	0,86	1,96	2,11	3,35		
April	0,70	1,92	2,14	2,44	2,02	2,57	0,85	1,97	2,00	3,50		
Mai	0,70	1,85	2,16	2,41	2,00	2,55	0,86	1,96	2,06	3,34		

Erhebungs- zeitraum	Kredite an private Haushalte												
	Über- ziehungs- kredite 2)	Konsumentenkredite				Wohnungsbaukredite				Sonstige Kredite			
		insgesamt	mit anfänglicher Zinsbindung			insgesamt	mit anfänglicher Zinsbindung			insgesamt	mit anfänglicher Zinsbindung		
		variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren bis 10 Jahre	von über 10 Jahren	variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	
2003 Sept.	9,74	8,02	7,44	6,89	8,04	4,41	3,63	4,10	4,81	4,75	3,98	5,00	5,11
Okt.	9,71	7,91	7,20	6,74	8,07	4,40	3,62	4,02	4,87	4,78	4,05	5,09	5,21
Nov.	9,64	7,84	7,57	6,59	7,93	4,42	3,59	4,09	4,92	4,84	4,15	5,25	5,17
Dez.	9,69	7,71	7,66	6,43	7,63	4,46	3,63	4,17	5,02	4,95	3,85	5,00	5,08
2004 Jan.	9,87	8,32	7,62	7,04	8,49	4,49	3,63	4,28	5,02	4,92	4,06	5,12	5,16
Febr.	9,81	8,16	7,43	6,91	8,44	4,34	3,55	4,21	4,97	4,84	4,10	5,07	5,05
März	9,71	8,01	7,34	6,80	8,28	4,29	3,47	4,12	4,86	4,78	3,94	5,06	4,97
April	9,73	7,82	7,31	6,60	8,22	4,27	3,43	4,03	4,78	4,68	3,87	4,89	4,92
Mai	9,69	7,91	7,30	6,69	8,17	4,20	3,40	4,03	4,75	4,60	4,11	4,81	4,95

Erhebungs- zeitraum	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften						
	Überziehungs- kredite	Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung			Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung		
		variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren
2003 Sept.	5,46	4,08	4,79	4,76	3,11	3,32	4,29
Okt.	5,46	4,14	4,76	4,83	3,08	3,26	4,33
Nov.	5,41	4,10	4,94	4,71	3,02	3,30	4,23
Dez.	5,57	4,04	4,84	4,81	3,12	3,41	4,32
2004 Jan.	5,66	4,06	4,86	4,81	3,01	3,37	4,29
Febr.	5,62	4,02	4,94	4,78	2,97	3,19	4,30
März	5,56	3,94	4,79	4,77	2,91	3,25	4,41
April	5,52	3,87	4,71	4,64	2,96	3,28	4,41
Mai	5,47	3,98	4,58	4,57	2,95	3,30	4,24

Quelle: EZB. — Anmerkungen *, o und 1 s. S. 45; Anmerkung + s. S. 46. — 2 Effektiver Jahreszinssatz gemäß der Richtlinie 87/102/EWG, der die even-

tuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)

a) Bestände ^{o)}

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2003 Mai	2,36	144 074	3,28	188 011	2,44	79 303	5,08	28 165
Juni	2,15	139 931	3,27	187 960	2,13	76 477	5,09	28 180
Juli	2,06	137 602	3,25	187 705	2,07	77 253	5,06	28 346
Aug.	2,04	135 705	3,24	187 639	2,05	80 491	5,03	28 452
Sept.	2,00	133 458	3,23	187 511	2,04	77 051	5,04	29 069
Okt.	1,99	131 553	3,22	187 892	2,02	80 075	5,02	29 052
Nov.	1,98	129 649	3,16	186 957	2,02	80 795	4,99	29 633
Dez.	2,00	128 564	3,16	190 465	2,05	74 309	4,98	29 363
2004 Jan.	1,97	126 519	3,14	191 301	2,00	65 515	4,97	29 816
Febr.	1,94	124 617	3,13	191 935	1,99	72 633	4,96	29 775
März	1,94	122 662	3,11	192 728	1,98	71 568	4,96	29 211
April	1,92	119 413	3,07	192 985	1,97	71 450	4,93	29 591
Mai	1,90	118 539	3,05	192 820	1,98	73 261	4,93	29 525

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ^{4) 5)}					
	mit Laufzeit											
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2003 Mai	5,70	7 482	5,32	31 264	5,93	874 918	9,18	89 467	6,56	71 774	6,41	328 951
Juni	5,72	7 870	5,27	32 349	5,91	874 476	9,19	91 794	6,55	70 545	6,40	330 208
Juli	5,53	7 737	5,20	32 621	5,88	876 065	9,01	89 466	6,49	71 055	6,36	332 013
Aug.	5,54	7 963	5,15	32 709	5,87	877 688	8,91	87 862	6,40	71 011	6,34	333 305
Sept.	5,48	8 022	5,11	32 871	5,85	879 014	8,94	90 945	6,38	70 957	6,34	333 058
Okt.	5,50	7 772	5,07	33 146	5,83	882 447	8,89	89 093	6,36	70 809	6,32	332 152
Nov.	5,44	7 751	5,04	33 167	5,82	884 545	8,74	84 602	6,33	70 975	6,30	331 730
Dez.	5,55	7 756	5,01	33 052	5,79	886 159	8,90	88 558	6,35	70 446	6,28	329 925
2004 Jan.	5,43	7 641	4,97	32 907	5,78	885 875	8,87	84 977	6,32	69 872	6,27	328 719
Febr.	5,38	7 521	4,96	32 809	5,77	884 820	8,77	83 635	6,29	69 585	6,26	328 977
März	5,32	7 690	4,90	32 180	5,75	880 980	8,74	84 319	6,27	69 587	6,25	331 220
April	5,29	7 401	4,87	32 148	5,74	881 832	8,81	82 911	6,19	70 268	6,22	331 533
Mai	5,27	7 500	4,84	32 270	5,73	882 771	8,72	81 300	6,15	70 583	6,21	331 639

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Laufzeit					
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2003 Mai	5,16	194 503	4,81	87 344	5,47	491 026
Juni	5,05	200 061	4,68	87 487	5,45	487 707
Juli	4,92	192 725	4,58	87 735	5,42	487 473
Aug.	4,89	188 935	4,54	88 871	5,40	489 036
Sept.	4,88	193 086	4,51	88 151	5,39	486 570
Okt.	4,83	188 707	4,48	88 246	5,37	487 573
Nov.	4,75	190 666	4,48	88 462	5,36	489 132
Dez.	4,84	187 742	4,46	87 966	5,33	488 777
2004 Jan.	4,82	181 660	4,40	88 474	5,30	487 166
Febr.	4,78	181 186	4,37	87 879	5,29	488 299
März	4,76	183 464	4,34	87 519	5,27	487 244
April	4,75	179 606	4,32	87 478	5,25	489 214
Mai	4,77	174 689	4,28	89 859	5,23	491 730

* Gegenstand der EWU-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedstaaten der EWU gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur neuen Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankenstatistik / EWU-Zinsstatistik) entnehmen. — ^o Die Bestände werden zeit-

punktbezogen zum Monatsultimo erhoben. — 1 Die Effektivzinssätze können grundsätzlich als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt werden. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. — 2 Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. — 3 Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspararlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. — 4 Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. — 5 Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. — 6 Einschl. Überziehungskredite.

VI. Zinssätze

noch: 6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft *)

Einlagen privater Haushalte												
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)				
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2003 Mai	1,20	385 009	2,29	30 733	2,69	886	2,92	4 288	2,21	485 156	3,13	93 946
2003 Juni	1,16	389 213	2,13	31 655	2,69	767	2,82	3 585	2,16	486 111	3,05	92 548
2003 Juli	1,06	389 222	1,98	29 175	2,54	665	2,63	1 689	2,11	488 133	2,97	90 491
2003 Aug.	1,05	394 794	2,07	25 650	2,59	627	2,68	1 378	2,08	490 805	2,92	88 948
2003 Sept.	1,06	393 137	1,88	28 352	2,46	679	2,73	1 891	2,04	491 693	2,88	88 197
2003 Okt.	1,07	394 958	1,94	28 477	2,47	986	2,93	3 332	2,20	492 668	2,76	88 289
2003 Nov.	1,06	412 862	1,89	24 839	2,52	1 065	3,04	3 325	2,15	493 279	2,73	88 529
2003 Dez.	1,08	400 936	1,89	29 428	2,84	1 512	2,91	2 519	2,17	502 167	2,72	89 528
2004 Jan.	1,10	405 052	1,92	30 791	2,78	1 542	3,15	3 852	2,18	503 431	2,68	88 506
2004 Febr.	1,10	411 617	1,95	23 387	2,41	1 056	2,86	2 340	2,12	504 560	2,66	88 115
2004 März	1,12	410 717	2,03	28 021	2,31	840	2,66	2 357	2,10	504 583	2,62	87 863
2004 April	1,13	412 968	2,01	32 020	2,30	1 243	2,76	2 061	2,13	505 420	2,60	86 706
2004 Mai	1,13	418 859	1,88	30 506	2,33	1 097	2,74	2 404	2,10	505 649	2,58	85 838

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2003 Mai	1,39	118 034	2,40	33 417	2,43	56	3,40	502
2003 Juni	1,25	121 685	2,05	41 507	2,29	322	3,30	887
2003 Juli	1,16	120 786	2,03	61 029	2,02	109	4,23	424
2003 Aug.	1,16	118 994	2,00	40 582	2,52	187	3,68	2 473
2003 Sept.	1,15	124 565	1,94	34 584	2,61	210	3,92	1 179
2003 Okt.	1,15	127 129	1,93	40 008	2,41	156	4,02	4 523
2003 Nov.	1,07	129 086	1,95	35 693	2,56	256	3,26	1 160
2003 Dez.	1,05	138 713	1,96	36 247	2,76	360	4,09	1 075
2004 Jan.	1,16	136 443	1,92	35 633	2,43	174	3,90	823
2004 Febr.	1,11	128 210	1,95	38 596	2,18	197	4,26	697
2004 März	1,11	130 095	1,92	34 914	2,28	201	3,82	1 274
2004 April	1,10	134 285	1,90	30 589	1,85	222	3,93	1 075
2004 Mai	1,10	131 703	1,92	32 753	2,44	115	4,24	1 535

Kredite an private Haushalte													
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)						Sonstige Kredite mit anfänglicher Zinsbindung 5)							
insgesamt		variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
Erhebungs- zeitraum	effektiver Jahres- zinssatz 9) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2003 Mai	7,87	5,71	1 520	6,69	4 796	8,94	3 489	4,22	8 472	5,43	1 546	5,39	2 637
2003 Juni	7,76	5,48	2 443	6,64	4 936	8,87	3 773	3,80	10 157	5,00	1 603	4,93	2 973
2003 Juli	7,83	5,58	1 913	6,59	5 969	8,75	4 405	3,76	9 268	4,94	1 802	5,06	2 654
2003 Aug.	7,73	5,57	1 388	6,36	4 844	8,66	3 658	3,84	7 060	4,96	1 461	5,03	2 316
2003 Sept.	7,65	5,41	1 785	6,33	5 374	8,36	4 575	3,69	9 281	4,94	1 693	5,24	2 684
2003 Okt.	7,52	5,26	2 631	6,33	5 096	8,42	4 398	3,73	11 515	5,00	3 368	5,26	2 543
2003 Nov.	7,47	5,24	1 532	6,27	5 631	8,32	3 851	3,93	7 820	5,14	1 440	5,21	2 004
2003 Dez.	6,90	5,02	1 541	5,80	5 234	7,81	3 701	3,57	12 315	4,93	2 578	5,13	3 978
2004 Jan.	8,01	5,30	1 427	6,62	4 233	9,00	3 746	3,85	8 611	5,08	1 992	5,27	1 998
2004 Febr.	7,98	4,98	1 308	6,50	4 963	9,08	3 539	3,85	5 613	5,04	1 588	5,07	2 112
2004 März	7,83	5,28	1 553	6,29	5 806	8,88	4 494	3,69	8 974	5,11	2 037	5,00	3 549
2004 April	7,56	5,05	1 664	6,08	6 345	8,86	4 074	3,50	9 264	4,92	1 658	5,00	2 903
2004 Mai	7,77	5,21	1 147	6,21	5 257	8,94	3 147	3,94	5 901	4,85	1 552	5,10	1 725

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 45*. — + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer Überziehungskrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist und Überziehungskrediten gilt: Das Neugeschäft wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet,

dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Melde-
monats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen
werden. — 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neuge-
schäftsvolumen wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grund-
gesamtheit hochgerechnet. — 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalge-
sellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. — 9 Effektivzinssatz
nach PAngV, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für An-
fragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversi-
cherungen, beinhaltet. — 10 Ohne Überziehungskredite.

VI. Zinssätze

noch: 6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte											
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)											
Überziehungskredite 11)		insgesamt		variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren	
Erhebungszeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 12) Mio €	effektiver Jahreszinssatz 9) % p.a.	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2003 Mai	10,58	62 766	4,97	5,17	1 697	4,46	2 676	4,97	4 755	5,03	3 151
Juni	10,65	64 982	4,82	5,00	2 253	4,37	2 685	4,80	5 062	4,85	3 149
Juli	10,44	63 287	4,69	4,58	2 805	4,16	3 589	4,70	6 864	4,85	3 973
Aug.	10,38	63 305	4,79	4,73	1 695	4,25	2 701	4,81	5 441	4,91	3 600
Sept.	10,47	64 592	4,90	4,63	2 033	4,52	3 166	4,96	6 143	5,03	3 584
Okt.	10,41	63 212	4,90	4,44	2 463	4,48	3 292	5,00	6 201	5,08	3 200
Nov.	10,27	59 790	5,00	4,68	1 866	4,62	2 903	5,07	5 368	5,12	3 108
Dez.	10,48	62 675	5,06	4,63	2 878	4,75	3 710	5,14	7 473	5,19	3 380
2004 Jan.	10,40	59 768	5,02	4,57	2 827	4,65	3 280	5,15	5 978	5,19	3 201
Febr.	10,40	57 555	4,95	4,56	1 999	4,61	2 457	5,06	4 262	5,03	2 628
März	10,38	57 884	4,85	4,43	2 504	4,48	3 240	4,99	5 417	4,98	2 983
April	10,36	56 755	4,76	4,26	2 706	4,32	3 127	4,91	5 106	4,95	2 964
Mai	10,35	55 218	4,80	4,49	2 079	4,37	2 736	4,91	4 497	4,94	2 865

Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften								
Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 13)								
Überziehungskredite 11)		variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
Erhebungszeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 12) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2003 Mai	6,64	90 296	4,80	7 566	5,11	1 235	5,16	1 699
Juni	6,60	93 175	4,49	7 813	4,94	1 008	5,11	1 483
Juli	6,51	88 185	4,39	7 881	4,88	1 575	4,90	1 620
Aug.	6,54	86 025	4,36	5 782	4,91	1 626	4,93	1 714
Sept.	6,40	88 489	4,52	7 119	5,00	1 205	5,02	1 671
Okt.	6,47	85 930	4,51	7 345	4,99	1 471	5,08	1 868
Nov.	6,36	88 429	4,47	7 001	5,20	1 146	4,95	1 215
Dez.	6,44	87 201	4,55	6 976	5,05	1 613	5,14	1 850
2004 Jan.	6,33	84 562	4,52	6 495	5,13	1 152	5,20	1 579
Febr.	6,26	86 480	4,58	6 151	5,12	1 510	5,04	1 068
März	6,22	87 095	4,44	7 140	5,00	1 262	5,20	1 385
April	6,11	84 844	4,43	6 733	4,89	1 419	5,04	1 211
Mai	6,27	81 811	4,52	6 617	5,00	987	4,93	1 186

noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften						
Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 13)						
variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
Erhebungszeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2003 Mai	3,62	31 599	3,80	3 613	4,61	6 152
Juni	3,25	38 751	3,89	3 627	4,26	6 164
Juli	3,32	33 140	3,91	2 885	4,27	6 336
Aug.	3,36	27 749	3,84	2 478	4,50	4 873
Sept.	3,24	34 013	3,84	3 239	4,72	4 921
Okt.	3,25	34 631	4,06	3 284	4,63	5 125
Nov.	3,16	35 610	3,90	3 669	4,73	4 434
Dez.	3,32	41 204	3,87	5 084	4,78	7 639
2004 Jan.	3,25	32 666	4,33	4 274	4,99	4 169
Febr.	3,24	26 802	3,60	2 681	4,58	3 317
März	3,20	35 662	3,85	3 509	4,85	5 627
April	3,25	30 662	3,79	3 034	4,57	5 536
Mai	3,26	26 569	3,93	3 403	4,79	4 593

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 45*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 46*. — 11 Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden Konten definiert. Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. — 12 Geschätzt. Der von

den Berichtspflichtigen gemeldete Gesamtbestand zum Monatsende wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. — 13 Der Betrag bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

VII. Kapitalmarkt
1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland *)

Festverzinsliche Wertpapiere											
Zeit	Absatz					Erwerb					
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Schuldverschreibungen 1)				ausländische Schuldverschreibungen 3)	Inländer				Ausländer 7)
		zu- sammen	Bank- schuld- ver- schrei- bungen	Indus- trie- obligati- onen	Anleihen der öffent- lichen Hand 2)		zu- sammen 4)	Kredit- institute einschließ- lich Bauspar- kassen 5)	Nicht- banken 6)	Offen- markt- operati- onen der Bundes- bank 5)	
Mio DM											
1991	231 965	219 346	131 670	667	87 011	12 619	173 099	45 095	127 310	694	58 866
1992	291 762	284 054	106 857	175	177 376	7 708	170 873	132 236	37 368	1 269	120 887
1993	395 110	382 571	151 812	200	230 560	12 539	183 195	164 436	20 095	1 336	211 915
1994	303 339	276 058	117 185	65	158 939	27 281	279 989	126 808	154 738	1 557	23 349
1995	227 099	203 029	162 538	350	40 839	24 070	141 282	49 193	94 409	2 320	85 815
1996	254 359	233 519	191 341	649	41 529	20 840	148 250	117 352	31 751	853	106 109
1997	332 655	250 688	184 911	1 563	64 214	81 967	204 378	144 177	60 201	–	128 276
1998	418 841	308 201	254 367	3 143	50 691	110 640	245 802	203 342	42 460	–	173 038
Mio €											
1999	292 663	198 068	156 399	2 184	39 485	94 595	155 766	74 728	81 038	–	136 898
2000	226 393	157 994	120 154	12 605	25 234	68 398	151 568	91 447	60 121	–	74 825
2001	180 227	86 656	55 918	14 473	16 262	93 572	117 119	35 848	81 271	–	63 108
2002	178 057	124 035	47 296	14 506	62 235	54 021	83 314	13 536	69 778	–	94 743
2003	170 154	134 455	31 404	30 262	72 788	35 699	101 553	35 748	65 805	–	68 601
2004 März	39 752	26 871	20 849	579	6 600	12 881	27 801	17 680	10 121	–	11 951
April	31 066	21 240	14 682	2 775	3 784	9 826	12 376	11 085	1 291	–	18 690
Mai	29 171	21 890	13 759	261	7 870	7 281	23 022	18 498	4 524	–	6 149

Aktien									
Zeit	Absatz			Erwerb					
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Aktien 8)	ausländische Aktien 9)	Inländer			Ausländer 12)		
				zu- sammen 10)	Kredit- institute 5) 11)	Nicht- banken 6)			
Mio DM									
1991	33 478	13 317	20 161	32 247	2 466	29 781	–	1 230	
1992	32 595	17 226	15 370	40 651	2 984	37 667	–	8 055	
1993	39 355	19 512	19 843	30 871	4 133	26 738	–	8 485	
1994	55 125	29 160	25 966	54 466	1 622	52 844	–	659	
1995	46 422	23 600	22 822	49 354	11 945	37 409	–	2 931	
1996	72 491	34 212	38 280	55 962	12 627	43 335	–	16 529	
1997	119 522	22 239	97 280	96 844	8 547	88 297	–	22 677	
1998	249 504	48 796	200 708	149 151	20 252	128 899	–	100 352	
Mio €									
1999	150 013	36 010	114 005	103 136	18 637	84 499	–	46 877	
2000	140 461	22 733	117 729	164 654	23 293	141 361	–	24 194	
2001	81 546	17 575	63 971	3 371	14 714	11 343	–	84 918	
2002	39 700	9 232	30 470	19 058	23 236	42 294	–	20 642	
2003	17 382	16 838	544	7 885	7 056	14 941	–	25 268	
2004 März	380	276	104	5 607	9 279	3 672	–	5 227	
April	–	355	3 395	3 750	23 315	9 867	–	23 670	
Mai	4 725	327	4 398	10 604	4 072	14 676	–	5 879	

* Festverzinsliche Wertpapiere umfassen bis Ende 1999 Rentenwerte und Geldmarktpapiere inländischer Banken, ab Januar 2000 alle Schuldverschreibungen. Investmentzertifikate siehe Tabelle VII. 6. — 1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. — 2 Einschließlich Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. — 3 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. — 4 In- und ausländische Schuldverschreibungen. — 5 Buchwerte; statistisch bereinigt. — 6 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. — 7 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung

(–) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktionswerte. — 8 Zu Emissionskursen. — 9 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. — 10 In- und ausländische Aktien. — 11 Bis einschließlich 1998 ohne Aktien mit Konsortialbindung. — 12 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) inländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VII. Kapitalmarkt

2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Zeit	Bankschuldverschreibungen 1)						Industrieobligationen 2)	Anleihen der öffentlichen Hand 3)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarfandbriefe	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
Brutto-Absatz 4)									
1991	442 089	292 092	19 478	91 489	80 738	100 386	707	149 288	32 832
1992	572 767	318 522	33 633	134 363	49 195	101 333	–	254 244	57 282
1993	733 126	434 829	49 691	218 496	34 028	132 616	457	297 841	87 309
1994	627 331	412 585	44 913	150 115	39 807	177 750	486	214 261	61 465
1995	620 120	470 583	43 287	208 844	41 571	176 877	200	149 338	102 719
1996	731 992	563 076	41 439	246 546	53 508	221 582	1 742	167 173	112 370
1997	846 567	621 683	53 168	276 755	54 829	236 933	1 915	222 972	114 813
1998	1 030 827	789 035	71 371	344 609	72 140	300 920	3 392	238 400	149 542
Mio €									
1999	571 269	448 216	27 597	187 661	59 760	173 200	2 570	120 483	57 202
2000	659 148	500 895	34 528	143 107	94 556	228 703	8 114	150 137	31 597
2001	687 988	505 646	34 782	112 594	106 166	252 103	11 328	171 012	10 605
2002	818 725	569 232	41 496	119 880	117 506	290 353	17 574	231 923	10 313
2003	958 917	668 002	47 828	107 918	140 398	371 858	22 510	268 406	2 850
2004 Febr.	91 654	64 495	3 265	8 464	13 604	39 162	1 963	25 196	–
März	96 493	68 074	3 242	14 355	14 577	35 899	1 697	26 723	–
April	73 207	56 797	2 134	8 277	14 799	31 587	716	15 694	7 524
Mai	79 506	54 816	3 510	8 013	7 458	35 836	2 315	22 375	3 400
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 5)									
1991	303 326	172 171	11 911	65 642	54 878	39 741	707	130 448	22 772
1992	430 479	211 775	28 594	99 627	40 267	43 286	–	218 703	51 939
1993	571 533	296 779	43 365	160 055	26 431	66 923	230	274 524	82 049
1994	429 369	244 806	36 397	109 732	29 168	69 508	306	184 255	53 351
1995	409 469	271 763	30 454	141 629	28 711	70 972	200	137 503	85 221
1996	473 560	322 720	27 901	167 811	35 522	91 487	1 702	149 139	92 582
1997	563 333	380 470	41 189	211 007	41 053	87 220	1 820	181 047	98 413
1998	694 414	496 444	59 893	288 619	54 385	93 551	2 847	195 122	139 645
Mio €									
1999	324 888	226 993	16 715	124 067	37 778	48 435	2 565	95 331	44 013
2000	319 330	209 187	20 724	102 664	25 753	60 049	6 727	103 418	27 008
2001	299 751	202 337	16 619	76 341	42 277	67 099	7 479	89 933	6 480
2002	309 157	176 486	16 338	59 459	34 795	65 892	12 149	120 527	9 213
2003	369 336	220 103	23 210	55 165	49 518	92 209	10 977	138 256	2 850
2004 Febr.	49 583	29 006	1 642	4 903	7 072	15 389	1 773	18 804	–
März	41 699	29 606	1 409	8 423	5 132	14 642	1 545	10 548	–
April	26 256	23 412	1 055	3 566	6 604	12 186	335	2 509	2 500
Mai	43 733	27 078	2 717	5 780	2 931	15 650	2 150	14 505	400
Netto-Absatz 6)									
1991	227 822	139 396	4 729	22 290	65 985	46 390	558	87 868	18 583
1992	304 751	115 786	13 104	58 235	19 585	24 864	–	189 142	34 114
1993	403 212	159 982	22 496	122 917	–	13 156	180	243 049	43 701
1994	270 088	116 519	18 184	54 316	–	6 897	62	153 630	21 634
1995	205 482	173 797	18 260	96 125	3 072	56 342	–	354	61 020
1996	238 427	195 058	11 909	121 929	6 020	55 199	585	42 788	69 951
1997	257 521	188 525	16 471	115 970	12 476	43 607	1 560	67 437	63 181
1998	327 991	264 627	22 538	162 519	18 461	61 111	3 118	60 243	84 308
Mio €									
1999	209 096	170 069	2 845	80 230	31 754	55 238	2 185	36 840	22 728
2000	155 615	122 774	5 937	29 999	30 089	56 751	7 320	25 522	–
2001	84 122	60 905	6 932	9 254	28 808	34 416	8 739	14 479	–
2002	131 976	56 393	7 936	26 806	20 707	54 561	14 306	61 277	–
2003	124 556	40 873	2 700	42 521	44 173	36 519	18 431	65 253	–
2004 Febr.	24 025	12 224	1 097	1 555	4 061	8 620	1 595	10 206	–
März	23 340	21 597	970	1 518	7 719	11 390	–	2 002	–
April	20 667	15 758	–	1 341	7 277	10 129	644	4 265	5 011
Mai	29 454	18 525	1 007	1 518	3 122	12 878	1 563	9 367	2 245

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 2, Kapitalmarktstatistik. — 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. — 2 Schuldverschreibungen von Wirtschaftsunternehmen. — 3 Einschl. Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. —

4 Brutto-Absatz ist nur der Erstabatz neu aufgelegter Wertpapiere. — 5 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. — 6 Brutto-Absatz minus Tilgung.

VII. Kapitalmarkt

3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)						Industrie- obligationen	Anleihen der öffent- lichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Aus- landsanleihen unter inländ. Konsortialfüh- rung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothecken- pfandbriefe	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldver- schreibungen von Spezial- kreditinstituten	Sonstige Bankschuld- verschreibungen			
Mio DM									
1991	1 686 765	1 040 374	142 757	392 190	221 031	284 396	3 161	643 230	241 760
1992	1 991 515	1 156 162	155 862	450 424	240 616	309 259	2 983	832 370	275 873
1993	2 394 728	1 316 142	178 357	573 341	227 463	336 981	3 163	1 075 422	319 575
1994	2 664 814	1 432 661	196 541	627 657	219 214	389 249	3 101	1 229 053	341 210
1995	2 870 295	1 606 459	214 803	723 781	222 286	445 589	2 746	1 261 090	402 229
1996	3 108 724	1 801 517	226 711	845 710	228 306	500 790	3 331	1 303 877	472 180
1997	3 366 245	1 990 041	243 183	961 679	240 782	544 397	4 891	1 371 313	535 359
1998	3 694 234	2 254 668	265 721	1 124 198	259 243	605 507	8 009	1 431 558	619 668
Mio €									
1999	2 097 926	1 322 863	134 814	655 024	163 284	369 741	6 280	768 783	339 560
2000	2 265 121	1 445 736	140 751	685 122	157 374	462 488	13 599	805 786	322 856
2001	2 349 243	1 506 640	147 684	675 868	201 721	481 366	22 339	820 264	292 199
2002	2 481 220	1 563 034	155 620	649 061	222 427	535 925	36 646	881 541	247 655
2003	2 605 775	1 603 906	158 321	606 541	266 602	572 442	55 076	946 793	192 666
2004 März	2 676 513	1 642 611	160 854	599 820	283 001	598 935	53 396	980 506	179 235
April	2 697 179	1 658 369	160 546	598 479	290 278	609 065	54 039	984 771	184 246
Mai	2 726 633	1 676 893	161 553	599 998	293 400	621 942	55 602	994 138	186 491
Aufgliederung nach Restlaufzeiten 2)									
Stand Ende Mai 2004									
bis unter 2	990 401	660 591	52 356	245 101	87 968	275 167	14 508	315 301	53 729
2 bis unter 4	624 336	426 126	50 846	174 053	82 726	118 501	15 464	182 746	54 667
4 bis unter 6	428 477	264 900	32 136	90 826	52 051	89 885	5 374	158 205	49 209
6 bis unter 8	265 062	137 272	20 258	55 180	22 153	39 680	11 374	116 416	12 345
8 bis unter 10	202 852	86 903	5 762	21 844	17 905	41 392	3 895	112 055	7 728
10 bis unter 15	73 330	56 486	159	7 754	10 080	38 493	1 358	15 486	4 921
15 bis unter 20	26 485	11 892	35	1 414	6 463	3 979	452	14 141	2 076
20 und darüber	115 692	32 725	-	3 825	14 054	14 845	3 179	79 788	1 816

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. — 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. — 2 Gerechnet vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei ge-

samtständigen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamtständigen Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichts- zeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichts- zeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften auf Grund von							Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitali- sierung) Stand am Ende des Berichts- zeitraums 2)	
			Barein- zahlung und Umtausch von Wandel- schuld- verschrei- bungen 1)	Ausgabe von Kapital- berichts- ungsaktien	Einbringung von Forde- rungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-An- teilen u.Ä.	Verschmel- zung und Vermögens- übertragung	Umwand- lung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalher- absetzung und Auflösung		
Mio DM											
1991	151 618	6 932	3 656	610	2 416	407	-	182	411	-	386
1992	160 813	9 198	4 295	728	1 743	1 073	-	732	3 030	-	942
1993	168 005	7 190	5 224	772	387	876	-	10	707	-	783
1994	190 012	14 237	6 114	1 446	1 521	1 883	-	447	5 086	-	1 367
1995	211 231	21 217	5 894	1 498	1 421	1 421	-	623	13 739	-	2 133
1996	216 461	7 131	8 353	1 355	396	1 684	-	3 056	833	-	2 432
1997	221 575	5 115	4 164	2 722	370	1 767	-	2 423	197	-	1 678
1998	238 156	16 578	6 086	2 566	658	8 607	-	4 055	3 905	-	1 188
Mio €											
1999	133 513	11 747	5 519	2 008	190	1 075	-	2 099	1 560	-	708
2000	147 629	14 115	3 620	3 694	618	8 089	-	1 986	1 827	-	1 745
2001	166 187	18 561	7 987	4 057	1 106	8 448	-	1 018	905	-	3 152
2002	168 716	2 528	4 307	1 291	486	1 690	-	868	-	2 152	-
2003	162 131	-	6 585	4 482	923	211	-	322	-	10 806	-
2004 März	161 565	-	9	137	44	55	-	11	-	94	-
April	162 381	-	816	745	378	1	-	110	27	-	262
Mai	162 365	-	16	76	47	3	-	104	201	-	285

o Ab Januar 1994 einschl. Aktien ostdeutscher Gesellschaften (dadurch bedingte Zunahme des Umlaufs: 7 771 Mio DM). — 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. — 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum Amtlichen Markt, zum Regelmärkten Markt oder zum Neuen Markt (Börsensegment wurde am 24. März 2003 eingestellt) zugelassen sind; ferner

auch Gesellschaften, deren Aktien im Freiverkehr gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG. — 3 Durch Revision um 1 902 Mio DM reduziert.

VII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)									Indizes 2) 3)					
	Anleihen der öffentlichen Hand				Bank-schuldverschreibungen			nach-richtlich: DM-/Euro-Auslandsanl. unter inländ. Konsortial-führung begeben 1) 5)	Renten		Aktien				
	insgesamt	zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)	Indus-trieobli-gationen		Tagesdurchschnittskurs	Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€-Deutschland-Kursindex	Ende 1998=100	Ende 1987=100	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)
			mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)											
% p.a.															
1991	8,7	8,6	8,6	8,5	8,9	8,6	8,9	9,2	96,35	.	148,16	1 577,98			
1992	8,1	8,0	8,0	7,8	8,3	8,1	8,7	8,8	101,54	.	134,92	1 545,05			
1993	6,4	6,3	6,3	6,5	6,5	6,8	6,9	6,8	109,36	.	191,13	2 266,68			
1994	6,7	6,7	6,7	6,9	6,8	7,2	7,0	6,9	99,90	.	176,87	2 106,58			
1995	6,5	6,5	6,5	6,9	6,5	7,2	6,9	6,8	109,18	.	181,47	2 253,88			
1996	5,6	5,6	5,6	6,2	5,5	6,4	5,8	5,8	110,37	.	217,47	2 888,69			
1997	5,1	5,1	5,1	5,6	5,0	5,9	5,2	5,5	111,01	.	301,47	4 249,69			
1998	4,5	4,4	4,4	4,6	4,5	4,9	5,0	5,3	118,18	100,00	343,64	5 002,39			
1999	4,3	4,3	4,3	4,5	4,3	4,9	5,0	5,4	110,60	92,52	445,95	6 958,14			
2000	5,4	5,3	5,2	5,3	5,6	5,8	6,2	6,3	112,48	94,11	396,59	6 433,61			
2001	4,8	4,7	4,7	4,8	4,9	5,3	5,9	6,2	113,12	94,16	319,38	5 160,10			
2002	4,7	4,6	4,6	4,8	4,7	5,1	6,0	5,6	117,56	97,80	188,46	2 892,63			
2003	3,7	3,8	3,8	4,1	3,7	4,3	5,0	4,5	117,36	97,09	252,48	3 965,16			
2004 März	3,5	3,6	3,6	3,9	3,4	4,1	3,8	3,8	119,55	98,93	248,60	3 856,70			
April	3,7	3,8	3,8	4,1	3,6	4,3	3,8	4,1	117,92	97,51	254,33	3 985,21			
Mai	3,9	3,9	3,9	4,3	3,8	4,4	4,0	4,3	117,30	96,88	249,22	3 921,41			
Juni	4,0	4,0	4,0	4,3	3,9	4,5	4,0	4,3	116,96	96,84	256,55	4 052,73			

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in DM oder Euro denominated sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapierarten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuld-

verschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. — 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. — 3 Quelle: Deutsche Börse AG. — 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt. 5 Soweit an deutschen Börsen notiert.

6. Absatz und Erwerb von Investmentzertifikaten in Deutschland

Zeit	Absatz von Zertifikaten							Erwerb								
	inländischer Fonds (Mittelaufkommen)							Inländer								
	Absatz = Erwerb insgesamt	Publikumsfonds		Geldmarkt-fonds	Wert-papier-fonds	Offene Immo-bilien-fonds	Spezial-fonds	aus-ländi-scher Fonds 3)	zu-sammen	Kreditinstitute 1) einschl. Bausparkassen		Nichtbanken 2)		Aus-länder 4)		
		zu-sammen	zu-sammen							zu-sammen	darunter ausländische Zerti-fikate	zu-sammen	darunter ausländische Zerti-fikate			
Mio DM																
1991	50 064	37 492	13 738	-	11 599	2 144	23 754	12 572	49 890	8 594	-	5	41 296	12 577	174	
1992	81 514	20 474	- 3 102	-	9 189	6 087	23 575	61 040	81 518	10 495	2 152	71 023	58 888	-	4	
1993	80 259	61 672	20 791	-	6 075	14 716	40 881	18 587	76 258	16 982	2 476	59 276	16 111	4 001		
1994	130 995	108 914	63 263	31 180	24 385	7 698	45 650	22 081	125 943	9 849	-	689	116 094	22 770	5 052	
1995	55 246	54 071	16 777	6 147	3 709	6 921	37 294	1 175	56 295	12 172	188	44 123	987	-	1 049	
1996	83 386	79 110	16 517	- 4 706	7 273	13 950	62 592	4 276	85 704	19 924	1 685	65 780	2 591	-	2 318	
1997	145 805	138 945	31 501	- 5 001	30 066	6 436	107 445	6 860	149 977	35 924	340	114 053	6 520	-	4 172	
1998	187 641	169 748	38 998	5 772	27 814	4 690	130 750	17 893	190 416	43 937	961	146 479	16 507	-	2 775	
Mio €																
1999	111 282	97 197	37 684	3 347	23 269	7 395	59 513	14 086	105 521	19 862	-	637	85 659	14 722	5 761	
2000	118 021	85 160	39 712	- 2 188	36 818	- 2 824	45 448	32 861	107 019	14 454	92	92 565	32 769	11 000		
2001	97 032	76 811	35 522	12 410	9 195	10 159	41 289	20 221	96 082	10 251	2 703	85 831	17 518	951		
2002	66 478	59 482	25 907	3 682	7 247	14 916	33 575	6 996	67 150	2 100	3 007	65 050	3 989	-	673	
2003	48 195	43 943	20 079	- 924	7 408	14 166	23 864	4 252	49 726	-	2 658	734	52 384	3 518	-	1 530
2004 März	6 296	3 895	2 530	- 526	2 309	723	1 365	2 401	5 511	2 690	392	2 821	2 009	785		
April	3 148	1 489	282	- 76	77	409	1 207	1 659	3 346	407	-	66	2 939	1 725	-	198
Mai	- 1 851	- 2 218	- 663	- 83	- 742	89	- 1 555	367	- 1 720	226	149	- 1 946	218	-	131	

1 Buchwerte. — 2 Als Rest errechnet. — 3 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentzertifikate durch Inländer; Transaktionswerte. — 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer

Investmentzertifikate durch Ausländer; Transaktionswerte (bis einschl. 1988 unter Aktien erfasst). — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland
1. Finanzielle Entwicklung der öffentlichen Haushalte *)

Bis Ende 1998 Mrd DM / ab 1999 Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen		Ausgaben							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Einnahmen 5)	Ausgaben	Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Saldo der Einnahmen und Ausgaben
	insgesamt	darunter Steuern	insgesamt 3)	darunter:	Personal- ausgaben	Laufen- der Sach- aufwand	Laufen- de Zu- schüsse	Zins- ausgaben	Sach- investitionen							
1993	928,7	749,1	1 060,2	296,8	136,0	340,5	102,1	97,0	87,3	- 131,5	660,8	658,7	+ 2,1	1 492,1	1 621,5	- 129,4
1994	995,2	786,2	1 102,2	315,5	137,3	353,4	114,0	93,2	86,5	- 106,9	694,1	693,7	+ 0,4	1 596,4	1 702,9	- 106,5
1995	1 026,4	814,2	1 136,4	324,8	135,5	367,2	129,0	90,1	86,3	- 110,1	731,2	743,8	- 12,5	1 664,9	1 787,5	- 122,6
1996	1 000,3	800,0	1 121,8	326,2	137,0	362,2	130,7	83,9	80,1	- 121,5	769,4	784,0	- 14,6	1 665,6	1 801,6	- 136,1
1997	1 014,3	797,2	1 108,9	325,0	135,7	356,3	132,1	80,1	79,2	- 94,5	797,3	794,5	+ 2,9	1 705,3	1 797,0	- 91,7
1998	1 072,1	833,0	1 128,8	325,4	137,4	373,7	133,7	79,7	79,8	- 56,7	812,2	808,9	+ 3,3	1 765,5	1 818,9	- 53,4
1999	566,1	453,1	592,9	168,7	72,4	202,7	69,8	40,8	38,0	- 26,8	429,1	425,6	+ 3,5	925,2	948,6	- 23,4
2000 p)	612,3	467,3	595,5	169,3	73,7	205,7	67,6	40,7	37,9	+ 16,8	433,8	434,3	- 0,5	974,6	958,2	+ 16,4
2001 6) p)	555,8	446,2	599,9	169,9	69,8	213,8	66,6	40,1	39,2	- 44,1	445,0	449,1	- 4,1	923,5	971,7	- 48,2
2002 ts)	550,9	441,7	608,0	173,3	69,5	225,9	66,1	38,7	33,5	- 57,1	457,9	466,4	- 8,5	924,1	989,7	- 65,6
2003 ts)	546,6	442,2	615,2	174,0	68,8	236,4	65,7	36,3	32,5	- 68,6	466,8	473,3	- 6,5	924,5	999,6	- 75,1
2002 1.Vj.	118,3	98,6	150,2	39,9	15,3	57,9	24,0	6,5	6,0	- 31,8	111,3	112,8	- 1,5	206,4	239,8	- 33,4
2.Vj.	137,8	105,1	141,8	40,4	15,6	58,5	11,9	7,8	6,7	- 4,0	113,0	115,6	- 2,6	228,9	235,6	- 6,6
3.Vj.	135,3	109,4	148,7	41,4	16,5	54,7	19,2	9,7	7,8	- 13,4	113,1	116,6	- 3,5	228,0	244,9	- 16,9
4.Vj.	157,2	129,0	165,6	49,9	21,5	55,2	10,7	13,6	13,1	- 8,5	119,3	120,0	- 0,7	257,5	266,6	- 9,2
2003 1.Vj.	117,2	96,3	154,5	40,9	15,6	61,8	23,6	5,6	6,5	- 37,3	116,3	116,8	- 0,5	207,7	245,5	- 37,8
2.Vj.	135,8	108,9	143,8	40,9	15,5	61,3	10,8	7,5	7,5	- 8,0	115,5	118,4	- 2,9	228,2	239,1	- 10,9
3.Vj.	131,2	109,6	155,8	42,4	16,6	58,5	21,6	9,2	7,4	- 24,6	115,1	117,8	- 2,7	225,0	252,3	- 27,4
4.Vj. p)	160,7	127,4	159,8	48,1	20,5	55,2	9,5	12,9	13,7	+ 0,9	119,0	120,4	- 1,5	261,1	261,7	- 0,6

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Die hier verwendete haushaltsmäßige Abgrenzung weicht von der Systematik des Staatskontos der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und bei den Vierteljahresdaten in einigen Punkten auch von der Finanzstatistik ab. — 1 Einschl. Nebenhaushalte. Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsstatistiken des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen nicht die kommunalen Zweckverbände und verschiedene Sonderrechnungen. Zu den Einnahmen aus dem Bundesbankgewinn vgl. Anmerkung 1 zu Tab. VIII. 2. — 2 Die

Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. — 3 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. — 4 Ausgaben für Investitionszuschüsse und Darlehen sowie Beteiligungserwerb. — 5 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit. — 6 Durch Umstellungen der Gruppierungsübersicht insbes. Verschiebungen zwischen lfd. Sachaufwand und lfd. Zuschüssen.

2. Finanzielle Entwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden *)

Bis Ende 1998 Mrd DM / ab 1999 Mrd €

Zeit	Bund		Länder				Gemeinden			
	Einnahmen 1)	Ausgaben	West 2) 3)		Ost 3)		West 3)		Ost 3)	
			Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
1993	401,6	462,5	326,5	352,8	76,4	92,5	222,5	230,9	54,4	59,0
1994	439,6	478,9	328,8	357,0	79,3	95,9	228,9	235,1	53,9	59,2
1995	439,3	489,9	338,6	370,2	88,4	101,5	225,6	237,9	58,7	60,8
1996	411,9	490,4	344,8	379,7	93,7	105,5	227,7	232,9	55,0	57,7
1997	416,8	480,3	349,2	376,5	94,3	105,2	222,9	226,9	52,6	54,2
1998	439,0	495,6	360,5	380,3	96,4	104,7	231,4	226,3	51,5	52,4
1999	240,3	266,5	191,6	196,6	50,0	53,3	119,8	117,5	26,1	26,3
2000 4)	292,1	265,2	193,4	200,9	50,7	53,6	122,4	120,5	25,6	25,6
2001 p)	240,6	261,3	184,6	207,1	50,5	52,5	119,0	123,2	24,7	25,2
2002 ts)	238,9	271,6	183,5	207,4	47,8	53,2	119,9	124,5	25,1	25,3
2003 ts)	239,6	278,8	182,3	208,7	48,3	53,5	117,1	125,0	24,7	25,5
2002 1.Vj.	47,4	68,9	42,4	49,4	10,2	12,0	24,7	29,1	5,2	5,4
2.Vj.	56,3	62,6	43,3	48,8	11,1	11,9	28,8	29,1	5,9	5,8
3.Vj.	62,7	70,6	45,3	49,3	11,8	12,9	29,1	30,5	6,1	6,2
4.Vj.	72,5	69,5	52,0	59,5	14,5	16,1	37,0	35,4	7,8	7,7
2003 1.Vj.	46,6	71,9	42,2	51,1	9,7	12,6	25,2	29,4	5,3	5,6
2.Vj.	59,1	64,6	44,4	50,2	12,0	12,0	26,7	29,1	5,6	5,8
3.Vj.	57,6	74,5	45,3	50,5	12,2	13,1	29,3	30,6	6,1	6,3
4.Vj. p)	76,3	67,8	49,9	56,5	14,1	15,6	35,6	35,3	7,6	7,6

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Vgl. die entsprechende Anmerkung zu Tab. VIII. 1. — 1 Die Gewinnabführung der Bundesbank ist bis 1994 in voller Höhe und ab 1995 nur bis zu dem im Haushalt veranschlagten Betrag von 7 Mrd DM berücksichtigt. Überplanmäßige Einnahmen fließen seitdem di-

rekt dem Erblastentilgungsfonds zu. — 2 Einschl. Stadtstaaten und Berlin (Ost). — 3 Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsstatistiken des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen keine Sonderrechnungen. — 4 Einschl. Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Finanzielle Entwicklung des Staates in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *)

Bis Ende 1998 Mrd DM / ab 1999 Mrd €

Position	1996	1997	1998	1999	2000 1)	2001	2002	2003 ts)
Einnahmen	1 704,0	1 726,8	1 775,9	943,2	965,5	951,0	954,0	963,0
darunter:								
Steuern	850,0	856,9	897,4	490,4	511,7	488,3	486,0	490,5
Sozialbeiträge	696,7	720,1	727,7	375,4	378,1	383,6	389,0	395,5
Ausgaben	1 826,6	1 826,5	1 859,6	972,6	989,5	1 009,9	1 028,4	1 045,1
darunter:								
Vorleistungen	142,7	140,2	144,1	76,2	78,0	81,1	84,5	84,7
Arbeitnehmerentgelte	319,6	319,0	319,3	165,4	165,7	165,5	167,7	168,2
Zinsen	131,7	133,2	136,4	68,9	68,4	67,7	65,2	66,2
Sozialleistungen 2)	970,7	984,7	998,4	523,1	532,7	548,7	572,9	588,3
Bruttoinvestitionen	76,4	69,4	69,9	37,8	37,0	35,9	34,3	31,1
Finanzierungssaldo	- 122,7	- 99,7	- 83,7	- 29,4	- 24,0	- 58,9	- 74,3	- 82,1
in % des Bruttoinlandsprodukts	- 3,4	- 2,7	- 2,2	- 1,5	- 1,2	- 2,8	- 3,5	- 3,9
Nachrichtlich:								
Verschuldung gemäß								
Maastricht-Vertrag	2 143,9	2 232,9	2 298,2	1 210,3	1 221,8	1 232,8	1 283,5	1 365,9
in % des Bruttoinlandsprodukts	59,8	61,0	60,9	61,2	60,2	59,5	60,8	64,2

Quelle: Statistisches Bundesamt. — * Ergebnisse gemäß ESVG '95. Abweichend vom Ausweis des Statistischen Bundesamts saldenneutrale Einbeziehung der Zölle, des Anteils der EU am Mehrwertsteueraufkommen und der Subventionen der EU. — 1 Bereinigt um Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen. Im Ausweis des Statistischen Bundesamts werden diese

Erlöse (50,85 Mrd €) beim Nettuzugang an nichtproduzierten Vermögensgütern erfasst, so dass die staatlichen Ausgaben niedriger ausfallen und ein Überschuss (22,8 Mrd € bzw. 1,1% des BIP) ausgewiesen wird. — 2 Monetäre Sozialleistungen und soziale Sachleistungen.

4. Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Bund, Länder und Europäische Union						Gemeinden 4)		Saldo nicht verrechneter Steueranteile 5)	
	Insgesamt	zusammen 1)	Bund 2)	Länder		Europäische Union 3)	zusammen	darunter: in den neuen Bundesländern		
				zusammen	darunter: neue Bundesländer					
1991	661 920	577 150	321 334	224 321	19 139	31 495	84 633	2 540	+	137
1992	731 738	638 423	356 849	247 372	23 807	34 203	93 374	4 034	-	58
1993	749 119	653 015	360 250	256 131	27 542	36 634	95 809	5 863	+	295
1994	786 162	688 785	386 145	261 947	32 052	40 692	97 116	7 677	+	260
1995	814 190	719 332	390 807	288 520	.	40 005	94 498	8 460	+	359
1996	799 998	706 071	372 390	294 232	.	39 449	94 641	7 175	-	714
1997	797 154	700 739	368 244	290 771	.	41 724	96 531	7 703	-	117
1998	833 013	727 888	379 491	306 127	.	42 271	104 960	8 841	+	164
1999	453 068	396 734	211 727	164 724	.	20 284	56 333	4 810	+	1
2000	467 253	410 117	219 034	169 249	.	21 833	57 241	4 895	-	104
2001	446 248	392 189	213 342	159 115	.	19 732	54 047	4 590	+	12
2002	441 703	389 162	214 371	156 231	.	18 560	52 490	4 769	+	51
2003	442 243	390 445	214 010	155 510	.	20 925	51 671	4 751	+	127
2003 4.Vj.	127 434	114 862	66 842	43 679	.	4 342	16 997	1 485	-	4 425
2004 1.Vj.	.	84 151	42 014	36 033	.	6 105
2004 Jan.	.	28 565	11 878	13 974	.	2 713
Febr.	.	28 669	15 322	11 418	.	1 929
März	.	26 917	14 814	10 640	.	1 463
April	.	29 376	16 228	12 095	.	1 053
Mai	.	29 974	16 246	11 964	.	1 764

Quelle: Bundesministerium der Finanzen. — 1 Einschl. der Erträge aus den Lastenausgleichsabgaben. — 2 Vor Abzug der an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen und Anteile am Mineralölsteueraufkommen. — 3 Einschl. der zu Lasten der Steuererträge des Bundes ab 1988 der EU zustehenden weiteren Einnahmenquelle, deren Bezugsgröße das Brutto-

sozialprodukt ist. — 4 Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. — 5 Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den Einkommensteuern (s. Tab. VIII. 5) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland
5. Steuereinnahmen nach Arten

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Gemeinschaftliche Steuern										Reine Bundessteuern 8)	Reine Ländersteuern 8)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindefeuersteuern 9)
	Insgesamt 1)	Einkommensteuern 2)				Umsatzsteuern 5) 6)				Gewerbesteuerumlage 6) 7)				
		zusammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Kapitalertragsteuern 4)	zusammen	Mehrwertsteuer	Einfuhrumsatzsteuer					
1991	615 506	298 804	214 175	41 532	31 716	11 381	179 672	98 797	80 875	5 986	92 583	29 113	8 307	38 356
1992	681 751	331 310	247 322	41 531	31 184	11 273	197 712	117 274	80 438	6 923	104 802	32 963	7 742	43 328
1993	697 988	341 785	257 987	33 234	27 830	22 734	216 306	174 492	41 814	4 181	93 678	34 720	7 240	44 973
1994	734 234	343 055	266 522	25 510	19 569	31 455	235 698	195 265	40 433	6 271	105 410	36 551	7 173	45 450
1995	765 374	344 554	282 701	13 997	18 136	29 721	234 622	198 496	36 126	8 412	134 013	36 602	7 117	46 042
1996	746 958	317 807	251 278	11 616	29 458	25 456	237 208	200 381	36 827	8 945	137 865	38 540	6 592	40 887
1997	740 272	313 794	248 672	5 764	33 267	26 092	240 900	199 934	40 966	8 732	135 264	34 682	6 900	39 533
1998	775 028	340 231	258 276	11 116	36 200	34 640	250 214	203 684	46 530	10 284	130 513	37 300	6 486	47 140
1999	422 012	184 408	133 809	10 887	22 359	17 353	137 155	111 600	25 555	5 463	72 235	19 564	3 186	25 277
2000	436 115	192 381	135 733	12 225	23 575	20 849	140 871	107 140	33 732	5 521	75 504	18 444	3 394	25 998
2001	417 358	170 817	132 626	8 771	- 426	29 845	138 935	104 463	34 472	5 510	79 277	19 628	3 191	25 170
2002	414 008	165 096	132 190	7 541	2 864	22 502	138 195	105 463	32 732	5 752	83 494	18 576	2 896	24 846
2003	414 853	162 567	133 090	4 568	8 275	16 633	136 996	103 162	33 834	7 085	86 617	18 713	2 877	24 409
2003 4.Vj.	122 241	48 636	38 681	4 439	3 431	2 085	35 778	26 576	9 203	3 287	29 396	4 376	768	7 378
2004 1.Vj.	88 805	32 644	29 518	- 5 808	2 177	6 756	34 243	25 919	8 324	133	15 573	5 522	691	4 654
2004 Jan.	30 630	14 766	11 066	- 612	139	4 173	11 534	8 931	2 604	- 26	2 047	2 102	206	2 064
Febr.	30 220	8 531	9 560	- 1 554	- 1 437	1 962	12 994	10 262	2 731	154	6 731	1 572	240	1 551
März	27 955	9 347	8 892	- 3 642	3 475	6 21	9 715	6 726	2 990	5	6 796	1 848	245	1 039
April	30 962	10 717	9 700	- 955	545	1 427	10 775	7 588	3 187	927	6 617	1 663	262	1 586
Mai	31 566	10 305	9 859	- 1 225	46	1 626	12 109	9 289	2 821	384	6 989	1 528	251	1 592

Quelle: Bundesministerium der Finanzen. — 1 Im Gegensatz zur Summe in Tab. VIII. 4 sind hier die Einnahmen aus Lastenausgleichsabgaben, aus der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (abzüglich der Umlage), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. — 2 Das Aufkommen aus Lohn- und veranlagter Einkommensteuer wird ab 1980 im Verhältnis 42,5 : 42,5 : 15 auf Bund, Länder und Gemeinden, das Aufkommen aus Körperschaft- und Kapitalertragsteuer im Verhältnis 50 : 50 auf Bund und Länder verteilt. — 3 Ab 1996 nach Abzug des Kindergeldes. — 4 Ab Februar 1993 einschl. der Erträge aus dem steuerlichen Zinsabschlag, an denen die Gemeinden mit 12% partizipieren. — 5 Ab 1998 vorab 3,64%, ab 1999 5,63% für den Bund zur Fi-

nanzierung des zusätzlichen Bundeszuschusses an die Rentenversicherung, von Restsumme 2,2% für die Gemeinden, von neuem Restbetrag: Bund 50,5%, Länder 49,5%, ab 2000 Bund 50,25%, Länder 49,75%, ab 2002 Bund 49,6%, Länder 50,4%. Von den genannten Bundesanteilen geht außerdem der EU-Anteil ab. — 6 Seit 1991 werden außerdem die Umsatzsteuerverteilung sowie die Höhe und Verteilung der Gewerbesteuerumlage von der Finanzierung des Schuldendienstes für den Fonds „Deutsche Einheit“ beeinflusst. — 7 Bund und Länder je 50%. Ab 1998 Bund 42,2%, Länder 57,8%. — 8 Aufgliederung s. Tab. VIII. 6. — 9 Ab 1998 einschl. Anteil an den Umsatzsteuern.

6. Einzelne Steuern des Bundes, der Länder und der Gemeinden

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Reine Bundessteuern					Reine Ländersteuern					Gemeindesteuern			
	Mineralölsteuer	Tabaksteuer	Branntweinabgaben	Versicherungssteuer	Stromsteuer	sonstige Bundessteuern 1)	Kraftfahrzeugsteuer	Vermögenssteuer	Erbsteuer	Biersteuer	übrige Ländersteuern	Gewerbesteuer 2)	Grundsteuern	sonstige Gemeindesteuern 3)
1991	47 266	19 592	5 648	5 862	.	14 215	11 012	6 729	2 636	1 647	7 090	41 297	9 921	1 181
1992	55 166	19 253	5 545	8 094	.	16 744	13 317	6 750	3 030	1 625	8 241	44 848	10 783	1 281
1993	56 300	19 459	5 134	9 290	.	3 495	14 059	6 784	3 044	1 769	9 065	42 266	11 663	1 383
1994	63 847	20 264	4 889	11 400	.	5 011	14 169	6 627	3 479	1 795	10 482	44 086	12 664	1 445
1995	64 888	20 595	4 837	14 104	.	29 590	13 806	7 855	3 548	1 779	9 613	42 058	13 744	1 426
1996	68 251	20 698	5 085	14 348	.	29 484	13 743	9 035	4 054	1 718	9 990	45 880	14 642	1 463
1997	66 008	21 155	4 662	14 127	.	29 312	14 418	1 757	4 061	1 698	12 749	48 601	15 503	1 509
1998	66 677	21 652	4 426	13 951	.	23 807	15 171	1 063	4 810	1 662	14 594	50 508	16 228	1 532
1999	36 444	11 655	2 233	7 116	1 816	12 973	7 039	537	3 056	846	8 086	27 060	8 636	824
2000	37 826	11 443	2 151	7 243	3 356	13 485	7 015	433	2 982	844	7 171	27 025	8 849	784
2001	40 690	12 072	2 143	7 427	4 322	12 622	8 376	290	3 069	829	7 064	24 534	9 076	790
2002	42 193	13 778	2 149	8 327	5 097	11 951	7 592	239	3 021	811	6 913	23 489	9 261	696
2003	43 188	14 094	2 204	8 870	6 531	11 730	7 336	230	3 373	786	6 989	24 146	9 658	671
2003 4.Vj.	16 961	4 795	834	1 552	1 927	3 326	1 584	36	881	185	1 690	6 222	2 121	137
2004 1.Vj.	4 612	2 376	439	3 834	1 473	2 839	2 091	34	1 197	178	2 021	.	.	.
2004 Jan.	- 158	208	48	454	518	977	759	16	649	64	614	.	.	.
Febr.	1 474	1 070	230	2 777	449	731	567	9	207	60	729	.	.	.
März	3 296	1 098	161	603	506	1 132	765	9	342	54	678	.	.	.
April	3 320	1 326	161	524	508	778	717	4	315	62	566	.	.	.
Mai	3 828	1 136	169	604	464	789	652	2	329	69	475	.	.	.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen. — 1 Übrige Verbrauchsteuern sowie die von Mitte 1991 bis Mitte 1992 und erneut ab Anfang 1995 erhobene Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer („Solidaritätszu-

schlag“). — 2 Nach Ertrag und Kapital. — 3 Einschl. steuerähnlicher Einnahmen.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Verschuldung der öffentlichen Haushalte *)

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Ins- gesamt	Buch- kredite der Bundes- bank	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden		
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	ver- einigungs- bedingte 5)	Aus- gleichs- forde- rungen	sonstige 6)
Öffentliche Haushalte													
1998	2 280 154	.	25 631	227 536	199 774	92 698	723 403	894 456	550	26 073	1 249	88 582	202
1999	1 199 975	.	12 594	102 364	120 998	41 621	416 051	450 111	281	10 200	476	45 175	105
2000	1 211 439	.	11 616	109 951	126 276	35 991	438 888	433 443	211	10 524	285	44 146	108
2001	1 223 929	.	23 036	151 401	130 045	26 395	448 148	422 440	174	13 110	85	8 986	108
2002	1 277 630	.	30 815	203 951	137 669	17 898	456 300	404 046	137	18 844	29	7 845	97
2003 März	1 311 333	.	30 630	220 438	143 172	15 434	469 566	401 492	135	22 528	- 1	7 845	95
Juni	1 325 969	.	31 165	232 373	150 627	14 284	462 639	401 353	135	25 460	- 4	7 845	92
Sept.	1 345 938	.	33 424	237 449	146 729	13 754	469 120	406 284	317	32 071	- 6	6 706	91
Dez. p)	1 357 759	.	36 022	246 490	153 616	12 810	471 052	396 158	354	34 462	- 1	6 711	86
Bund 7) 8)													
1998	957 983	.	24 666	84 760	199 274	92 698	519 718	24 125	-	2 603	1 270	8 684	186
1999	714 069	.	11 553	44 335	120 498	41 621	379 808	67 872	60	2 568	476	45 175	104
2000	715 819	.	11 516	44 678	123 642	35 991	400 490	52 836	29	2 099	285	44 146	107
2001	701 077	.	21 136	59 643	119 911	26 395	416 195	47 111	26	1 481	85	8 986	107
2002	725 405	.	30 227	78 584	127 484	17 898	422 558	39 517	0	1 167	29	7 845	97
2003 März	745 400	.	30 085	80 348	132 987	15 434	435 146	42 281	-	1 183	- 1	7 845	94
Juni	749 920	.	30 416	82 834	140 442	14 284	428 166	43 744	-	2 102	- 4	7 845	91
Sept.	766 213	.	32 892	85 526	136 544	13 754	434 085	49 360	186	7 076	- 6	6 706	90
Dez.	767 697	.	35 235	87 538	143 431	12 810	436 194	38 146	223	7 326	- 1	6 711	85
2004 März	802 690	.	36 463	88 901	150 050	11 245	450 711	49 888	223	8 456	- 45	6 711	87
Westdeutsche Länder													
1998	525 380	.	520	83 390	.	.	.	430 709	43	10 716	.	-	2
1999	274 208	.	150	43 033	.	.	.	226 022	23	4 979	.	-	1
2000	282 431	.	-	48 702	.	.	.	227 914	22	5 792	.	.	1
2001	305 788	.	1 800	67 721	.	.	.	228 270	5	7 991	.	.	1
2002	328 390	.	250	97 556	.	.	.	217 333	5	13 246	.	.	1
2003 März	339 986	.	300	109 109	.	.	.	213 990	7	16 579	.	.	1
Juni	345 390	.	322	116 274	.	.	.	209 820	8	18 966	.	.	1
Sept.	348 006	.	322	118 815	.	.	.	208 313	3	20 552	.	.	1
Dez. p)	355 557	.	472	125 356	.	.	.	207 028	3	22 699	.	.	1
2004 März p)	363 202	.	222	136 105	.	.	.	200 367	3	26 504	.	.	1
Ostdeutsche Länder													
1998	98 192	.	445	27 228	.	.	.	70 289	-	230	.	.	.
1999	53 200	.	891	14 517	.	.	.	37 602	-	189	.	.	.
2000	55 712	.	100	16 092	.	.	.	39 339	-	182	.	.	.
2001	58 771	.	100	20 135	.	.	.	37 382	-	1 154	.	.	.
2002	63 782	.	338	23 838	.	.	.	37 739	-	1 867	.	.	.
2003 März	64 965	.	245	26 134	.	.	.	36 351	-	2 235	.	.	.
Juni	66 910	.	427	28 418	.	.	.	36 204	-	1 861	.	.	.
Sept.	66 595	.	211	28 260	.	.	.	36 214	-	1 911	.	.	.
Dez. p)	68 075	.	315	28 833	.	.	.	37 021	-	1 906	.	.	.
2004 März p)	69 661	.	524	30 752	.	.	.	35 314	-	3 070	.	.	.

Anmerkungen s. Ende der Tabelle.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

noch: 7. Verschuldung der öffentlichen Haushalte *)

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Ins- gesamt	Buch- kredite der Bundes- bank	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden		
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	ver- einigungs- be- dingte 5)	Aus- gleichs- for- derungen	sonstige 6)
Westdeutsche Gemeinden 9)													
1998	158 960	.	.	300	.	.	1 330	153 208	119	4 003	.	.	.
1999	81 511	.	.	153	.	.	680	78 726	53	1 898	.	.	.
2000	81 414	.	.	153	.	.	680	78 656	33	1 891	.	.	.
2001	82 203	.	.	153	.	.	629	79 470	29	1 922	.	.	.
2002	84 097	.	.	153	.	.	629	81 307	22	1 986	.	.	.
2003 März	85 100	.	.	153	.	.	578	82 369	20	1 980	.	.	.
Juni	88 000	.	.	153	.	.	578	85 269	20	1 980	.	.	.
Sept.	89 250	.	.	153	.	.	578	86 519	20	1 980	.	.	.
Dez. p)	90 550	.	.	153	.	.	527	87 870	20	1 980	.	.	.
Ostdeutsche Gemeinden 9)													
1998	39 873	.	.	225	.	.	460	38 777	255	156	.	.	.
1999	20 726	.	.	51	.	.	335	20 138	124	78	.	.	.
2000	17 048	.	.	51	.	.	335	16 497	114	50	.	.	.
2001	17 005	.	.	-	.	.	284	16 581	107	33	.	.	.
2002	16 745	.	.	-	.	.	284	16 318	102	41	.	.	.
2003 März	16 680	.	.	-	.	.	284	16 256	100	40	.	.	.
Juni	16 750	.	.	-	.	.	284	16 326	100	40	.	.	.
Sept.	16 850	.	.	-	.	.	284	16 426	100	40	.	.	.
Dez. p)	17 050	.	.	-	.	.	131	16 779	100	40	.	.	.
Fonds „Deutsche Einheit“ / Entschädigungsfonds 7)													
1998	79 413	.	-	-	.	.	47 998	30 975	-	440	.	.	.
1999	40 234	.	.	275	500	.	28 978	10 292	-	189	.	.	.
2000	40 629	.	.	275	2 634	.	29 797	7 790	-	133	.	.	.
2001	39 923	.	-	3 748	10 134	.	21 577	4 315	-	149	.	.	.
2002	39 810	.	-	3 820	10 134	.	22 685	3 146	-	26	.	.	.
2003 März	39 833	.	.	4 694	10 134	.	23 420	1 585	-	-	.	.	.
Juni	39 600	.	.	4 694	10 134	.	23 443	1 329	-	-	.	.	.
Sept.	39 625	.	.	4 694	10 134	.	24 005	793	-	-	.	.	.
Dez.	39 568	.	.	4 610	10 134	.	24 032	793	-	-	.	.	.
2004 März	39 214	.	.	4 610	9 634	.	24 177	793	-	-	.	.	.
ERP-Sondervermögen 7)													
1998	34 159	11 944	20 988	-	1 227	.	.	.
1999	16 028	6 250	9 458	21	299	.	.	.
2000	18 386	7 585	10 411	13	377	.	.	.
2001	19 161	9 462	9 310	8	381	.	.	.
2002	19 400	.	.	.	51	.	10 144	8 686	8	512	.	.	.
2003 März	19 369	.	.	.	51	.	10 138	8 660	8	512	.	.	.
Juni	19 399	.	.	.	51	.	10 169	8 660	8	512	.	.	.
Sept.	19 399	.	.	.	51	.	10 169	8 660	8	512	.	.	.
Dez.	19 261	.	.	.	51	.	10 169	8 522	8	512	.	.	.
2004 März	18 576	.	.	.	51	.	10 169	7 960	8	389	.	.	.
Bundeseisenbahnvermögen 7) 8)													
1998	77 246	.	.	-	500	.	31 648	42 488	79	2 531	.	.	.
1999 Juni	39 231	.	.	-	1 023	.	16 805	20 401	34	968	.	.	.
Kreditabwicklungsfonds / Erblastentilgungsfonds 7) 8)													
1998	304 978	.	-	31 633	-	.	110 006	79 226	54	4 167	- 20	79 899	15
1999 Juni	151 097	.	-	11 127	2 000	.	58 897	36 133	27	2 015	- 9	40 902	4
Ausgleichsfonds Steinkohleneinsatz 7) 8)													
1998	3 971	300	3 671	-	-	.	.	.
1999 Juni	2 302	153	2 148	-	-	.	.	.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Zum überwiegenden Teil Unverzinsliche Schatzanweisungen. — 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. — 3 Die Länderschatzanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. — 4 Im wesentlichen Schulscheindarlehen. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. — 5 Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten. — 6 Hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkom-

men; ohne im eigenen Bestand befindliche Stücke. — 7 Die durch die gemeinsame Emission von Bundeswertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktstatistik – entsprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Sondervermögen nachgewiesen. — 8 Zum 1. Juli 1999 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des Erblastentilgungsfonds, des Bundeseisenbahnvermögens sowie des Ausgleichsfonds „Steinkohleneinsatz“ durch den Bund. Die genannten Sondervermögen werden ab Juli nur noch beim Bund ausgewiesen. — 9 Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

8. Entwicklung der öffentlichen Verschuldung *)

Position	Stand Ende		Nettokreditaufnahme 1)								
	2002	2003 p)	2002				2003				
			insgesamt	1.Hj.	3.Vj.	4.Vj.	insgesamt p)	1.Hj.	3.Vj.	4.Vj. p)	
	Mio €										
Kreditnehmer											
Bund 2)	725 405	767 697	+ 24 328	+ 15 709	+ 10 110	- 1 491	+ 42 292	+ 24 515	+ 16 293	+ 1 484	
Fonds „Deutsche Einheit“	39 441	39 099	- 197	+ 64	-	- 261	- 342	- 258	-	- 84	
ERP- Sondervermögen	19 400	19 261	+ 239	+ 147	+ 19	+ 73	- 139	- 1	-	- 138	
Entschädigungsfonds	369	469	+ 84	+ 40	+ 19	+ 25	+ 100	+ 47	+ 26	+ 27	
Westdeutsche Länder	328 390	355 557	+ 22 603	+ 8 660	+ 6 170	+ 7 774	+ 27 167	+ 17 000	+ 2 616	+ 7 552	
Ostdeutsche Länder	63 782	68 075	+ 5 011	+ 1 385	+ 1 377	+ 2 249	+ 4 293	+ 3 128	- 3 15	+ 1 480	
Westdeutsche Gemeinden 3)	84 097	90 550	+ 2 630	+ 1 275	+ 900	+ 455	+ 6 598	+ 3 742	+ 1 154	+ 1 702	
Ostdeutsche Gemeinden 3)	16 745	17 050	- 242	- 211	- 30	- 1	+ 289	+ 17	+ 111	+ 161	
Insgesamt	1 277 630	1 357 759	+ 54 455	+ 27 068	+ 18 564	+ 8 823	+ 80 258	+ 48 190	+ 19 884	+ 12 184	
Schuldarten											
Unverzinsliche Schatzanweisungen 4)	30 815	36 022	+ 7 779	- 785	+ 9 188	- 625	+ 5 207	+ 350	+ 2 258	+ 2 598	
Obligationen/Schatzanweisungen 5)	203 951	246 490	+ 52 551	+ 25 595	+ 16 056	+ 10 900	+ 42 539	+ 28 422	+ 5 075	+ 9 041	
Bundesobligationen 5)	137 669	153 616	+ 7 623	+ 3 244	+ 2 213	+ 2 167	+ 15 947	+ 12 958	+ 3 898	+ 6 887	
Bundesschatzbriefe	17 898	12 810	- 8 497	- 5 759	- 884	- 1 854	- 5 088	- 3 614	- 530	- 944	
Anleihen 5)	456 300	471 052	+ 8 152	+ 15 758	- 1 446	- 6 159	+ 14 752	+ 6 339	+ 6 481	+ 1 932	
Direktausleihungen der Kreditinstitute 6)	404 046	396 158	- 17 640	- 13 578	- 6 624	+ 2 562	- 7 759	- 2 842	+ 4 846	- 9 763	
Darlehen von Sozialversicherungen	137	354	+ 37	+ 64	- 12	+ 90	+ 217	- 1	+ 181	+ 37	
Sonstige Darlehen 6)	18 803	34 421	+ 5 733	+ 2 571	+ 1 212	+ 1 950	+ 15 618	+ 6 616	+ 6 611	+ 2 391	
Altschulden 7)	126	85	- 67	- 42	- 0	- 25	- 41	- 39	- 3	+ 0	
Ausgleichsforderungen	7 845	6 711	- 1 142	-	- 1 139	- 3	- 1 134	+ 0	- 1 139	+ 5	
Investitionshilfeabgabe	41	41	- 0	- 0	+ 0	+ 0	- 0	+ 0	- 0	+ 0	
Insgesamt	1 277 630	1 357 759	+ 54 455	+ 27 068	+ 18 564	+ 8 823	+ 80 258	+ 48 190	+ 19 884	+ 12 184	
Gläubiger											
Bankensystem											
Bundesbank	4 440	4 440	-	-	-	-	-	-	-	-	
Kreditinstitute	532 700	524 600	- 1 046	- 1 529	+ 370	+ 413	- 7 971	+ 4 651	+ 2 015	- 14 637	
Inländische Nichtbanken											
Sozialversicherungen	137	354	- 37	+ 65	- 12	- 90	+ 217	- 1	+ 181	+ 37	
Sonstige 8)	228 353	280 565	- 1 862	+ 3 131	- 894	- 799	+ 52 212	+ 7 741	+ 24 187	+ 20 284	
Ausland ts)	512 000	547 800	+ 57 400	+ 25 400	+ 19 100	+ 9 300	+ 35 800	+ 35 800	- 6 500	+ 6 500	
Insgesamt	1 277 630	1 357 759	+ 54 455	+ 27 068	+ 18 564	+ 8 823	+ 80 258	+ 48 190	+ 19 884	+ 12 184	

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Die Nettokreditaufnahme weicht von der Veränderung des Schuldenstandes ab, die auch die Übernahme und den Abgang von Schulden einschließt. — 2 Siehe Tab. VIII. 7, Fußnote 8. — 3 Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. Einschl. Verschuldung der kommunalen

Zweckverbände. — 4 Ohne Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere. Zum überwiegenden Teil Unverzinsliche Schatzanweisungen. — 5 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. — 6 Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. — 7 Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten, NVA- und WGS-Wohnungsbau-Verbindlichkeiten sowie Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen. — 8 Als Differenz ermittelt.

9. Von öffentlichen Stellen aufgenommene Schuldscheindarlehen

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Insgesamt 1)	Bund 2) 3)	Fonds „Deutsche Einheit“	ERP-Sondervermögen	Länder	Gemeinden 4) 5)	Bundes-eisenbahn-vermögen 3)	Erblasten-tilgungs-fonds 3)	Ausgleichs-fonds Stein-kohle 3)
1998	898 030	23 094	31 415	22 215	504 148	184 942	45 098	83 447	3 671
1999	444 031	64 704	10 481	9 778	264 158	94 909	-	-	-
2000	431 364	54 731	7 178	10 801	268 362	90 292	-	-	-
2001	416 067	44 791	4 464	9 699	267 988	89 126	-	-	-
2002	398 910	34 636	3 172	9 205	262 840	89 057	-	-	-
2003 März	396 685	33 202	1 585	9 180	264 827	87 892	-	-	-
Juni	396 008	33 375	1 329	9 180	263 083	89 041	-	-	-
Sept.	398 318	38 309	793	9 180	260 264	89 773	-	-	-
Dez. p)	398 745	38 410	793	9 042	260 020	90 480	-	-	-

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 1 Ohne Schuldbuchforderungen und Kassenverstärkungs- bzw. Kassenkredite. Einschl. geringer Beträge an Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden sowie Restkaufgeldern. — 2 Einschl. Lastenaus-

gleichsfonds. — 3 Siehe Tab. VIII. 7, Fußnote 8. — 4 Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. Einschl. kommunaler Zweckverbände. — 5 Einschl. Vertragsdarlehen.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland
10. Verschuldung des Bundes

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Unverzinsliche Schatzanweisungen 1)			Bundes- schatz- anwei- sungen/ Obliga- tionen 2)	Bund- schatz- anwei- sungen/ Obliga- tionen 2)	Bund- schatz- briefe	Anleihen 2)	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 3) 4)	Schulden bei Nichtbanken		Altschulden		
	Ins- gesamt	zu- sam- men	darunter: Finanzie- rungs- schätze						Sozial- versi- cherun- gen	sonstige 3) 5) 6)	vereini- gungsbe- dingte 7)	Aus- gleichs- forde- rungen	sonstige 8)
1996	839 883	26 789	7 166	55 289	176 164	96 391	434 295	32 988	5	7 766	1 330	8 684	183
1997	905 691	25 286	5 221	78 848	177 721	99 317	481 619	31 845	5	870	1 300	8 684	197
1998	957 983	24 666	4 558	84 760	199 274	92 698	519 718	24 125	-	2 603	1 270	8 684	186
1999 9)	714 069	11 553	1 584	44 335	120 498	41 621	379 808	67 872	60	2 568	476	45 175	104
2000	715 819	11 516	1 805	44 678	123 642	35 991	400 490	52 836	29	2 099	285	44 146	107
2001	701 077	21 136	1 658	59 643	119 911	26 395	416 195	47 111	26	1 481	85	8 986	107
2002	725 405	30 227	1 618	78 584	127 484	17 898	422 558	39 517	0	1 167	29	7 845	97
2003	767 697	35 235	1 240	87 538	143 431	12 810	436 194	38 146	223	7 326	- 1	6 711	85
2003 Juni	749 920	30 416	1 236	82 834	140 442	14 284	428 166	43 744	-	2 102	- 4	7 845	91
Juli	760 392	30 842	1 207	87 689	141 157	13 804	426 319	51 688	-	2 102	- 7	6 706	91
Aug.	764 368	31 420	1 206	88 295	135 298	13 754	433 479	53 227	-	2 102	- 7	6 706	93
Sept.	766 213	32 892	1 229	85 526	136 544	13 754	434 085	49 360	186	7 076	- 6	6 706	90
Okt.	769 146	33 239	1 218	90 274	142 861	12 761	439 993	35 959	186	7 076	2	6 706	89
Nov.	769 493	34 180	1 215	90 637	143 575	12 792	436 109	38 142	186	7 076	2	6 706	87
Dez.	767 697	35 235	1 240	87 538	143 431	12 810	436 194	38 146	223	7 326	- 1	6 711	85
2004 Jan.	786 023	35 941	1 229	92 560	143 816	11 830	448 242	39 290	223	7 326	- 1	6 711	86
Febr.	789 107	35 197	1 208	92 768	144 190	11 212	453 213	38 183	223	7 326	- 1	6 711	86
März	802 690	36 463	1 178	88 901	150 050	11 245	450 711	49 888	223	8 456	- 45	6 711	87
April	798 786	35 616	1 128	95 468	150 031	10 786	449 577	41 875	223	8 456	- 45	6 711	88
Mai	804 270	36 639	1 096	95 913	152 810	10 575	452 391	40 513	223	8 456	- 46	6 708	88
Juni p)	803 633	35 595	1 070	92 148	152 748	10 583	453 417	43 714	223	8 456	- 46	6 708	88

1 Ohne Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere. Im Nov. 1999 einschl. Kassenscheine. — 2 Ohne den Eigenbestand des Emittenten — 3 Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. — 4 Einschl. Geldmarktkredite. — 5 Einschl. Darlehen von Zusatzversorgungskassen des öffentlichen Dienstes. — 6 Einschl. Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. — 7 Übernahme von NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten. — 8 Ab-

lösungs- und Entschädigungsschuld sowie hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden. — 9 Zum 1. Juli 1999 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des Erblastentilgungsfonds, des Bundeseisenbahnvermögens sowie des Ausgleichsfonds „Steinkohleneinsatz“ durch den Bund. Die genannten Sondervermögen werden hier ab Juli 1999 dem Bund zugerechnet.

11. Marktmäßige Kreditaufnahme des Bundes

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt		darunter:								Verän- derung der Geldmarkt- einlagen	
	brutto 1)	netto	Anleihen		Bundesobligationen		Sonstige Wertpapiere 2)		Schuldschein- darlehen			Geld- markt- kredite
			brutto 1)	netto	brutto 1)	netto	brutto 1)	netto	brutto	netto		
1996	+ 185 696	+ 83 049	+ 54 038	+ 31 988	+ 45 445	+ 5 445	+ 67 015	+ 39 586	+ 15 050	+ 1 906	+ 4 148	+ 6 548
1997	+ 250 074	+ 65 808	+ 79 323	+ 47 323	+ 59 557	+ 1 557	+ 98 275	+ 24 983	+ 12 950	- 8 009	- 30	- 3 304
1998	+ 228 050	+ 52 292	+ 78 304	+ 38 099	+ 55 078	+ 21 553	+ 85 706	- 1 327	+ 12 023	- 2 927	- 3 065	- 5 440
1999	+ 139 865	+ 31 631	+ 53 931	+ 114 080	+ 22 229	+ 18 610	+ 44 904	- 5 836	+ 14 861	+ 52 897	+ 3 937	+ 1 832
2000	+ 122 725	+ 1 750	+ 49 395	+ 20 682	+ 26 342	+ 3 144	+ 45 278	- 5 323	+ 7 273	- 9 973	- 5 563	- 940
2001	+ 135 018	- 14 741	+ 36 511	+ 15 705	+ 19 603	- 3 730	+ 69 971	+ 14 989	+ 5 337	- 9 941	+ 3 595	- 1 495
2002	+ 178 203	+ 24 328	+ 41 378	+ 6 364	+ 36 037	+ 7 572	+ 93 853	+ 19 535	+ 4 716	- 10 155	+ 2 221	+ 22
2003	+ 227 078	+ 42 292	+ 62 535	+ 13 636	+ 42 327	+ 15 947	+ 109 500	+ 8 874	+ 11 480	+ 3 775	+ 1 236	+ 7 218
2003 Jan.-Juni	+ 114 554	+ 24 515	+ 27 596	+ 5 608	+ 26 878	+ 12 958	+ 50 536	+ 825	+ 3 122	- 1 261	+ 6 423	+ 320
2004 Jan.-Juni p)	+ 119 586	+ 35 936	+ 25 394	+ 17 223	+ 18 146	+ 9 317	+ 65 310	+ 2 743	+ 3 456	- 583	+ 7 282	+ 2 573
2003 Juni	+ 20 815	+ 745	+ 2 025	- 2 994	+ 6 192	+ 6 204	+ 11 496	- 3 212	+ 1 156	+ 801	- 54	- 215
Juli	+ 31 062	+ 10 472	+ 11 352	- 1 847	+ 693	+ 715	+ 10 241	+ 4 801	+ 4 153	+ 3 321	+ 4 623	- 124
Aug.	+ 15 812	+ 3 976	+ 7 161	+ 7 161	+ 657	- 5 859	+ 6 329	+ 1 134	+ 1 440	+ 1 315	+ 225	+ 328
Sept.	+ 23 605	+ 1 845	+ 6 694	+ 606	+ 1 246	+ 1 246	+ 13 693	- 1 297	+ 977	+ 298	+ 995	- 73
Okt.	+ 11 968	+ 2 933	+ 8 442	+ 5 908	+ 6 317	+ 6 317	+ 10 100	+ 4 102	+ 296	- 214	- 13 187	- 188
Nov.	+ 17 180	+ 347	+ 1 205	- 3 883	+ 6 680	+ 715	+ 6 311	+ 1 335	+ 394	- 408	+ 2 590	- 189
Dez.	+ 12 897	- 1 796	+ 85	+ 85	- 145	- 145	+ 12 290	- 2 026	+ 1 099	+ 723	- 432	+ 7 144
2004 Jan.	+ 26 811	+ 18 326	+ 12 047	+ 12 048	+ 385	+ 385	+ 11 926	+ 4 748	+ 533	- 776	+ 1 920	- 321
Febr.	+ 17 553	+ 3 084	+ 4 971	+ 4 971	+ 7 849	+ 375	+ 5 535	- 1 156	+ 760	+ 456	- 1 563	- 1 186
März	+ 36 156	+ 13 583	+ 1 580	- 2 502	+ 5 860	+ 5 860	+ 15 425	- 2 567	+ 673	+ 217	+ 12 619	+ 6 423
April	+ 3 991	- 3 904	- 1 135	- 1 135	- 19	- 19	+ 11 797	+ 5 262	+ 855	- 507	- 7 507	- 5 683
Mai	+ 17 688	+ 5 484	+ 6 903	+ 2 815	+ 4 133	+ 2 779	+ 7 549	+ 1 257	+ 448	- 17	- 1 345	+ 3 254
Juni p)	+ 17 387	- 637	+ 1 026	+ 1 026	- 62	- 62	+ 13 079	- 4 801	+ 187	+ 44	+ 3 157	+ 87

1 Nach Abzug der Rückkäufe. — 2 Bundesschatzanweisungen, Bundesschatzbriefe, Unverzinsliche Schatzanweisungen und Finanzierungsschätze.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

12. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben sowie des Vermögens der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)			Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Vermögen 5)					Nachrichtlich: Verwaltungsvermögen
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:			insgesamt	Einlagen 6)	Wertpapiere	Darlehen und Hypotheken 7)	Grundstücke	
		Beiträge 2)	Zahlungen des Bundes		Renten 3)	Krankenversicherung der Rentner 4)							
Gesamtdeutschland													
1993	290 393	232 408	52 671	298 065	252 920	15 898	- 7 672	39 786	29 957	8 499	1 100	229	6 297
1994	322 335	256 662	61 891	324 323	273 880	17 751	- 1 988	33 578	24 194	8 170	909	305	6 890
1995	338 185	270 294	64 387	348 115	294 034	20 285	- 9 930	21 756	16 801	3 948	746	262	7 800
1996 8)	353 672	282 616	68 388	362 667	305 780	21 660	- 8 995	14 456	9 608	2 119	2 500	229	8 863
1997	374 853	297 402	74 961	372 955	316 511	23 280	+ 1 898	14 659	10 179	1 878	2 372	230	9 261
1998	389 101	297 827	88 755	385 707	327 823	24 393	+ 3 394	18 194	14 201	1 493	2 274	226	9 573
1999	208 173	152 206	54 628	203 295	172 919	12 950	+ 4 878	13 623	11 559	824	1 127	114	4 904
2000	211 137	150 712	58 862	210 558	178 599	13 365	+ 5 79	14 350	11 459	1 676	1 105	110	4 889
2001 8)	216 927	152 048	63 093	217 497	184 730	13 762	- 5 70	13 973	10 646	1 517	1 699	111	4 917
2002	221 563	152 810	66 958	225 689	191 133	14 498	- 4 126	9 826	6 943	1 072	1 685	126	4 878
2003 9)	228 853	156 497	71 043	231 176	196 417	15 238	- 2 323	7 641	5 017	816	1 682	126	4 892
2002 1.Vj.	53 033	36 050	16 622	55 450	47 271	3 512	- 2 417	11 943	8 712	1 427	1 698	106	4 933
2.Vj.	54 621	37 404	16 780	55 560	47 012	3 508	- 939	10 663	7 490	1 366	1 696	111	4 954
3.Vj.	55 043	37 938	16 614	57 105	48 276	3 704	- 2 062	8 911	5 919	1 182	1 689	121	4 947
4.Vj.	58 392	41 409	16 585	57 549	48 441	3 898	+ 843	9 826	6 943	1 072	1 685	126	4 878
2003 1.Vj.	55 374	37 289	17 761	57 255	48 883	3 727	- 1 881	8 686	5 649	1 230	1 685	122	4 874
2.Vj.	56 442	38 349	17 749	57 396	48 763	3 735	- 954	7 698	4 906	980	1 686	126	4 867
3.Vj.	57 241	39 085	17 830	58 256	49 409	3 858	- 1 015	6 348	3 822	727	1 683	116	4 855
4.Vj.	59 796	41 772	17 703	58 269	49 363	3 916	+ 1 527	7 641	5 017	816	1 682	126	4 892
2004 1.Vj.	55 431	37 289	17 846	58 350	49 858	3 873	- 2 919	6 196	3 693	695	1 681	127	4 866

Quelle: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und Verband Deutscher Rentenversicherungsträger. — 1 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ab 1993 einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. — 2 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. — 3 Die Zahlungen der Rentenversicherungsträ-

ger an die Krankenkassen nach § 50 SGB V wurden von den Renten abgesetzt. — 4 Ab 1995 einschl. Pflegeversicherung der Rentner. — 5 Entspricht im Wesentlichen der Schwankungsreserve. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. Ab 1992 gesamtdeutsche Werte. — 6 Einschl. Barmittel. — 7 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger; einschl. Beteiligungen. — 8 Ohne Einnahmen aus der Höherbewertung von Beteiligungen.

13. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Einnahmen			Ausgaben							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss bzw. Betriebsmittel-darlehen des Bundes	
	insgesamt 1)	darunter:		insgesamt	darunter:			davon:					
		Beiträge	Umlagen 2)		Arbeitslosenunterstützungen 3) 4)	davon:		berufliche Förderung 4) 5)	davon:				
						Westdeutschland	Ostdeutschland		Westdeutschland	Ostdeutschland			Winterbau-förderung
Gesamtdeutschland													
1993	85 109	79 895	1 829	109 536	48 005	34 149	13 856	36 891	15 895	20 996	1 919	- 24 426	24 419
1994	89 658	81 536	3 822	99 863	48 342	35 163	13 179	31 273	14 382	16 891	1 822	- 10 205	10 142
1995	90 211	84 354	2 957	97 103	49 254	36 161	13 094	34 441	16 745	17 696	1 586	- 6 892	6 887
1996	91 825	85 073	3 346	105 588	57 123	40 186	16 938	36 478	18 368	18 111	903	- 13 763	13 756
1997	93 149	85 793	2 959	102 723	60 273	40 309	19 964	31 418	16 117	15 301	443	- 9 574	9 574
1998	91 088	86 165	2 868	98 852	53 483	35 128	18 355	34 279	16 784	17 496	471	- 7 764	7 719
1999	47 954	45 141	1 467	51 694	25 177	16 604	8 573	20 558	10 480	10 078	279	- 3 740	3 739
2000	49 606	46 359	1 403	50 473	23 946	15 615	8 331	20 324	10 534	9 790	294	- 868	867
2001	50 682	47 337	1 640	52 613	25 036	16 743	8 294	20 713	11 094	9 619	268	- 1 931	1 931
2002	50 885	47 405	2 088	56 508	27 610	19 751	7 860	21 011	11 568	9 443	245	- 5 623	5 623
2003	50 635	47 337	2 081	56 850	29 735	21 528	8 207	19 155	10 564	8 591	272	- 6 215	6 215
2002 1.Vj.	11 502	11 188	51	13 093	6 587	4 608	1 979	4 665	2 523	2 142	139	- 1 591	3 720
2.Vj.	12 200	11 459	433	14 141	7 098	5 005	2 093	5 230	2 903	2 327	97	- 1 941	2 200
3.Vj.	12 710	11 808	528	13 905	6 708	4 839	1 869	5 182	2 849	2 334	7	- 1 195	854
4.Vj.	14 473	12 951	1 077	15 369	7 218	5 299	1 919	5 933	3 293	2 640	2	- 896	- 1 151
2003 1.Vj.	11 617	11 281	48	14 408	7 647	5 422	2 225	4 785	2 576	2 209	180	- 2 790	5 151
2.Vj.	12 272	11 487	536	14 667	7 975	5 708	2 267	4 721	2 623	2 098	84	- 2 395	2 408
3.Vj.	12 828	11 797	619	13 645	7 251	5 313	1 938	4 453	2 462	1 991	7	- 817	514
4.Vj.	13 917	12 773	878	14 131	6 863	5 086	1 777	5 196	2 903	2 293	1	- 214	- 1 858
2004 1.Vj.	11 524	11 261	47	14 448	8 200	6 001	2 199	4 389	2 491	1 898	144	- 2 924	5 244
2.Vj.	12 042	11 419	394	13 949	7 782	5 673	2 109	4 268	2 510	1 758	67	- 1 907	1 946

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. — 1 Ohne Liquiditätshilfen des Bundes. — 2 Umlagen für die Winterbauförderung und für Insolvenzgeld. — 3 Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld. Einschl. des an Aus- und Übersiedler als Ersatz für das Arbeitslosengeld gezahlten Eingliederungsgeldes. — 4 Einschl. Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge. Januar-Rentenver-

sicherungsbeiträge für Bezieher von Lohnersatzleistungen werden seit 2003 nicht mehr schon im Dezember, sondern im Januar gezahlt. — 5 Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, Zuschüsse an Personal-Service-Agenturen, Entgeltssicherung und Existenzgründungszuschüsse.

IX. Konjunkturlage
**1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens
Deutschland**

Position	1999	2000	2001	2002	2003	2000	2001	2002	2003	2000	2001	2002	2003
	Mrd €					Veränderung gegen Vorjahr in %				Anteil in %			
in Preisen von 1995													
I. Entstehung des Inlandsprodukts													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	430,5	447,3	444,3	443,8	445,1	3,9	- 0,7	- 0,1	0,3	22,7	22,4	22,3	22,4
Baugewerbe	105,1	102,1	95,8	90,1	86,1	- 2,9	- 6,1	- 5,9	- 4,5	5,2	4,8	4,5	4,3
Handel, Gastgewerbe und Verkehr 1)	334,5	353,5	367,6	371,3	374,2	5,7	4,0	1,0	0,8	17,9	18,5	18,7	18,8
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister 2)	546,6	570,9	589,7	595,9	599,3	4,4	3,3	1,1	0,6	29,0	29,7	29,9	30,1
Öffentliche und private Dienst- leister 3)	382,1	388,4	389,6	394,8	395,1	1,6	0,3	1,3	0,1	19,7	19,6	19,8	19,9
Alle Wirtschaftsbereiche	1 823,5	1 886,7	1 911,5	1 919,9	1 923,7	3,5	1,3	0,4	0,2	95,8	96,2	96,5	96,8
Nachr.: Unternehmenssektor	1 596,1	1 658,5	1 684,3	1 693,4	1 698,5	3,9	1,6	0,5	0,3	84,2	84,8	85,1	85,5
Wirtschaftsbereiche bereinigt 4)	1 730,5	1 786,4	1 806,6	1 815,2	1 817,2	3,2	1,1	0,5	0,1	90,7	91,0	91,2	91,4
Bruttoinlandsprodukt	1 914,8	1 969,5	1 986,2	1 989,7	1 987,7	2,9	0,8	0,2	- 0,1	100	100	100	100
II. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben 5)	1 099,1	1 120,6	1 136,9	1 125,3	1 124,5	2,0	1,4	- 1,0	- 0,1	56,9	57,2	56,6	56,6
Konsumausgaben des Staates	374,3	378,0	382,0	388,4	391,7	1,0	1,0	1,7	0,9	19,2	19,2	19,5	19,7
Ausrüstungen	160,3	176,5	167,8	152,5	151,2	10,1	- 4,9	- 9,1	- 0,8	9,0	8,4	7,7	7,6
Bauten	248,7	242,1	230,5	217,1	209,8	- 2,6	- 4,8	- 5,8	- 3,4	12,3	11,6	10,9	10,6
Sonstige Anlagen 6)	23,4	25,5	27,0	27,4	27,9	9,0	5,6	1,6	1,8	1,3	1,4	1,4	1,4
Vorratsveränderungen 7)	- 5,7	- 8,1	- 24,7	- 22,0	- 9,9	- 0,4	- 1,2	- 1,1	- 0,5
Inländische Verwendung	1 900,2	1 934,7	1 919,4	1 888,6	1 895,2	1,8	- 0,8	- 1,6	0,4	98,2	96,6	94,9	95,3
Außenbeitrag	14,6	34,8	66,8	101,1	92,5	1,8	3,4	5,1	4,7
Exporte	581,8	661,5	698,8	722,6	735,4	13,7	5,6	3,4	1,8	33,6	35,2	36,3	37,0
Importe	567,2	626,7	632,0	621,5	642,9	10,5	0,9	- 1,7	3,4	31,8	31,8	31,2	32,3
Bruttoinlandsprodukt	1 914,8	1 969,5	1 986,2	1 989,7	1 987,7	2,9	0,8	0,2	- 0,1	100	100	100	100
in jeweiligen Preisen													
III. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben 5)	1 156,0	1 196,2	1 232,7	1 236,5	1 247,7	3,5	3,0	0,3	0,9	58,9	59,4	58,6	58,6
Konsumausgaben des Staates	378,2	385,6	394,1	404,4	410,9	2,0	2,2	2,6	1,6	19,0	19,0	19,2	19,3
Ausrüstungen	159,6	176,7	167,4	151,9	146,9	10,7	- 5,3	- 9,3	- 3,2	8,7	8,1	7,2	6,9
Bauten	245,2	240,2	228,9	215,5	207,9	- 2,1	- 4,7	- 5,9	- 3,5	11,8	11,0	10,2	9,8
Sonstige Anlagen 6)	21,6	23,2	24,4	24,6	24,7	7,3	5,0	1,0	0,3	1,1	1,2	1,2	1,2
Vorratsveränderungen 7)	2,1	0,7	- 15,0	- 13,2	1,9	0,0	- 0,7	- 0,6	0,1
Inländische Verwendung	1 962,6	2 022,5	2 032,5	2 019,7	2 040,0	3,1	0,5	- 0,6	1,0	99,6	98,0	95,7	95,8
Außenbeitrag	16,0	7,5	41,2	90,7	89,2	0,4	2,0	4,3	4,2
Exporte	586,4	686,1	731,5	757,6	765,5	17,0	6,6	3,6	1,0	33,8	35,3	35,9	36,0
Importe	570,4	678,6	690,2	667,0	676,3	19,0	1,7	- 3,4	1,4	33,4	33,3	31,6	31,8
Bruttoinlandsprodukt	1 978,6	2 030,0	2 073,7	2 110,4	2 129,2	2,6	2,2	1,8	0,9	100	100	100	100
IV. Preise (1995 = 100)													
Privater Konsum	105,2	106,7	108,4	109,9	111,0	1,5	1,6	1,3	1,0
Bruttoinlandsprodukt	103,3	103,1	104,4	106,1	107,1	- 0,3	1,3	1,6	1,0
Terms of Trade	100,2	95,8	95,8	97,7	99,0	- 4,4	0,1	1,9	1,3
V. Verteilung des Volkseinkommens													
Arbeitnehmerentgelt	1 057,8	1 099,1	1 121,3	1 130,5	1 132,7	3,9	2,0	0,8	0,2	72,9	72,7	71,9	72,0
Unternehmens- und Vermögens- einkommen	410,4	409,3	420,9	441,1	439,9	- 0,3	2,8	4,8	- 0,3	27,1	27,3	28,1	28,0
Volkseinkommen	1 468,2	1 508,4	1 542,2	1 571,5	1 572,6	2,7	2,2	1,9	0,1	100	100	100	100
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	1 965,1	2 020,3	2 065,6	2 108,8	2 118,2	2,8	2,2	2,1	0,4

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2004. — 1 Einschl. Nachrichtenermittlung. — 2 Kredit- und Versicherungsgewerbe, Grundstücks- wesen, Vermietung und Unternehmensdienstleister. — 3 Einschl. Häusliche Dienste. — 4 Bruttowertschöpfung nach Abzug unterstellter Bankgebühr, je-

doch ohne Gütersteuern (saldiert mit Gütersubventionen). — 5 Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 6 Immaterielle Anlageinvestitionen (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. — 7 Einschl. Nettozugang an Wertsachen.

IX. Konjunkturlage

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe
Deutschland

Arbeitstäglich bereinigt ^{o)}

Produzierendes Gewerbe	davon:											
	Bauhauptgewerbe ²⁾	Energie ³⁾	Industrie ¹⁾									
			zusammen	davon: nach Hauptgruppen				darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige				
				Vorleistungsgüterproduzenten ⁴⁾	Investitionsgüterproduzenten ⁵⁾	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten ⁶⁾	Chemische Industrie	Metallerzeugung und -bearbeitung	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenanteilen	
2000 = 100												
1999	95,3	103,7	100,2	94,0	94,5	91,1	96,2	98,5	97,2	92,4	93,3	89,8
2000	99,9	100,0	99,9	99,9	99,9	99,9	99,9	99,9	99,9	99,9	99,9	99,9
2001	99,5	92,4	97,3	100,4	99,4	102,3	100,4	98,8	98,0	101,1	102,1	104,0
2002	98,3	89,0	97,4	99,3	98,9	101,1	92,0	98,2	101,7	101,8	99,5	105,4
2003	98,4	85,1	99,8	99,5	99,5	102,0	87,2	97,4	102,0	99,9	97,8	107,6
2002 Sept.	104,7	104,4	92,2	106,1	105,7	108,9	103,8	102,2	103,2	108,0	108,8	114,5
Okt.	104,0	101,9	101,9	104,5	104,9	104,1	100,5	105,2	103,8	107,2	99,2	111,4
Nov.	105,8	96,2	103,1	107,0	104,3	110,9	103,5	105,8	102,1	105,3	105,7	119,9
Dez.	92,6	63,4	106,6	93,7	84,5	105,4	83,4	92,8	88,5	81,5	118,6	90,6
2003 Jan.	90,3	51,8	110,3	91,7	93,9	89,9	82,0	92,9	102,5	101,0	80,7	101,9
Febr.	92,4	51,5	104,1	94,9	94,2	98,3	87,1	91,7	98,3	100,1	91,4	110,9
März	104,7	83,8	109,0	106,1	106,0	110,0	97,2	100,6	112,2	110,4	103,5	121,4
April	98,4	92,1	100,3	98,7	100,4	99,4	85,7	96,7	105,6	102,9	93,2	108,9
Mai	96,0	91,2	95,3	96,5	98,9	97,3	79,8	93,9	102,4	101,3	91,8	106,9
Juni	100,1	98,6	91,6	101,1	102,5	103,4	83,6	97,4	103,6	97,7	102,0	106,8
Juli	100,4	102,3	90,5	101,2	102,4	103,1	85,7	98,6	105,0	101,7	98,9	108,7
Aug.	90,0	89,8	90,4	90,0	93,1	86,6	67,3	95,4	98,9	88,2	85,6	80,0
Sept.	102,3	100,9	92,2	103,5	103,3	106,6	97,1	99,1	97,6	101,6	104,4	110,8
Okt.	105,1	99,3	102,2	106,0	106,9	106,3	97,9	105,2	103,9	107,3	98,1	112,3
Nov.	106,4	93,1	104,6	107,8	105,3	113,9	100,2	103,2	101,4	103,2	105,9	125,1
Dez.	95,0	67,0	107,0	96,2	87,1	108,8	82,9	94,2	92,7	83,0	117,9	97,5
2004 Jan. +)	92,2	49,3	115,6	93,7	96,8	91,3	82,1	94,6	102,1	102,9	82,9	100,5
Febr. +)	94,5	56,7	105,7	96,7	98,8	97,6	85,1	93,0	101,5	101,6	88,0	113,6
März +)	7) 105,2	7) 74,0	109,6	107,6	108,0	112,4	94,3	100,4	107,3	110,1	106,6	125,2
April x)	7) 100,6	7) 83,2	102,7	101,9	103,9	104,1	87,2	96,8	106,6	102,3	98,2	116,8
Mai x)	7) 100,0	7) 83,9	98,2	101,6	103,3	104,9	85,3	95,1	101,2	103,5	98,6	118,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
1999	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,1	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,0	- 0,4	+ 1,9	+ 3,5	- 3,6	- 2,2	+ 3,2
2000	+ 4,8	- 3,6	- 0,3	+ 6,3	+ 5,7	+ 9,7	+ 3,8	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,1	+ 7,1	+ 11,2
2001	- 0,4	- 7,6	- 2,6	+ 0,5	- 0,5	+ 2,4	+ 0,5	- 1,1	- 1,9	+ 1,2	+ 2,2	+ 4,1
2002	- 1,2	- 3,7	+ 0,1	- 1,1	- 0,5	- 1,2	- 8,4	- 0,6	+ 3,8	+ 0,7	+ 2,5	+ 1,3
2003	+ 0,1	- 4,4	+ 2,5	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,9	- 5,2	- 0,8	+ 0,3	- 1,9	- 1,7	+ 2,1
2002 Sept.	- 0,6	- 4,1	+ 0,8	- 0,4	+ 1,4	- 1,4	- 7,6	- 0,3	+ 6,3	+ 1,2	- 3,5	+ 3,1
Okt.	+ 0,2	- 7,1	+ 4,8	+ 0,5	+ 1,5	+ 0,5	- 6,1	- 0,5	+ 3,9	+ 3,2	- 1,5	+ 1,3
Nov.	+ 2,8	- 3,0	- 0,9	+ 3,8	+ 4,1	+ 4,9	- 2,9	+ 2,5	+ 6,7	+ 7,4	+ 2,3	+ 11,4
Dez.	+ 0,1	- 12,2	- 3,4	+ 1,3	+ 3,3	+ 0,9	- 8,5	+ 0,3	+ 8,3	+ 6,4	- 1,5	+ 5,2
2003 Jan.	+ 0,9	- 9,9	+ 1,2	+ 1,4	+ 2,8	+ 2,3	- 8,4	- 0,9	+ 3,9	+ 3,3	- 3,5	+ 6,7
Febr.	+ 0,4	- 23,0	+ 7,3	+ 1,2	+ 0,3	+ 4,7	- 5,9	- 2,0	- 1,1	+ 1,5	+ 2,1	+ 10,0
März	+ 0,8	- 6,6	+ 6,3	+ 0,7	+ 1,4	+ 2,0	- 6,7	- 2,0	+ 1,4	+ 1,8	- 1,3	+ 5,1
April	+ 0,3	- 4,5	+ 3,5	+ 0,4	+ 1,1	- 0,3	- 4,8	+ 1,2	+ 3,1	- 1,5	- 4,0	+ 2,9
Mai	+ 0,4	- 3,8	+ 2,0	+ 0,5	+ 0,6	+ 2,2	- 4,4	- 1,9	- 0,2	- 0,5	- 0,2	+ 5,8
Juni	- 1,9	- 1,6	+ 5,3	- 2,7	- 0,5	- 5,1	- 12,0	- 0,3	- 0,2	- 8,9	- 6,6	- 7,7
Juli	+ 1,4	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,5	+ 0,8	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,1	- 0,4	- 1,8	- 1,2	+ 6,7
Aug.	- 2,6	- 4,5	+ 1,2	- 2,8	- 2,4	- 3,8	- 9,1	- 0,5	- 1,0	- 7,3	+ 0,4	- 12,8
Sept.	- 2,3	- 3,4	+ 0,0	- 2,5	- 2,3	- 2,1	- 6,5	- 3,0	- 5,4	- 5,9	- 4,0	- 3,2
Okt.	+ 1,1	- 2,6	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,9	+ 2,1	- 2,6	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 1,1	+ 0,8
Nov.	+ 0,6	- 3,2	+ 1,5	+ 0,7	+ 1,0	+ 2,7	- 3,2	- 2,5	- 0,7	- 2,0	+ 0,2	+ 4,3
Dez.	+ 2,6	+ 5,7	+ 0,4	+ 2,7	+ 3,1	+ 3,2	- 0,6	+ 1,5	+ 4,7	+ 1,8	- 0,6	+ 7,6
2004 Jan. +)	+ 2,1	- 4,8	+ 4,8	+ 2,2	+ 3,1	+ 1,6	+ 0,1	+ 1,8	- 0,4	+ 1,9	+ 2,7	- 1,4
Febr. +)	+ 2,3	+ 10,1	+ 1,5	+ 1,9	+ 4,9	- 0,7	- 2,3	+ 1,4	+ 3,3	+ 1,5	- 3,7	+ 2,4
März +)	7) + 0,5	7) - 11,7	+ 0,6	+ 1,4	+ 1,9	+ 2,2	- 3,0	- 0,2	- 4,4	- 0,3	+ 3,0	+ 3,1
April x)	7) + 2,2	7) - 9,7	+ 2,4	+ 3,2	+ 3,5	+ 4,7	+ 1,8	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,6	+ 5,4	+ 7,3
Mai x)	7) + 4,2	7) - 8,0	+ 3,0	+ 5,3	+ 4,4	+ 7,8	+ 6,9	+ 1,3	- 1,2	+ 2,2	+ 7,4	+ 10,4

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — ^{o)} Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — ¹⁾ Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Hauptgruppe Energie zugeordnet, sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden. — ²⁾ Die Ergebnisse beziehen sich auf die Wirtschaftszweige „Vorbereitende Baustellenarbeiten“ sowie „Hoch- und Tiefbau“. — ³⁾ Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung. — ⁴⁾ Einschließlich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden. — ⁵⁾ Einschließlich Her-

stellung von Kraftwagen und Kraftwagenanteilen. — ⁶⁾ Einschließlich Druckgewerbe. — ⁷⁾ Bis zur Anpassung an die Ergebnisse der jährlichen Totalerhebung im Bauhauptgewerbe vorläufig. — + Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung für das I. Quartal (Industrie: durchschnittlich - 2,5%). — x Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung für das II. Quartal (Industrie: durchschnittlich - 2,5%).

IX. Konjunkturlage
3. Auftragseingang in der Industrie *)

 Arbeitstäglich bereinigt ^{o)}

Zeit	Industrie insgesamt		davon:				davon:					
			Inland		Ausland		Vorleistungsgüterproduzenten		Investitionsgüterproduzenten ¹⁾		Konsumgüterproduzenten ²⁾	
	2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %
Deutschland												
2000	99,9	+ 13,8	99,9	+ 8,2	100,0	+ 21,8	100,0	+ 14,3	100,0	+ 16,3	99,9	+ 4,2
2001	98,3	- 1,6	97,6	- 2,3	99,1	- 0,9	95,9	- 4,1	99,4	- 0,6	101,4	+ 1,5
2002	98,3	± 0,0	94,6	- 3,1	102,8	+ 3,7	96,4	+ 0,5	99,6	+ 0,2	98,9	- 2,5
2003	99,0	+ 0,7	94,7	+ 0,1	104,4	+ 1,6	97,8	+ 1,5	100,7	+ 1,1	95,4	- 3,5
2003 Mai	93,1	- 5,7	91,0	- 0,2	95,7	- 11,4	93,4	- 2,6	94,5	- 7,9	86,3	- 5,8
Juni	100,7	- 0,4	95,1	- 1,1	107,7	+ 0,6	98,5	- 1,5	105,2	+ 2,0	89,2	- 7,2
Juli	97,6	- 0,2	94,9	- 0,9	100,9	+ 0,6	98,1	+ 0,6	98,0	- 0,8	93,8	- 0,6
Aug.	89,9	- 2,0	87,3	- 3,5	93,2	± 0,0	89,5	± 0,0	89,5	- 3,1	92,9	- 3,2
Sept.	102,9	+ 1,1	98,4	+ 0,1	108,5	+ 2,2	100,9	+ 0,7	104,4	+ 2,6	102,9	- 4,2
Okt.	102,7	+ 2,4	99,1	+ 1,5	107,2	+ 3,4	102,5	+ 2,8	102,9	+ 2,4	102,8	+ 0,9
Nov.	102,5	+ 0,9	99,2	+ 1,8	106,6	- 0,2	102,1	+ 2,7	104,4	+ 0,8	95,6	- 4,6
Dez.	98,0	+ 6,8	89,7	+ 1,5	108,5	+ 12,9	91,1	+ 5,3	106,4	+ 9,0	86,9	+ 1,6
2004 Jan.	99,8	+ 1,2	93,7	+ 1,2	107,4	+ 1,1	101,9	+ 3,3	99,8	+ 0,6	93,0	- 3,5
Febr.	101,2	+ 2,4	95,9	+ 0,4	107,8	+ 4,8	102,2	+ 5,6	101,2	+ 1,5	98,3	- 3,7
März	111,1	+ 5,2	105,2	+ 5,2	118,6	+ 5,4	110,8	+ 5,3	113,1	+ 6,7	103,7	- 1,0
April	104,1	+ 7,1	98,0	+ 5,4	111,8	+ 9,1	106,3	+ 9,1	105,2	+ 6,8	92,8	+ 1,6
Mai ^{p)}	104,2	+ 11,9	95,4	+ 4,8	115,2	+ 20,4	105,6	+ 13,1	106,9	+ 13,1	88,8	+ 2,9
Westdeutschland												
2000	100,0	+ 13,6	99,9	+ 7,8	100,0	+ 21,4	99,9	+ 13,5	100,0	+ 16,3	99,9	+ 3,5
2001	97,8	- 2,2	97,2	- 2,7	98,6	- 1,4	95,1	- 4,8	99,2	- 0,8	101,1	+ 1,2
2002	97,3	- 0,5	93,7	- 3,6	101,6	+ 3,0	95,1	± 0,0	98,9	- 0,3	98,3	- 2,8
2003	97,6	+ 0,3	93,2	- 0,5	102,9	+ 1,3	95,7	+ 0,6	99,9	+ 1,0	94,3	- 4,1
2003 Mai	91,9	- 6,5	89,5	- 1,0	94,8	- 12,0	91,4	- 3,4	94,0	- 8,7	85,0	- 6,0
Juni	99,7	- 0,6	93,2	- 2,0	107,6	+ 1,1	96,4	- 2,6	105,2	+ 2,5	88,2	- 7,2
Juli	96,5	- 1,0	93,7	- 1,7	99,8	- 0,4	95,9	- 0,3	97,8	- 1,6	93,1	- 1,2
Aug.	88,6	- 1,8	85,6	- 4,0	92,2	+ 0,9	86,7	- 1,1	89,2	- 2,0	91,8	- 3,7
Sept.	101,3	+ 0,2	96,3	- 1,1	107,4	+ 1,8	98,6	- 0,2	103,4	+ 2,0	101,8	- 4,9
Okt.	101,1	+ 1,7	97,1	+ 0,6	106,0	+ 3,1	100,1	+ 1,9	101,9	+ 2,0	101,5	+ 0,4
Nov.	100,4	+ 0,1	97,4	+ 1,0	103,9	- 1,0	100,0	+ 1,7	102,2	+ 0,1	94,0	- 5,3
Dez.	96,0	+ 6,1	88,0	+ 1,3	105,5	+ 11,4	89,7	+ 4,9	103,4	+ 7,9	85,3	+ 0,7
2004 Jan.	98,1	+ 0,5	92,4	+ 0,7	105,0	+ 0,4	99,9	+ 4,1	98,4	- 1,0	91,9	- 3,8
Febr.	99,8	+ 1,9	94,2	- 0,6	106,5	+ 4,7	100,2	+ 5,1	100,1	+ 1,0	97,4	- 4,2
März	109,6	+ 5,2	103,6	+ 4,9	116,9	+ 5,6	108,3	+ 4,7	112,4	+ 7,1	102,6	- 1,3
April	102,8	+ 7,2	96,3	+ 5,1	110,7	+ 9,5	103,9	+ 9,1	104,9	+ 7,2	91,3	+ 1,4
Mai ^{p)}	102,5	+ 11,5	93,3	+ 4,2	113,6	+ 19,8	102,9	+ 12,6	106,0	+ 12,8	87,1	+ 2,5
Ostdeutschland												
2000	100,0	+ 18,2	100,0	+ 13,9	99,9	+ 29,7	99,9	+ 20,8	100,0	+ 16,3	100,0	+ 15,1
2001	104,9	+ 4,9	102,4	+ 2,4	110,9	+ 11,0	106,0	+ 6,1	103,4	+ 3,4	106,1	+ 6,1
2002	111,0	+ 5,8	104,0	+ 1,6	127,8	+ 15,2	111,6	+ 5,3	110,7	+ 7,1	109,4	+ 3,1
2003	117,9	+ 6,2	110,8	+ 6,5	135,1	+ 5,7	122,8	+ 10,0	114,1	+ 3,1	112,7	+ 3,0
2003 Mai	109,1	+ 4,6	106,8	+ 6,8	114,7	+ 0,2	117,4	+ 6,2	101,1	+ 5,0	106,2	- 3,4
Juni	114,0	+ 1,8	115,6	+ 7,4	110,0	- 10,4	123,4	+ 9,5	105,8	- 4,9	106,4	- 4,9
Juli	112,2	+ 11,0	107,4	+ 6,4	123,6	+ 21,8	123,9	+ 10,2	101,3	+ 12,9	106,1	+ 7,9
Aug.	108,4	- 3,6	105,6	+ 1,3	115,0	- 13,1	121,3	+ 8,6	94,4	- 17,6	109,8	+ 2,1
Sept.	124,3	+ 11,2	121,0	+ 12,2	132,1	+ 8,7	128,3	+ 10,6	121,1	+ 13,5	120,0	+ 4,4
Okt.	124,8	+ 9,7	121,0	+ 10,1	134,0	+ 8,9	131,0	+ 12,8	118,7	+ 6,9	123,4	+ 7,5
Nov.	132,2	+ 11,2	118,5	+ 9,9	165,3	+ 13,6	127,5	+ 13,2	139,9	+ 10,7	121,5	+ 5,1
Dez.	127,3	+ 14,6	108,3	+ 3,2	173,1	+ 37,4	106,9	+ 7,8	152,5	+ 20,4	112,6	+ 14,0
2004 Jan.	122,6	+ 8,9	107,8	+ 6,4	158,4	+ 13,3	125,9	- 3,2	122,4	+ 29,3	110,1	- 0,2
Febr.	120,7	+ 8,7	114,3	+ 10,4	136,0	+ 5,3	125,4	+ 10,1	117,7	+ 8,0	112,6	+ 5,4
März	131,8	+ 6,1	122,4	+ 8,5	154,4	+ 1,7	139,4	+ 9,9	126,2	+ 2,7	121,8	+ 2,6
April	121,9	+ 5,9	116,0	+ 7,6	136,0	+ 2,6	135,1	+ 9,7	109,4	+ 1,9	115,9	+ 4,6
Mai ^{p)}	127,4	+ 16,8	117,9	+ 10,4	150,4	+ 31,1	137,0	+ 16,7	120,5	+ 19,2	114,4	+ 7,7

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes, insbesondere ohne Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung und Mineralölverarbeitung; Ergebnisse für fachliche

Betriebsteile; Werte ohne Mehrwertsteuer. — ^{o)} Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 Einschließlich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. — 2 Einschließlich Druckgewerbe.

IX. Konjunkturlage

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitsmäßig bereinigt o)

Zeit	Deutschland					Westdeutschland					Ostdeutschland				
	insgesamt	davon:				insgesamt	davon:				insgesamt	davon:			
		Wohnungsbau	gewerblicher Bau 1)	öffentlicher Bau	Veränderung gegen Vorjahr %		Wohnungsbau	gewerblicher Bau 1)	öffentlicher Bau	Veränderung gegen Vorjahr %		Wohnungsbau	gewerblicher Bau 1)	öffentlicher Bau	Veränderung gegen Vorjahr %
2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100
2000	99,9	- 8,6	100,0	99,9	100,0	99,9	- 7,0	99,9	99,9	100,0	100,0	- 13,4	100,0	99,9	100,0
2001	94,5	- 5,4	82,8	96,9	99,0	97,4	- 2,5	87,6	99,9	100,7	85,2	- 14,8	68,3	86,4	94,2
2002	88,7	- 6,1	72,8	91,5	95,6	90,9	- 6,7	79,6	93,1	95,6	81,7	- 4,1	51,9	85,8	95,7
2003	79,2	- 10,7	67,5	78,5	87,4	80,8	- 11,1	74,5	78,3	87,8	74,2	- 9,2	46,1	79,2	86,2
2003 April	82,4	- 13,3	69,8	81,9	90,9	84,9	- 13,8	76,9	84,3	90,8	74,5	- 11,3	48,3	73,8	90,9
Mai	82,7	- 10,3	66,6	83,1	92,4	81,6	- 12,6	70,7	79,7	90,8	86,2	- 2,7	54,0	95,1	96,9
Juni	94,4	- 11,3	75,7	91,8	109,0	95,9	- 11,6	83,7	92,1	108,2	89,7	- 9,8	51,4	91,1	111,2
Juli	90,6	- 3,4	71,2	86,6	107,3	91,1	- 5,5	79,1	85,7	105,1	89,0	+ 4,2	46,9	89,9	113,5
Aug.	81,1	- 8,3	67,7	76,1	95,2	81,7	- 6,2	73,8	74,7	94,9	79,2	- 14,3	49,0	81,0	95,7
Sept.	91,2	- 10,5	76,3	88,8	103,1	91,2	- 11,8	84,9	85,3	102,3	90,9	- 6,4	50,2	101,3	105,4
Okt.	80,1	- 5,2	70,6	75,8	90,8	83,4	- 3,0	79,8	76,4	93,9	69,6	- 13,0	42,6	73,7	81,9
Nov.	69,2	- 7,5	62,0	73,6	68,7	71,0	- 3,8	69,5	74,0	68,5	63,1	- 19,0	39,1	71,7	69,3
Dez.	69,3	- 12,6	66,7	68,4	71,9	71,1	- 14,4	73,9	68,4	72,5	63,4	- 5,8	44,9	68,3	69,8
2004 Jan.	53,2	- 6,2	41,5	65,7	46,6	55,3	- 5,5	47,8	67,6	45,4	46,6	- 9,0	22,1	58,6	49,7
Febr.	66,2	+ 2,8	58,3	75,3	60,8	67,3	- 0,3	64,7	79,2	54,9	62,6	+ 15,3	38,8	61,8	77,7
März	81,9	- 7,7	70,7	72,7	99,2	83,4	- 9,1	81,0	70,8	99,8	77,0	- 2,5	39,2	79,3	97,4
April	77,1	- 6,4	62,8	72,4	91,2	78,7	- 7,3	71,6	73,3	89,5	71,9	- 3,5	36,1	69,4	95,9

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Werte ohne Mehrwertsteuer. Die Ergebnisse beziehen sich auf die Wirtschaftszweige „Vor-

reitende Baustellenarbeiten“ sowie „Hoch- und Tiefbau“. — o Eigene Berechnung. — 1 Einschließlich Bahn und Post.

5. Einzelhandelsumsätze *)
Deutschland

Zeit	Einzelhandel 1)										Nachrichtlich:					
	insgesamt	darunter nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen:									Einzelhandel zuzüglich Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen und zuzüglich Tankstellen			darunter		
		Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 2)	Kosmetische, pharmazeutische und medizinische Produkte 2)	Bekleidung, Schuhe, Lederwaren 2)	Einrichtungsgegenstände, Haushaltsgeräte, Baubedarf 2)	Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen und zuzüglich Tankstellen	Einzelhandel mit Kraftwagen 3)									
2000 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2000 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000 = 100	nicht bereinigt	preisbereinigt 4)	2000 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %		
1996	97,0	+ 0,3	- 0,6	97,0	± 0,0	81,8	+ 4,2	103,2	- 0,8	96,4	- 1,1	96,0	+ 1,3	+ 0,3	90,7	+ 5,3
1997	95,9	- 1,1	- 1,7	95,7	- 1,3	83,4	+ 2,0	101,4	- 1,7	95,2	- 1,2	95,8	- 0,2	- 0,7	94,0	+ 3,6
1998	96,9	+ 1,0	+ 1,1	97,1	+ 1,5	88,2	+ 5,8	100,3	- 1,1	98,2	+ 3,2	97,5	+ 1,8	+ 1,5	99,2	+ 5,5
1999	97,7	+ 0,8	+ 0,5	98,0	+ 0,9	94,7	+ 7,4	100,2	- 0,1	97,6	- 0,6	98,7	+ 1,2	+ 0,8	102,9	+ 3,7
2000	100,0	+ 2,4	+ 1,2	100,0	+ 2,0	100,0	+ 5,6	100,0	- 0,2	100,0	+ 2,5	100,0	+ 1,3	+ 0,1	100,0	- 2,8
2001	101,8	+ 1,8	.	104,7	+ 4,7	107,3	+ 7,3	99,5	- 0,5	96,5	- 3,5	101,9	+ 1,9	.	102,4	+ 2,4
2002	100,2	- 1,6	- 2,2	107,4	+ 2,6	111,1	+ 3,5	94,7	- 4,8	88,9	- 7,9	101,1	- 0,8	- 1,5	105,3	+ 2,8
2003	99,7	- 0,5	- 0,5	109,4	+ 1,9	113,9	+ 2,5	89,8	- 5,2	87,7	- 1,3	101,2	+ 0,1	- 0,2	107,4	+ 2,0
2003 Mai	100,6	+ 0,4	+ 0,9	110,8	+ 0,5	111,5	+ 1,8	93,9	- 3,0	90,2	+ 2,3	103,9	+ 1,6	+ 1,8	116,2	+ 5,3
Juni	92,7	- 0,9	- 0,9	105,3	+ 2,0	106,9	+ 0,8	82,8	- 2,9	80,1	- 1,4	96,8	- 0,3	- 0,6	111,6	+ 0,8
Juli	99,0	- 0,9	- 1,0	110,8	+ 3,5	118,1	+ 2,9	87,7	- 5,5	85,7	- 2,9	103,6	+ 0,6	+ 0,2	120,7	+ 5,0
Aug.	91,9	- 5,3	- 5,4	107,3	- 0,3	104,0	- 4,9	74,9	- 13,5	79,1	- 6,7	93,0	- 4,1	- 4,5	96,6	- 0,2
Sept.	98,2	+ 1,3	+ 1,1	105,3	+ 4,3	111,0	+ 3,4	96,4	- 3,8	85,2	- 0,5	99,8	+ 2,5	+ 2,1	106,6	+ 6,7
Okt.	105,6	- 0,1	- 0,5	113,5	+ 3,6	117,5	+ 2,3	107,2	- 2,7	94,0	- 0,5	107,1	+ 0,5	- 0,2	114,1	+ 2,1
Nov.	101,8	- 4,3	- 4,9	109,5	- 2,6	112,9	- 0,4	88,3	- 10,2	93,0	- 4,7	102,2	- 3,5	- 4,4	105,2	- 0,9
Dez.	122,0	+ 1,8	+ 1,4	128,3	+ 2,9	146,4	+ 15,5	110,4	- 6,8	103,4	- 0,9	116,8	+ 1,6	+ 1,0	99,4	+ 0,8
2004 Jan.	91,6	- 2,1	- 2,1	102,5	+ 1,0	101,3	- 8,9	76,7	- 5,5	79,6	+ 1,0	89,8	- 2,8	- 3,1	83,8	- 6,2
Febr.	85,3	- 3,1	- 2,3	97,4	- 0,6	99,9	- 4,8	66,0	- 2,2	77,1	- 0,1	86,3	- 3,3	- 3,1	90,5	- 4,4
März	101,4	+ 1,9	+ 2,5	110,7	+ 2,1	115,6	+ 6,1	88,4	- 2,9	95,2	+ 1,6	104,8	+ 1,7	+ 1,7	118,2	+ 1,7
April	101,5	- 1,6	- 1,6	114,1	+ 0,4	112,7	- 0,4	98,0	+ 1,4	91,4	- 0,7	104,5	- 1,5	- 2,0	115,8	- 1,5
Mai	94,9	- 5,7	- 6,1	106,7	- 3,7	107,6	- 3,5	86,7	- 7,7	86,0	- 4,7	98,0	- 5,7	- 6,5	109,1	- 6,1

Quelle: Statistisches Bundesamt. — * Ohne Mehrwertsteuer; Angaben ab 2003 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten erfahrungsgemäß besonders unsicher. — 1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und

ohne Tankstellen. — 2 Einzelhandel in Verkaufsräumen. — 3 Einschließlich Kraftwagenteil und Zubehör. — 4 Bis einschließlich 2000 in Preisen von 1995, ab 2001 in Preisen von 2000.

IX. Konjunkturlage

6. Arbeitsmarkt *)

Zeit	Erwerbstätige 1) 2)			Arbeitnehmer 1)		Beschäftigte 3)			Kurz- arbeiter 2)	Beschäftigte in Beschäftigung- schaffenden Maß- nahmen 2) 5)	Personen in be- ruflicher Weiter- bildung 2)	Arbeitslose 2)		Arbeits- losen- quote 2) 6) %	Offene Stellen 2) Tsd			
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr		Tsd	Ver- änderung gegen Vorjahr %	Tsd	Bergbau und Verar- beiten- des Ge- werbe 2)	Bau- haupt- gewerbe 4)				Tsd	Tsd			Tsd	Ver- änderung gegen Vorjahr Tsd	%
		%	Tsd															
Deutschland																		
2000	38 750	+ 1,8	+ 676	34 745	+ 1,8	6 373	1 053	86	316	r)	352	3 890	- 211	9,7	514			
2001	38 914	+ 0,4	+ 164	34 834	+ 0,3	6 395	958	123	243	r)	352	3 853	- 37	9,4	507			
2002	38 668	- 0,6	- 246	34 577	- 0,7	6 217	883	207	192	r)	340	4 061	+ 209	9,8	452			
2003	38 247	- 1,1	- 421	34 106	- 1,4	6 136	817	195	140	r)	260	4 377	+ 315	10,5	355			
2003 Juni	38 298	- 1,1	- 428			6 127	833	222	131	r)	249	4 259	+ 303	10,2	373			
Juli	38 283	- 1,0	- 398			6 136	834	196	131	r)	227	4 353	+ 305	10,4	367			
Aug.	38 322	- 1,0	- 383	34 219	- 1,3	6 145	836	150	131	r)	222	4 316	+ 296	10,4	356			
Sept.	38 517	- 0,9	- 351			6 146	835	169	133	r)	233	4 208	+ 265	10,1	330			
Okt.	38 621	- 0,8	- 305			6 114	824	163	138	r)	242	4 151	+ 220	10,0	297			
Nov.	38 606	- 0,6	- 236	34 381	- 0,9	6 096	814	162	140	r)	245	4 184	+ 157	10,0	275			
Dez.	38 455	- 0,5	- 175			6 060	790	149	135	r)	235	4 315	+ 89	10,4	258			
2004 Jan.	37 660	- 0,4	- 134			6 035	737	164	123	r)	217	4 597	+ 37	11,0	277			
Febr.	37 644	- 0,3	- 131	33 482	- 0,7	6 019	711	186	117	r)	203	4 641	+ 15	11,1	309			
März	37 779	- 0,4	- 151			6 018	728	197	109	r)	200	4 547	+ 30	10,9	324			
April	o) 37 968	o) - 0,4	o) - 169			6 013	745	177	102	p)	198	4 443	+ 32	10,7	324			
Mai	171	103	p)	196	4 293	+ 43	11,1	319			
Juni	162	116	p)	185	4 233	+ 62	10,2	305			
Westdeutschland 12)																		
2000	5 761	749	59	59	r)	202	2 381	- 224	7,6	448			
2001	5 769	696	94	53	r)	202	2 321	- 60	7,2	436			
2002	5 593	654	162	42	r)	198	2 498	+ 178	7,7	378			
2003	5 503	607	160	30	r)	161	2 753	+ 255	8,4	292			
2003 Juni	5 495	617	182	30	r)	157	2 664	+ 255	8,1	306			
Juli	5 502	616	162	29	r)	143	2 735	+ 253	8,3	300			
Aug.	5 507	617	119	28	r)	140	2 724	+ 246	8,3	287			
Sept.	5 507	617	139	27	r)	149	2 653	+ 213	8,1	261			
Okt.	5 476	609	136	27	r)	157	2 637	+ 187	8,0	237			
Nov.	5 459	603	135	26	r)	159	2 665	+ 144	8,1	222			
Dez.	5 427	587	122	25	r)	152	2 750	+ 102	8,4	212			
2004 Jan.	5 401	553	135	22	r)	139	2 927	+ 71	9,9	234			
Febr.	5 386	535	151	21	r)	131	2 945	+ 49	8,9	263			
März	5 384	548	159	21	r)	129	2 871	+ 52	8,7	275			
April	5 377	559	143	21	p)	129	2 805	+ 50	8,5	274			
Mai	139	22	p)	129	2 710	+ 58	8,2	265			
Juni	133	23	p)	123	2 669	+ 65	8,1	253			
Ostdeutschland 13)																		
2000	612	305	27	257	r)	150	1 509	+ 13	17,2	66			
2001	626	262	29	190	r)	150	1 532	+ 23	17,3	71			
2002	624	229	45	150	r)	142	1 563	+ 31	17,7	74			
2003	632	210	35	110	r)	99	1 624	+ 61	18,5	63			
2003 Juni	632	216	39	102	r)	91	1 595	+ 48	18,3	67			
Juli	634	218	34	102	r)	84	1 618	+ 53	18,5	67			
Aug.	638	219	31	104	r)	82	1 592	+ 50	18,2	69			
Sept.	639	218	30	106	r)	83	1 554	+ 52	17,8	69			
Okt.	638	215	27	112	r)	85	1 514	+ 34	17,3	60			
Nov.	637	211	27	113	r)	86	1 519	+ 13	17,4	53			
Dez.	633	203	27	110	r)	83	1 565	- 14	17,9	46			
2004 Jan.	634	183	29	101	r)	78	1 670	- 33	19,1	43			
Febr.	633	175	35	96	r)	72	1 696	- 33	19,4	46			
März	633	181	37	89	r)	70	1 676	- 22	19,2	49			
April	637	186	34	81	p)	69	1 639	- 18	18,8	51			
Mai	32	81	p)	67	1 583	- 15	18,3	54			
Juni	29	92	p)	62	1 565	- 3	18,1	53			

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. — * Monatswerte: Endstände; Erwerbstätige und Arbeitnehmer: Durchschnitte; Kurzarbeiter: Stand Monatsmitte; Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitte. — 1 Inlandskonzept. — 2 Jahreswerte: Eigene Berechnung; die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundergebnisbedingt. — 3 Einschl. tätiger Inhaber. — 4 Die Ergebnisse beziehen sich auf die Wirtschaftszweige „Vorbereitende Baustellenarbeiten“ sowie „Hoch- und Tiefbau“. — 5 Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM). — 6 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. — 7 Ergebnisse ab März 2002 positiv beeinflusst durch erstmalige Einbeziehung meldepflichtiger Baubetriebe, die im Zuge des Aufbaus des Unternehmensregisters festgestellt worden sind. — 8 Ergebnisse ab 2003 positiv beeinflusst

durch erstmalige Einbeziehung meldepflichtiger Betriebe, die im Zuge des Aufbaus des Unternehmensregisters festgestellt worden sind. — 9 Ab Januar 2004 Arbeitslose ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; Veränderung gegen Vorjahr revidiert. — 10 Bis zur Anpassung an die Ergebnisse der jährlichen Totalerhebung vorläufig. — 11 Ab Mai 2004 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen. — 12 Ohne West-Berlin; Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe sowie Bauhauptgewerbe einschließlich derjenigen in West-Berlin. — 13 Einschließlich West-Berlin; Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe sowie Bauhauptgewerbe ohne diejenigen in West-Berlin. — o Erste vorläufige Schätzung.

IX. Konjunkturlage

7. Preise
Deutschland

Zeit	Verbraucherpreisindex						Baupreisindex 2) 3)	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz 4)	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe 5)	
	insgesamt	davon:								Ausfuhr	Einfuhr	Energie 6)	sonstige Rohstoffe 7)
		Nahrungsmittel	andere Ver- u. Gebrauchsgüter ohne Energie 1) 2)	Energie 1)	Dienstleistungen ohne Wohnungsmieten 2)	Wohnungsmieten							
	2000 = 100								1995 = 100	2000 = 100			
	Indexstand												
1999	98,6	100,6	100,3	87,7	99,0	98,8	99,3 2)	97,0	89,9	97,0	90,8	57,6	83,1
2000	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	95,4	100,0	100,0	100,0	100,0
2001	102,0	105,1	100,3	105,7	102,5	101,2	100,3	103,0	100,8	101,0	100,6	91,4	91,9
2002	103,4	106,1	101,1	106,0	105,0	102,6	100,2	102,4	94,6	100,8	98,4	86,1	91,1
2003	104,5	106,0	101,4	110,2	106,4	103,8	100,3	104,1	94,8	100,6	96,2	82,9	86,9
2002 Sept.	103,4	104,5	100,9	107,2	105,3	102,8		102,2	94,6	100,9	98,3	92,9	91,8
Okt.	103,3	104,1	100,9	107,6	104,8	102,9		102,5	94,3	100,8	98,3	90,5	92,1
Nov.	103,0	103,6	101,0	105,1	104,5	103,0	100,2	102,2	94,8	100,7	97,3	80,5	90,8
Dez.	104,0	104,0	100,9	105,6	107,9	103,0		102,4	94,4	100,7	97,9	87,2	89,6
2003 Jan.	104,0	105,3	101,4	110,7	105,1	103,2		103,8	94,8	100,9	98,2	92,2	88,3
Febr.	104,5	105,9	101,6	113,0	105,9	103,4	100,3	104,2	96,4	101,0	98,5	97,3	89,7
März	104,6	106,3	101,6	113,8	105,6	103,5		104,4	94,8	101,0	98,0	89,5	88,3
April	104,3	106,6	101,4	110,2	105,8	103,7		104,2	94,6	100,9	96,5	76,0	87,8
Mai	104,1	106,8	101,4	108,2	105,6	103,7	100,3	103,9	93,9	100,5	95,2	72,5	83,5
Juni	104,4	107,1	101,3	108,8	106,1	103,8		103,9	95,4	100,3	95,1	77,0	81,3
Juli	104,6	106,3	101,1	109,2	107,4	103,8		104,1	92,4	100,3	95,2	81,5	82,7
Aug.	104,6	105,1	101,0	110,4	107,7	103,9	100,3	104,1	94,0	100,4	95,8	86,4	85,2
Sept.	104,5	105,6	101,4	109,7	106,7	103,9		104,2	97,4	100,5	95,7	78,7	87,5
Okt.	104,5	105,7	101,4	110,0	106,4	103,9		104,2	96,2	100,4	95,5	81,0	88,7
Nov.	104,3	105,5	101,4	109,5	105,8	104,1	100,3	104,2	97,6	100,4	95,5	81,7	91,0
Dez.	105,1	105,7	101,4	109,4	109,0	104,1		104,2	96,1	100,2	95,1	80,7	89,4
2004 Jan.	105,2	106,9	102,1	110,5	107,2	104,4		104,0	96,6	100,2	95,2	82,6	92,8
Febr.	105,4	106,4	101,9	110,2	108,3	104,5	100,5	104,1	97,8	100,3	95,3	82,2	96,2
März	105,7	106,1	103,1	111,4	108,0	104,6		104,7 p)	98,0	100,8	96,4	91,2	103,5
April	106,0	106,3	103,3	113,1	108,1	104,7		105,1 p)	96,8	101,1	96,9	94,9	105,1
Mai	106,2	106,6	103,1	116,1	108,1	104,7	101,4	105,6	...	101,3	97,6	104,5	101,1
Juni	106,2	106,7	103,1	114,2	108,6	104,8		100,8	99,1
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
1999	+ 0,6	- 1,1	+ 0,1	+ 4,0	+ 0,3	+ 1,1	- 0,3 2)	- 1,0	- 6,0	- 0,5	- 0,5	+ 37,1	- 6,2
2000	+ 1,4	- 0,6	- 0,3	+ 14,0	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,7 2)	+ 3,1	+ 6,1	+ 3,1	+ 10,1	+ 73,6	+ 20,3
2001	+ 2,0	+ 5,1	+ 0,3	+ 5,7	+ 2,5	+ 1,2	+ 0,3	+ 3,0	+ 5,7	+ 1,0	+ 0,6	- 8,6	- 8,1
2002	+ 1,4	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,3	+ 2,4	+ 1,4	- 0,1	- 0,6	- 6,2	- 0,2	- 2,2	- 5,8	- 0,9
2003	+ 1,1	- 0,1	+ 0,3	+ 4,0	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,1	+ 1,7	+ 0,2	- 0,2	- 2,2	- 3,7	- 4,6
2002 Sept.	+ 1,1	- 0,6	+ 0,6	- 0,2	+ 2,5	+ 1,4		- 1,1	- 7,8	± 0,0	- 1,6	- 0,4	+ 7,9
Okt.	+ 1,3	- 1,0	+ 0,4	+ 3,5	+ 2,3	+ 1,4		+ 0,1	- 6,5	+ 0,1	- 0,2	+ 14,7	+ 10,2
Nov.	+ 1,2	- 0,9	+ 0,3	+ 2,7	+ 2,3	+ 1,4	+ 0,1	+ 0,2	- 5,7	+ 0,1	- 0,9	+ 12,1	+ 3,9
Dez.	+ 1,2	- 1,1	+ 0,1	+ 4,1	+ 2,0	+ 1,4		+ 0,6	- 5,4	+ 0,1	- 0,1	+ 23,2	+ 2,9
2003 Jan.	+ 1,1	- 3,1	± 0,0	+ 7,0	+ 1,5	+ 1,2		+ 1,5	- 3,5	+ 0,2	- 0,1	+ 25,1	- 1,1
Febr.	+ 1,3	- 1,9	+ 0,1	+ 8,5	+ 1,5	+ 1,2	+ 0,1	+ 1,9	- 3,0	+ 0,3	- 0,3	+ 26,0	- 2,1
März	+ 1,2	- 1,4	+ 0,1	+ 7,4	+ 1,2	+ 1,1		+ 1,7	- 4,9	+ 0,1	- 1,5	- 0,1	- 6,4
April	+ 1,0	- 1,1	+ 0,1	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,3		+ 1,7	- 1,5	- 0,1	- 3,2	- 19,5	- 6,2
Mai	+ 0,7	- 0,8	+ 0,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,1	+ 1,4	- 0,6	- 0,4	- 4,0	- 20,7	- 8,0
Juni	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,2	+ 2,7	+ 1,1	+ 1,2		+ 1,4	+ 1,8	- 0,6	- 3,1	- 8,7	- 9,6
Juli	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,2	+ 3,1	+ 0,8	+ 1,1		+ 1,9	- 1,2	- 0,5	- 2,4	- 3,0	- 7,5
Aug.	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,2	+ 4,0	+ 1,4	+ 1,1	± 0,0	+ 2,0	+ 0,6	- 0,4	- 2,1	- 1,7	- 5,2
Sept.	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,5	+ 2,3	+ 1,3	+ 1,1		+ 2,0	+ 3,0	- 0,4	- 2,6	- 15,3	- 4,7
Okt.	+ 1,2	+ 1,5	+ 0,5	+ 2,2	+ 1,5	+ 1,0		+ 1,7	+ 2,0	- 0,4	- 2,8	- 10,5	- 3,7
Nov.	+ 1,3	+ 1,8	+ 0,4	+ 4,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,1	+ 2,0	+ 3,0	- 0,3	- 1,8	+ 1,5	+ 0,2
Dez.	+ 1,1	+ 1,6	+ 0,5	+ 3,6	+ 1,0	+ 1,1		+ 1,8	+ 1,8	- 0,5	- 2,9	- 7,5	- 0,2
2004 Jan.	+ 1,2	+ 1,5	+ 0,7	- 0,2	+ 2,0	+ 1,2		+ 0,2	+ 1,9	- 0,7	- 3,1	- 10,4	+ 5,1
Febr.	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,3	- 2,5	+ 2,3	+ 1,1	+ 0,2	- 0,1	+ 1,5	- 0,7	- 3,2	- 15,5	+ 7,2
März	+ 1,1	- 0,2	+ 1,5	- 2,1	+ 2,3	+ 1,1		+ 0,3 p)	+ 3,4	- 0,2	- 1,6	+ 1,9	+ 17,2
April	+ 1,6	- 0,3	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,2	+ 1,0		+ 0,9 p)	+ 2,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 24,9	+ 19,7
Mai	+ 2,0	- 0,2	+ 1,7	+ 7,3	+ 2,4	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,6	...	+ 0,8	+ 2,5	+ 44,1	+ 21,1
Juni	+ 1,7	- 0,4	+ 1,8	+ 5,0	+ 2,4	+ 1,0		+ 30,9	+ 21,9

Quelle: Statistisches Bundesamt; für den Index der Weltmarktpreise: HWWA-Institut. — 1 Strom, Gas und andere Brennstoffe sowie Kraftstoffe. — 2 Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesam-

tes. — 3 Früher: Gesamtwirtschaftliches Baupreisniveau. — 4 Ohne Mehrwertsteuer. — 5 HWWA-Rohstoffpreisindex „Euroland“ auf Euro-Basis. — 6 Kohle und Rohöl. — 7 Nahrungs- und Genussmittel sowie Industrierohstoffe.

IX. Konjunkturlage

8. Einkommen der privaten Haushalte *)
Deutschland

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
1991	1 355,4	.	941,4	.	426,2	.	1 367,6	.	1 917,5	.	250,1	.	13,0
1992	1 467,3	8,3	1 003,0	6,5	473,9	11,2	1 476,9	8,0	2 054,3	7,1	266,1	6,4	13,0
1993	1 505,9	2,6	1 032,7	3,0	511,2	7,9	1 543,9	4,5	2 120,6	3,2	261,3	- 1,8	12,3
1994	1 528,1	1,5	1 029,3	- 0,3	529,4	3,6	1 558,6	1,0	2 181,9	2,9	254,0	- 2,8	11,6
1995	1 577,1	3,2	1 037,9	- 0,8	553,7	4,6	1 591,7	2,1	2 256,4	3,4	252,1	- 0,7	11,2
1996	1 594,0	1,1	1 032,7	- 0,5	595,7	7,6	1 628,3	2,3	2 307,5	2,3	249,5	- 1,0	10,8
1997	1 591,3	- 0,2	1 015,9	- 1,6	609,6	2,3	1 625,5	- 0,2	2 356,5	2,1	244,7	- 1,9	10,4
1998	1 624,3	2,1	1 038,9	2,3	621,5	1,9	1 660,3	2,1	2 422,8	2,8	249,6	2,0	10,3
1999	855,4	3,0	549,2	3,4	327,5	3,1	876,7	3,3	1 281,1	3,4	125,1	- 1,9	9,8
2000	884,6	3,4	571,7	4,1	338,1	3,2	909,8	3,8	1 325,5	3,5	129,3	3,3	9,8
2001	903,7	2,2	592,4	3,6	347,5	2,8	939,8	3,3	1 373,7	3,6	141,0	9,1	10,3
2002	910,4	0,7	593,5	0,2	365,0	5,1	958,5	2,0	1 382,8	0,7	146,3	3,8	10,6
2003	909,4	- 0,1	588,3	- 0,9	375,2	2,8	963,4	0,5	1 398,8	1,2	151,1	3,3	10,8
2002 2.Vj.	218,6	0,7	140,0	0,1	90,0	4,5	230,0	1,8	342,7	0,2	34,2	2,1	10,0
3.Vj.	227,3	1,1	152,4	0,5	91,5	5,8	243,9	2,5	340,5	0,8	30,8	4,6	9,0
4.Vj.	254,1	0,2	163,6	- 0,3	92,5	5,3	256,1	1,7	356,0	0,9	34,1	5,7	9,6
2003 1.Vj.	211,0	0,3	136,6	- 0,6	94,5	3,8	231,2	1,1	351,7	2,4	50,5	6,8	14,4
2.Vj.	218,5	- 0,1	138,5	- 1,1	93,1	3,5	231,6	0,7	347,0	1,2	35,4	3,7	10,2
3.Vj.	227,1	- 0,1	151,2	- 0,8	93,7	2,4	244,9	0,4	342,8	0,7	31,8	3,3	9,3
4.Vj.	252,8	- 0,5	162,0	- 1,0	93,9	1,5	255,8	- 0,1	357,2	0,4	33,3	- 2,2	9,3
2004 1.Vj.	211,3	0,1	136,8	0,1	95,6	1,1	232,3	0,5	356,2	1,3	51,1	1,1	14,3

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2004. — * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 1 Inländerkonzept. — 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. — 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. — 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene

monetäre Sozialleistungen. — 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. — 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. — 7 Sparen in % des Verfügbaren Einkommens.

9. Tarif- und Effektivverdienste
Deutschland

Zeit	Gesamtwirtschaft					Produzierendes Gewerbe (einschl. Baugewerbe)						
	Tariflohn- und -gehaltsniveau 1)				Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer (Inlandskonzept) 2)	Tariflohn- und -gehaltsniveau 1)				Löhne und Gehälter je Beschäftigten (Inlandskonzept) 3)		
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis			auf Stundenbasis		auf Monatsbasis				
	1995 = 100	% gegen Vorjahr	1995 = 100	% gegen Vorjahr	1995 = 100	% gegen Vorjahr	1995 = 100	% gegen Vorjahr	1995 = 100	% gegen Vorjahr		
1995	100,0	4,9	100,0	4,6	100,0	3,2	100,0	6,1	100,0	5,5	100,0	4,1
1996	102,6	2,6	102,4	2,4	101,4	1,4	103,8	3,8	102,9	2,9	102,9	2,9
1997	104,1	1,5	103,9	1,5	101,7	0,3	105,8	1,9	104,6	1,7	104,7	1,7
1998	106,1	1,9	105,8	1,8	102,7	1,0	107,7	1,8	106,4	1,7	106,4	1,6
1999	109,1	2,9	108,7	2,7	104,3	1,5	110,9	3,0	109,4	2,9	108,3	1,8
2000	111,3	2,0	110,8	2,0	105,9	1,6	113,2	2,0	111,6	2,0	111,2	2,7
2001	113,5	2,0	113,0	2,0	107,9	1,9	115,2	1,8	113,6	1,8	113,7	2,2
2002	116,6	2,7	116,1	2,7	109,5	1,5	118,9	3,2	117,3	3,2	116,0	2,0
2003	119,0	2,0	118,5	2,1	110,9	1,3	122,0	2,6	120,3	2,5	.	.
2002 2.Vj.	107,7	2,8	107,2	2,8	105,1	1,3	109,1	3,5	107,7	3,5	117,8	1,9
3.Vj.	120,5	2,7	119,9	2,8	109,3	1,9	128,2	3,7	126,4	3,7	112,9	3,4
4.Vj.	132,0	2,8	131,4	2,8	121,9	1,5	132,0	3,4	130,2	3,4	125,4	2,3
2003 1.Vj.	109,3	2,9	108,9	3,0	104,0	2,0	109,7	3,2	108,2	3,1	.	.
2.Vj.	110,1	2,2	109,7	2,3	106,7	1,5	112,0	2,6	110,5	2,6	.	.
3.Vj.	122,9	2,0	122,4	2,1	110,5	1,2	131,1	2,3	129,3	2,3	.	.
4.Vj.	133,6	1,2	133,1	1,3	122,3	0,4	135,1	2,3	133,2	2,3	.	.
2004 1.Vj.	111,2	1,8	111,0	1,9	104,9	0,8	113,2	3,2	111,7	3,3	.	.
2003 Nov.	179,6	0,5	178,9	0,5	.	.	180,8	2,3	178,3	2,3	.	.
Dez.	110,8	1,6	110,4	1,7	.	.	112,3	2,4	110,7	2,4	.	.
2004 Jan.	110,9	1,9	110,7	2,1	.	.	112,3	2,3	110,8	2,4	.	.
Febr.	110,9	1,9	110,7	2,1	.	.	112,4	2,4	110,9	2,5	.	.
März	111,8	1,5	111,6	1,6	.	.	115,0	4,9	113,5	4,9	.	.
April	111,4	1,1	111,1	1,3	.	.	113,1	0,8	111,6	0,8	.	.
Mai	111,9	1,8	111,8	2,0	.	.	114,2	2,2	112,7	2,3	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch auf Grund von Nachmeldungen nach oben korrigiert. — 2 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2004. — 3 Produzierendes Gewerbe ohne Energieversorgung so-

wie ohne Ausbaugewerbe. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts nach alter und neuer Systematik der Wirtschaftszweige.

X. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion *)

Mio €

Position	2001 1	2002	2003	2003		2004			
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	Febr.	März	April
A. Leistungsbilanz	- 16 684	+ 54 455	+ 26 061	+ 11 512	+ 18 543	+ 13 645	+ 5 602	+ 12 475	+ 366
1. Außenhandel									
Ausfuhr (fob) einschl. Ergänzungen	1 033 862	1 063 218	1 034 610	257 064	269 777	266 221	85 080	99 292	93 583
Einfuhr (fob) einschl. Ergänzungen	960 211	929 666	926 902	220 241	239 869	238 054	75 650	84 778	82 660
Saldo	+ 73 651	+ 133 551	+ 107 709	+ 36 823	+ 29 908	+ 28 167	+ 9 430	+ 14 513	+ 10 923
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	321 672	329 844	326 672	86 508	85 089	72 936	23 549	25 710	26 077
Ausgaben	322 038	316 728	309 351	82 811	79 100	73 382	23 476	25 672	25 825
Saldo	- 369	+ 13 114	+ 17 320	+ 3 697	+ 5 988	- 446	+ 73	+ 38	+ 252
3. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	- 38 582	- 44 110	- 43 170	- 9 415	- 4 706	- 7 443	+ 738	+ 1 257	- 6 722
4. laufende Übertragungen									
fremde Leistungen	78 798	85 305	80 337	15 064	18 959	31 227	6 753	6 905	4 614
eigene Leistungen	130 182	133 400	136 135	34 656	31 605	37 859	11 392	10 238	8 701
Saldo	- 51 387	- 48 097	- 55 798	- 19 592	- 12 647	- 6 632	- 4 639	- 3 333	- 4 087
B. Saldo der Vermögensübertragungen	+ 6 574	+ 10 977	+ 13 284	+ 2 764	+ 7 223	+ 3 207	+ 2 125	+ 729	+ 661
C. Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: -)	- 34 165	- 65 808	- 43 445	- 636	+ 3 459	- 24 865	+ 24 280	- 23 581	- 8 446
1. Direktinvestitionen	- 112 440	- 4 718	- 9 874	- 19 124	- 6 399	- 28 718	+ 7 286	- 24 119	- 3 346
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 316 489	- 151 328	- 115 548	- 32 191	- 24 201	- 22 839	- 5 597	- 8 861	- 8 056
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 204 055	+ 146 610	+ 105 676	+ 13 068	+ 17 803	- 5 879	+ 12 884	- 15 258	+ 4 710
2. Wertpapieranlagen	+ 67 948	+ 114 633	+ 25 300	- 59 089	+ 18 192	+ 1 788	+ 20 393	- 3 705	- 2 966
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 281 866	- 175 759	- 280 514	- 63 314	- 61 037	- 87 975	- 13 207	- 25 681	- 28 689
Dividendenwerte	- 101 583	- 40 365	- 65 644	- 19 386	- 24 205	- 29 819	- 5 653	- 9 645	- 2 499
festverzinsliche Wertpapiere	- 155 875	- 89 592	- 172 043	- 37 162	- 24 703	- 42 331	- 1 769	- 23 354	- 7 898
Geldmarktpapiere	- 24 411	- 45 803	- 42 827	- 6 765	- 12 130	- 15 825	- 5 785	+ 7 318	- 18 293
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 349 814	+ 290 394	+ 305 813	+ 4 225	+ 79 228	+ 89 763	+ 33 600	+ 21 976	+ 25 723
Dividendenwerte	+ 232 553	+ 88 853	+ 105 538	+ 25 103	+ 47 665	+ 23 369	+ 19 604	+ 3 345	- 12 839
festverzinsliche Wertpapiere	+ 113 135	+ 133 670	+ 195 310	- 7 771	+ 38 120	+ 42 674	+ 14 666	+ 6 567	+ 27 461
Geldmarktpapiere	+ 4 129	+ 67 869	+ 4 968	- 13 107	- 6 556	+ 23 720	- 670	+ 12 064	+ 11 100
3. Finanzderivate	- 856	- 10 785	- 13 736	- 4 590	- 4 721	+ 1 292	- 215	+ 916	+ 745
4. Kreditverkehr und sonstige Anlagen (Saldo)	- 6 632	- 162 664	- 74 951	+ 80 141	- 17 201	- 8 928	- 12 164	- 605	- 192
Eurosistem	+ 5 032	+ 18 185	+ 11 081	+ 6 144	- 1 505	- 2 789	- 4 404	+ 396	+ 1 148
öffentliche Stellen	+ 2 545	- 8 160	- 4 939	+ 5 045	- 1 827	- 6 747	+ 1 092	- 1 852	- 1 536
Monetäre Finanzinstitute 2)	+ 3 256	- 138 175	- 19 233	+ 80 564	- 17 912	+ 1 745	- 7 424	- 4 423	+ 2 822
langfristig	- 24 190	+ 19 536	+ 11 754	+ 3 840	+ 12 035	- 19 446	- 8 234	- 5 760	- 10 395
kurzfristig	+ 27 446	- 157 704	- 30 989	+ 76 724	- 29 948	+ 21 190	+ 810	+ 1 336	+ 13 217
Unternehmen und Privatpersonen	- 17 462	- 34 518	- 61 862	- 11 612	+ 4 042	- 1 136	- 1 428	+ 5 275	- 2 626
5. Veränderung der Währungsreserven des Eurosystems (Zunahme: -)	+ 17 815	- 2 277	+ 29 816	+ 2 025	+ 13 588	+ 9 701	+ 8 979	+ 3 932	- 2 687
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	+ 44 278	+ 372	+ 4 101	- 13 639	- 29 224	+ 8 014	- 32 006	+ 10 377	+ 7 420

* Quelle: Europäische Zentralbank. — 1 Ab Januar 2001 einschl. Griechenland. — 2 Ohne Eurosistem

X. Außenwirtschaft
**2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland
(Salden)**

Zeit	Leistungsbilanz						Vermögens- über- tragungen und Kauf/ Verkauf von im- materiellen nichtprodu- zierten Ver- mögens- gütern 7)	Kapital- bilanz 7)	Veränderung der Währungs- reserven zu Transaktions- werten 8)	Saldo der statistisch nicht auf- gliederbaren Trans- aktionen	Nachrichtlich: Veränderung der Netto- Auslands- aktiva der Bundesbank zu Transak- tionswerten 9)
	Saldo der Leistungs- bilanz 1)	Außen- handel 1) 2) 3)	Ergänzungen zum Waren- handel 4) 5)	Dienst- leistungen 6)	Erwerbs- und Vermögens- einkommen	laufende Über- tragungen					
Mio DM											
1990 o)	+ 73 021	+ 105 382	- 3 833	- 26 118	+ 32 859	- 35 269	- 4 975	- 89 497	- 11 611	+ 33 062	- 10 976
1991	- 36 298	+ 21 899	- 2 804	- 30 724	+ 33 144	- 57 812	- 4 565	+ 12 614	+ 9 605	+ 18 643	- 319
1992	- 30 013	+ 33 656	- 1 426	- 44 983	+ 33 962	- 51 222	- 1 963	+ 69 792	- 52 888	+ 15 072	- 68 745
1993	- 23 062	+ 60 304	- 3 038	- 52 549	+ 27 373	- 55 151	- 1 915	+ 21 442	+ 22 795	- 19 260	+ 35 766
1994	- 46 749	+ 71 762	- 1 104	- 62 803	+ 4 852	- 59 455	- 2 637	+ 57 871	+ 2 846	- 11 332	- 12 242
1995	- 38 642	+ 85 303	- 4 722	- 63 985	+ 178	- 55 416	- 3 845	+ 63 647	- 10 355	- 10 805	- 17 754
1996	- 20 643	+ 98 538	- 5 264	- 64 743	+ 1 815	- 50 989	- 3 283	+ 23 607	+ 1 882	+ 1 564	+ 1 610
1997	- 14 916	+ 116 467	- 7 360	- 68 696	- 2 588	- 52 738	+ 52	+ 31	+ 6 640	+ 8 193	+ 8 468
1998	- 20 677	+ 126 970	- 5 934	- 75 072	- 13 337	- 53 304	+ 1 289	+ 32 810	- 7 128	- 6 295	- 8 231
1999	- 43 915	+ 127 542	- 13 656	- 90 099	- 18 775	- 48 927	- 301	- 44 849	+ 24 517	+ 64 548	- 72 364
2000	- 54 471	+ 115 645	- 13 505	- 95 967	- 5 166	- 55 478	+ 13 345	+ 55 434	+ 11 429	- 25 737	+ 94 329
2001	+ 3 421	+ 186 771	- 10 499	- 98 323	- 20 889	- 53 639	- 756	- 51 306	+ 11 797	+ 36 844	+ 63 911
Mio €											
1999	- 22 454	+ 65 211	- 6 982	- 46 067	- 9 599	- 25 016	- 154	- 22 931	+ 12 535	+ 33 003	- 36 999
2000	- 27 851	+ 59 128	- 6 905	- 49 067	- 2 641	- 28 366	+ 6 823	+ 28 343	+ 5 844	+ 13 159	+ 48 230
2001	+ 1 749	+ 95 495	- 5 368	- 50 272	- 10 680	- 27 425	- 387	- 26 233	+ 6 032	+ 18 838	+ 32 677
2002	+ 45 670	+ 132 788	- 5 968	- 36 422	- 16 844	- 27 883	- 212	- 70 724	+ 2 065	+ 23 201	- 33 292
2003 r)	+ 48 062	+ 132 215	- 7 335	- 35 537	- 12 515	- 28 767	+ 316	- 55 015	+ 445	+ 6 192	+ 2 658
2001 2.Vj.	- 5 075	+ 22 104	- 1 479	- 13 019	- 4 492	- 8 189	- 13	+ 19 031	+ 2 039	- 15 982	+ 21 099
3.Vj. r)	- 2 466	+ 25 547	- 1 768	- 16 479	- 3 518	- 6 250	- 446	- 2 722	- 2 165	+ 7 798	- 13 360
4.Vj. r)	+ 8 737	+ 25 303	- 703	- 7 447	- 1 050	- 7 365	- 479	- 46 370	+ 2 085	+ 36 027	+ 36 688
2002 1.Vj.	+ 9 445	+ 33 328	- 1 028	- 10 633	- 6 722	- 5 500	+ 160	+ 5 740	- 1 352	- 13 993	- 18 496
2.Vj. r)	+ 10 420	+ 31 721	- 1 383	- 8 605	- 2 682	- 8 631	- 75	- 9 488	+ 2 432	- 3 289	+ 1 694
3.Vj. r)	+ 9 507	+ 35 543	- 1 552	- 12 652	- 5 563	- 6 269	+ 62	- 17 554	+ 87	+ 7 899	- 17 588
4.Vj. r)	+ 16 299	+ 32 195	- 2 005	- 4 532	- 1 877	- 7 483	- 359	- 49 422	+ 898	+ 32 584	+ 1 099
2003 1.Vj. r)	+ 9 124	+ 29 949	- 2 049	- 8 307	- 4 690	- 5 779	- 30	- 13 099	- 1 495	+ 5 500	+ 3 444
2.Vj. r)	+ 8 698	+ 30 436	- 1 860	- 8 340	- 3 649	- 7 890	+ 149	- 25 399	+ 1 505	+ 15 047	+ 22 123
3.Vj. r)	+ 11 377	+ 39 533	- 1 582	- 13 275	- 4 479	- 8 820	+ 208	+ 3 279	- 751	- 14 113	- 15 902
4.Vj. r)	+ 18 863	+ 32 297	- 1 844	- 5 615	+ 303	- 6 278	- 12	- 19 796	+ 1 186	- 241	- 7 008
2004 1.Vj.	+ 21 277	+ 41 150	- 1 483	- 8 878	- 3 942	- 5 571	+ 430	- 14 387	+ 205	- 7 526	- 6 821
2001 Dez.	+ 4 507	+ 8 290	- 65	+ 101	- 2 203	- 1 616	- 159	- 21 322	+ 2 882	+ 14 093	+ 31 135
2002 Jan.	+ 361	+ 10 526	- 508	- 3 825	- 6 449	+ 616	+ 477	+ 9 907	- 1 747	- 8 998	- 17 916
Febr.	+ 2 642	+ 10 558	- 323	- 2 995	- 1 228	- 3 370	- 155	- 5 211	+ 67	+ 2 656	+ 1 535
März	+ 6 441	+ 12 245	- 198	- 3 814	+ 955	- 2 746	- 162	+ 1 044	+ 328	- 7 651	- 2 116
April	+ 2 949	+ 10 015	- 910	- 2 509	- 620	- 3 027	- 148	+ 330	+ 1 657	- 4 788	- 9 839
Mai	+ 3 584	+ 10 408	- 565	- 3 230	- 557	- 2 472	+ 47	+ 492	+ 1 379	- 5 501	+ 3 826
Juni	+ 3 887	+ 11 299	+ 92	- 2 866	- 1 506	- 3 132	+ 26	- 10 310	- 603	+ 7 000	+ 7 707
Juli	+ 1 110	+ 13 224	- 770	- 3 705	- 5 416	- 2 224	- 203	- 11 194	- 548	+ 10 836	- 15 567
Aug.	+ 2 031	+ 10 477	- 312	- 5 856	- 921	- 1 359	+ 86	- 4 630	+ 886	+ 1 627	- 5 579
Sept.	+ 6 367	+ 11 842	- 471	- 3 092	+ 773	- 2 686	+ 179	- 1 730	- 252	+ 4 564	+ 3 559
Okt.	+ 3 087	+ 11 529	- 364	- 3 826	- 966	- 3 287	- 82	- 21 706	+ 570	+ 18 132	- 5 279
Nov.	+ 8 450	+ 12 283	- 632	- 1 346	+ 446	- 2 301	- 137	- 5 800	- 842	- 1 670	+ 4 265
Dez.	+ 4 762	+ 8 383	- 1 009	+ 640	- 1 357	- 1 895	- 139	- 21 916	+ 1 171	+ 16 122	+ 2 112
2003 Jan. r)	- 1 449	+ 9 184	- 1 024	- 3 327	- 5 184	- 1 098	+ 461	- 3 299	- 97	+ 4 384	+ 6 799
Febr. r)	+ 4 067	+ 10 880	- 635	- 2 974	- 522	- 2 682	- 504	- 22 519	- 320	+ 19 276	+ 677
März r)	+ 6 507	+ 9 886	- 390	- 2 006	+ 1 016	- 2 000	+ 13	+ 12 719	- 1 078	- 18 160	- 4 032
April r)	+ 3 320	+ 9 425	- 752	- 2 310	- 339	- 2 704	- 126	- 3 365	+ 1 449	- 1 278	+ 1 477
Mai r)	+ 3 186	+ 10 416	- 549	- 2 775	- 1 379	- 2 527	+ 156	- 7 420	- 854	+ 4 932	+ 22 684
Juni r)	+ 2 191	+ 10 595	- 559	- 3 255	- 1 931	- 2 659	+ 119	- 14 614	+ 910	+ 11 393	- 2 037
Juli r)	+ 1 677	+ 14 374	- 695	- 3 648	- 5 401	- 2 953	+ 62	+ 3 144	+ 225	- 5 109	- 16 353
Aug. r)	+ 1 792	+ 10 609	- 356	- 5 401	- 74	- 2 987	+ 224	- 7 334	- 717	+ 6 036	- 3 057
Sept. r)	+ 7 908	+ 14 550	- 531	- 4 227	+ 997	- 2 880	- 78	+ 7 469	- 259	- 15 040	+ 3 508
Okt. r)	+ 6 595	+ 11 061	- 510	- 3 786	+ 1 704	- 1 874	- 27	- 4 471	- 255	- 1 842	- 21 689
Nov. r)	+ 5 254	+ 10 607	- 591	- 1 543	- 320	- 2 899	+ 49	- 4 277	+ 521	- 1 547	+ 14 870
Dez. r)	+ 7 015	+ 10 629	- 742	- 286	- 1 081	- 1 505	- 35	- 11 048	+ 921	+ 3 148	- 190
2004 Jan.	+ 1 642	+ 12 487	- 640	- 4 140	- 5 528	- 537	+ 53	- 1 592	- 206	+ 103	+ 5 619
Febr.	+ 6 338	+ 12 111	- 369	- 2 318	- 471	- 2 615	- 130	+ 4 471	- 26	- 10 652	+ 556
März	+ 13 297	+ 16 552	- 473	- 2 420	+ 2 057	- 2 419	+ 507	- 17 265	+ 437	+ 3 024	- 12 996
April	+ 9 739	+ 14 278	- 524	- 3 105	+ 835	- 1 745	+ 82	- 37 457	- 628	+ 28 264	+ 315
Mai p)	+ 8 760	+ 14 166	- 872	- 2 169	- 105	- 2 260	- 30	- 16 641	+ 607	+ 7 305	+ 9 981

o) Ab Juli 1990 einschl. Transaktionen der ehemaligen DDR mit dem Ausland. — 1 Ergebnisse ab Anfang 1993 durch Änderung in der Erfassung des Außenhandels mit größerer Unsicherheit behaftet. — 2 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob. — 3 Ab Januar 1993 einschl. der Zuschätzungen für nicht meldepflichtigen Außen-

handel, die bis Dezember 1992 in den Ergänzungen zum Warenverkehr enthalten sind. — 4 Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren. — 5 S. Fußnote 3. — 6 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten. — 7 Kapalexport: -. — 8 Zunahme: -. —

X. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland
nach Ländergruppen und Ländern *)

Mio €

Ländergruppe/Land		2001	2002	2003 r)	2003 r)		2004				
					Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai p)	
Alle Länder 1)	Ausfuhr	638 268	651 320	664 185	54 667	55 664	56 590	64 931	61 738	60 836	
	Einfuhr	542 774	518 532	531 970	44 038	43 177	44 479	48 379	47 460	46 670	
	Saldo	+ 95 495	+ 132 788	+ 132 215	+ 10 629	+ 12 487	+ 12 111	+ 16 552	+ 14 278	+ 14 166	
I. Europäische Länder	Ausfuhr	461 512	470 873	490 496	40 667	40 911	42 215	48 432	45 539	...	
	Einfuhr	384 901	372 955	385 358	31 963	31 045	32 705	35 389	34 036	...	
	Saldo	+ 76 611	+ 97 918	+ 105 139	+ 8 704	+ 9 866	+ 9 510	+ 13 044	+ 11 503	...	
1. EU-Länder (25)	Ausfuhr	401 887	408 286	426 298	35 158	35 514	36 851	41 916	39 269	...	
	Einfuhr	325 968	314 981	325 614	26 742	26 335	27 671	30 360	28 583	...	
	Saldo	+ 75 919	+ 93 304	+ 100 684	+ 8 416	+ 9 179	+ 9 180	+ 11 556	+ 10 686	...	
nachrichtlich: EU-Länder (15)	Ausfuhr	351 611	354 813	369 763	30 471	30 859	31 986	36 119	33 666	...	
	Einfuhr	277 034	262 849	268 295	21 814	21 595	22 649	24 712	22 807	...	
	Saldo	+ 74 577	+ 91 964	+ 101 468	+ 8 657	+ 9 265	+ 9 337	+ 11 407	+ 10 859	...	
EWU-Länder	Ausfuhr	275 384	276 270	288 458	23 920	24 267	24 766	28 316	26 348	...	
	Einfuhr	221 680	211 642	217 853	17 630	17 696	18 527	19 998	18 778	...	
	Saldo	+ 53 704	+ 64 628	+ 70 605	+ 6 290	+ 6 571	+ 6 239	+ 8 317	+ 7 570	...	
darunter:											
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	35 187	34 108	38 412	3 244	3 201	3 265	4 089	3 687	...	
	Einfuhr	28 521	26 505	27 710	2 118	2 208	2 268	2 699	2 440	...	
	Saldo	+ 6 666	+ 7 603	+ 10 702	+ 1 126	+ 994	+ 997	+ 1 390	+ 1 247	...	
Frankreich	Ausfuhr	69 601	68 721	69 413	5 531	5 665	5 899	6 775	6 367	...	
	Einfuhr	49 743	48 200	48 832	3 813	3 838	4 094	4 512	4 203	...	
	Saldo	+ 19 858	+ 20 521	+ 20 581	+ 1 718	+ 1 827	+ 1 805	+ 2 263	+ 2 164	...	
Italien	Ausfuhr	47 119	47 335	48 597	3 875	4 275	4 248	4 759	4 309	...	
	Einfuhr	35 280	33 482	33 670	2 652	2 545	2 797	3 041	2 798	...	
	Saldo	+ 11 839	+ 13 853	+ 14 927	+ 1 223	+ 1 730	+ 1 451	+ 1 719	+ 1 511	...	
Niederlande	Ausfuhr	40 011	40 463	41 711	3 869	3 468	3 525	3 875	3 511	...	
	Einfuhr	43 233	40 751	44 404	3 957	3 733	3 703	3 915	3 621	...	
	Saldo	- 3 222	- 288	- 2 694	- 88	- 265	- 178	- 40	- 109	...	
Österreich	Ausfuhr	33 486	33 863	35 637	2 905	2 871	3 022	3 368	3 220	...	
	Einfuhr	20 664	21 047	21 026	1 717	1 612	1 861	2 178	2 197	...	
	Saldo	+ 12 822	+ 12 816	+ 14 611	+ 1 188	+ 1 259	+ 1 161	+ 1 191	+ 1 022	...	
Spanien	Ausfuhr	27 841	29 436	32 314	2 596	2 873	2 857	3 185	3 156	...	
	Einfuhr	15 226	15 532	16 421	1 313	1 358	1 467	1 441	1 365	...	
	Saldo	+ 12 615	+ 13 903	+ 15 893	+ 1 283	+ 1 515	+ 1 390	+ 1 744	+ 1 791	...	
Anderer EU-Länder	Ausfuhr	126 503	132 016	137 840	11 238	11 247	12 085	13 600	12 921	...	
	Einfuhr	104 288	103 339	107 761	9 111	8 639	9 143	10 361	9 805	...	
	Saldo	+ 22 215	+ 28 677	+ 30 079	+ 2 126	+ 2 609	+ 2 942	+ 3 239	+ 3 116	...	
darunter:											
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	52 764	53 761	55 580	4 509	4 546	5 126	5 457	5 033	...	
	Einfuhr	37 259	33 075	31 961	2 669	2 485	2 465	2 904	2 597	...	
	Saldo	+ 15 505	+ 20 685	+ 23 619	+ 1 840	+ 2 061	+ 2 661	+ 2 553	+ 2 436	...	
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	59 624	62 588	64 198	5 510	5 397	5 365	6 516	6 271	...	
	Einfuhr	58 933	57 974	59 744	5 222	4 710	5 035	5 029	5 454	...	
	Saldo	+ 692	+ 4 614	+ 4 454	+ 288	+ 687	+ 330	+ 1 487	+ 817	...	
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	175 203	178 818	172 236	13 831	14 647	14 255	16 394	16 097	...	
	Einfuhr	157 199	144 950	145 910	12 007	12 074	11 718	12 930	13 365	...	
	Saldo	+ 18 003	+ 33 869	+ 26 326	+ 1 824	+ 2 573	+ 2 537	+ 3 464	+ 2 732	...	
1. Afrika	Ausfuhr	12 042	11 797	12 079	953	948	962	1 072	1 247	...	
	Einfuhr	11 356	10 248	9 846	850	725	729	925	707	...	
	Saldo	+ 686	+ 1 549	+ 2 233	+ 103	+ 224	+ 233	+ 148	+ 540	...	
2. Amerika	Ausfuhr	89 801	89 081	79 617	6 067	6 527	6 509	7 326	7 451	...	
	Einfuhr	59 575	52 822	51 322	3 766	4 007	3 729	4 395	4 702	...	
	Saldo	+ 30 226	+ 36 259	+ 28 295	+ 2 301	+ 2 520	+ 2 780	+ 2 931	+ 2 749	...	
darunter:											
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	67 824	68 263	61 669	4 647	4 915	5 081	5 624	5 692	...	
	Einfuhr	45 982	40 376	39 046	2 880	3 019	2 799	3 161	3 669	...	
	Saldo	+ 21 842	+ 27 887	+ 22 624	+ 1 766	+ 1 896	+ 2 282	+ 2 464	+ 2 023	...	
3. Asien	Ausfuhr	68 936	72 915	75 539	6 418	6 743	6 368	7 532	6 968	...	
	Einfuhr	84 220	79 892	82 991	7 249	7 170	7 112	7 404	7 818	...	
	Saldo	- 15 285	- 6 977	- 7 453	- 831	- 427	- 743	+ 128	- 849	...	
darunter:											
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	14 130	15 045	15 503	1 349	1 357	1 206	1 519	1 271	...	
	Einfuhr	5 434	4 696	4 460	345	300	301	344	295	...	
	Saldo	+ 8 696	+ 10 349	+ 11 043	+ 1 004	+ 1 057	+ 905	+ 1 175	+ 975	...	
Japan	Ausfuhr	13 103	12 576	11 838	1 040	1 062	1 062	1 203	952	...	
	Einfuhr	22 910	19 896	19 139	1 567	1 605	1 655	1 892	1 889	...	
	Saldo	- 9 807	- 7 320	- 7 301	- 528	- 544	- 593	- 690	- 937	...	
Volksrepublik China 2)	Ausfuhr	12 118	14 571	18 201	1 552	1 682	1 522	1 838	2 004	...	
	Einfuhr	19 942	21 338	25 024	2 436	2 259	2 219	2 180	2 424	...	
	Saldo	- 7 824	- 6 768	- 6 823	- 884	- 577	- 697	- 342	- 420	...	
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	4 424	5 026	5 001	393	429	415	464	431	...	
	Einfuhr	2 048	1 988	1 751	142	173	148	207	139	...	
	Saldo	+ 2 375	+ 3 038	+ 3 250	+ 251	+ 256	+ 267	+ 257	+ 292	...	
Nachrichtlich:											
Südostasiatische Schwellenländer 3)	Ausfuhr	24 735	25 282	24 557	1 972	2 177	2 086	2 418	2 219	...	
	Einfuhr	28 351	26 660	26 581	2 334	2 334	2 177	2 256	2 409	...	
	Saldo	- 3 616	- 1 377	- 2 024	- 363	- 157	- 91	+ 162	- 190	...	

* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. — 1 Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf

sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. — 2 Ohne Hongkong. — 3 Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Republik Korea, Taiwan und Thailand.

X. Außenwirtschaft
**4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland,
Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Salden)**

Mio €

Zeit	Dienstleistungen							übrige Dienstleistungen			Erwerbseinkommen 5)	Vermögenseinkommen (Kapitalerträge)
	insgesamt	Reiseverkehr 1)	Transport 2)	Finanzdienstleistungen	Patente und Lizenzen	Regierungsleistungen 3)	zusammen	darunter:				
								Entgelte für selbstständige Tätigkeit 4)	Bauleistungen, Montagen, Ausbeserungen			
1999	- 46 067	- 35 468	+ 2 882	+ 1 005	- 1 896	+ 1 997	- 14 588	- 2 245	- 403	- 756	- 8 843	
2000	- 49 067	- 37 249	+ 3 386	+ 1 668	- 3 012	+ 2 221	- 16 081	- 2 757	- 753	- 512	- 2 129	
2001	- 50 272	- 37 955	+ 4 151	+ 1 079	- 2 455	+ 3 488	- 18 581	- 2 538	- 619	- 257	- 10 424	
2002	- 36 422	- 35 445	+ 2 750	+ 1 380	- 1 461	+ 5 237	- 8 883	- 2 035	+ 403	- 144	- 16 700	
2003	- 35 537	- 36 869	+ 1 825	+ 1 529	- 882	+ 5 050	- 6 190	- 1 863	+ 1 419	- 86	- 12 428	
2002 3.Vj.	- 12 652	- 13 395	+ 555	+ 309	- 447	+ 1 704	- 1 378	- 538	+ 414	- 257	- 5 306	
4.Vj.	- 4 532	- 6 677	+ 1 072	+ 425	+ 100	+ 1 253	- 704	- 465	+ 250	+ 24	- 1 901	
2003 1.Vj.	- 8 307	- 6 921	+ 168	+ 449	- 293	+ 1 273	- 2 983	- 574	+ 473	+ 216	- 4 906	
2.Vj.	- 8 340	- 9 127	+ 695	+ 355	- 193	+ 1 203	- 1 272	- 485	+ 177	- 85	- 3 565	
3.Vj.	- 13 275	- 13 994	+ 453	+ 339	- 369	+ 1 316	- 1 020	- 410	+ 439	- 240	- 4 239	
4.Vj.	- 5 615	- 6 827	+ 509	+ 386	- 26	+ 1 257	- 915	- 393	+ 330	+ 22	+ 281	
2004 1.Vj.	- 8 878	- 7 018	+ 517	+ 351	- 188	+ 1 317	- 3 858	- 342	+ 214	+ 210	- 4 152	
2003 Juli	- 3 648	- 3 230	+ 108	+ 150	- 141	+ 469	- 1 004	- 168	+ 228	- 70	- 5 331	
Aug.	- 5 401	- 6 275	+ 242	+ 140	- 58	+ 404	+ 146	- 138	+ 114	- 86	+ 12	
Sept.	- 4 227	- 4 490	+ 103	+ 48	- 170	+ 444	- 162	- 103	+ 97	- 84	+ 1 081	
Okt.	- 3 786	- 3 904	+ 37	+ 85	- 37	+ 380	- 347	- 133	+ 100	- 0	+ 1 704	
Nov.	- 1 543	- 1 778	+ 183	+ 176	+ 2	+ 383	- 509	- 99	+ 92	- 8	- 312	
Dez.	- 286	- 1 144	+ 289	+ 125	+ 9	+ 494	- 289	- 161	+ 139	+ 30	- 1 111	
2004 Jan.	- 4 140	- 2 378	+ 32	+ 103	- 0	+ 437	- 2 333	- 143	+ 31	+ 67	- 5 595	
Febr.	- 2 318	- 1 907	+ 134	+ 112	+ 7	+ 426	- 1 091	- 93	+ 114	+ 64	- 534	
März	- 2 420	- 2 733	+ 351	+ 136	- 195	+ 455	- 434	- 105	+ 68	+ 80	+ 1 977	
April	- 3 105	- 2 689	+ 578	+ 66	- 125	+ 470	- 1 405	- 83	- 58	- 20	+ 855	
Mai	- 2 169	- 2 557	+ 179	+ 42	- 58	+ 453	- 227	- 101	+ 26	- 25	- 80	

1 Ergebnisse ab Januar 2002 mit größerer Unsicherheit behaftet.— 2 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Frachtkosten.— 3 Einschl. der Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen für Wa-

renlieferungen und Dienstleistungen. — 4 Ingenieur- und sonstige technische Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung, kaufmännische Dienstleistungen u.a.m. — 5 Einkommen aus unselbständiger Arbeit.

5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland (Salden)

Mio €

Zeit	Öffentlich 1)					Privat 1)			Insgesamt 4)	Öffentlich 1)	Privat 1)
	Insgesamt	zusammen	Internationale Organisationen 2)		sonstige laufende Übertragungen 3)	Insgesamt	Überweisungen der Gastarbeiter	sonstige laufende Übertragungen			
			zusammen	darunter: Europäische Gemeinschaften							
1999	- 25 016	- 17 348	- 15 428	- 13 846	- 1 920	- 7 667	- 3 429	- 4 239	- 154	- 1 351	+ 1 197
2000	- 28 366	- 19 094	- 17 100	- 15 398	- 1 995	- 9 271	- 3 458	- 5 814	- 1 599	- 1 189	- 410
2001	- 27 425	- 16 927	- 14 257	- 12 587	- 2 670	- 10 499	- 3 520	- 6 978	- 387	- 1 361	+ 974
2002	- 27 883	- 16 207	- 13 045	- 11 214	- 3 162	- 11 676	- 3 470	- 8 206	- 212	- 1 416	+ 1 204
2003	- 28 767	- 18 793	- 15 397	- 13 732	- 3 396	- 9 974	- 3 332	- 6 642	+ 316	- 1 235	+ 1 551
2002 3.Vj.	- 6 269	- 3 864	- 3 025	- 2 387	- 839	- 2 405	- 868	- 1 537	+ 62	- 348	+ 410
4.Vj.	- 7 483	- 4 477	- 3 232	- 2 998	- 1 245	- 3 006	- 868	- 2 139	- 359	- 565	+ 207
2003 1.Vj.	- 5 779	- 3 317	- 2 297	- 1 628	- 1 020	- 2 463	- 833	- 1 629	- 30	- 253	+ 223
2.Vj.	- 7 890	- 5 403	- 5 375	- 4 790	- 28	- 2 487	- 833	- 1 654	+ 149	- 276	+ 425
3.Vj.	- 8 820	- 6 017	- 4 896	- 4 650	- 1 121	- 2 803	- 833	- 1 970	+ 208	- 249	+ 457
4.Vj.	- 6 278	- 4 057	- 2 829	- 2 665	- 1 227	- 2 222	- 833	- 1 389	- 12	- 457	+ 445
2004 1.Vj.	- 5 571	- 3 337	- 2 466	- 1 822	- 871	- 2 233	- 795	- 1 438	+ 430	- 254	+ 684
2003 Juli	- 2 953	- 2 092	- 1 655	- 1 491	- 437	- 861	- 278	- 583	+ 62	- 84	+ 147
Aug.	- 2 987	- 2 061	- 1 579	- 1 556	- 482	- 926	- 278	- 648	+ 224	- 73	+ 297
Sept.	- 2 880	- 1 864	- 1 662	- 1 603	- 202	- 1 016	- 278	- 738	- 78	- 91	+ 13
Okt.	- 1 874	- 1 071	- 631	- 514	- 441	- 803	- 278	- 525	- 27	- 87	+ 60
Nov.	- 2 899	- 2 161	- 1 684	- 1 674	- 477	- 739	- 278	- 461	+ 49	- 229	+ 278
Dez.	- 1 505	- 824	- 515	- 477	- 310	- 681	- 278	- 403	- 35	- 141	+ 107
2004 Jan.	- 537	+ 278	+ 501	+ 863	- 223	- 815	- 265	- 550	+ 53	- 84	+ 137
Febr.	- 2 615	- 1 912	- 1 547	- 1 388	- 366	- 702	- 265	- 437	- 130	- 95	- 36
März	- 2 419	- 1 703	- 1 420	- 1 296	- 282	- 716	- 265	- 451	+ 507	- 75	+ 582
April	- 1 745	- 851	- 941	- 859	+ 90	- 894	- 265	- 629	+ 82	- 71	+ 153
Mai	- 2 260	- 1 486	- 1 538	- 1 422	+ 52	- 773	- 265	- 508	- 30	- 92	+ 62

1 Für die Zuordnung zu Öffentlich und Privat ist maßgebend, welchem Sektor die an der Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört. — 2 Laufende Beiträge zu den Haushalten der internationalen Organisationen und Leistungen im Rahmen des EU-Haushalts (ohne Vermögensübertra-

gungen). — 3 Zuwendungen an Entwicklungsländer, Renten und Pensionen, Steuereinnahmen und -erstattungen u.a.m. — 4 Soweit erkennbar; insbesondere Schuldenerlass.

X. Außenwirtschaft

7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland

Mio €

Position	2001	2002	2003	2003			2004			
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	März	April	Mai
I. Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme/Kapitalausfuhr: -)	- 270 632	- 249 672	- 174 719	- 64 565	+ 7 919	- 18 278	- 77 020	- 41 360	- 27 859	+ 9 826
1. Direktinvestitionen 1)	- 41 185	- 9 161	- 2 268	+ 15 290	- 3 041	+ 1 085	+ 10 210	- 2 144	- 859	- 406
Beteiligungskapital	- 70 254	- 38 266	- 13 052	- 733	- 2 297	- 2 324	+ 21 155	- 2 689	- 387	- 1 183
reinvestierte Gewinne 2)	+ 17 892	+ 16 224	+ 1 380	+ 345	+ 345	+ 345	+ 325	+ 108	+ 108	+ 108
Kreditverkehr deutscher Direktinvestoren	+ 16 260	+ 20 639	+ 18 881	+ 17 920	+ 939	+ 6 329	- 9 760	+ 522	- 29	+ 1 269
übrige Anlagen	- 5 083	- 7 759	- 9 477	- 2 241	- 2 029	- 3 265	- 1 511	- 84	- 552	- 601
2. Wertpapieranlagen	- 124 375	- 65 848	- 32 323	- 25 845	- 1 554	- 10 668	- 25 990	- 13 645	- 7 378	- 11 117
Dividendenwerte 3)	- 10 581	- 4 832	+ 7 628	- 1 266	- 734	- 5 969	+ 1 230	+ 1 637	+ 4 106	- 3 469
Investmentzertifikate 4)	- 20 222	- 6 995	- 4 253	- 335	- 240	- 467	- 7 059	- 2 401	- 1 659	- 367
festverzinsliche Wertpapiere 5)	- 95 067	- 49 056	- 37 811	- 20 470	- 860	- 6 645	- 26 144	- 13 996	- 8 948	- 6 630
Geldmarktpapiere	+ 1 495	+ 4 965	+ 2 112	+ 3 774	+ 280	+ 2 412	+ 5 983	+ 1 115	- 878	- 651
3. Finanzderivate 6)	+ 6 829	- 863	- 493	- 2 457	- 384	- 36	- 1 255	- 370	+ 776	+ 1 055
4. Kredite	- 110 515	- 172 208	- 137 045	- 50 898	+ 13 575	- 7 988	- 58 969	- 24 869	- 20 106	+ 20 358
Monetäre Finanzinstitute 7) 8)	- 130 648	- 132 536	- 122 307	- 66 528	+ 29 417	- 10 941	- 36 597	- 9 176	- 23 504	+ 5 540
langfristig	- 47 636	- 33 790	- 32 556	- 8 019	- 8 176	- 4 882	+ 3 570	+ 2 547	- 1 883	+ 6 776
kurzfristig	- 83 012	- 98 746	- 89 750	- 58 509	+ 37 593	- 6 059	- 40 167	- 11 723	- 21 621	- 1 236
Unternehmen und Privatpersonen	- 19 861	- 10 830	- 16 234	- 4 413	- 113	+ 9 965	- 17 505	- 3 272	+ 3 316	+ 3 813
langfristig	- 2 502	- 1 187	- 2 729	- 635	- 565	- 888	- 669	- 141	- 248	- 37
kurzfristig 7)	- 17 360	- 9 643	- 13 505	- 3 779	+ 452	+ 10 853	- 16 836	- 3 131	+ 3 564	+ 3 850
Staat	+ 15 980	+ 7 168	+ 1 265	- 547	- 160	+ 1 021	+ 1 158	+ 424	- 780	+ 534
langfristig	+ 257	+ 218	+ 692	- 5	+ 274	+ 115	+ 305	- 42	+ 36	-
kurzfristig 7)	+ 15 723	+ 6 950	+ 572	- 541	- 434	+ 906	+ 853	+ 466	- 815	+ 534
Bundesbank	+ 24 015	- 36 010	+ 230	+ 20 590	- 15 569	- 8 033	- 6 025	- 12 846	+ 862	+ 10 471
5. sonstige Kapitalanlagen 9)	- 1 385	- 1 592	- 2 590	- 655	- 677	- 670	- 1 016	- 331	- 292	- 65
II. Ausländische Nettokapitalanlagen in der Bundesrepublik (Zunahme/Kapitaleinfuhr:+)	+ 244 399	+ 178 948	+ 119 704	+ 39 166	- 4 640	- 1 518	+ 62 633	+ 24 094	- 9 598	- 26 468
1. Direktinvestitionen 1)	+ 23 622	+ 38 269	+ 11 400	+ 3 874	+ 5 829	- 12 994	- 32 076	- 10 121	- 3 069	- 2 124
Beteiligungskapital	+ 29 702	+ 29 311	+ 27 956	+ 3 443	+ 3 906	+ 11 409	+ 5 014	+ 1 954	- 55	- 1 000
reinvestierte Gewinne 2)	- 20 520	- 13 008	- 5 484	- 1 371	- 1 371	- 1 371	- 6 898	- 2 433	- 433	- 433
Kreditverkehr ausländischer Direktinvestoren	+ 14 584	+ 22 162	- 10 886	+ 1 868	+ 3 266	- 22 980	- 30 246	- 9 636	- 2 583	- 680
übrige Anlagen	- 143	- 197	- 186	- 66	+ 27	- 52	+ 54	- 7	+ 2	- 11
2. Wertpapieranlagen	+ 150 870	+ 109 783	+ 91 276	+ 36 005	- 4 798	+ 31 075	+ 34 063	+ 7 517	- 5 172	+ 194
Dividendenwerte 3)	+ 86 812	+ 15 712	+ 24 204	+ 4 267	+ 2 989	+ 20 306	+ 2 793	- 5 219	- 23 664	- 5 823
Investmentzertifikate	+ 951	- 673	- 1 530	- 139	- 802	+ 278	+ 835	+ 785	- 198	- 131
festverzinsliche Wertpapiere 5)	+ 80 299	+ 83 473	+ 69 243	+ 30 806	+ 6 343	+ 14 389	+ 42 914	+ 10 939	+ 20 106	+ 7 953
Geldmarktpapiere	- 17 191	+ 11 271	- 642	+ 1 071	- 13 328	- 3 897	- 12 479	+ 1 012	- 1 416	- 1 804
3. Kredite	+ 69 859	+ 30 814	+ 17 005	- 746	- 5 676	- 19 580	+ 60 603	+ 26 698	- 1 424	- 24 545
Monetäre Finanzinstitute 7) 8)	+ 54 341	+ 28 453	+ 12 160	- 460	- 9 428	- 19 300	+ 57 886	+ 29 127	- 106	- 23 432
langfristig	+ 4 425	+ 18 379	- 4 512	- 116	- 7 407	- 6 012	- 8 845	- 6 517	- 1 977	+ 497
kurzfristig	+ 49 916	+ 10 075	+ 16 672	- 344	- 2 021	- 25 312	+ 66 730	+ 35 645	+ 1 871	- 23 929
Unternehmen und Privatpersonen	+ 12 008	+ 3 332	- 820	- 2 022	+ 1 032	+ 1 068	+ 7 908	+ 518	- 2 604	- 770
langfristig	+ 11 743	+ 5 250	- 1 901	+ 1 258	+ 1 345	+ 57	+ 3 078	+ 389	- 282	- 814
kurzfristig 7)	+ 265	- 1 918	+ 1 081	- 3 280	- 314	+ 1 011	+ 4 830	+ 128	- 2 322	+ 44
Staat	+ 879	- 1 625	+ 3 682	+ 1 708	+ 2 302	- 1 186	- 4 188	- 2 359	+ 1 205	+ 754
langfristig	- 217	- 125	+ 4 861	- 113	- 158	- 1 178	- 2 208	- 2 032	+ 1 216	+ 812
kurzfristig 7)	+ 1 096	- 1 500	- 1 179	+ 1 821	+ 2 460	- 2 365	- 1 980	- 328	- 11	- 58
Bundesbank	+ 2 631	+ 653	+ 1 983	+ 28	+ 418	- 161	- 1 002	- 588	+ 80	- 1 097
4. sonstige Kapitalanlagen	+ 47	+ 83	+ 24	+ 33	+ 6	- 19	+ 43	+ 1	+ 67	+ 7
III. Saldo aller statistisch erfassten Kapitalbewegungen (Nettokapitalausfuhr: -)	- 26 233	- 70 724	- 55 015	- 25 399	+ 3 279	- 19 796	- 14 387	- 17 265	- 37 457	- 16 641

1 Die Abgrenzung der Direktinvestitionen ist ab 1996 geändert. — 2 Geschätzt. — 3 Einschl. Genuss-Scheine. — 4 Ab 1991 einschl. thesaurierter Erträge. — 5 Ab 1975 ohne Stückzinsen. — 6 Verbriefte und nicht verbrieft Optionen sowie Finanztermingeschäfte. — 7 Die hier ausgewiesenen Trans-

aktionswerte sind überwiegend aus Bestandsveränderungen abgeleitet. Rein statistisch bedingte Veränderungen sind – soweit möglich – ausgeschaltet. — 8 Ohne Deutsche Bundesbank. — 9 Insbesondere Beteiligungen des Bundes an internationalen Organisationen.

X. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank *)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva						Auslandsverbindlichkeiten				Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 8)
	insgesamt	Währungsreserven					Kredite und sonstige Forde- rungen an das Ausland 3)	insgesamt	Verbind- lichkeiten aus dem Auslands- geschäft 4)	Verbind- lichkeiten aus Liquiditäts- U-Schätzen	
		zusammen	Gold	Devisen und Sorten 1)	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Forde- rungen an die EZB 2)					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1991	97 345	94 754	13 688	55 424	8 314	17 329	2 592	42 335	42 335	–	55 010
1992	143 959	141 351	13 688	85 845	8 199	33 619	2 608	26 506	26 506	–	117 453
1993	122 763	120 143	13 688	61 784	8 496	36 176	2 620	39 541	23 179	16 362	83 222
1994	115 965	113 605	13 688	60 209	7 967	31 742	2 360	24 192	19 581	4 611	91 774
1995	123 261	121 307	13 688	68 484	10 337	28 798	1 954	16 390	16 390	–	106 871
1996	120 985	119 544	13 688	72 364	11 445	22 048	1 441	15 604	15 604	–	105 381
1997	127 849	126 884	13 688	76 673	13 874	22 649	966	16 931	16 931	–	110 918
1998	135 085	134 005	17 109	100 363	16 533	–	1 079	15 978	15 978	–	119 107

* Bewertung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen nach § 26 Abs. 2 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, insbesondere § 253. Im Jahresverlauf Bewertung zu den Bilanzkursen des Vorjahres. — 1 Hauptsächlich US-Dollar-Anlagen. — 2 Europäische Zentralbank (bis 1993 Forderungen an den Europäischen

Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit – EFWZ). — 3 Einschl. Kredite an die Weltbank. — 4 Einschl. der durch die Bundesbank an Gebietsfremde abgegebenen Liquiditätspapiere; ohne die von März 1993 bis März 1995 an Gebietsfremde verkauften Liquiditäts-U-Schätze, die in Spalte 10 ausgewiesen sind.

9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank in der Europäischen Währungsunion o)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsforderungen						sonstige Forderungen an Ansässige außerhalb des Euro- Währungs- gebiets 1) 3)	Forderungen innerhalb des Eurosystems (netto) 2)	sonstige Forderungen an Ansässige in anderen EUW- Ländern	Auslands- verbind- lichkeiten 3)	Netto- Auslands- position der Deutschen Bundesbank (Spalte 1 abzüglich Spalte 9)		
	insgesamt	Währungsreserven				Gold und Goldforde- rungen						Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Devisen- reserven
		zusammen											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10				
1999 Jan. 4)	95 316	93 940	29 312	8 461	56 167	140	1 225	11	8 169	87 146			
1999	141 958	93 039	32 287	8 332	52 420	9 162	39 746	11	6 179	135 779			
2000	100 762	93 815	32 676	7 762	53 377	313	6 620	14	6 592	94 170			
2001	76 147	93 215	35 005	8 721	49 489	312	17 385	5	8 752	67 396			
2002	103 948	85 002	36 208	8 272	40 522	312	18 466	167	9 005	94 942			
2003	95 394	76 680	36 533	7 609	32 538	312	17 945	456	10 443	84 951			
2003 Jan.	98 272	85 235	37 934	8 023	39 278	312	12 237	488	9 898	88 374			
Febr.	95 491	83 685	35 721	8 008	39 956	312	11 001	493	9 669	85 822			
März	98 240	82 530	34 100	8 348	40 083	312	14 908	490	10 599	87 641			
April	93 702	79 453	33 442	8 123	37 888	312	13 496	441	9 126	84 575			
Mai	70 456	78 904	34 252	7 871	36 781	312	9 216	455	9 818	60 638			
Juni	73 550	78 425	33 435	8 292	36 698	312	5 663	476	10 537	63 014			
Juli	90 714	79 218	34 759	8 289	36 170	312	10 710	474	10 375	80 339			
Aug.	98 605	84 197	37 546	8 583	38 068	312	13 592	504	11 060	87 545			
Sept.	91 894	81 206	36 491	8 492	36 223	312	9 902	474	10 879	81 016			
Okt.	113 947	81 401	36 595	8 539	36 267	312	31 794	440	11 319	102 628			
Nov.	97 130	79 624	36 705	8 374	34 545	312	16 742	452	10 518	86 612			
Dez.	95 394	76 680	36 533	7 609	32 538	312	17 945	456	10 443	84 951			
2004 Jan.	89 895	76 992	35 834	7 726	33 432	312	12 135	456	10 522	79 374			
Febr.	87 987	76 089	34 930	7 736	33 423	312	11 140	446	10 078	77 910			
März	104 464	79 717	38 266	7 610	33 841	312	23 981	454	9 545	94 920			
April	102 021	78 143	35 849	7 880	34 414	312	23 134	432	9 694	92 327			
Mai	89 877	76 473	35 705	7 685	33 083	312	12 641	451	8 537	81 340			
Juni	69 837	76 996	35 793	7 390	33 813	312	7 951	480	9 003	60 834			

o Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende auf Grund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsendstände zu Marktpreisen bewertet. — 1 Einschl. Kredite an die Weltbank. — 2 Enthält auch die Salden im grenzüberschreiten-

den Zahlungsverkehr der Deutschen Bundesbank innerhalb des Eurosystems. Ab November 2000 einschl. der TARGET-Positionen, die zuvor als bilaterale Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nationalen Zentralbanken außerhalb des Eurosystems dargestellt wurden (in Spalte 6 bzw. 9). — 3 Vgl. Anmerkung 2. — 4 Euro-Eröffnungsbilanz der Deutschen Bundesbank zum 1. Januar 1999.

X. Außenwirtschaft

10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken)
gegenüber dem Ausland *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland							Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland						
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken					insgesamt	Kredite von aus- ländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken				
			zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten					zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten		
					zusammen	gewährte Zahlungs- ziele	geleistete An- zahlungen					zusammen	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
Alle Länder														
2000	320 874	43 462	277 412	152 752	124 660	116 971	7 689	446 060	52 663	393 397	309 024	84 373	63 093	21 280
2001	358 120	62 434	295 686	171 939	123 747	114 857	8 890	505 266	60 132	445 134	354 561	90 573	65 988	24 585
2002 4)	331 671	63 817	267 854	148 913	118 941	111 406	7 535	533 423	57 696	475 727	387 850	87 877	62 622	25 255
2003	357 399	86 627	270 772	154 953	115 819	108 515	7 304	543 186	54 822	488 364	400 431	87 933	60 464	27 469
2003 Dez.	357 399	86 627	270 772	154 953	115 819	108 515	7 304	543 186	54 822	488 364	400 431	87 933	60 464	27 469
2004 Jan.	376 102	97 551	278 551	165 784	112 767	105 352	7 415	541 955	59 085	482 870	397 897	84 973	56 451	28 522
Febr.	373 952	100 262	273 690	158 957	114 733	106 933	7 800	525 880	61 515	464 365	379 646	84 719	55 887	28 832
März r)	383 299	101 332	281 967	162 540	119 427	112 036	7 391	523 358	58 687	464 671	373 242	91 429	60 912	30 517
April r)	378 176	98 826	279 350	161 096	118 254	110 603	7 651	516 565	57 255	459 310	371 128	88 182	57 028	31 154
Mai	375 102	94 057	281 045	161 579	119 466	111 809	7 657	518 986	56 858	462 128	372 372	89 756	57 967	31 789
Industrieländer 2)														
2000	262 284	42 488	219 796	132 570	87 226	81 391	5 835	407 513	50 184	357 329	294 569	62 760	51 078	11 682
2001	298 904	61 403	237 501	151 047	86 454	79 453	7 001	466 206	57 861	408 345	340 344	68 001	54 364	13 637
2002 4)	278 074	62 861	215 213	133 509	81 704	75 996	5 708	493 155	55 770	437 385	372 464	64 921	50 731	14 190
2003	305 754	85 390	220 364	140 280	80 084	75 236	4 848	499 436	53 087	446 349	383 919	62 430	48 210	14 220
2003 Dez.	305 754	85 390	220 364	140 280	80 084	75 236	4 848	499 436	53 087	446 349	383 919	62 430	48 210	14 220
2004 Jan.	325 420	95 751	229 669	151 374	78 295	73 297	4 998	498 964	57 528	441 436	381 658	59 778	44 871	14 907
Febr.	323 349	98 758	224 591	144 333	80 258	74 980	5 278	480 772	59 120	421 652	362 647	59 005	44 087	14 918
März r)	331 633	99 757	231 876	147 990	83 886	78 987	4 899	476 713	56 284	420 429	355 947	64 482	48 285	16 197
April r)	326 684	97 406	229 278	146 701	82 577	77 612	4 965	470 049	54 973	415 076	353 847	61 229	44 745	16 484
Mai	333 646	92 672	240 974	151 041	89 933	84 613	5 320	480 255	54 711	425 544	358 690	66 854	48 839	18 015
EU-Länder 2)														
2000	177 782	39 563	138 219	78 298	59 921	55 718	4 203	323 049	45 473	277 576	237 583	39 993	32 457	7 536
2001	198 118	58 039	140 079	79 205	60 874	55 371	5 503	372 937	53 683	319 254	275 749	43 505	34 716	8 789
2002 4)	200 930	60 118	140 812	84 643	56 169	51 693	4 476	402 561	52 503	350 058	307 920	42 138	32 650	9 488
2003	225 973	81 430	144 543	89 392	55 151	51 459	3 692	411 811	50 304	361 507	321 010	40 497	30 855	9 642
2003 Dez.	225 973	81 430	144 543	89 392	55 151	51 459	3 692	411 811	50 304	361 507	321 010	40 497	30 855	9 642
2004 Jan.	244 609	91 604	153 005	98 532	54 473	50 661	3 812	412 101	53 753	358 348	319 307	39 041	28 893	10 148
Febr.	244 375	92 678	151 697	95 345	56 352	52 249	4 103	392 919	53 931	338 988	300 405	38 583	28 560	10 023
März	251 007	93 160	157 847	99 577	58 270	54 521	3 749	384 501	50 947	333 554	290 940	42 614	31 286	11 328
April r)	247 132	90 875	156 257	99 192	57 065	53 335	3 730	378 851	49 982	328 869	289 006	39 863	28 413	11 450
Mai	255 423	86 130	169 293	103 970	65 323	61 205	4 118	391 604	49 732	341 872	295 897	45 975	33 084	12 891
darunter: EWU-Mitgliedsländer 1)														
2000	120 976	22 737	98 239	52 976	45 263	42 389	2 874	247 830	33 698	214 132	185 595	28 537	23 569	4 968
2001	126 519	33 787	92 732	46 599	46 133	42 771	3 362	295 943	38 361	257 582	225 711	31 871	24 878	6 993
2002 4)	129 490	32 521	96 969	54 542	42 427	39 350	3 077	331 733	37 366	294 367	263 863	30 504	22 996	7 508
2003	147 633	45 887	101 746	59 279	42 467	39 619	2 848	338 794	29 541	309 253	279 101	30 152	22 748	7 404
2003 Dez.	147 633	45 887	101 746	59 279	42 467	39 619	2 848	338 794	29 541	309 253	279 101	30 152	22 748	7 404
2004 Jan.	157 917	49 422	108 495	66 475	42 020	39 057	2 963	341 329	33 550	307 779	278 884	28 895	21 184	7 711
Febr.	156 892	51 807	105 085	61 008	44 077	40 823	3 254	313 682	34 891	278 791	250 138	28 653	20 953	7 700
März	162 182	52 802	109 380	64 168	45 212	42 367	2 845	321 381	33 888	287 493	255 488	32 005	23 105	8 900
April r)	158 519	50 134	108 385	63 943	44 442	41 615	2 827	316 676	32 987	283 689	253 466	30 223	21 163	9 060
Mai	157 317	47 971	109 346	64 396	44 950	42 112	2 838	321 627	32 318	289 309	258 190	31 119	21 768	9 351
Schwellen- und Entwicklungsländer 3)														
2000	58 590	974	57 616	20 182	37 434	35 580	1 854	38 547	2 479	36 068	14 455	21 613	12 015	9 598
2001	59 216	1 031	58 185	20 892	37 293	35 404	1 889	39 060	2 271	36 789	14 217	22 572	11 624	10 948
2002 4)	53 597	956	52 641	15 404	37 237	35 410	1 827	40 268	1 926	38 342	15 386	22 956	11 891	11 065
2003	51 645	1 237	50 408	14 673	35 735	33 279	2 456	43 750	1 735	42 015	16 512	25 503	12 254	13 249
2003 Dez.	51 645	1 237	50 408	14 673	35 735	33 279	2 456	43 750	1 735	42 015	16 512	25 503	12 254	13 249
2004 Jan.	50 682	1 800	48 882	14 410	34 472	32 055	2 417	42 991	1 557	41 434	16 239	25 195	11 580	13 615
Febr.	50 603	1 504	49 099	14 624	34 475	31 953	2 522	45 108	2 395	42 713	16 999	25 714	11 800	13 914
März	51 666	1 575	50 091	14 550	35 541	33 049	2 492	46 645	2 403	44 242	17 295	26 947	12 627	14 320
April r)	51 492	1 420	50 072	14 395	35 677	32 991	2 686	46 516	2 282	44 234	17 281	26 953	12 283	14 670
Mai	41 456	1 385	40 071	10 538	29 533	27 196	2 337	38 731	2 147	36 584	13 682	22 902	9 128	13 774

* Einschl. Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten von Privatpersonen in Deutschland. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle X. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar. — 1 Ab Januar 2001

einschl. Griechenland. — 2 Ab Mai 2004 einschl. neuer Beitrittsländer: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern. — 3 Alle Länder, die nicht als Industrieländer gelten. — 4 Änderung des Berichtskreises wegen Erhöhung der Meldefreigrenze.

X. Außenwirtschaft

11. DM- und Euro-Wechselkurse für ausgewählte Währungen *)

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Vereinigte Staaten USD	Japan JPY	Dänemark DKK	Schweden SEK	Vereinigtes Königreich GBP	Norwegen NOK	Schweiz CHF	Kanada CAD	Australien AUD 1)	Neuseeland NZD 1)
Historische Kassa-Mittelkurse der Frankfurter Börse (1 bzw. 100 WE = ... DEM)										
1991	1,6612	1,2346	25,932	27,421	2,926	25,580	115,740	1,4501	1,2942	0,9589
1992	1,5595	1,2313	25,869	26,912	2,753	25,143	111,198	1,2917	1,1476	0,8406
1993	1,6544	1,4945	25,508	21,248	2,483	23,303	111,949	1,2823	1,1235	0,8940
1994	1,6218	1,5870	25,513	21,013	2,4816	22,982	118,712	1,1884	1,1848	0,9605
1995	1,4338	1,5293	25,570	20,116	2,2620	22,614	121,240	1,0443	1,0622	0,9399
1996	1,5037	1,3838	25,945	22,434	2,3478	23,292	121,891	1,1027	1,1782	1,0357
1997	1,7348	1,4378	26,249	22,718	2,8410	24,508	119,508	1,2533	1,2889	1,1453
1998	1,7592	1,3484	26,258	22,128	2,9142	23,297	121,414	1,1884	1,1070	0,9445
Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... WE) 2)										
1999	1,0658	121,32	7,4355	8,8075	0,65874	8,3104	1,6003	1,5840	1,6523	2,0145
2000	0,9236	99,47	7,4538	8,4452	0,60948	8,1129	1,5579	1,3706	1,5889	2,0288
2001	0,8956	108,68	7,4521	9,2551	0,62187	8,0484	1,5105	1,3864	1,7319	2,1300
2002	0,9456	118,06	7,4305	9,1611	0,62883	7,5086	1,4670	1,4838	1,7376	2,0366
2003	1,1312	130,97	7,4307	9,1242	0,69199	8,0033	1,5212	1,5817	1,7379	1,9438
2002 Okt.	0,9811	121,57	7,4297	9,1051	0,62994	7,3405	1,4650	1,5481	1,7831	2,0381
Nov.	1,0014	121,65	7,4280	9,0818	0,63709	7,3190	1,4673	1,5735	1,7847	2,0155
Dez.	1,0183	124,20	7,4264	9,0961	0,64218	7,2948	1,4679	1,5872	1,8076	1,9947
2003 Jan.	1,0622	126,12	7,4324	9,1733	0,65711	7,3328	1,4621	1,6364	1,8218	1,9648
Febr.	1,0773	128,60	7,4317	9,1455	0,66977	7,5439	1,4674	1,6299	1,8112	1,9457
März	1,0807	128,16	7,4274	9,2265	0,68255	7,8450	1,4695	1,5943	1,7950	1,9497
April	1,0848	130,12	7,4255	9,1541	0,68902	7,8317	1,4964	1,5851	1,7813	1,9700
Mai	1,1582	135,83	7,4246	9,1559	0,71322	7,8715	1,5155	1,6016	1,7866	2,0083
Juni	1,1663	138,05	7,4250	9,1182	0,70224	8,1619	1,5411	1,5798	1,7552	2,0069
Juli	1,1372	134,99	7,4332	9,1856	0,70045	8,2893	1,5476	1,5694	1,7184	1,9386
Aug.	1,1139	132,38	7,4322	9,2378	0,69919	8,2558	1,5400	1,5570	1,7114	1,9137
Sept.	1,1222	128,94	7,4273	9,0682	0,69693	8,1952	1,5474	1,5330	1,6967	1,9227
Okt.	1,1692	128,12	7,4301	9,0105	0,69763	8,2274	1,5485	1,5489	1,6867	1,9446
Nov.	1,1702	127,84	7,4370	8,9939	0,69278	8,1969	1,5590	1,5361	1,6337	1,8608
Dez.	1,2286	132,43	7,4419	9,0228	0,70196	8,2421	1,5544	1,6131	1,6626	1,8982
2004 Jan.	1,2613	134,13	7,4481	9,1368	0,69215	8,5925	1,5657	1,6346	1,6374	1,8751
Febr.	1,2646	134,78	7,4511	9,1763	0,67690	8,7752	1,5734	1,6817	1,6260	1,8262
März	1,2262	133,13	7,4493	9,2346	0,67124	8,5407	1,5670	1,6314	1,6370	1,8566
April	1,1985	129,08	7,4436	9,1653	0,66533	8,2976	1,5547	1,6068	1,6142	1,8727
Mai	1,2007	134,48	7,4405	9,1277	0,67157	8,2074	1,5400	1,6541	1,7033	1,9484
Juni	1,2138	132,86	7,4342	9,1430	0,66428	8,2856	1,5192	1,6492	1,7483	1,9301

* Errechnet aus täglichen Notierungen. — 1 Devisenkurse aus Australien bzw. Neuseeland; für Neuseeland errechnet aus Kursen per Mitte und Ende der Monate. — 2 Die EZB veröffentlicht täglich Euro-Referenzkurse, die auf

Grundlage der Konzertation zwischen den Zentralbanken um 14.15 Uhr ermittelt werden. Weitere Euro-Referenzkurse der EZB siehe: Statistisches Beiheft zum Monatsbericht 5, Devisenkursstatistik.

12. Wechselkurse für die nationalen Währungen der EWU-Länder und DM-Wert der ECU *)
sowie Euro-Umrechnungskurse

Durchschnitt im Jahr	Frankreich 100 FRF	Italien 1 000 ITL	Niederlande 100 NLG	Belgien/ Luxemburg 100 BEF/LUF	Österreich 100 ATS	Spanien 100 ESP	Finnland 100 FIM	Irland 1 IEP	Portugal 100 PTE	Griechenland 100 GRD / 1 EUR 2)	ECU-Werte 1) 1 ECU
Historische Kassa-Mittelkurse der Frankfurter Börse in DEM											
1991	29,409	1,3377	88,742	4,857	14,211	1,597	41,087	2,671	1,149	0,9103	2,05076
1992	29,500	1,2720	88,814	4,857	14,211	1,529	34,963	2,656	1,157	0,8178	2,02031
1993	29,189	1,0526	89,017	4,785	14,214	1,303	28,915	2,423	1,031	0,7213	1,93639
1994	29,238	1,0056	89,171	4,8530	14,214	1,2112	31,108	2,4254	0,9774	0,6683	1,92452
1995	28,718	0,8814	89,272	4,8604	14,214	1,1499	32,832	2,2980	0,9555	0,6182	1,87375
1996	29,406	0,9751	89,243	4,8592	14,214	1,1880	32,766	2,4070	0,9754	0,6248	1,90954
1997	29,705	1,0184	88,857	4,8464	14,210	1,1843	33,414	2,6297	0,9894	0,6349	1,96438
1998	29,829	1,0132	88,714	4,8476	14,213	1,1779	32,920	2,5049	0,9763	0,5952	1,96913
1999	325,76	.
2000	336,63	.
Unwiderrufliche Euro-Umrechnungskurse (1 EUR = ... WE) 3)											
	6,55957	1936,27	2,20371	40,3399	13,7603	166,386	5,94573	0,787564	200,482	4) 340,750	5) 1,95583

* Errechnet aus täglichen Notierungen. — 1 Nach Mitteilungen der Europäischen Kommission. — 2 Bis 1998 reziproke Werte der von der Bank of Greece veröffentlichten Devisenkurse für die D-Mark; ab 1999 Euro-Referenzkurse der EZB (1 EUR = ... GRD). — 3 Gültig ab 1.1.99. — 4 Gültig ab 1.1.01. — 5 Umrechnungskurs der D-Mark.

renzkurse der EZB (1 EUR = ... GRD). — 3 Gültig ab 1.1.99. — 4 Gültig ab 1.1.01. — 5 Umrechnungskurs der D-Mark.

X. Außenwirtschaft

13. Effektive Wechselkurse *) für den Euro und ausgewählte fremde Währungen

1.Vj.1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro				Nachrichtlich: Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft 3) 4)				Effektive nominale Wechselkurse ausgewählter fremder Währungen gegenüber den Währungen von 19 Industrieländern 3) 5) 6)				
	Enger Länderkreis 1)		Weiter Länderkreis 2)		19 Industrieländer 5)		49 Länder 7)		US-Dollar	Pfund Sterling	Kanadischer Dollar	Schweizer Franken	Japanischer Yen
	Nominal	Real auf Basis der Verbraucherpreise	Nominal	Real auf Basis der Verbraucherpreise	auf Basis der Preisdeflatoren des Gesamtabsatzes 8)	auf Basis der Verbraucherpreise							
1995	108,0	108,5	93,1	107,7	109,6	110,4	110,3	86,1	84,0	106,4	105,4	115,6	
1996	108,1	108,7	95,4	105,9	106,1	106,8	105,2	90,9	85,9	108,8	104,2	100,6	
1997	99,1	99,4	90,3	96,6	100,6	101,4	99,0	98,8	99,8	109,7	97,9	95,9	
1998	101,5	101,3	96,5	99,2	100,9	101,1	100,1	103,4	103,3	103,5	99,9	89,7	
1999	95,6	95,7	96,5	95,9	97,8	98,0	97,7	100,8	102,3	102,2	98,3	105,1	
2000	85,4	86,1	88,0	86,0	91,8	92,6	91,1	105,4	105,2	103,6	96,8	117,9	
2001	87,0	88,4	90,8	87,7	91,9	93,0	91,4	112,0	103,6	100,5	100,5	106,7	
2002	89,7	92,3	95,4	91,6	93,1	94,0	92,6	110,7	104,2	98,7	104,9	100,8	
2003	99,9	103,6	106,8	102,0	p) 96,8	97,7	97,2	97,7	99,2	108,0	105,3	99,9	
1999 1.Vj.	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	
2.Vj.	96,1	96,0	96,4	96,1	98,5	98,3	97,8	102,8	102,8	103,5	98,6	99,0	
3.Vj.	94,5	94,6	95,5	94,7	97,0	97,8	97,3	101,4	102,3	102,3	97,7	106,2	
4.Vj.	92,0	92,1	94,1	92,8	95,5	95,9	95,6	99,1	104,1	102,8	96,7	115,2	
2000 1.Vj.	88,8	89,3	91,0	89,2	93,6	94,8	93,5	101,5	106,4	104,9	95,1	114,9	
2.Vj.	85,7	86,2	88,2	86,4	92,0	92,5	91,3	104,3	105,4	103,7	96,5	118,4	
3.Vj.	84,5	85,2	87,1	85,1	91,3	92,1	90,4	106,2	103,9	104,1	97,2	119,2	
4.Vj.	82,7	83,6	85,7	83,5	90,1	91,0	89,3	109,4	105,0	101,6	98,2	119,2	
2001 Jan.	88,9	89,6	91,5	88,5	.	94,0	92,3	107,7	102,4	102,7	100,0	108,3	
Febr.	88,0	88,9	90,8	87,9	92,7	93,9	92,1	108,8	102,0	101,6	99,2	109,9	
März	88,1	89,2	91,2	88,3	.	93,6	92,0	111,5	102,9	99,7	99,3	106,0	
April	87,3	88,6	90,8	88,0	.	93,1	91,5	113,0	103,7	100,0	99,4	104,9	
Mai	85,7	87,0	89,1	86,2	91,4	92,4	90,5	113,1	104,3	101,3	98,3	107,5	
Juni	84,4	85,8	87,9	85,0	.	91,9	89,8	114,1	104,4	102,7	98,5	108,3	
Juli	85,1	86,6	88,9	85,9	.	92,7	90,8	114,3	104,9	102,5	99,5	105,8	
Aug.	87,4	88,8	91,6	88,2	91,5	93,4	91,9	111,6	103,0	101,1	100,4	106,4	
Sept.	87,7	89,1	92,4	89,0	.	93,1	92,0	110,7	103,8	99,1	102,2	108,2	
Okt.	87,8	89,4	92,6	89,2	.	92,7	91,6	111,8	103,7	99,0	103,0	106,2	
Nov.	86,5	88,2	91,1	87,6	92,1	92,0	90,7	113,3	104,0	97,8	103,4	106,3	
Dez.	87,4	89,6	91,6	88,5	.	93,5	91,9	114,1	104,3	99,0	103,3	102,1	
2002 Jan.	87,3	89,7	91,4	87,9	.	93,6	91,4	116,4	104,9	97,9	103,3	98,3	
Febr.	86,5	88,8	90,9	87,2	92,2	93,3	90,9	117,3	105,3	98,5	102,7	98,2	
März	86,5	89,1	91,0	87,7	.	93,2	90,9	116,1	104,6	98,7	103,4	99,8	
April	87,0	89,5	91,5	88,1	.	92,7	90,5	115,3	105,2	99,0	103,8	99,4	
Mai	88,4	90,9	93,4	89,9	92,7	93,2	91,4	112,0	103,5	100,4	103,8	101,2	
Juni	90,4	93,0	96,2	92,4	.	94,2	92,8	109,0	101,9	101,0	104,9	101,7	
Juli	91,4	94,1	98,0	94,1	.	95,2	94,4	106,0	103,5	99,4	106,0	104,3	
Aug.	90,8	93,4	97,4	93,4	93,5	94,6	93,6	107,3	103,5	98,0	105,7	104,3	
Sept.	90,9	93,5	97,7	93,6	.	94,1	93,3	107,6	104,7	97,7	105,6	102,5	
Okt.	91,4	94,1	98,3	94,2	.	94,0	93,3	108,5	105,0	97,6	105,8	99,8	
Nov.	92,2	94,9	99,0	94,7	93,9	94,0	93,3	106,8	104,3	97,7	106,1	100,8	
Dez.	93,3	96,4	100,1	96,1	.	95,6	94,9	106,0	104,0	98,3	106,5	99,6	
2003 Jan.	95,5	98,6	102,7	98,0	.	96,3	95,8	103,0	102,6	98,8	107,9	100,4	
Febr.	96,8	100,0	104,1	99,2	95,7	97,0	96,5	102,2	101,2	100,5	108,0	99,2	
März	97,6	100,9	104,8	100,1	.	97,0	96,6	101,4	99,3	103,0	108,1	99,8	
April	98,3	101,8	105,0	100,3	.	96,9	96,3	101,4	98,7	104,1	106,4	98,6	
Mai	102,2	105,8	108,8	103,9	97,5	98,3	97,9	96,7	96,9	109,0	106,5	97,7	
Juni	102,4	106,3	109,1	104,3	.	98,7	98,3	96,1	98,9	111,2	104,9	96,3	
Juli	101,1	104,9	107,5	102,7	.	98,8	97,9	97,8	98,5	109,5	103,9	97,3	
Aug.	99,9	103,6	106,4	101,5	96,8	98,1	97,1	99,1	98,1	108,4	104,0	98,3	
Sept.	99,5	103,3	106,1	101,4	.	97,2	96,6	97,2	98,2	110,5	103,3	101,1	
Okt.	101,0	104,8	108,0	103,2	.	97,5	97,2	93,3	98,8	113,1	103,7	103,7	
Nov.	100,9	104,9	108,1	103,2	p) 97,0	97,4	97,1	93,0	99,5	114,1	102,9	103,9	
Dez.	103,7	108,1	111,2	106,4	.	99,3	99,5	90,6	99,5	113,3	104,3	102,9	
2004 Jan.	104,7	108,9	112,3	106,7	.	100,1	99,8	88,9	101,6	114,3	103,9	102,9	
Febr.	104,4	108,6	112,1	106,5	p) 97,5	99,8	99,6	89,3	104,1	111,3	103,3	102,4	
März	102,8	107,1	110,1	104,9	.	98,9	98,5	90,9	104,2	111,8	103,2	102,1	
April	100,9	105,5	108,2	103,3	.	98,1	97,5	91,8	104,3	111,1	103,3	104,0	
Mai	102,0	106,5	109,6	104,5	p) 96,3	98,4	98,1	93,4	103,7	108,4	104,8	100,0	
Juni	101,8	106,4	109,6	104,5	.	98,4	98,0	91,9	104,9	109,6	106,1	101,6	

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. — 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnitte der Euro-Wechselkurse bzw. vor 1999 der Wechselkurse der Euro-Vorgängerwährungen gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1995 bis 1997 und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider. Soweit die Verbraucherpreise noch nicht vorliegen, sind Schätzungen angegeben. Zur Erläuterung der Methode siehe: EZB, Monatsbericht, August 2003, S. 75 ff. sowie in dem Occasional Paper Nr. 2 der EZB, das von der Website der EZB heruntergeladen werden kann. — 2 Berechnungen der EZB. Zu dieser Gruppe gehören neben den Ländern der eng

gefassten Gruppe (siehe Fußnote 1) zusätzlich folgende Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, China, Estland, Indien, Indonesien, Israel, Kroatien, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Polen, Rumänien, Russische Föderation, Slowakei, Slowenien, Südafrika, Taiwan, Thailand, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn und Zypern. — 3 Berechnung methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff.). — 4 Rückgang der Werte bedeutet Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. — 5 EWU-Länder sowie enger Länderkreis der EZB außer Australien, Hongkong, Singapur und Südkorea. — 6 Angaben bis Ende 1998 ermittelt durch Verkettung mit den bis Oktober 2001 veröffentlichten Ergebnissen. — 7 EWU-Länder sowie weiter Länderkreis der EZB. — 8 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte.

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Externe Kommunikation zu beziehen. Außerdem kann gegen Kostenerstattung eine monatlich aktualisierte Datei mit circa 40 000 veröffentlichten Zeitreihen der Bundesbank auf Magnetband-Kassette oder Zip-Diskette über die Abteilung Statistische Informationssysteme, mathematische Methoden bezogen werden. Bestellungen werden schriftlich unter den im Impressum angegebenen Anschriften erbeten. Eine Auswahl von Zeitreihen steht auch im Internet zum Herunterladen bereit.

Geschäftsbericht

Monatsbericht

Über die von 1990 bis 2003 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2004 beigefügte Verzeichnis.

August 2003

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2003

September 2003

- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2002
- Preisindikatoren für den Wohnungsmarkt
- Validierungsansätze für interne Ratingsysteme

Oktober 2003

- Wettbewerbsposition und Außenhandel der deutschen Wirtschaft innerhalb des Euro-Raums
- Zur wirtschaftlichen Situation kleiner und mittlerer Unternehmen in Deutschland
- Zur Entwicklung und Bedeutung der Bildungsausgaben in Deutschland

November 2003

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2003
- Zur Währungsverfassung nach dem Entwurf einer Verfassung für die Europäische Union

Dezember 2003

- Bericht zur Stabilität des deutschen Finanzsystems
- Das deutsche Bankensystem im Stresstest

Januar 2004

- Der Euro und die Preise: zwei Jahre später
- Zahlungsverkehrsüberwachung – ein Beitrag zur Stabilität des Finanzsystems und zur Effizienz des Zahlungsverkehrs
- Die neue EWU-Zinsstatistik – Methodik zur Erhebung des deutschen Beitrags

Februar 2004

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2003/2004

März 2004

- Öffentliche Finanzen in der Krise – Ursachen und Handlungserfordernisse
- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2003

April 2004

- Neuere Entwicklungen am Markt für Unternehmensanleihen
- Instrumente zum Kreditrisikotransfer: Einsatz bei deutschen Banken und Aspekte der Finanzstabilität
- Zur Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologie

Mai 2004

- Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die deutsche Wirtschaft
- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2004

Juni 2004

- Geldpolitik unter Unsicherheit
- Die Kaufkraftparitätentheorie als Konzept zur Beurteilung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit
- Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme im Jahr 2003

Juli 2004

- Finanzielle Entwicklung und Perspektiven der gesetzlichen Krankenversicherung
- Zur Regulierung der europäischen Wertpapiermärkte
- Erste Erfahrungen mit dem neuen geldpolitischen Handlungsrahmen und der Beitrag der Bundesbank zur Liquiditätssteuerung des Eurosystems

Statistische Beihefte zum Monatsbericht¹⁾

- 1 Bankenstatistik (monatlich)
- 2 Kapitalmarktstatistik (monatlich)
- 3 Zahlungsbilanzstatistik (monatlich)
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen (monatlich)
- 5 Devisenkursstatistik (vierteljährlich)

Sonderveröffentlichungen

Die Geldpolitik der Bundesbank, Oktober 1995²⁾

Makro-ökonomisches Mehr-Länder-Modell, November 1996³⁾

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997³⁾

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999³⁾

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2003³⁾

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Februar 2004

Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Bankenstatistik Richtlinien und Kundensystematik, Juli 2004⁴⁾

2 Bankenstatistik Kundensystematik Firmenverzeichnisse, Juni 2004³⁾⁵⁾

3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Januar 2000³⁾

4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 1991 bis 2002, September 2003

5 Jahresabschlüsse westdeutscher Unternehmen 1971 bis 1996, März 1999¹⁾

6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen für 1998 bis 2000, März 2003¹⁾

7 Erläuterungen zu den Leistungspositionen der Zahlungsbilanz, September 2001³⁾

8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990⁹⁾

9 Wertpapierdepots, September 2003

10 Kapitalverflechtung mit dem Ausland, Mai 2004¹⁾

11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2004

12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2004³⁾

o Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.

1 Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

2 Diese Sonderveröffentlichung ist in verschiedenen Auflagen auch in französischer, spanischer, russischer und chinesischer Sprache verfügbar.

3 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

4 Nur die Abschnitte „Monatliche Bilanzstatistik“, „Auslandsstatus“ und „Kundensystematik“ („Tabellarische Gesamtübersicht“, „Gliederung nach Branchen und Aktivitäten – Erläuterungen“ sowie die zugehörigen Texte) sind in englischer Sprache erhältlich.

5 Nur im Internet vierteljährlich aktualisiert verfügbar.

Diskussionspapiere *)

Serie 1:

Volkswirtschaftliches Forschungszentrum

5/2004

FDI versus cross-border financial services: The globalisation of German banks

6/2004

Clustering or competition? The foreign investment behaviour of German banks

7/2004

PPP: a Disaggregated View

8/2004

A rental-equivalence index for owner-occupied housing in West Germany 1985 to 1998

9/2004

The Inventory Cycle of the German Economy

10/2004

Evaluating the German Inventory Cycle Using Data from the Ifo Business Survey

11/2004

Real-time data and business cycle analysis in Germany

12/2004

Business Cycle Transmission from the US to Germany – a Structural Factor Approach

13/2004

Consumption Smoothing Across States and Time: International Insurance vs. Foreign Loans

Serie 2:

Banken und Finanzaufsicht

1/2003

Measuring the Discriminative Power of Rating Systems

2/2003

Credit Risk Factor Modeling and the Basel II IRB Approach

1/2004

Forecasting Credit Portfolio Risk

Bankrechtliche Regelungen

1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998

2 Gesetz über das Kreditwesen, Februar 2001³⁾

2a Grundsatz I über die Eigenmittel der Institute, Januar 2001³⁾

2b Grundsatz II über die Liquidität der Institute, August 1999³⁾

7 Merkblatt für die Abgabe der Groß- und Millionenkreditanzeigen nach §§ 13 bis 14 KWG, September 1998

* Frühere Diskussionspapiere sind – zum Teil als Zusammenfassungen – im Internet verfügbar.

Weitere Anmerkungen siehe S. 79*.